

Informationen

zur politischen Bildung / izpb



337 2/2018

B6897F



Volksrepublik China

Inhalt



5



6



20



44

Einleitung	4	Außen- und Sicherheitspolitik	32
		Grundlagen der Außenpolitik	32
		Kontinuität und Wandel	35
Geschichte, kulturelle Tradition, Ideologie	6	Ausgewählte bilaterale Beziehungen	36
„Der Weg des Wiederaufstiegs“ –	8	Militär- und Sicherheitspolitik	38
Geschichte Chinas seit 1949	8		
Rolle der kulturellen Tradition	13		
Ideologie und die Suche nach Legitimität	16		
		Gesellschaft im Umbruch	42
Charakteristika des politischen Systems	18	Zwischen Freiräumen und staatlicher Kontrolle	42
Die Verfassung eines Parteistaates	19	Zwei-Kind-Politik gegen eine alternde Gesellschaft	44
Das Machtmonopol der KPC	19	Grundlegend, doch nicht wirklich gesichert	44
Exkurs: Xi Jinping, der Mann an der Spitze von	24	Weniger arm, aber auch weniger gleich	45
Partei und Staat	24	Anspruchsvoll und ambivalent – Chinas Jugend	48
Chinas Staatsorgane	25	Bildung: Hoffnung auf sozialen Aufstieg und	49
Politische Opposition und Protestbewegungen	27	internationaler Austausch	49
Chinas politisches System – ein zukunftsfähiges Modell?	29	Engagement oder Ausstieg?	51
Sonderfall Hongkong	30	Erscheinungsformen der Zivilgesellschaft	53
		Gesellschaftliches Protestpotenzial	55
		Ausblick: China auf dem Weg in eine offene Gesellschaft?	57
		Situation von Medien und Internet	58
		Allgemeine Entwicklung seit den 1970er-Jahren	58
		Wer zensiert in China?	61
		Die Arbeit deutscher Medien in China	63

Editorial

Nach Jahrzehnten der Zurückhaltung präsentiert sich die Volksrepublik China zu Beginn des 21. Jahrhunderts als starker Player auf dem internationalen Parkett und nimmt für sich in Anspruch – in Anknüpfung an ihre historische Rolle als „Reich der Mitte“ –, global als gleichberechtigte Partnerin neben den USA aufzutreten.

Im Gegensatz zur Politik der USA von 1945 an bis in die jüngste Vergangenheit geht es der chinesischen Politik nicht, so der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel, um eine liberale, sondern um eine bürokratisch administrierte, autoritäre Ordnung, in der der Staat die Regeln vorgibt. So verhandelt China weniger mit seinen Partnern, etwa in Afrika und Asien, sondern lockt vielmehr mit finanziellen Hilfen und honoriert politisches Wohlverhalten. Das soll demonstrieren, dass sich eine Modernisierung entgegen der westlichen Annahme auch ohne Demokratisierung verwirklichen lässt.

Die Machtposition der Kommunistischen Partei im Inneren ist unbestritten. Staats- und Parteichef Xi Jinping ist es gelungen, die Entscheidungsprozesse im Land stärker auf seine Person zu konzentrieren als alle seine Vorgänger seit Mao Zedong.

Gesellschaftliche Wandlungsprozesse haben indes zu einer Pluralisierung, aber auch zu wachsenden Ungleichgewichten innerhalb der Gesellschaft geführt. Zwar konnte die Zahl der in absoluter Armut Lebenden drastisch gesenkt werden, aber das Gefälle zwischen Reich und Arm, Stadt und Land bleibt oder hat sich teilweise weiter verschärft. Hinzu kommen das Problem der Überalterung und die Folgen der Ein-Kind-Politik: Die vorhandenen sozialen Sicherungs- und Kohärenzsysteme stehen vor großen Herausforderungen.

Hart geht die Regierung weiterhin gegen alle oppositionellen Kreise vor, die den absoluten Machtanspruch der Partei in Frage stellen oder gefährden könnten. Dies kann Anwälte und Journalisten ebenso betreffen wie Angehörige von Minderheiten. Eine Sonderrolle nimmt Hongkong ein. Die „Ein-Staat-zwei-Systeme-Politik“ wird allerdings zunehmend von Peking und dem Pro-Peking-Lager in Hongkong selbst in Frage gestellt.

Die Medienvielfalt ist in China gewachsen, aber die Verbreitung des Internets hat kaum zu einer Öffnung geführt. China ist eher zu einem Vorreiter der Zensur geworden und zwingt auch westliche Unternehmen zur Anpassung, wenn sie Zutritt zum chinesischen Markt erhalten wollen. Mit Hilfe neuer Informationstechnologien und Fortschritten bei der künstlichen Intelligenz will die Regierung staatliche Dienstleistungen ausweiten und verbessern, gleichzeitig nutzt sie sie zur Überwachung der Bevölkerung.

Dieses Heft beschäftigt sich mit den aktuellen Entwicklungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in China. Ausgangspunkte sind die Geschichte seit 1949, die kulturellen Traditionen und die ideologischen Grundlagen, aus denen die KPC ihre Herrschaftsberechtigung zieht.

Auf lange Sicht soll dieser Herrschaftsanspruch legitimiert werden durch das Vorhaben, China zur weltweit führenden Industrienation zu machen und der Bevölkerung zu dauerhaftem Wohlstand zu verhelfen.

Jutta Klaeren



60



65

Von der „Werkbank der Welt“ zur Innovationswirtschaft 64

Folgen der marktwirtschaftlichen Öffnung 64

Übergang zum innovationsgetriebenen Wirtschaftsmodell 67

Wie steht es um Chinas Umwelt? 71

China in der Weltwirtschaft 76

Erfolge in der Aufholjagd 1978 bis 2001 76

Wegmarken seit 2001 77

Strategische Weichenstellungen für die Zukunft 79

Literaturhinweise 82

Internetadressen 82

Die Autorinnen und Autoren 83

Impressum 83

SEBASTIAN HEILMANN

Einleitung

In den vergangenen Jahrzehnten hat das bevölkerungsreichste Land der Erde rasante gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen vollzogen. Sein lange unterschätztes Potenzial, auf die Gestaltung der heutigen Weltordnung Einfluss zu nehmen, scheint noch nicht ausgeschöpft. Es ist an der Zeit, China und seinen vielen Gesichtern unsere Aufmerksamkeit zu widmen.

China ist ein Land der Widersprüche: einerseits bietet es Bilder smogverhangener Städte und verschmutzter Flüsse; andererseits tätigt es weltweit die größten Investitionen in Energiegewinnung aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft. Einerseits hat es ein rigides autoritäres Regierungssystem, andererseits eine historisch außergewöhnliche wirtschaftliche und technologische Dynamik. China ist ein Land, das sowohl Neulinge als auch langjährige Beobachterinnen und Beobachter immer wieder überrascht und mit seinen Widersprüchen unser Denken und Handeln herausfordert.

Wer noch das Bild Chinas als „Werkbank der Welt“, gekennzeichnet durch Billiglöhne und Billigprodukte, im Kopf hat, sollte sich davon verabschieden. Denn die Volksrepublik ist auf dem Weg zu einem Hochtechnologieland. Chinas Regierung und Industrie treiben ehrgeizige langfristige Entwicklungsprogramme wie etwa „*Made in China 2025*“ mit aller Kraft voran. Die chinesische Digitalwirtschaft boomt. Hightechkonzerne wie Alibaba und Tencent bringen Innovationen in den Bereichen *E-Commerce* oder *Mobile Payment* hervor, die westlichen Konzernen mitunter um Längen voraus sind. *Start-ups*

auf dem Feld von Informations- oder Biotechnologien finden in China optimale Wachstumsbedingungen vor. Fehlende Technologien werden durch Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Technologieführern zugänglich. In Einzelfällen kommt es auch zu milliardenschweren Übernahmen ausländischer Technologiefirmen durch chinesische Investoren.

Die schiere Größe macht das Land für Unternehmen aus aller Welt zu einem außerordentlich wichtigen Markt und unumgänglichen Standort. China hat die USA als weltweit wichtigsten Automobilmarkt überholt. Doch seit Mitte der 2010er-Jahre geraten ausländische Automobilbauer unter Druck und müssen um ihre Marktanteile kämpfen. Denn die chinesische Regierung gibt Quoten für den Ausbau der Elektromobilität und strenge Emissionsgrenzwerte vor, die viele ausländische Anbieter nur mit Mühe erfüllen können, während rüchtige chinesische Konkurrenten mit aller Kraft auf neue Antriebstechnologien und neue Mobilitätskonzepte setzen. Andere Branchen, etwa die Internet- und die Finanzwirtschaft, müssen weiterhin darum ringen, überhaupt Zugang zum chinesischen Markt zu erhalten.

Seit dem Amtsantritt von Partei- und Staatschef Xi Jinping 2012 verlangt uns China einen neuen Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik ab. Die Volksrepublik, die jahrzehntelang zurückhaltend agierte und sich ganz auf ihre wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren schien, tritt auf dem internationalen diplomatischen Parkett zunehmend selbstbewusst und mitgestaltend auf. Öffentlichkeitswirksam, aber selbstverständlich im Interesse Chinas, setzt sich Präsident Xi für offenen Welt- und internationalen Handel und internationale Klimaabkommen ein. Gleichzeitig



Shanghai im Zeitenwandel: der Bund, die Promenade im europäischen Kolonialstil auf dem Westufer des Huangpu-Flusses in den 1960er-Jahren

United Archives / Roba Archiv / FOTOFINDER.COM



SULUPRESS.DE / Dirk Pagels

Ab den 1990er-Jahren entstand auf dem Ostufer des Huangpu der Stadtteil Pudong mit seinen futuristischen Hochhäusern.

untermauert Peking mit dem Ausbau von künstlichen Inseln und Marinestreitkräften die Durchsetzung seiner umstrittenen territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer. Und entlang neuer „Seidenstraßen“ treibt die chinesische Regierung transkontinentale Finanzierungs- und Infrastrukturprogramme voran, die bis nach Afrika und Europa reichen und ganz auf China als Dreh- und Angelpunkt ausgerichtet sind.

Vordergründig erinnern die Auftritte des mächtigsten chinesischen Politikers im Fernsehen und bei Staatsbesuchen an jene von westlichen Staats- und Regierungschefs. Seine Ehefrau begleitet ihn bei Reisen im In- und Ausland, wie es die *First Ladies* aus Washington oder Paris gewohnt sind. Doch in anderer Hinsicht könnte der Kontrast zu demokratischen Systemen kaum größer sein: Unter Xi Jinping wurden Kampagnen zur politischen Indoktrinierung und Disziplinierung wiederbelebt, die in den vorangehenden Jahrzehnten der „Reform- und Öffnungspolitik“ nach 1978 eine Ausnahmeerscheinung waren. Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft wurden seit 2012 zunehmend beschnitten, die Zensur von traditionellen und neuen sozialen Medien ausgeweitet. Chinas Justiz geht mit großer Härte gegen regimekritische Zirkel, Menschen, die sich

für Bürgerrechte einsetzen, sowie gegen deren Rechtsbeistände vor.

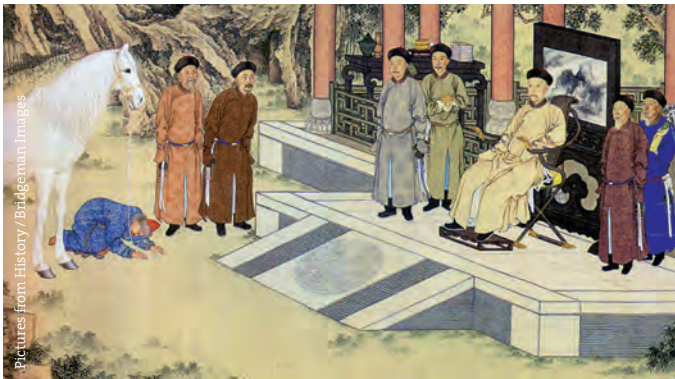
Zugleich haben die letzten Jahrzehnte großen Teilen der chinesischen Bevölkerung zu beachtlichem Wohlstand verholfen. Wer es sich leisten kann, reist ins Ausland. Jedes Jahr besuchen Millionen chinesischer Touristen New York, London, Paris oder Schloss Neuschwanstein. Viele bleiben zum Studium im Ausland oder bemühen sich um einen ausländischen Pass. Der westliche Lebensstil erscheint für die chinesischen Mittelschichten erstrebenswert. Und dennoch: Peking will nicht den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen der USA, Deutschlands oder Großbritanniens nacheifern. Gemäß dem Willen seiner Führung geht das Land seinen ganz eigenen Weg – mit dem Ziel, als globale diplomatische und wirtschaftliche Gestaltungsmacht Anerkennung zu finden und die bisherige Vormachtstellung der USA schrittweise abzulösen.

Ein einfaches und einheitliches Bild wird China uns auch künftig nicht bieten. Gerade diese Widersprüchlichkeiten, die gängigen westlichen Erwartungen entgegenstehen, machen es so faszinierend, sich mit diesem Land zu beschäftigen, das immer mehr Einfluss in der Welt gewinnt.

DANIEL LEESE, HANS VAN ESS, MAREIKE OHLBERG

Geschichte, kulturelle Tradition, Ideologie

Die Periode ab 1949 bildet nur eine kurze Zeitspanne innerhalb einer langen Entwicklungsgeschichte, für das Verständnis des heutigen China ist sie gleichwohl entscheidend. Der Umgang mit der jahrtausendealten kulturellen Tradition ist wichtiger Teil eines von der Kommunistischen Partei gelenkten Diskurses. Ideologisch vertritt sie einen Sozialismus chinesischer Prägung, der ihre Macht festigen soll.



Im 18. Jahrhundert erreicht das chinesische Vielvölkerreich seine größte Ausdehnung und die herrschende Qing-Dynastie den Höhepunkt ihrer Macht. Der Qianlong-Kaiser erhält Pferde als Tribut eines kirgisischen Gesandten.



Phase des Niedergangs: In zwei „Opiumkriegen“ (1840–42 und 1856–60) zwingen die Briten China zur Öffnung seiner Küstenstädte und zum freien Handel mit Opium. Karikatur des französischen Zeichners Honoré Daumier von 1858



Symbol des Wiederaufstiegs: Die Skulpturen vor dem Mausoleum Mao Zedongs auf dem Tiananmen-Platz in Peking feiern Mao als Befreier Chinas und fordern die Jugend auf, seinem Vorbild nachzueifern.

Zeittafel (1949–2018)

1. Oktober 1949 Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong; nach dem Sieg der Kommunisten fliehen Chiang Kai-shek und seine *Guomindang*-Truppen nach Taiwan, Bildung einer nationalistischen Exilregierung der Republik China

14. Februar 1950 Abschluss des sino-sowjetischen Freundschaftsvertrags; Orientierung am Vorbild der Sowjetunion in vielen Politikfeldern

1. Mai 1950 Neues Heiratsgesetz bricht mit patriarchalischer Tradition

1950–1953 Chinesische „Freiwilligenverbände“ verhindern nordkoreanische Niederlage im Korea-Krieg; außenpolitischer Prestigegewinn der jungen VR China

23. Mai 1951 17-Punkte-Abkommen bestätigt Anschluss Tibets an VR China

1952 Landreform endet mit Neuverteilung des ländlichen Besitzes; Hinrichtung ehemaliger Eliten

1953 Erster Fünf-Jahres-Plan nach sowjetischem Vorbild tritt in Kraft

20. September 1954 VR China erhält erste Verfassung

1954–1955 Teilnahme an der Genfer Indochina-Konferenz und der Bandung-Konferenz; Formulierung der „Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz“

25. Februar 1956 Geheimrede Nikita Chruschtschows auf 20. Parteitag der KPdSU leitet Entstalinisierung ein

1956–1957 Versuch Mao Zedongs mit Hundert-Blumen-Kampagne Fehlentwicklungen zu korrigieren; öffentliche Kritik führt im Juni 1957 zum Abbruch

1957–1958 Verfolgung von Kritikern und Andersdenkenden in Kampagne gegen „Rechtsabweichler“

1958 Beginn des „Großen Sprungs nach vorn“; Kollektivierungen erreichen mit Errichtung der Volkskommunen ihren Höhepunkt

Frühjahr 1959 Aufstände in Tibet; Flucht des Dalai Lama nach Indien

1959–1961 „Drei bittere Jahre“: Hungerkatastrophe mit über 30 Millionen Toten als Konsequenz der verfehlten Wirtschaftspolitik

August 1959 Verteidigungsminister Peng Dehuai nach Kritik auf Lushan-Konferenz entlassen und durch Lin Biao ersetzt

1960 Politische Spannungen führen zum Abzug sowjetischer Wirtschaftsberater

Anfang 1962 Scharfe Kritik an Großem Sprung auf 7000-Kader-Konferenz; kurzzeitiger ökonomischer Kurswechsel folgt

September 1962 Mao Zedong betont die Notwendigkeit, den Klassenkampf fortzuführen

Herbst 1962 Sino-indischer Grenzkrieg

1963–1964 Offener Bruch zwischen VR China und Sowjetunion

1963–1965 Sozialistische Erziehungskampagne zur Bekämpfung „revisionistischer“ Tendenzen

1964 VR China wird Atommacht; Volksbefreiungsarmee unter Lin Biao forciert Kult um Mao Zedong

1966–1969 Kulturrevolution; Massenmobilisierung gegen Reste „alter Kultur“ und „alten Denkens“ sowie gegen „Personen, die den kapitalistischen Weg gehen“; Staatspräsident Liu Shaoqi, Parteisekretär Deng Xiaoping u. a. werden gestürzt

August 1966 „Roter August“: Massentreffen der Rotgardisten mit Mao Zedong in Beijing; Zerstörungen von Kulturdenkmälern und Terror gegen „reaktionäre Autoritäten“

Januar 1967 Ausrufung der Shanghai-Kommune und Beginn lokaler Machtergreifungen

1967 – September 1968 Landesweite Etablierung von Revolutionskomitees; Einfluss der Armee steigt; Rotgardisten werden zwangsweise landverschickt

April 1969 9. Parteitag beendet Massenphase der Kulturrevolution und benennt Verteidigungsminister Lin Biao als Mao Zedongs Nachfolger

März 1969 Militärische Konflikte zwischen VR China und Sowjetunion am Grenzfluss Ussuri

November 1969 Staatspräsident Liu Shaoqi wird prominentestes Opfer der Kulturrevolution

13. September 1971 Tod Lin Biaos bei Fluchtversuch mit Flugzeug über der Äußeren Mongolei

25. Oktober 1971 VR China ersetzt Republik China (Taiwan) im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Februar 1972 China-Besuch von US-Präsident Richard Nixon; im Shanghai-Kommuniqué wird die Ein-China-Politik betont

1973–1974 Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius; Rehabilitierung Deng Xiaopings

5. April 1976 Inoffizielles Gedenken auf Tiananmen-Platz an verstorbenen Zhou Enlai mündet in Protesten gegen kulturrevolutionäre Politik; Zweiter Sturz Deng Xiaopings

Juli 1976 Erdbeben in nordchinesischer Stadt Tangshan fordert rund 250 000 Todesopfer

9. September 1976 Tod Mao Zedongs; Nachfolger wird Hua Guofeng, Beginn erster Reformbestrebungen

6. Oktober 1976 Verhaftung der „Viererbande“ um Maos Frau Jiang Qing

Juli 1977 Zweite Rehabilitierung Deng Xiaopings

Dezember 1978 Drittes Plenum des Elften Zentralkomitees beschließt offiziell Reform- und Öffnungspolitik; „Vier Modernisierungen“ als Kernprogramm

Ende 1978–1979 Demokratiemauer-Bewegung

Frühjahr 1979 Auf vietnamesische Besetzung Kambodschas folgt sino-vietnamesischer Krieg

März 1979 Deng Xiaoping definiert „Vier Grundprinzipien“

1979–1982 Agrarreformen und Aufgabe der Volkskommunen

1979–2015 Ein-Kind-Politik verpflichtend für städtische Bevölkerung

Mai 1980 Erste Sonderwirtschaftszone in Shenzhen eröffnet

1980/81 „Viererbande“ von Sondergerichtshof für Verbrechen der Kulturrevolution verurteilt; Geschichtsresolution definiert Fehler Mao Zedongs

September 1980 Zhao Ziyang ersetzt Hua Guofeng als Ministerpräsident

Juni 1981 Hu Yaobang ersetzt Hua Guofeng als Parteivorsitzender (ab 1982 Generalsekretär)

1982 Chinas Bevölkerung überschreitet 1 Milliarde

19. Dezember 1984 Sino-britische Einigung über Rückgabe Hongkongs

Dezember 1986 Studentenproteste für politische Reformen, Bürgerrechte und akademische Freiheit

Januar 1987 Generalsekretär Hu Yaobang durch innerparteiliche Rivalen gestürzt; Zhao Ziyang wird Nachfolger; Li Peng Ministerpräsident

1988 Wirtschaftliche Schwankungen und hohe Inflation führen zu Protesten

April – Juni 1989 Massive landesweite Proteste für politische Reformen und gegen Korruption anlässlich des Todes Hu Yaobangs; Tiananmen-Platz wird Zentrum des Protests; gewaltsame Niederschlagung

Juni 1989 Zhao Ziyang wird entlassen; Jiang Zemin neuer Generalsekretär, ab 1993 auch Staatspräsident

Januar 1992 „Südreise“ Deng Xiaopings in Sonderwirtschaftszonen symbolisiert Wiederaufnahme

der Reformen; tiefgreifende Veränderungen auch in Staatsunternehmen

19. Februar 1997 Tod Deng Xiaopings

1. Juli 1997 Rückgabe Hongkongs an die VR China; Sonderstatus „Ein Land – zwei Systeme“ wird für 50 Jahre garantiert

1998–2003 Zhu Rongji wird Ministerpräsident der VR China

April 1999 Proteste von Falun Gong-Anhängern in Beijing; KPC verbietet Bewegung und unterdrückt Anhänger harsch

7. Mai 1999 Bombardement der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO führt zu Massenprotesten

20. Dezember 1999 Rückgabe Macaus an die VR China durch Portugal

2000 Dramatiker Gao Xingjian erhält Literaturnobelpreis

2002/2003 Hu Jintao wird Generalsekretär und Staatspräsident, Wen Jiabao Ministerpräsident

Frühjahr 2003 Verbreitung der Atemwegserkrankung SARS

Oktober 2003 Erster bemannter Raumflug der VR China

2006 Fertigstellung und Inbetriebnahme der Dreischluchten-Talsperre, des weltweit größten Wasserkraftwerks

März 2008 Niederschlagung von Protesten in Tibet

12. Mai 2008 Wenchuan-Erdbeben in Provinz Sichuan fordert rund 70 000 Opfer

Sommer 2008 Olympische Sommerspiele in Beijing

Dezember 2008 Forderungen nach Bürgerrechten kulminieren in Charta 08; Mitautor Liu Xiaobo inhaftiert; Bürgerrechtsbewegung in Folgezeit unterdrückt

Juli 2009 Gewaltsame Proteste in Xinjiang

2010 Liu Xiaobo erhält Friedensnobelpreis; 2017 Tod in Haft

2012 Autor Mo Yan erhält Literaturnobelpreis

März 2012 Korruptions- und Mord-Skandal um Politbüro-Mitglied Bo Xilai

2012/2013 Xi Jinping wird Generalsekretär und Staatspräsident, Li Keqiang Ministerpräsident

November 2012 Xi Jinping erwähnt erstmals in einer Rede den „chinesischen Traum“, eine politische Parole und offizielle Vision für das Land

Seit 2012 Massive Antikorruptionskampagne innerhalb der KPC

Seit 2013 Enthüllung der „One Belt – One Road“ oder „Neue Seidenstraßen“-Initiative, die den globalen wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas erheblich ausweitet

Ende 2014 „Regenschirm-Revolution“ in Hongkong; Proteste gegen zunehmende Einflussnahme Beijings

November 2015 Erstes Treffen der Parteiführer von *Guomindang* und KPC seit 1949

März 2018 Durch eine Verfassungsänderung wird die Begrenzung der Amtsdauer des Präsidenten auf zwei fünfjährige Perioden aufgehoben

2018 Handelsstreit mit den USA

DANIEL LEESE

DANIEL LEESE

„Der Weg des Wiederaufstiegs“ – Geschichte Chinas seit 1949

„Die Chinesen, die ein Viertel der Menschheit bilden, sind nunmehr aufgestanden.“ Mit diesen Worten beschrieb Parteiführer Mao Zedong (1893–1976) wenige Tage vor der offiziellen Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 einen epochalen Wandel.

Im Gefolge der Opiumkriege (1840–1842 und 1856–1860) war das Vielvölkerreich der Qing-Dynastie zum Objekt imperialistischer Willkür geworden. Chinesische Städte wurden zwangsweise für den Außenhandel geöffnet, der Kaiserhof musste Teile seiner Steuereinnahmen verpfänden und ausländische Regierungen sichert sich Einflussphären sowie Zugriff auf natürliche Ressourcen. Auch wenn keine flächendeckende Kolonialisierung stattfand, waren die Eingriffe in die staatliche Souveränität massiv.

Die Revolution des Jahres 1911 beendete zwar die Monarchie, aber die neugegründete Republik China blieb politisch instabil, geschwächt durch innere Rivalitäten und die fortgesetzte Aggressionspolitik Japans. Daher verlieh Mao Zedong dem Stolz über die Wiederherstellung nationaler Souveränität öffentlich Ausdruck. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des „Jahrhunderts der Demütigungen“ begann die Kommunistische Partei Chinas (KPC) unmittelbar nach ihrem Sieg im Bürgerkrieg gegen die Nationale Volkspartei Chinas (*Guomindang*), die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Staates grundlegend umzugestalten.

Klassenkampf und politische Experimente (1949–1978)

Nachdem beinahe die gesamte Fläche des ehemaligen Qing-Reichs, mit Ausnahme u. a. der Äußeren Mongolei und Taiwans, unter dem Mantel des Nationalstaats „Volksrepublik China“ vereint worden war, festigte die KPC in der Folgezeit schrittweise ihre Macht. In einem vom Kalten Krieg der beiden Supermächte USA und Sowjetunion geprägten internationalen Umfeld wurde der Abwehr von feindlichen Kräften sowohl innen- als auch außenpolitisch zentrale Bedeutung beigemessen.

Im Zuge einer umfassenden Bodenreform wurde die Landbevölkerung in soziale Klassen eingeteilt. Die ländlichen Eliten –



Im Zuge der Bodenreform wird die ehemalige ländliche Elite stigmatisiert und enteignet. Großgrundbesitzer warten in Tierpferchen auf ihre Verurteilung.

der Kollaboration mit dem „Klassenfeind“ verdächtigt – wurden gewaltsam enteignet und in vielen Fällen ums Leben gebracht. Ihr Grundbesitz wurde an ärmere Schichten verteilt. Die Verstaatlichung städtischer Produktionsmittel erfolgte Mitte der 1950er-Jahre.

In den ersten drei Jahrzehnten der Volksrepublik sorgten politische Kampagnen für eine permanente Mobilisierung der Bevölkerung. Mao Zedong hoffte damit der Gefahr eines Erlahmens des revolutionären Bewusstseins entgegenzuwirken. Für dieses Ziel war er bereit, deutlich größere Risiken für die Herrschaftsstabilität einzugehen als irgendein anderer kommunistischer Parteiführer. Dies zeigte sich bereits in seiner Reaktion auf die Geheimrede Nikita Chruschtschows (1894–1971) im Februar 1956, in welcher dieser die Terrorherrschaft Stalins kritisiert hatte. Mao wandte sich in der Folge direkt an Nicht-Partei-Mitglieder und rief diese dazu auf, Fehlentwicklungen innerhalb der Partei zu kritisieren („Hundert-Blumen-Bewegung“). Als einige Kritik wider Erwarten systemkritische Züge annahm, beendete er das Experiment sozialistischer Liberalisierung und ließ hunderttausende Kritiker als „Rechtsabweichler“ verfolgen.

Im gleichen Jahr erklärte die Parteiführung den Übergang zum Sozialismus für weitgehend abgeschlossen und versuchte mit dem „Großen Sprung nach vorn“ durch Kollektivierung aller Arbeits- und Lebensbereiche sowohl die Produktion landwirtschaftlicher Güter zu steigern als auch die Industrialisierung des ländlichen Raumes voranzutreiben.

Exkurs: Der Große Sprung

Bereits nach Stalins Tod im Jahr 1953 war auf chinesischer Seite Skepsis am sowjetischen Entwicklungspfad aufgekommen. Im Bereich der Wirtschaft wurde die allzu starke Konzentration auf Investitionen in die Schwerindustrie hinterfragt. Auf dem Land, wo die große Mehrheit der Bevölkerung lebte, wurden die Kollektivierungsbestrebungen verstärkt: Die Bauern mussten das Land, das ihnen vielfach erst kurz zuvor mit der Bodenreform zugesprochen worden war, in Gemeinschaftseigentum überführen. Mit Hilfe einer optimierten Organisation der im Überfluss vorhandenen Arbeitskräfte und einem gesteigerten politischen Bewusstsein sollte der offensichtliche technologische Rückstand der chinesischen Landwirtschaft wettgemacht werden und der Übertritt in eine bessere, sozialistische Zukunft gelingen. Im April 1956 definierte Mao Zedong zehn grundlegende Widersprüche in Partei und Staat, die es zu lösen gelte, darunter das Auseinanderklaffen von städtischer und ländlicher Entwicklung. Die Lösung, die Mao sich vorstellte, bestand im Aufbau ländlicher Industriekomplexe bei gleichzeitiger Steigerung der Agrarproduktion durch Kollektivierung sowie innovative Anbaumethoden.

Im Januar 1958 bezeichnete Mao die Entwicklungsstrategie offiziell als „Großen Sprung nach vorn“ und startete eine landesweite Massenkampagne. Traditionelle Wohn- und Arbeitsstrukturen wurden aufgelöst und durch Volkskommunen ersetzt. Der durch die Kollektivierung erwartete Effizienzgewinn in Form landwirtschaftlicher Produkte sollte die rasch wachsende Bevölkerung versorgen wie auch zum Export verwendet werden. Größte Aufmerksamkeit galt der zeitgleichen ideologischen Massenmobilisierung für immer neue Ziele. Gewaltige Wasserreservoirs wurden nur mit menschlicher Arbeitskraft ausgehoben. Zeitgleich schossen überall kleine Stahlföfen aus dem Boden, die zur Industrialisierung des ländlichen Raums beitragen sollten. Das Einschmelzen von metallenen Haushaltsgegenständen lieferte jedoch keine



INTERFOTO / UIG / Sovfoto

Massenkampagne „Großer Sprung nach vorn“ Ende der 1950er-Jahre: Mitglieder einer Volkskommune schmelzen Haushaltsgeräte ein, um Stahl zu gewinnen.

ökonomisch nutzbaren Ressourcen. Auch der Kampf gegen die „Vier Plagen“ – Ratten, Fliegen, Moskitos und Spatzen – führte zu empfindlichen Störungen des ökologischen Gleichgewichts.

Im Sommer und Herbst 1958 berichteten chinesische Zeitungen von immer neuen Ernterekorden, so sollten etwa Bilder von auf Kornfeldern laufenden Kindern den Erfolg des „Dichtsäens“ belegen. In einem politischen Klima, das wirtschaftliche Erfolgsmeldungen mit politischer Zuverlässigkeit gleichsetzte, begann ein landesweiter Wettlauf um die höchsten Produktionskennziffern, welche die tatsächlichen Zuwächse um ein Vielfaches überschritten. Die staatlichen Getreideankäufe orientierten sich jedoch an diesen geschönten Statistiken und sorgten für die paradoxe Situation, dass China in großem Stil Getreide exportierte, während sich in ersten Regionen bereits die Katastrophe ankündigte.

Die Parteiführung hatte anfangs geschlossen die Politik des Sprungs befürwortet, darunter auch federführend Deng Xiaoping. Die einsetzende Hungersnot und die sich abzeichnende fehlerhafte Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen führten jedoch zu Kritik, die am vehementesten von Verteidigungsminister Peng Dehuai im Juli 1959 formuliert wurde. In einem privaten Brief an Mao Zedong bezeichnete er den Großen Sprung als Ausdruck eines „kleinbürgerlichen Fanatismus“ und zeigte deutlich dessen negative Konsequenzen auf. Mao, dem die Probleme durchaus bewusst waren, reagierte darauf mit einer neuerlichen Verstärkung der politischen Maßnahmen. Er trägt daher die Hauptverantwortung für den Tod von Abermillionen Menschen, die im Gefolge des Großen Sprungs starben. Schuld trifft jedoch auch lokale Parteiführer, insbesondere in Provinzen wie Henan oder Gansu, in denen die Hungersnot aufgrund politischer Entscheidungen besonders schlimm wütete. Erst 1961 kam es zu einem Politikwechsel, angeführt durch Liu Shaoqi und Deng Xiaoping. Mit Hilfe von Getreideimporten, einer Reduzierung der staatlichen Zwangsankäufe und einer begrenzten Erlaubnis für den privaten Anbau und Verkauf von Lebensmitteln wurde die Krise beendet.

Die Folgen des politischen Experiments waren verheerend. Mit mindestens 30 Millionen Todesopfern, so die verlässlichsten Schätzungen, gilt der Große Sprung als opferreichste Hungerkatastrophe der Weltgeschichte. Die Schuld für das Versagen wurde auf schlechte Wetterbedingungen und das Fehlverhalten von Lokalkadern geschoben. Eine parteiinterne Selbstkritik Maos gelangte nie an die Öffentlichkeit. Das An-

sehen der KPC, die sich zuvor auf breite gesellschaftliche Zustimmung hatte stützen können, sank drastisch. Nicht zuletzt zerbrach während des Großen Sprungs die Einheit der Parteiführung und bereitete so den Weg für die machtpolitischen Intrigen und Konflikte der Kulturrevolution.

Auf die Kritik am Großen Sprung reagierte die Parteiführung zunächst probeweise mit einer Abschwächung der Kollektivierungsbestrebungen. Bereits 1962 verschärfte Mao Zedong jedoch die Klassenkampfrhetorik erneut. Er fürchtete um sein revolutionäres Erbe und sah national wie international „revisionistische“ Strömungen am Werk, die auf eine Rückkehr zum Kapitalismus abzielten. Die Gründe hierfür sah Mao primär im ideologischen Bereich. Sein Augenmerk richtete sich dabei zunehmend auf die Führungsspitze der KPC selbst. Nach einer Reihe innerparteilicher Putschs inszenierte Mao ab Mai 1966 sein radikalstes Gesellschaftsexperiment, die Kulturrevolution.

Exkurs: Kulturrevolution

In der Forschung herrscht Uneinigkeit über die Datierung und Bedeutung der Kulturrevolution. Offiziell wird sie in China als Zehnjahres-Zeitraum (1966–1976) beschrieben und es werden innerparteiliche Machtkämpfe als Motiv für die Entfesselung von Chaos und Gewalt genannt. Neuere Forschungen differenzieren hingegen zwischen unterschiedlichen Phasen und bezeichnen vor allem die Massenbewegung von 1966 bis 1968 als Kulturrevolution. Zudem werden ideologische Hintergründe, gesellschaftliche Konflikte und regionale Unterschiede als fundamental für die spezifische Entwicklung der Bewegung herausgestellt.

Ohne Mao Zedong hätte die Kulturrevolution nicht stattgefunden, aber sie lässt sich nicht allein auf seine Absichten reduzieren. Mao fürchtete, dass China nach seinem Tod, ähnlich wie die Sowjetunion unter Chruschtschow, den „kapitalistischen Weg“ einschlagen würde. Er hatte dabei insbesondere die Parteiführer Liu Shaoqi und Deng Xiaoping im Verdacht. Mittels einer direkten Mobilisierung der Bevölkerung, vor allem der Jugend, plante Mao eine „aktive Immunisierung“ gegen kapitalistisches Denken und Handeln und brachte die VR China damit an den Rand eines Bürgerkriegs.

Die Kulturrevolution als Massenbewegung begann im August 1966. In den zehn Monaten zuvor hatte Mao potenzielle Gegenspieler ihrer Ämter entheben lassen. Mit Hilfe eines überbordenden Personenkults appellierte er direkt an die Bevölkerung und richtete die entfesselte Gewalt der Rotgardisten, zumeist Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, gegen Vertreter oder Symbole „alter Kultur“ und „alten Denkens“. Wissenschaftliche Autoritäten und andere Lehrkräfte wurden gedemütigt, misshandelt und gelegentlich gar erschlagen, Kulturgüter zerstört.

Seit dem Herbst 1966 richtete sich die Kritik zunehmend gegen Parteikader, insbesondere an der Parteispitze. Ab Januar 1967 ergriffen landesweit lokale Rebellenverbände die Macht. Der Protest zerfiel in zahllose Gruppierungen, die sich gegenseitig bekriegten. Immer wieder musste die Armee in lokalen Konflikten intervenieren und für Stabilität sorgen. Bis September 1968 etablierten sich neue Revolutionskomitees, die an Stelle der alten Parteiorgane traten.

Die Machtkonsolidierung forderte weitaus mehr Opfer als die Gewalt der Rotgardisten. Die meisten der mutmaßlich rund 1,5 Millionen Toten der Kulturrevolution fielen staatlicher Gewalt zum Opfer, bis heute ein Tabuthema in der VR China.

Mao Zedong hatte nie vor, die KPC als Partei zu zerschlagen, auch wenn er auf dem Höhepunkt der Bewegung im August



In der Kulturrevolution (1966 bis 1976) mobilisiert Mao größtenteils jugendliche Anhänger, mit Gewalt gegen Autoritäten vorzugehen. Diese werden verfolgt, misshandelt, umgebracht oder – wie hier – dem öffentlichen Gespött preisgegeben.

1967 Rotgardistenverbände bewaffnen ließ. Kritische Denker wie Yu Luoke oder Yang Xiguang, welche Maos Aufforderung, Parteikritik zu üben, ernst nahmen, indem sie die Sozialhierarchien der VR China mit dem Kastenwesen verglichen oder die privilegierte Rolle der Partei („rote kapitalistische Klasse“) als Wurzel allen Übels brandmarkten, wurden als „Ultras“ verhaftet und teilweise hingerichtet.

Spätestens mit der Etablierung der Revolutionskomitees war der potenziell revolutionäre Impuls der Bewegung Geschichte. Der massive Einflussgewinn des Militärs unter Verteidigungsminister Lin Biao bereitete Mao Zedong in der Folgezeit Sorgen, und er unterminierte aktiv die Stellung seines gewählten Nachfolgers. Im September 1971 starb Lin bei einem Fluchtversuch, nachdem Mao ihn zuvor persönlich kritisiert hatte.

In den 1970er-Jahren kam es zu weiteren Kampagnen, die aber stets unter direkter Parteikontrolle blieben. Unterschiedliche Gruppen konkurrierten um Zugang zum greisen Diktator. Hierbei kristallisierte sich insbesondere eine linksgerichtete Fraktion um Maos Frau Jiang Qing heraus. Aber auch die primär auf politische und ökonomische Effizienz zielenden Kreise um Zhou Enlai und den rehabilitierten Deng Xiaoping blieben einflussreich. Die landesweiten Proteste gegen die radikale Politik der Linken im April 1976 führten zum erneuten Sturz Dengs.

Mangelnde Netzwerke und offene Ablehnung in Partei und Gesellschaft verhinderten aber einen Triumph der Radikalen nach Maos Tod. Eine Koalition aus Parteikadern und Militärs ließ die „Viererbande“ um Maos Witwe mittels eines Putsches verhaften und zu langjährigen Haftstrafen verurteilen. Eine Parteiresolution aus dem Jahr 1981 versuchte eine einheitliche Bewertung der Kulturrevolution zu liefern und beschrieb

Mao als großen, aber fehlbaren Parteiführer. Viele Konflikte der Kulturrevolution werden jedoch von diesem Formelkompromiss nicht abgedeckt und haben bis heute keine Klärung erfahren. Dies ist einer der Gründe, weshalb das Thema weiterhin als politisch sensibel gilt.

Wirtschaftsreformen und Herrschaftsstabilität

Nicht zuletzt in Anbetracht der Sorge vor einem Konflikt mit der Sowjetunion hatte Mao noch in seinen letzten Lebensjahren die politischen Vorzeichen erneut geändert. Der Beitritt der VR China zu den Vereinten Nationen 1971, der China-Besuch von US-Präsident Nixon im Folgejahr und die Aufnahme von Beziehungen zu vormaligen Feindstaaten waren Konsequenzen dieses Wandels. Die Furcht vor einer Abkehr von seinen revolutionären politischen Maximen aber sollte sich kurz nach seinem Tod am 9. September 1976 bewahrheiten, als die neue politische Führung um Deng Xiaoping (1904–1997) einen politischen Kurswechsel vollzog.

Das Dritte Plenum des Elften Zentralkomitees im Dezember 1978 markiert offiziell den Beginn der Reformpolitik. Unter dem Motto der „Vier Modernisierungen“ wurden schrittweise Reformen in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Verteidigung sowie in Wissenschaft und Technik vorangetrieben. Die soziale Stigmatisierung alter Eliten und vermeintlicher Feinde fand ein Ende. Auch die Klassenkampfrhetorik wurde offiziell beendet. Eine „Entmaoisierung“ fand hingegen nicht statt. Mao Zedong wurden zwar Fehler angelastet, seine historischen Leistungen insgesamt jedoch positiv beurteilt.

Weitergehende Forderungen nach einem politischen Wandel, etwa während der Demokratiemauer-Bewegung in der Jahren 1978 und 1979, als Aktivisten wie Wei Jingsheng eine

„fünfte Modernisierung“ in Gestalt einer Demokratisierung forderten, wurden unterdrückt. Vielmehr definierte Deng anhand der „Vier Grundprinzipien“ die Grenzen erlaubter Kritik. Die bis heute gültige Maxime bestimmt: das Festhalten (1) am sozialistischen Weg, (2) an der Führung der KPC, (3) am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen sowie (4) an der Diktatur des Proletariats.

Der Umfang der Reformen blieb sowohl innerhalb der Partei als auch in der Gesellschaft umstritten. Wirtschaftliche Schwankungen sowie Kritik an innerparteilicher Korruption und mangelnder politischer Mitsprache führten zu Protesten, die im Frühjahr 1989 landesweit ihren Höhepunkt fanden. Das Zentrum der Bewegung, der Platz des Himmlischen Friedens in Beijing, wurde in der Nacht auf den 4. Juni 1989 gewaltsam geräumt. Hunderte Menschen starben bei den Protesten, Tausende wurden inhaftiert und verurteilt, darunter der spätere Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo (1955–2017).

Mit einer symbolträchtigen Reise in die südchinesischen Sonderwirtschaftszonen Anfang 1992 signalisierte Deng Xiaoping seinen Willen, die Wirtschaftsreformen fortzusetzen und gleichzeitig die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas zu bewahren. Während es in der Folge zu einem tiefgreifenden ökonomischen Strukturwandel und einem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung kam, versuchte die Parteiführung dem politischen Legitimationsverlust mit Hilfe patriotischer Erziehungskampagnen zu begegnen. Die Sorge vor einem Systemkollaps wie in der Sowjetunion einte dabei die unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Partei.

Unter Führung von Jiang Zemin konzentrierte sich die KPC auf die Einbeziehung der neuen ökonomischen Eliten, nunmehr als „fortschrittliche Produktivkräfte“ definiert, und vollzog mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) 2001 einen wichtigen Schritt zur Integration der VR China in globale wirtschaftliche Institutionen.



1978/79 werden auf Wandzeitungen Forderungen nach einem politischen Wandel erhoben. Lektüre an der „Demokratiemauer“, Chang’an- und Xidan Straße in Peking am 5. Dezember 1978. Die Proteste gegen Korruption und die Forderungen nach mehr politischer Mitsprache werden unterdrückt, besonders gewaltsam in der Nacht zum 4. Juni 1989 auf und um den Tiananmen-Platz in Peking.



Das Propagandaplakat in Shenzhen 2002 würdigt die Verdienste Deng Xiaopings um die wirtschaftliche Öffnung Chinas, die der Bevölkerung statt politischer wirtschaftliche Teilhabe zugestand und Shenzhen 1980 den Status als Sonderwirtschaftszone bescherte.

Jiangs Nachfolger Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao unternahmen verstärkte Anstrengungen, die massiven ökonomischen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der chinesischen Gesellschaft sowie die fortschreitende Umweltzerstörung zumindest abzumildern. Dennoch wurden tiefe Risse innerhalb der Gesellschaft und machtpolitische Konflikte innerhalb der KPC offensichtlich, die 2012 in der Bo Xilai-Affäre gipfelten. Unter der Führung Xi Jinpings steigert die VR China derzeit ihr weltpolitisches Gewicht, nicht zuletzt durch

die „Neue Seidenstraße“-Initiative, und verstärkt parallel dazu die Bemühungen, Korruption und Machtmissbrauch innerhalb der Partei einzudämmen. Hierfür wurde die Macht des Parteivorsitzenden erheblich ausgeweitet. Zunehmend selbstbewusst kommuniziert die KPC die Erfahrungen des eigenen Reformwegs als globales Vorbild. Geschichte dient hierbei als Medium der positiven Identifizierung mit Partei und Nation. Kritische Blicke auf die dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit bleiben hingegen unerwünscht.

Blick ins Chinesische Nationalmuseum: Wie präsentiert China heute seine Geschichte?

Im April 2011 öffnete das Chinesische Nationalmuseum in Beijing seine Tore. In vier Jahren Bauzeit hatten deutsche Architekten den prominent an der Ostseite des Tiananmen-Platzes gelegenen Prachtbau aus dem Jahr 1959 grundlegend umgestaltet. Die vormalige Trennung in ein Museum für Chinesische Geschichte sowie ein Museum der Chinesischen Revolution für die Phase ab den Opiumkriegen (1840–42 und 1856–60) wurde aufgehoben und durch zwei neue Dauerausstellungen mit den Themen „Alte Geschichte“ und „Der Weg des Wiederaufstiegs“ ersetzt. Während der architektonische Umbau sich insbesondere in den gewaltigen Dimensionen der Räume und der großzügigen Präsentation der Objekte zeigt, sind auch markante inhaltliche Veränderungen erkennbar.

Die Ausstellung zur „Alten Geschichte“ ist nicht mehr streng nach marxistischem Geschichtsbild als Abfolge gesellschaftlicher Stufen von der Urgesellschaft bis in den Sozialismus angeordnet. Vielmehr liegt die Betonung nunmehr auf historischer Kontinuität. Die Ausstellung ist traditionell nach Herrschafts-Dynastien gegliedert und verbindet vor allem zwei übergeordnete Erzählstränge.

Einerseits soll die „Vitalität der chinesischen Zivilisation“ von der Steinzeit bis zum Ende des Kaiserreichs 1911 zur Schau gestellt werden. Die Objekte, ob tönernen Kochgefäße oder Orakelknochen, versinnbildlichen demzufolge die kontinuierliche Entwicklung der „chinesischen“ Kultur. Dabei wird der Anachronismus, jedwede kulturelle Errungenschaft mit der Bezeichnung „chinesisch“ zu versehen, an keiner Stelle reflektiert.

Eng verwoben mit dem Aspekt der Kontinuität ist der zweite Erzählstrang, der die Ausstellung durchzieht. Ausgehend vom nationalstaatlichen Status quo wird der Einheitsgedanke betont. Verschiedene Lokalkulturen, die sich auf dem heutigen Territorium der VR China befanden, werden so Teil einer Meistererzählung, die das gedeihliche Miteinander unterschiedlicher Ethnien im nationalstaatlichen Rahmen der VR China legitimieren soll. An die Stelle der vormaligen Schilderung von Geschichte als Abfolge von Klassenkämpfen ist somit ein nationalistischer, einheitsstiftender Mythos getreten, der über das Element der gemeinsamen Kultur Gegenwart und Vergangenheit verbinden und nicht zuletzt politische Stabilität garantieren soll.

Als Xi Jinping im Jahr 2012 sein Amt als KP-Generalsekretär antrat, inszenierte er seine erste Amtshandlung in der Ausstellung zur neueren chinesischen Geschichte. Platziert vor Bildern Deng Xiaopings aus der frühen Reformzeit verkündete er das Konzept des „chinesischen Traums“, als dessen Kerninhalt er den Wiederaufstieg der chinesischen Nation nannte. Der Besuch belegt einerseits den hohen Stellenwert von Geschichte für die aktuelle Parteilegitimation, andererseits führt diese Indienstnahme zu einer massiven Politisierung der jüngeren Geschichte. So wird das marxistische Erzählmuster in diesem Teil keineswegs aufgegeben. Vielmehr wird der Erfolg der KPC eingebettet in ein patriotisches Narrativ über den Wiederaufstieg des chinesischen Volks aus imperialistischer Unterdrückung.

Der Ausstellungstext nennt die Erlangung „nationalen Wohlstands“ als langfristiges Ziel der „Söhne und Töchter Chinas“, welches aber erst durch den Weg des Sozialismus mit chinesischen Vorzeichen unter Führung der KPC möglich geworden sei. Marxismus und Modernisierungstheorie gehen so eine spezielle Verbindung ein, die von frühen Übersetzungen kommunistischer Schriften bis zur Raumkapsel Shenzhou V reicht. Die Schattenseiten der Herrschaft wie der Große Sprung und die Kulturrevolution werden hingegen jeweils nur auf einer Fotografie mit knapper Bildunterschrift abgehandelt.

Das von der Partei vermittelte Geschichtsbild wird am sinnfälligsten in einem Relief in der gigantischen Eingangshalle zum Ausdruck gebracht. Das Relief zeigt eine Szene aus der klassischen Geschichte „Yu Gong versetzt Berge“, in welcher sich ein scheinbar verrückter alter Mann daran macht, zwei Berge hinter seinem Haus abzutragen. Die zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, an einem Vorhaben trotz dessen offensichtlicher Unmöglichkeit festzuhalten, wurde in der Folgezeit mehrfach aufgegriffen, so etwa von Mao Zedong im Jahr 1945, und verbindet somit Vergangenheit und Gegenwart. Es ist dieser Geist patriotischer Entschlossenheit, den die Parteiführung als zentral für die vorausliegenden Herausforderungen auf Chinas Weg zur Weltmacht ausgemacht hat und den die museale Erinnerung an die glorreiche Geschichte befördern soll.

Daniel Leese



Positive Identifikation mit Partei und Nation: Im Januar 2016 erläutert der Fotograf Hei Ming im Chinesischen Nationalmuseum einem interessierten Publikum seine Ausstellung über verdiente Parteiveteranen.

HANS VAN ESS

Rolle der kulturellen Tradition

Zurückdrängen der chinesischen Tradition zu Beginn der VR China

Als Reaktion auf die Unterlegenheit Chinas gegenüber dem Westen, die im 19. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht offensichtlich geworden war, hatte sich in intellektuellen Kreisen eine Haltung herauskristallisiert, die dem kulturellen Erbe des Landes gegenüber sehr kritisch eingestellt war. Zwar gab es nach der chinesischen Revolution von 1911 für alle drei alten Traditionen des Konfuzianismus, Daoismus und des Buddhismus Bemühungen, sie an die Erfordernisse einer modernen Gesellschaft anzupassen, doch überwog das Gefühl, dass eine neue Welt zu schaffen sei, die sich an Europa und den USA ausrichtete. Maßgeblich wurde mit der Machtübernahme durch die Kommunistische Partei der Marxismus.

In Nachahmung der Sowjetunion verdrängte der sozialistische Realismus traditionelle künstlerische und literarische Ausdrucksformen. An den Universitäten und Akademien arbeiteten Historikerkommissionen daran, die Periodisierung des Historischen Materialismus – von der Urgesellschaft, über die Sklaven-

haltergesellschaft, den Feudalismus, den Kapitalismus bis hin zum Sozialismus – auf die Geschichte Chinas anzuwenden.

Die Verfassung der VR China von 1954 garantierte ihren Bürgerinnen und Bürgern Religionsfreiheit. Dennoch war die KPC Religionen gegenüber kritisch eingestellt. So fristeten der in China schon zweitausend Jahre alte Buddhismus und der Daoismus, der sich zu Beginn der christlichen Zeitrechnung von einer Philosophie zu einer Religion wandelte, zunächst ein Schattendasein. 1966 entfesselte Mao Zedong zusammen mit engen Vertrauten die Kulturrevolution, die bis zu seinem Tod im Jahr 1976 dauerte. Neben der Festigung seiner persönlichen Machtstellung diente sie dem Zweck, die alte Kultur durch eine sozialistische Einheitskultur zu ersetzen, die von einer Mischung aus chinesischen und westlichen Liedern, Opern und Filmen geprägt war. In ihrem ideologischen Eifer zerstörten die Rotgardisten zahllose Tempel und regionale Gedächtnisorte.

Eine gewisse Ausnahmestellung nahm der Konfuzianismus ein, der nicht als Religion angesehen wurde, sondern eher als soziale Ordnungsform. Er führt sich auf den Gründer Konfuzius (551–479 v. Chr.) zurück, dessen Texte in der Kaiserzeit der entscheidende Standard für die Beamtenausbildung im bürokratischen Staatswesen Chinas gewesen waren. Obwohl auch er während der Kulturrevolution als feudalistisch



Die Rückbesinnung auf Kultur und Tradition hat auch zur Wiederaufwertung des Konfuzianismus geführt. Familienbesuch im Konfuzius-Tempel in Peking 2016

gebrandmarkt wurde, waren die meisten Revolutionsführer durch ihre Schulausbildung von ihm geprägt. So finden sich in den Werken Mao Zedongs zahllose Zitate aus den Konfuzius zugeschriebenen Texten und Bezugnahmen auf traditionelle Geschichtswerke.

Westlicher Einfluss und Rückbesinnung auf das eigene Erbe

Nach dem durch Deng Xiaoping eingeleiteten Anbruch der „Reform- und Öffnungsperiode“ wandte sich die intellektuelle Öffentlichkeit Chinas in den 1980er-Jahren zunächst in starkem Maße westlichem Gedankengut zu. So wurden zahlreiche Werke der westlichen Wissenschaftstheorie und -geschichte ins Chinesische übersetzt und von einem wissbegierigen Publikum verschlungen. Zur selben Zeit begann auch die Wiederbelebung des traditionellen Kulturerbes. War es während der Kulturrevolution noch geschmäht worden, sollte es nun beim Volk Stolz erwecken. Im chinesischen Fernsehen wurden mehrteilige Serien zur Landesgeschichte ausgestrahlt und Verfilmungen traditioneller Romane gezeigt, wie der im 18. Jahrhundert verfasste „Traum der Roten Kammer“. Zum Geburtstag des Konfuzius am 28. September fanden an dessen Heimatort Festlichkeiten statt, bei denen neben Parteiführern auch ausländische Gäste geladen waren.

Nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 kam es mit dem Amtsantritt Jiang Zemin's erneut zu einer Umorientierung. Forderungen der Demonstranten nach mehr Freiheit, repräsentativer Demokratie und besseren Lebensbedingungen sowie die Sanktionen, die europäische Staaten und die USA nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste verhängten, ließen die KPC westliche Werte kritischer betrachten. Ab 1992 setzte ein großer Wirtschaftsaufschwung ein. Er erzielte zwar Erfolge bei der Hebung des allgemeinen Lebensstandards, brachte aber auch ein Phänomen mit sich, das den Parteiführern Kopfzerbrechen bereitete: das „geistige Vakuum“, das sich einstellte, weil der Marxismus im Gefolge

Konfuzius-Institute

Zu Beginn der Regierungszeit von Hu Jintao beschloss die chinesische Regierung, Kulturinstitute im Ausland aufzubauen, um die chinesische Sprache und Kultur zu verbreitern und ihr eigenes Image zu verbessern. Nach dem Vorbild der deutschen Goethe-Institute sollten diese nach einem Namenspatron benannt werden, der für die chinesische Tradition stand. Schnell war klar, dass dafür niemand besser geeignet war als Konfuzius.

Im Jahr 2004 wurde in Seoul das erste Konfuzius-Institut gegründet, inzwischen gibt es weltweit über 500 Institute, und die im Rang eines Ministeriums stehende Dachorganisation *Hanban* plant, ihre Zahl bis zum Jahr 2020 auf 1000 auszuweiten. Interessant ist besonders der Erfolg der Konfuzius-Institute in ärmeren Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, aber auch in Osteuropa, wo bisher wenig Wissen über Chinas Traditionen vorhanden war und wo China sich einen Platz zu sichern beginnt, wie ihn bisher westliche Industrienationen einnahmen.

Die Konfuzius-Institute unterscheiden sich von den Kulturinstitutionen westlicher Länder dadurch, dass sie durch Kooperationen mit Körperschaften der Gastländer, meist dortigen Universitäten und Fachhochschulen, getragen werden. Der mit einem kulturellen Angebot von Teezeremonien, Kochkursen, Kalligraphiekursen, Filmen, Konzerten und Vortragsrei-

hen an Volkshochschulen erinnernde Betrieb funktioniert in Deutschland in der Regel reibungslos. Hier gibt es mittlerweile 19 Konfuzius-Institute, von denen die ersten 2006 an der Freien Universität Berlin und an der Universität Erlangen-Nürnberg eröffnet wurden. Das bislang letzte Konfuzius-Institut öffnete im April 2017 an der Universität Bonn seine Pforten. Die deutsche Seite stellt den deutschen Direktor des jeweiligen Instituts und Räumlichkeiten sowie Ortskräfte, die chinesische den chinesischen Direktor und Sprachlehrer. Bei Konferenzen der *European Association for Chinese Studies* (EACS) an finanziell schwächeren Standorten wie Riga und Braga ist es allerdings zu Einsprüchen bzw. Zensurmaßnahmen durch das *Hanban* gekommen, weil die VR China darauf beharrt, dass von ihr geförderte Projekte nicht gleichzeitig Zuwendungen aus Taiwan erhalten dürfen. Zudem dienen die Institute natürlich im Allgemeinen der Propagierung chinesischer Kultur, so wie China sie selbst versteht. Dieser Blick ist nicht immer identisch mit dem Blick von außen, und dies hat zum Beispiel an der *University of Chicago* zur Schließung des Instituts durch die Universität geführt.

Hans van Ess

Einflussreiche Denkschulen

[...] Konfuzius, Laotse und die anderen zeitgenössischen Philosophen des Landes widmen sich [...] vorrangig der Frage, wie sich das Zusammenleben der Menschen am besten organisieren lässt. Die chinesische Philosophie wird so vor allem zu einer politischen Ordnungs- und Moralphilosophie.

Den mit Abstand größten Einfluss hat dabei Konfuzius, chinesisch: Kong Zi für Meister Kong (551–479). [...] Zentrales Ziel der konfuzianischen Lehre ist es, das Zusammenleben so zu regeln, dass die Menschen in Harmonie miteinander und mit der Natur leben können. Konfuzius sieht den Menschen dabei nicht wie das Christentum als ein nach dem Ebenbild Gottes geschaffenes autonomes Individuum, sondern als Teil eines gesellschaftlichen Gesamtorganismus, in dem jeder Einzelne seinen festen Platz hat. Die angestrebte Harmonie will er durch ständige Selbstkultivierung herstellen. Sie ist in seinen Augen der Lebenszweck des Menschen. Damit werde dieser zum Herrn seines eigenen Schicksals.

Konfuzius und die anderen beiden wichtigen Vertreter seiner Lehre Menzius, chinesisch: Mengzi (390–305), sowie Xunzi (298–238) eint der Glaube daran, dass der Mensch, egal ob von Natur aus gut oder böse, sich selbst zum Guten verbessern kann oder durch Erziehung und Bildung verbessert werden kann. Und dass damit zugleich auch die Gesellschaft besser wird. [...]

Für Han Fei Zi, den Begründer des Legalismus, ist der Mensch von Natur aus schlecht und bleibt es auch. Die Geschichte ist für ihn daher eine ständige Abfolge von Konflikten und Verteilungskämpfen. Um ein gedeihliches Zusammenleben zu erreichen, setzt Han Fei Zi denn auch nicht auf Bildung, Tugend und Moralregeln wie Konfuzius, sondern auf Kontrolle und Zwang, auf Herrschaft durch Furcht, nicht durch Ehrfurcht [...].

Laotse (wahrscheinlich 571–471) und auch sein Schüler Zhuangzi (369–286) waren Einsiedler. Das Laotse zugeschrie-

bene Hauptwerk „Daodejing“ („Die Kraft des Weges“) ist erst lange nach seinem Tod erschienen. [...] „Dao“ (wörtlich: der Weg), der Begriff, der dem Taoismus seinen Namen gab, bezeichnet das kosmische Gesetz und den tiefen Seinsgrund, das Entdecken des wahren Ich und Einswerden mit dem Universum durch die richtige Lebensführung, die Rückkehr zum natürlichen Ursprung, das Wiederfinden der Spontaneität, die durch Erziehung und Sozialisation verlorengegangen [ist]. [...] Anders als im christlich geprägten Westen ist das Individuum der Taoisten ganz weltlich-diesseitig – wie der Mensch bei Konfuzius. Im Unterschied zu diesem sieht Laotse in der Gesellschaft jedoch eine Entfremdung des Menschen von seinem ursprünglichen Wesen, in Harmonie mit der Natur und dem ganzen Kosmos zu leben. [...] Oberste Handlungsmaxime des Taoismus ist das „Nicht-Handeln“, chinesisch *Wuwei*. Es bedeutet nicht Nichtstun, sondern nicht unnötig, übermäßig und hektisch zu handeln. Es will sagen: Weniger ist mehr. Oder: In der Ruhe liegt die Kraft. [...]

Das Leben eines Konfuzianers ist korrekt, sittenstreng, anständig, realistisch und vernunftgesteuert. Für das Spielerische, Romantische, Phantasie- und Genussvolle lässt es wenig Platz. Hier sorgt der Taoismus für Ausgleich. Zudem bietet er auch eine gute Methode, Problemen aus dem Weg zu gehen. [...]

Mit Konfuzianismus und Taoismus wohnen zwei Seelen in der Brust eines Chinesen. [...] [E]inmal [ist] die eine stärker, mal die andere, mal das Individualistische, mal die Gemeinschaftsorientierung. Während das öffentliche Leben der Chinesen zwischen Konfuzianismus und Legalismus schwankt, pendelt das private zwischen den beiden Polen des Konfuzianismus und Taoismus. [...]

Stefan Baron / Guangyan Yin-Baron, Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht, © Econ Verlag in der Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2018, S. 66 ff.

kapitalistischer Reformen seine Rolle als Leitideologie einzubüßen drohte. Jiang suchte dieses Vakuum mit einer Aufwertung der chinesischen Tradition zu füllen. Während seiner Amtszeit entstanden im ganzen Land zahlreiche, zum Teil gigantische Kultstätten, die an die Heroen der Vergangenheit erinnern sollten. Gleichzeitig wurde der Konfuzianismus zunehmend aufgewertet. So wurde eine internationale Konfuzianismus-Organisation gegründet und Hu Jintao, der Nachfolger von Jiang Zemin als Generalsekretär der KPC, stellte seine Regierungszeit unter das konfuzianische Motto der „harmonischen Gesellschaft“.

Viele, die im klassischen Konfuzianismus bewandert sind, fragen sich allerdings, ob das aktuelle Anknüpfen an ihn tatsächlich eine Rückkehr zu alten Werten sein soll oder ob der heutige Konfuzianismus nicht eher eine Hülle ist, in der sozialistische Vorstellungen stecken. Der Konfuzianismus bietet sich für solche Versuche an, denn er fordert von seiner Anhängerschaft kritische Loyalität zur Führung, und er hat den Vorteil, keine transzendente Erlösungsreligion zu sein, die dem Sozialismus im Wege stehen könnte.

Unter dem gegenwärtigen Staats- und Parteichef Xi Jinping hat sich dieser Trend nochmals verstärkt. In allen Bereichen der Kultur gilt Tradition wieder als schick: Im Theater und im Kino werden zahlreiche Produktionen gezeigt, deren Motive aus der alten chinesischen Geschichte stammen. Die buddhistischen

und daoistischen Klöster sind innerhalb kurzer Zeit unermesslich reich geworden, weil die Zahl ihrer vermögenden Förderer rapide gestiegen ist. Auch die Ehefrau von Xi Jinping gilt als Buddhistin. Ob dies stimmt oder nur ein Konstrukt der KPC ist, um zu signalisieren, dass die Partei religiöse Bedürfnisse im chinesischen Volk anerkennt und sie mit ihrer Politik vereinbaren kann, sei dahingestellt. Auf jeden Fall betont die KPC den gesellschaftlichen Nutzen von Religionen, solange sie das Machtmopol der kommunistischen Partei akzeptieren.

An den Universitäten versuchen Kommissionen, den westlichen Einfluss auf die Curricula zurückzudrängen und durch eine Mischung aus sozialistischen und traditionell chinesischen Lehrbüchern zu ersetzen. Ob diese Versuche erfolgreich sein werden, ist allerdings abzuwarten. Priorität hat in China der wirtschaftliche Erfolg, und dieser dürfte sich nicht einstellen, wenn China auf intellektuellem Gebiet den Anschluss verliert.

MAREIKE OHLBERG

Ideologie und die Suche nach Legitimität

Die Kommunistische Partei China (KPC) beruft sich auch heute noch auf den Marxismus-Leninismus, betont jedoch dessen ständige Weiterentwicklung und die Anpassung an die aktuellen spezifischen Umstände in China, die auf „Sinisierung“ und Modernisierung abzielen. Laut offizieller Definition ist die Parteiideologie ein flexibles Ideensystem, das selektiv Bestandteile aus Chinas Vergangenheit sowie Gedankengut aus dem Ausland aufnimmt, sofern sich dies für das heutige China als brauchbar erweist. Resultat ist der sogenannte Sozialismus chinesischer Prägung.

Die Terminologie und Inhalte des Marxismus-Leninismus gelangten ursprünglich über Russland nach China, sie wurden hier jedoch von Anbeginn nach Auswahlgesichtspunkten interpretiert, die den „chinesischen Besonderheiten“ Rechnung trugen. So gewichtete die KPC im Vergleich zu ihrer sowjetischen Schwesterpartei – aufgrund ihrer Machtbasis in ländlichen Gebieten – die Bauern stärker als die Arbeiterklasse.

Unter Mao Zedong lag der Fokus auf dem Klassenkampf, das heißt auf dem Kampf der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen um die Macht in der Gesellschaft. (siehe auch S. 9 f.). Als Reaktion auf die Exzesse der Kulturrevolution machte sich in den 1980er-Jahren ein deutlicher Rückzug der Ideologie aus dem chinesischen Alltag bemerkbar. Viele Chinesen empfanden allerdings einen Widerspruch zwischen den marktwirtschaftlichen Reformen und der sozialistischen Ideologie.

Nach der Niederschlagung der Tiananmen-Bewegung 1989 (siehe S. 11, 27) rückten Ideologie, politische Kontrolle und Meinungssteuerung dann erstmals wieder stärker in den Fokus der Partei, die hier ein massives Versäumnis im vorangegangenen Jahrzehnt sah. Um dem ideologischen Vakuum

entgegenzuwirken, führte die chinesische Regierung in den 1990er-Jahren an Schulen systematisch „patriotische Erziehung“ ein.

Der Zerfall der Sowjetunion zu Beginn der 1990er-Jahre erschütterte die KPC zutiefst. Um ein ähnliches Schicksal zu vermeiden, setzte sie sich intensiv mit dem Niedergang der ehemaligen Supermacht auseinander. Unter anderem kam sie zu dem Schluss, fehlende ideologische Einheit habe dazu beigetragen. Dem möchte die KPC seither entgegenwirken, indem sie vor allem innerhalb der Partei, aber auch in der Bevölkerung größeres Selbstvertrauen in den Sozialismus chinesischer Prägung, das eigene System, chinesische Theorien und die chinesische Kultur schafft. Auf diese Weise wächst die Bedeutung der Ideologie seit einigen Jahren wieder als wichtige (potenzielle) Quelle der Legitimation für die Partei, die sie zur Sicherung ihrer eigenen Machtposition benötigt.

Hervor sticht vor allem der Versuch, den Einfluss von bestimmtem „westlichem“ Gedankengut in China einzudämmen und ein chinesisches Gegenmodell zu „westlichen“ Regierungsformen und anderen Konzepten wie Demokratie oder Pressefreiheit aufzubauen. Dieses soll innerhalb der chinesischen Gesellschaft, aber neuerdings verstärkt auch weltweit Verbreitung finden. Diese neuen Erzählmuster beinhalten zwar auch nationalistische Motive, sollen jedoch über bloßen Nationalismus hinausgehen und das chinesische Modell als attraktives Regierungs- und Wirtschaftssystem darstellen.

Vor allem seit Xi Jinping 2013 an die Macht kam, ist eine Verhärtung der ideologischen Linie festzustellen. Im April 2013 verbot die Parteizentrale per Rundschreiben ihren Mitgliedern, bei sieben Themen von der offiziellen Parteiposition abzuweichen. 2014 führte die Partei eine großangelegte Kampagne zur Verbreitung „sozialistischer Grundwerte“ durch. Auch Hochschulprofessoren werden wieder stärker auf Treue zur Parteilinie kontrolliert. Inwiefern es der KPC aber tatsächlich gelingen wird, die Bevölkerung auf diese Art für sich zu gewinnen, bleibt offen.



Unter Mao Zedong liegt der ideologische Fokus auf dem Klassenkampf. „Ausgewählte Schriften“ in der Pekinger Xinhua-Druckerei 1969



Ideologisch basiert die Volksrepublik bis heute auf dem Marxismus-Leninismus, allerdings unter Berücksichtigung chinesischer Gegebenheiten. Porträts von Lenin, Marx und Mao unter den Auslagen eines uigurischen Antiquitätengeschäfts in Kaschgar 2017

Chinesische Widerspruchslehre zur Festlegung der Handlungsprioritäten

Ein wichtiger Teil der Ideologie der Kommunistischen Partei China (KPC) ist die chinesische Widerspruchslehre. Diese kombiniert die marxistische Dialektik, also die Analyse und Evaluation der Welt in Form von Widersprüchen, mit der chinesischen vormodernen Tradition des dialektischen Denkens. Offiziell werden die Handlungsprioritäten der KPC und der chinesischen Regierung durch die Analyse von Widersprüchen und die Definition des sogenannten Hauptwiderspruchs festgelegt.

Dieser Ansatz geht in großen Teilen auf Mao Zedongs Schrift „Über den Widerspruch“ von 1937 zurück. Dort definierte Mao verschiedene Arten von Widersprüchen und legte unter anderem den Unterschied zwischen den langfristigen Grundwidersprüchen einer längeren historischen Periode und dem relativ kurzlebigen Hauptwiderspruch eines kürzeren Zeitabschnittes fest. So erklärte Mao, dass der Hauptwiderspruch in einer kapitalistischen Gesellschaft zwar eigentlich der Widerspruch zwischen der Bürgerklasse und der Arbeiterklasse sei. Durch den Beginn der japanischen Invasion Chinas im Jahr 1937 sei der Widerspruch zwischen China und dem japanischen Imperialismus, so Mao, nun jedoch wichtiger als der Klassenkampf. Indem er den Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft undefinierte, rechtfertigte er die Zusammenarbeit der KPC mit der ehemals befeindeten Nationalen Volkspartei Chinas (*Guomindang*), um den gemeinsamen Feind, die japanischen Besatzer, zu bekämpfen.

Auch nach Maos Tod 1976 spielte die Widerspruchslehre noch eine Rolle in der chinesischen Politik. So wurde die 1978 eingeleitete Reform- und Öffnungspolitik offiziell damit begründet,

dass sich der Hauptwiderspruch innerhalb der chinesischen Gesellschaft verändert habe. In einer Resolution von 1981 erklärte die KPC, dass der Hauptwiderspruch nicht mehr zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie bestehe, sondern „zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion“. Deswegen müsse sich die Arbeit der Partei in Zukunft auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes konzentrieren, anstatt gegen Klassenfeinde vorzugehen.

Diese Art der Prioritätensetzung mit Verweis auf den geänderten Hauptwiderspruch ermöglicht Flexibilität und radikalen Politikwandel unter gleichzeitiger Vorgabe von Kontinuität.

Auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 definierte Staats- und Parteichef Xi Jinping den Hauptwiderspruch erneut um. So bestehe der neue Hauptwiderspruch „zwischen den ständig wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung nach einem schönen Leben einerseits und der unausgewogenen und unzureichenden Entwicklung andererseits.“ Dass unausgewogene Entwicklung Erwähnung findet, deutet darauf hin, dass die chinesische Regierung sich mehr auf qualitative Wachstumskriterien und eine ausgeglichene Entwicklung konzentrieren möchte. In Zukunft soll nicht mehr das reine Wirtschaftswachstum zählen, sondern zum Beispiel mehr auf Umweltprobleme, soziale Ungleichheit oder die allgemeine Lebensqualität in China geachtet werden.

Mareike Ohlberg

SEBASTIAN HEILMANN

Charakteristika des politischen Systems

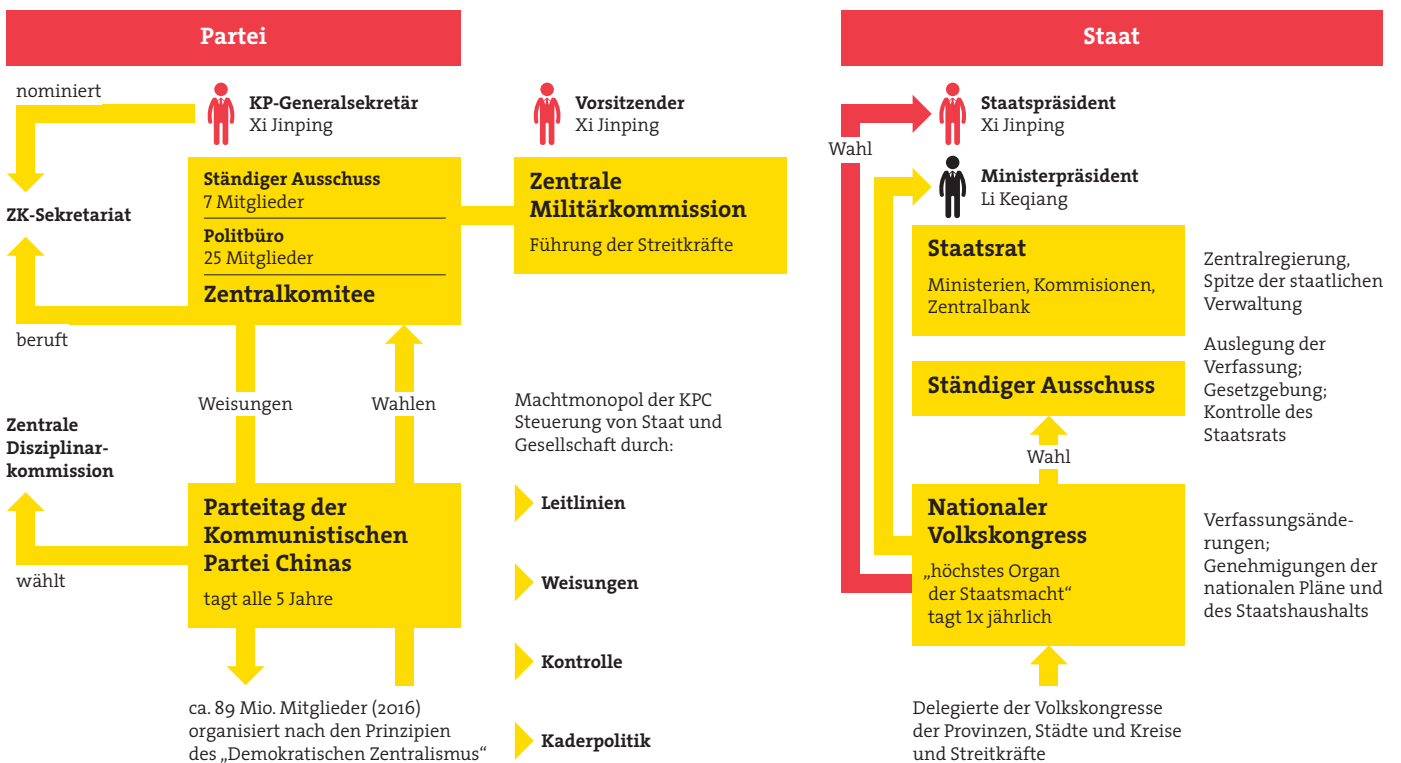
Die Kommunistische Partei und ihre Funktionäre dominieren das politische Leben auf allen Ebenen des stark zentralistisch organisierten „Parteistaates“. Politische Oppositionsbewegungen werden unterdrückt und ihre Vertreter strafrechtlich verfolgt. Derweil hat die Macht des Staatspräsidenten Xi Jinping, die mit einem gesteigerten Personenkult einhergeht, einen neuen Höhepunkt erreicht.

Der Aufstieg Chinas zu einer globalen Wirtschaftsmacht sorgt im Westen bis heute für Erstaunen und auch Beunruhigung. Wie konnte ein von einer Kommunistischen Partei regiertes, in weiten Teilen von bitterer Armut geprägtes Land sich binnen Jahrzehnten so weit modernisieren, dass es den marktwirtschaftlichen Demokratien des Westens ernsthaft Konkurrenz macht und im nächsten Jahrzehnt voraussichtlich die USA als wichtigste Ökonomie der Welt ablösen wird?

Welchen Anteil haben politisches System und Staatstätigkeit an der wirtschaftlichen Transformation Chinas? Und ist Chinas politisches System zur Anpassung an veränderte ökonomische, technologische, gesellschaftliche und internationale Bedingungen fähig?

Knapp 40 Jahre nach Beginn der Reform- und Öffnungspolitik lehnt die chinesische Regierung die „westliche Demokratie“ als ein für China sowie andere Entwicklungs- und Schwellenländer untaugliches Ordnungsmodell ab. Aktuelle Erschütterungen demokratischen Regierens in den USA, Großbritannien und vielen Ländern der EU werden als Beleg dafür angeführt, dass traditionelle westliche Demokratien den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gewachsen seien und zunehmend an Akzeptanz selbst in westlichen Gesellschaften verlören. China müsse einen eigenständigen Weg der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung beschreiten. Nur die organisatorische Anleitung durch die Kommunistische Partei Chinas (KPC) könne den Erfolg dieses Entwicklungsweges garantieren.

Das politische System der Volksrepublik China



Mit dieser Begründung hält die KPC unverändert an ihrem Machtmonopol fest, lässt keine unabhängigen politischen Kontrollinstanzen oder politische Konkurrenz zu und unterdrückt organisierte oppositionelle Aktivitäten. Es handelt sich bei der VR China deshalb eindeutig um ein nicht liberales, autoritäres Regierungssystem. Unter Partei- und Staatschef Xi Jinping traten seit 2012 restriktive und repressive Herrschaftspraktiken deutlicher zu Tage als unter seinen Vorgängern.

Die Möglichkeiten des Internets und der Vormarsch sozialer Medien waren aus westlicher Sicht anfangs als Chance für Chinas Gesellschaft angesehen worden, Alternativen zum Informationsmonopol der chinesischen Führung zu erhalten. Mittlerweile zeigt sich: Die neuen Technologien nutzt die Kommunistische Partei planvoll als kontinuierlich weiterentwickelnde Steuerungs- und Überwachungsinstrumente. Die autoritären Kontrollstrukturen des Regierungssystems verschmelzen zunehmend mit der zentralisierten Verarbeitung extrem großer und heterogener Datenmengen (*Big Data*), die eine detaillierte Erfassung individueller Aktivitäten und Präferenzen in Gesellschaft und Märkten erlauben. In China bildet sich unter Anleitung der KPC ein IT-gestützter Autoritarismus heraus, der das Potenzial hat, zu einem Modell auch für andere autoritäre Staaten der Welt zu werden. Denn die in China entwickelten Kontrolltechnologien für den *Cyberspace* lassen sich auch in anderen politischen Kontexten effektiv einsetzen.

Die Verfassung eines Parteistaates

Die KPC durchdringt den Staat auf allen Ebenen: Als Staatspartei, die nicht in Konkurrenz zu anderen Parteien tritt und nicht von diesen abgelöst werden kann, stellt die KPC fast ausnahmslos das Personal für Führungspositionen in Regierungs- und Verwaltungsorganen. Darüber hinaus müssen die Regierungsorgane in ihren Entscheidungen Vorgaben von Parteigremien folgen, die staatlichen Stellen übergeordnet sind.

Der Staatsaufbau der Volksrepublik China folgt in Kernelementen immer noch dem Modell der ehemaligen Sowjetunion: Die politische Führungsrolle der Kommunistischen Partei, umfassende Durchgriffsbefugnisse der Zentralregierung gegenüber regionalen Führungen, die Gewaltkonzentration – also die ausdrückliche Ablehnung einer politischen Machtbegrenzung durch Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative – und die Unterordnung individueller Rechte gegenüber kollektiven, durch die KPC definierten Interessen sind bis heute wesentliche Prinzipien der chinesischen Verfassungsordnung.

Bislang sind vier Verfassungen (1954, 1975, 1978, 1982) verabschiedet worden, in denen die wechselnden politischen Ziele der KPC zum Ausdruck kommen. Die derzeit gültige Verfassung von 1982 (in Einzelementen mehrfach geändert, zuletzt 2018) spiegelt die Bemühungen um eine „sozialistische Modernisierung“ des Wirtschaftssystems und um eine Stabilisierung der staatlichen Institutionen wider.

Im 2018 ergänzten Art. 1 der geltenden Verfassung heißt es: „Die VRC ist ein sozialistischer Staat unter der Demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht. [...] Die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas ist das zentrale Merkmal des Sozialismus chinesischer Prägung. Die Sa-

botage des sozialistischen Systems ist jeder Organisation oder jedem Individuum verboten.“

Das Gefüge der politischen Institutionen Chinas wurde durch keine der bisherigen Verfassungsänderungen angetastet. De facto steht die KPC über der Verfassung und über dem Volk: Die Partei, nicht das Volk, ist der Souverän im Staat. Die Staatsverfassung besitzt folglich nur ein begrenztes Gewicht für die Praxis der politischen Willensbildung, Konfliktbewältigung und Entscheidungsfindung. In erster Linie ist die Verfassung der VRC ein politisches Dokument. Es gibt keine gerichtlichen Instanzen wie etwa ein Verfassungsgericht, um die konstitutionell zugesicherten Rechte einzuklagen.

Das Machtmonopol der KPC

Die VR China ist ein Einparteiensystem. Zwar gibt es acht sogenannte Demokratische Parteien, die als Organe der „Einheitsfront“ der KPC untergeordnet sind. Es handelt sich jedoch nicht um Parteien, die im politischen Wettbewerb stehen, sondern um von der KPC kontrollierte Konsultativorgane, die lediglich beratende Funktion haben. Die Führungskader der KPC sitzen an allen wichtigen Schalthebeln der chinesischen Politik.

Nach Lenins Vorbild

Von Wladimir Ilijtsch Lenin (1870–1924), dem Begründer des kommunistischen Parteistaates im frühen Sowjetrußland, übernahmen die chinesischen Kommunisten die organisatorischen Prinzipien der Kaderpartei und der Führungsrolle der Partei in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die wichtigsten Institutionen politischer Kontrolle, die im Kern auf Lenin zurückgehen und sich auch in der VR China finden, sind:

- die zentralisierte Hierarchie von Parteiorganen mit strikten Unterordnungsverhältnissen in allen Bereichen von Politik, Verwaltung, Polizei, Justiz, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft;
- die von der KPC kontrollierte Rekrutierung und Beaufsichtigung von Führungskräften („Kader“-System) nicht nur in staatlichen Organen, sondern auch in Wirtschaftsunternehmen und gesellschaftlichen Organisationen;
- Kampagnen zur ideologischen Indoktrinierung und Bekämpfung politischer Abweichungen innerhalb der Partei sowie ein striktes Verbot der Bildung von innerparteilichen Gruppierungen;
- Massenpropaganda (parteigelenkte, selektive Informationsvermittlung) gegenüber der Bevölkerung und Lenkung der öffentlichen Meinung mit Hilfe parteistaatlicher Medien.

2017 zählte die KPC 89,5 Millionen Mitglieder. Rund sechs Prozent der Bevölkerung gehören ihr an. Theoretisch steht die Mitgliedschaft jedem Bürger bzw. jeder Bürgerin offen, in der Praxis müssen diejenigen, die sich bewerben, ein mehrstufiges Beitrittsverfahren durchlaufen, das in den Artikeln 1 bis 8 des Parteistatuts geregelt ist. Erforderlich sind zwei Empfehlungen von Parteimitgliedern sowie eine gründliche politische Überprüfung. Zudem müssen die Kandidierenden eine einjährige Probezeit durchlaufen. Erst danach wird über eine dauerhafte Aufnahme in die Partei entschieden.

Eine Parteimitgliedschaft bietet vielfältige Vorteile, wie zum Beispiel einen erleichterten Zugang zum öffentlichen Dienst, Bevorzugung bei Beförderungen oder ein einflussreiches Beziehungsnetz. Von 1992 bis 2012 wurden jährlich zwischen ein

und zwei Millionen neue Mitglieder in die Partei aufgenommen. Ab 2013 drosselte die Parteiführung jedoch den Zustrom, um Qualifikationen und politische Loyalität der Neuzugänge konsequenter kontrollieren zu können. Die Parteimitgliedschaft wird zunehmend elitärer: 2015 besaßen rund 44 Prozent der Mitglieder einen Hochschulabschluss, der Anteil der traditionellen Kernklientel – Arbeiter und Bauern – sank dagegen auf 38 Prozent. Dies zeigt, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen inzwischen auch in der KPC-Mitgliedschaft widerspiegeln. Die neue städtische Mittelschicht Chinas ist Hauptprofiteurin der Wirtschaftsreformen und zur wichtigsten sozialen Basis für die Herrschaft der KPC geworden. Der Frauenanteil liegt mit 25 Prozent im Jahr 2015 zwar über dem der Vorjahre, ist allerdings immer noch deutlich niedriger als der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung.

Zentrale (nationale) Parteiorgane

Die alle fünf Jahre stattfindenden **nationalen Parteitage** sind politische Großereignisse: Auf ihnen wird über Anpassungen in politisch-ideologischen Grundsatzfragen, über Neuorientierungen in der nationalen Entwicklungsstrategie sowie über die Zusammensetzung zentraler Führungsorgane entschieden. Zuletzt traten im Herbst 2017 ca. 2300 Delegierte zum 19. Parteitag zusammen. Höhepunkt der Parteitage ist stets die Wahl des neuen Zentralkomitees. Dieses wählt einen Tag nach dem Ende des Parteitages die oberste Führungsriege, das Politbüro, und betraut sie mit der Umsetzung der Ziele.

Parteitage sind streng choreografierte Großveranstaltungen, auf denen es gilt, die Parteimitglieder auf ein politisches

Leitprogramm einzuschwören. Gleichzeitig dienen sie als Bühne, um der chinesischen Bevölkerung Stärke und Einigkeit der KPC zu demonstrieren. Monatelange Sondierungen, Konsultationen und interne Diskussionen gehen der kurzen Sitzungszeit voraus. Bis zum Abschluss des Parteitags werden geplante programmatische oder personelle Änderungen sorgsam unter Verschluss gehalten. Erst danach wird in der Regel das politische Programm für die nächsten fünf Jahre in den parteistaatlichen Medien veröffentlicht.

Das aus einem Parteitag hervorgegangene **Zentralkomitee der KPC (ZK)** mit 204 Vollmitgliedern und 172 nicht stimmberechtigten ZK-Kandidaten (Stand: 2017) tritt gewöhnlich nur ein bis zwei Mal im Jahr zu Plenartagungen zusammen und bildet das zentrale Vertretungs- und Beschlussorgan der Spitzenfunktionäre aus Partei, Zentralstaat, Provinzen und Armee. In ihm sind verschiedene Interessengruppen aus der Staatsbürokratie ebenso repräsentiert wie Vertretungen aus den Provinzen und der Armee.

Das höchste Entscheidungs- und Führungsorgan der KPC ist das **Politbüro des ZK**. Es hatte 2017 25 Mitglieder. Aus diesem geht wiederum der **Ständige Ausschuss** mit sieben Mitgliedern hervor. Dieser Ständige Ausschuss des Politbüros ist der Führungskern der KPC und setzt sich aus den wichtigsten aktiven Parteiführern zusammen. An der Spitze des Ständigen Ausschusses steht der **KPC-Generalsekretär**, der zugleich das Amt des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission (ZMK) ausübt.

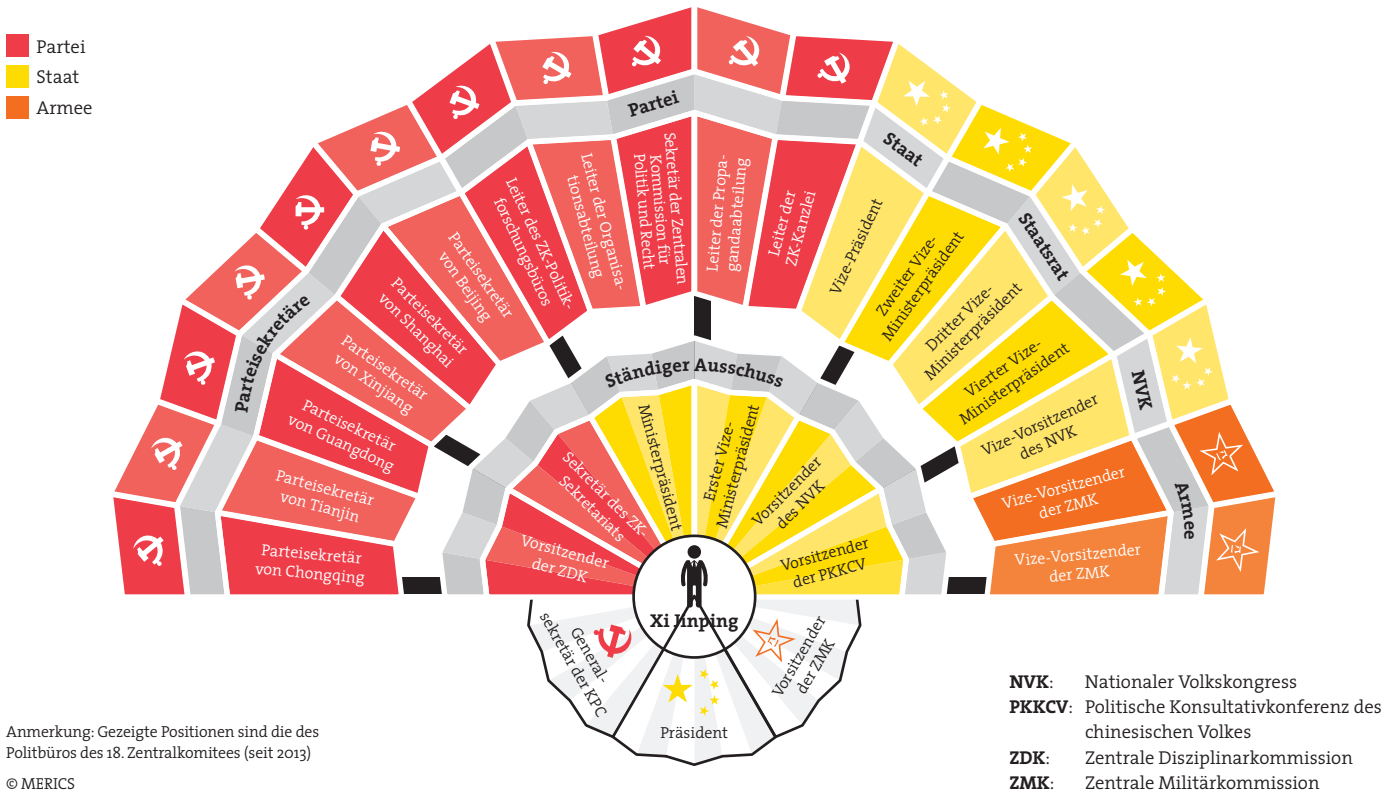
Das **ZK-Sekretariat** bereitet Sitzungen und Entscheidungen des Politbüros vor und beaufsichtigt die Durchführung



Der größte Saal in der Großen Halle des Volkes am Tiananmen-Platz in Peking fasst mehr als 10 000 Personen. Er ist Schauplatz der KPC-Parteitage und des Nationalen Volkskongresses, der jährlichen Parlamentsitzung. Beginn des 19. Parteitages am 18. Oktober 2017

Der Fächer der Macht

Das Politbüro versammelt die Führungsspitzen von Partei, Staat und Armee



Anmerkung: Gezeigte Positionen sind die des Politbüros des 18. Zentralkomitees (seit 2013)

© MERICS



Am 25. Oktober 2017 verfolgen Passanten in Shanghai einen Fernsehbericht zum 19. Parteitag. Im TV-Bild die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros



Sitz der Zentralen Disziplinarkommission in Peking 2018. Sie beaufsichtigt als außer-justizielles Organ die Führungskader in Partei und Regierung.

der Parteibeschlüsse. Im ZK-Sekretariat sind Schlüsselressorts der Parteizentrale vertreten, um die politische Abstimmung zwischen wichtigen Arbeitsbereichen zu sichern. Nach dem Amtsantritt von Xi Jinping erfuhr das ZK-Sekretariat eine personelle Aufwertung. Durch gezielte Personalüberlappungen soll eine engere Verzahnung zwischen Partei- und Regierungszentrale gesichert werden.

Die Mitglieder der **Zentralen Disziplinarkommission** werden ebenfalls durch den Parteitag gewählt. Dieser Kommission kommt eine besondere Rolle innerhalb der Parteizentrale zu, denn sie ist zuständig für die Beaufsichtigung von Führungskadern in Partei- und Regierungsstellen. Die Kommission tritt

als außer-justizielles Organ immer wieder in spektakulären Korruptionsfällen in Erscheinung und leitet häufig auch bei Vorkommnissen auf lokaler Ebene die Untersuchungen, indem sie hochrangige Ermittlergruppen entsendet.

Die KPC ist auf allen Verwaltungsebenen durch Parteiorganisationen vertreten. Sie verfügt über landesweit ca. 4,4 Millionen Basisorganisationen. Die Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen sind jedoch für die große Mehrheit der KPC-Mitglieder sehr begrenzt. Die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung im engeren Sinne erfolgt ausschließlich in den Leitungsgremien und in vielschichtigen Beziehungsgeflechten von Partei und Staatsverwaltung.

Landesweit bilden rund 650 000 „Führungskader“ die Machtelite des bevölkerungsreichsten Landes der Welt.

Informelle Verfahren der Machtausübung

Informelle Verfahren der Machtausübung gehören in China zur Regierungspraxis. Wichtige Grundsatzentscheidungen wurden häufig nicht in den von Verfassung und Parteistatut vorgesehenen Gremien getroffen. Vielmehr wurde die formale Machtfülle, die mit Leitungspositionen in Partei und Staatsorganen einhergeht, wiederholt durch verdeckte Einflusshierarchien und Entscheidungsverfahren unterlaufen. Das dramatischste Beispiel dafür waren die Entscheidungen, die 1989 zur militärischen Niederschlagung der Protestbewegung führten: Nicht das Votum der amtierenden Parteiführung gab den Ausschlag für den Militäreinsatz, sondern dasjenige einer Reihe von Revolutionsveteranen, die keinem offiziellen Entscheidungsgremium der KPC oder Regierung mehr angehörten.

Das Beispiel von 1989 zeigt, welchen Unwägbarkeiten die Mechanismen der politischen Konfliktbewältigung in China unterliegen können. Deshalb ist denkbar, dass innerparteiliche Auseinandersetzungen etwa um die Nachfolge an der Parteispitze auch künftig umfassende Ordnungskrisen nach sich ziehen.

Informelle Verfahren der Interessenverfolgung und Machtausübung bieten den beteiligten Akteuren jedoch auch eine Flexibilität, die aufgrund starrer staatlicher Institutionen sonst nicht gegeben wäre. Informelle Tauschnetzwerke, die sich zwischen Parteifunktionären und Wirtschaftsakteuren herausgebildet haben, lassen sich einerseits als Korruption, andererseits als Vorbedingung für Wirtschaftsreformen in einem ansonsten äußerst rigiden System deuten.

Die Bildung innerparteilicher Gruppierungen ist in der KPC grundsätzlich verboten. Das offizielle Kadersystem fördert jedoch die Herausbildung von sogenannten Patronage-Netzwerken: Wer in der Politik Karriere machen will, braucht die Unterstützung von hochrangigen Mentoren, die Karrierewege ebnen und als Gegenleistung strikte Loyalität erwarten können.

Besonderen Zugang zum politischen System haben die Kinder und Verwandten von ehemaligen oder amtierenden Partei- und Armee-Spitzenkadern, die sogenannten Prinzen. Sie sind aufgrund ihres besonderen Familienhintergrundes von frühester Kindheit an mit den Beziehungsnetzen und Spielregeln der Macht- und Personalpolitik innerhalb der KPC vertraut. Seit den 1990er-Jahren gelangten viele „Prinzen“ in politische und wirtschaftliche Führungspositionen und auf den Parteitag seit 2007 wurde stets eine große Zahl von „Prinzen“ in Führungsgremien der KPC gewählt. Ein prominentes Beispiel ist Xi Jinping.

Entscheidungsabläufe im engsten Führungszirkel

Wie hat sich der Führungsstil in der Parteiführung seit Mao verändert? Der charismatische Revolutionsführer **Mao Zedong** konnte als unangefochtener dominanter Politiker von der Staatsgründung 1949 bis zu seinem Tod 1976 umfassende Politikwechsel von einem Tag auf den anderen anordnen, ohne die Zustimmung anderer einholen zu müssen. In der Ära **Deng Xiaoping** (1978–1997) griff hingegen ein kleiner Kreis von pensionierten Parteiveteranen immer wieder maßgeblich in die Regierungsgeschäfte ein.

Unter dem von 1989 bis 2002 amtierenden KPC-Generalsekretär **Jiang Zemin** wandelte sich das Entscheidungssystem weg von der Autorität eines einzelnen Parteiführers hin zu einem System der kollegialen Führung mit stärker formalisierten Verfahrensregeln. Umfassende Beratungen wurden zu einem prägenden Merkmal der Entscheidungsvorbereitung.

Sie wurden notwendig, weil weder Jiang noch sein Nachfolger **Hu Jintao** (2002–2012) über die charismatische Autorität Mao Zedongs und Deng Xiaopings verfügten. Außerdem wurden die politischen Regelungsprobleme im Zuge der raschen wirtschaftlichen Modernisierung und weltwirtschaftlichen Integration immer komplexer. Nicht visionäre Entwürfe bestimmten Jiangs und Hus Amtsführung, sondern vielmehr die Optimierung administrativer und wirtschaftspolitischer Regelungsmechanismen.

Xi Jinping (seit 2012) bekennt sich im Unterschied zu seinen Vorgängern wieder stärker zu ideologie- und machtorientierten anstelle vornehmlich technokratischer Problemlösungen. Er propagiert eine „Wiederbelebung“ und „Erneuerung“ der chinesischen Nation und Kultur. Durch die Umorganisation von zentralen Führungsorganen und durch einen präsidialen, führungsstarken und öffentlichkeitswirksamen Politikstil konzentriert der derzeitige Staats- und Parteichef mehr Macht in den eigenen Händen als seine Vorgänger.

Die Machtballung in der Parteizentrale soll für eine effektive Durchsetzung nationaler politischer Handlungsprogramme sorgen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der vehementen Anti-Korruptions- und Disziplinierungskampagne, mit der die zuvor unaufhaltsam scheinende Erosion der Parteiorganisation entschlossen bekämpft werden soll. Mit diesen Maßnahmen und allen bisherigen Verlautbarungen stellte Xi Jinping klar, dass nur die KPC das Land durch das 21. Jahrhundert führen kann und alle Ansätze zur Unterminierung der Parteiherrschaft oder zu westlich-demokratischer Evolution entschlossen bekämpft werden.

Der „chinesische Traum“

Der „chinesische Traum“ (*Zhong guo mèng*) ist eine politische Parole und offizielle Vision für das Land, die seit 2013 intensiv von der KPC und dem derzeitigen Partei- und Staatschef Xi Jinping beworben und in Xis Rede auf dem 19. Parteitag 2017 bekräftigt wurde. Er steht als Oberbegriff für die kollektiven Ziele, die China unter der Führung der Partei erreichen möchte.

Xi Jinping erwähnte den „chinesischen Traum“ erstmals bei einem Besuch im Chinesischen Nationalmuseum im November 2012. Dort definierte er ihn als „das große Wiederaufblühen der chinesischen Nation“. Damit knüpfte er an frühere Motive der Geschichtsschreibung der KPC an, laut derer China im 19. und in Teilen des 20. Jahrhunderts vom Westen gedemütigt wurde. Mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg kann das Land nun unter der Führung der Partei „wiederaufblühen“ und seinen „rechtmäßigen Platz“ in der Welt einnehmen.

Obwohl die konkreten Inhalte des „chinesischen Traums“ relativ vage gehalten sind, ist der Term eng mit den zwei „Hundertjahreszielen“ des Landes verknüpft: Bis 2021, dem hundertjährigen Geburtstag der KPC, will China den Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand vollendet haben. Bis 2049, wenn wiederum die Volksrepublik ihren hundertsten Geburtstag feiert, soll China ein „wohlhabender und starker, kulturell hochentwickelter, harmonischer, sozialistischer, modernisierter Staat“ sein. Im Gegensatz zum amerikanischen Traum geht es beim „chinesischen Traum“ also nicht um die individuelle Verwirklichung, sondern vorrangig um nationale und kollektive Ziele.

Mareike Ohlberg



Die mächtigsten Männer seit Gründung der Volksrepublik: Mao Zedong, Deng Xiaoping, Jiang Zemin, Hu Jintao und Xi Jinping

Korruptionsbekämpfung im TV

[...] Vor acht Wochen [März 2017] hatte in China eine Fernsehserie Premiere. „Im Namen des Volkes“ [...] ist eine Sensation. Die Serie wurde finanziert von der Obersten Staatsanwaltschaft und ist Chinas Version der amerikanischen Serie „House of Cards“. Es geht um korrupte Kader in einer fiktiven Provinz, die so skrupellos sind, dass sie ihre Gegner von Scharfschützen ins Gewehrvisier nehmen lassen. So plakativ hat die Kommunistische Partei die Korruption in ihren eigenen Reihen nie zuvor thematisiert. Über zwanzig Milliarden Mal wurden die Folgen in Chinas Internet bisher angeschaut. [...]

In der ersten Folge von „Im Namen des Volkes“, die dreihundertfünfzig Millionen Chinesen eingeschaltet haben, bringen furchtlose Staatsanwälte einen Abteilungsleiter zur Strecke, der in seiner Behörde für die Genehmigung von Kohleminen zuständig war und mehr als zweihundert Millionen Yuan als Bestechungsgeld in einer Villa versteckt hat. Die Ermittler finden Geldbündel hinter einer falschen Wand und Bündel unter dem Bett. Selbst der Kühlschrank ist mit Yuan-Noten vollgestopft, auf ihnen das Konterfei Mao Tse-tungs. Der Fall ist real. Tatsächlich hatte ein Abteilungsleiter einer Pekinger Wirtschaftsbehörde 212 Millionen Yuan in einer Wohnung versteckt, 28 Millionen Euro. Vier Geldzählmaschinen brannten durch beim Versuch, die Gier zu beziffern. [...]

Der Erfolg der Korruptionsserie rührt daher, dass jeder Chinese einen vergleichbaren Fall kennt. Wenn früher die Parteifunktionäre aus allen Teilen des Landes zum Volkskongress nach Peking reisten, ging den Gucci-Boutiquen schon vor dem ersten Sitzungstag die Ware aus. Viele Kader seien so korrupt, dass der Partei der Untergang drohe, hat ihr Vorsitzender Xi gewarnt. [...]

In den meisten Fällen dreht sich in China die Korruption um den Verkauf der Nutzungsrechte staatlichen Bodens. Fälle [...] gibt es zuhauf. Seit ein paar Jahren hat der Unmut im Land darüber ein Ausmaß erreicht, das Sorgen vor einer Staatskrise geweckt hat. Der Vorsitzende Xi Jinping sagte dann, er wolle die Macht seiner Partei „in einen Käfig sperren“. Es ist nicht klar, was Xi damit meinte. Es ist aber klar, was er nicht damit meint: dass in China Gewaltenteilung herrschen soll, in der die Kader

kontrolliert werden von einer unabhängigen Justiz. Als Ventil soll dem Volk stattdessen das „Petitionssystem“ dienen.

[...] Chinas Gesetz sagt, dass jeder Bürger das Recht hat, sich über Beamte zu beschweren. In der Hauptstadt hat dafür jede Provinz Beamte abgestellt. Dort betreiben sie „schwarze Gefängnisse“: billige Hotels, in denen Söldner die Petitionäre vom Petitionsbüro fernhalten. Das Petitionssystem ist ein Mechanismus, der seine eigene Aufhebung gleich mit enthält, schreibt Mark Siemons, ein langjähriger China-Korrespondent [...].

Schon im Jahr 2004 hat die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften den Erfolg der Petitionen untersucht und kam auf eine Quote von 0,2 Prozent. In einer späteren Befragung gaben zwei Drittel der Petitionäre an, in einem „schwarzen Gefängnis“ gelandet zu sein. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua bezifferte deren Anzahl in Peking vor sieben Jahren auf dreiundsiebzig. [...]

Auch Chinas Richter werden von der Kommunistischen Partei bestellt. Vor ein paar Wochen hat ihnen der Oberste Volksgerichtshof gedroht, Urteile gegen die Partei zu sprechen. Fälle, in denen Kader illegal Land verkaufen, gibt es Hunderttausende, doch mittellose Chinesen [...] können dagegen nicht viel machen. Knapp zweihundertfünfzig Bürgerrechtsanwälte und Aktivisten wurden laut *Amnesty International* in den vergangenen zwei Jahren festgenommen. Wen sie aus den eigenen Reihen in den Käfig steckt, entscheidet niemand anderes als die Partei.

Die Serie „Im Namen des Volkes“, die von Chinas besten Theaterschauspielern dargeboten wird, soll beweisen, dass die Macht sich selbst kontrollieren kann. Doch gleich die erste Folge zeigt, warum das nicht funktioniert. Weil die Staatsanwälte von einem hohen Parteikader gestoppt werden, der ebenfalls korrupt ist, kann sich der korrupte Bürgermeister der Verhaftung entziehen. [...]

Hendrik Ankenbrand, „Der Gerechte“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Mai 2017

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

MATTHIAS STEPAN

Exkurs: Xi Jinping, der Mann an der Spitze von Partei und Staat

Xi Jinping ist derzeit der mächtigste Mann Chinas. Seit seinem Amtsantritt – 2012 als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, 2013 als Staatspräsident – hat er es geschafft, die Entscheidungsprozesse im Land stärker auf seine Person zu konzentrieren als alle seine Vorgänger an der Parteispitze seit Maos Tod.

Kind der Partei

Xi Jinping wurde am 15. Juni 1953 als Sohn zweier Parteimitglieder in Peking geboren. Bereits seine früheste Kindheit und Jugend waren geprägt von der Partei. Als Sohn von Xi Zhongxun, eines wichtigen Parteifunktionärs, genoss er die Privilegien eines „Partei-Prinzen“. Im Gegenzug bekamen er und seine Familie radikale politische Wenden am eigenen Leib zu spüren.

Sein Vater hatte sich seit den 1930er-Jahren einen Namen innerhalb der Partei gemacht und stieg schnell auf, bis er 1959 die Position des Vize-Premierministers und den vorläufigen Höhepunkt seiner politischen Karriere erreichte. Die Parteilinken führten jedoch 1962 seinen Fall herbei. Noch vor Beginn der Kulturrevolution verlor Xis Vater all seine Führungsämter, in der Folgezeit wurde er von den Roten Garden verfolgt und inhaftiert. Seine vollständige Rehabilitierung erfolgte erst 1978.



ulstein bild - Pictures from History

Die Anfänge eines „Partei-Prinzen“: der fünfjährige Xi Jinping (li.) 1958 mit seinem Vater Xi Zhongxun, der als wichtiges Mitglied der KPC zur ersten Führungsgeneration der Volksrepublik China gehörte

Für den Teenager Xi waren dies harte Lehrjahre. Ohne den Schutz seines Vaters wurde er 1968 als 15-jähriger aufs Land verschickt, um dort als einfacher Landarbeiter fernab seiner Eltern zu leben. Trotz der Anfeindungen gegen seine Familie bemühte sich Xi Jinping um die Aufnahme in die Partei. Sie wurde ihm erst 1974, nach mehreren Anläufen, gestattet. Kurz darauf erhielt er auch die Genehmigung der Partei, ein Chemiestudium an der Eliteuniversität Tsinghua in Peking aufzunehmen, das er 1979 erfolgreich abschloss. An der gleichen Universität belegte er von 1998 bis 2002 berufsbegleitend Kurse zu Marxismus und ideologischer Bildung und promovierte 2002 in Jura.

Aufstieg in Zeiten des chinesischen Wirtschaftswunders

Mit der Rehabilitierung seines Vaters eröffneten sich auch für Xi neue Entwicklungsmöglichkeiten. Beweisen musste er sich allerdings selbst. Während der Vater als Parteisekretär marktwirtschaftliche Reformen in der Provinz Guangdong voranbrachte, sammelte Xi Jinping von 1979 bis 1982 erste Erfahrungen im politischen Apparat von Peking. Unter Anleitung eines Vertrauten seines Vaters arbeitete er im Büro des Staatsrates sowie in der Zentralen Militärkommission. In diese Zeit fällt auch seine erste Ehe mit der Tochter des einstigen chinesischen Botschafters in London, Ke Lingling, die jedoch nicht lange hielt. 1982 war insofern ein einschneidendes Jahr in Xis privater und beruflicher Entwicklung. Er verließ die Hauptstadt, um ganz unten im chinesischen Verwaltungsapparat – auf Kreisebene – Parteifunktionen zu übernehmen. Es wurde leise um den „Prinzen“, der nur langsam in der Hierarchie aufstieg. Nach drei Jahren in der Provinz Hebei arbeitete er sich 17 Jahre lang in der Küstenprovinz Fujian von der Stufe des stellvertretenden Parteisekretärs einer Industriestadt bis zum Amt des Provinzgouverneurs hoch. Dennoch blieb er weiterhin in der Bekanntheit weit hinter seiner zweiten Frau zurück. Seit 1987 ist er mit Peng Liyuan verheiratet, einer landesweit beliebten Sopranistin, die dem Gesangsensemble der chinesischen Volksbefreiungsarmee angehört.

2002 gelang ihm der politische Durchbruch, der ihm den Weg an die Spitze der Macht ebnete. Er wurde als Vollmitglied in das Zentralkomitee der KPC gewählt und etablierte sich als Parteisekretär in der wirtschaftlich äußerst wichtigen und erfolgreichen Küstenprovinz Zhejiang. Nach einem politischen Skandal in Shanghai übernahm er 2007 kurzfristig die Parteiführung in der Vorzeigestadt für Chinas wirtschaftlichen Aufstieg und Reformeifer. Noch im selben Jahr gelang ihm der Einzug in den Ständigen Ausschuss des Politbüros, dem zu jenem Zeitpunkt die neun einflussreichsten Parteigrößen angehörten. Spätestens 2008 wurde mit seiner Ernennung zum Vizepräsidenten klar, dass er die besten Karten für die Nachfolge Hu Jintaos als Generalsekretär der KPC und Staatspräsidenten in den Händen hielt. Bereits Ende 2007 war er zum Präsidenten der Zentralen Parteihochschule berufen worden. Spitzenkader der Partei durchlaufen diese Einrichtung, die Studiengänge sowie verpflichtende Fortbildungen anbietet.

An der Spitze angekommen

Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit als Generalsekretär machte Xi deutlich, worum es ihm in erster Linie geht: um die Disziplinierung der Partei im Inneren und um die Stärkung des Führungsanspruchs der Partei nach außen. Sein Narrativ ist der „chinesische Traum“, die Wiedergeburt und der Aufstieg Chinas (siehe auch S. 22). Im Herbst 2013 stellte er erstmals sein au-



China Daily via REUTERS

Der erste Mann im Staat: KPC-Generalsekretär und Staatspräsident Xi Jinping auf dem Weg zu seiner Eröffnungsrede beim 19. Parteitag am 18. Oktober 2017



REUTERS/Thomas Peter

Auf Augenhöhe mit Mao? Seit dem 19. Parteitag ist Xi Jinpings Gedankengut Teil der offiziellen Parteideologie – eine Ehre, die außer Mao nur Deng Xiaoping zuteilwurde. Angebot eines Souvenirgeschäfts 2016

ßenpolitisches Prestigeprojekt vor: die „neue Seidenstraßeninitiative“ (siehe S. 35 f.). Seine Anti-Korruptionskampagne mit bis dato für China unbekannter Reichweite sowie Xis Position, dass lediglich eine starke und geeinte Partei das Land nach vorne bringen kann, genießen augenscheinlich breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Er versteht es, volksnah aufzutreten, und verkörpert bei seinen Auftritten im In- und Ausland das Bild eines starken und charismatischen Staatsmannes. Dieses Image wird von der Propagandaabteilung der Partei sorgfältig in Szene gesetzt.

Eine rasante Machtkonsolidierung, der Ausbau des Überwachungsapparates sowie sein entschiedenes Auftreten sind

zu den Markenzeichen seiner ersten Amtszeit geworden. Im Rahmen einer Verfassungsänderung fanden im März 2018 sowohl die Führungsrolle der Partei als auch „Xi Jinpings Gedankengut“ Eingang in die Staatsverfassung. International erwartete Reformen in Richtung verstärkter politischer Teilhabe, Gewaltenteilung sowie einer konsequenten Marktöffnung erteilte Xi dagegen eine klare Absage.

SEBASTIAN HEILMANN

Chinas Staatsorgane

„Oberstes Organ der Staatsmacht“ und Gesetzgebungsorgan ist laut Verfassung der **Nationale Volkskongress (NVK)**. Er ist unter anderem zuständig für Verfassungsänderungen (mit Zwei-Drittel-Mehrheit), für die Ausarbeitung und Änderung grundlegender Gesetze, für die Wahl bzw. Abberufung der wichtigsten Mitglieder der Staatsorgane sowie für die Prüfung und Bestätigung des Staatshaushaltes. Die rund 3000 Abgeordneten des NVK werden alle fünf Jahre von den Volkskongressen auf Provinzebene bestimmt. Es findet also keine Volkswahl zum NVK statt. Mehr als zwei Drittel der NVK-Abgeordneten gehören der KPC an. Der NVK tritt nur einmal im Jahr zu einer rund zehntägigen Plenartagung zusammen. Da eine so riesige und kurzlebige Versammlung lediglich in der Lage ist, bereits zuvor gefällte Entscheidungen zu ratifizieren, nicht aber die Gesetzgebung zu initiieren oder zu beaufsichtigen, wird der Großteil der Gesetzgebungstätigkeit in den Ständigen Ausschuss verlagert.

Der **Ständige Ausschuss des NVK** mit seinen rund 170 Mitgliedern besitzt den Charakter eines „Ersatzparlamentes“. Alle zwei Monate kommt er zu mehrtägigen Sitzungen zusammen, um die Mehrzahl der Gesetze zu verabschieden und internationale Abkommen zu ratifizieren. Der Ständige Ausschuss des NVK spielt eine immer aktivere Rolle und hat seit 2015 zahlreiche eigene Gesetzesinitiativen eingebracht. Darüber hinaus wies er gelegentlich auch Gesetzentwürfe der Regierung zurück, die dann geändert werden müssen. Dennoch dürfen der Nationale Volkskongress und sein Ständiger Ausschuss nicht als unabhängige Gesetzgebungsorgane verstanden werden. Ihre vorrangige Aufgabe ist es, im Auftrag der obersten Parteiführung deren Prioritäten umzusetzen.

Der **Staatspräsident** ist das Staatsoberhaupt der Volksrepublik China. Durch eine Verfassungsänderung im März 2018 wurde die zuvor geltende Beschränkung auf zwei Amtsperioden von je fünf Jahren aufgehoben. Deshalb kann der Staatspräsident, der seit 1993 stets zugleich Generalsekretär („Nr. 1“) der Kommunistischen Partei war, nun ohne Beschränkung seiner Amtszeit wiedergewählt werden. Ihm kommen laut Verfassung vor allem formal-repräsentative Funktionen zu. So setzt er mit seiner Unterschrift Gesetze in Kraft, ernennt und entlässt führende Mitglieder von Staatsorganen nach Entscheidung des NVK und empfängt auswärtige Staatsgäste. De facto dient das Amt aber seit den 1990er-Jahren der diplomatischen Aktivität und außenpolitischen Profilierung des KP-Generalsekretärs, der somit auf internationalem Parkett nicht in seiner Parteifunktion, sondern als Chinas Staatsoberhaupt auftritt.

Der **Staatsrat**, so die Bezeichnung für die chinesische Zentralregierung, wird in der Verfassung als „Exekutivorgan“ des NVK und als „oberstes Organ der Staatsverwaltung“ definiert. Dem Staatsrat gehören der Ministerpräsident, dessen Stell-



Rund 3000 Delegierte aus allen Teilen des Landes bilden den Nationalen Volkskongress, das chinesische Parlament. Einmal jährlich reisen sie zu einer mehrtägigen Plenarsitzung an. Auf dem Weg zum Tagungsort am 18. März 2018



Mit Applaus quittieren die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses am 17. März 2018 das Abstimmungsergebnis, das die Wiederwahl Xi Jinpings zum Staatspräsidenten bestätigt.



Anschließend legt der wiedergewählte Staatspräsident vor dem Plenum den Eid auf die Verfassung ab.

vertreter sowie die Staatsratskommissare und Minister an. Dem **Ministerpräsidenten** kommen als Leiter des Staatsrates weitreichende Entscheidungsbefugnisse zu. Seine Amtszeit ist auf zwei Fünfjahresperioden beschränkt. Als „Kabinetts“ im engeren Sinne dient die **Ständige Konferenz des Staatsrates**, der die zehn höchstrangigen Regierungsmitglieder angehören. Die Kandidaten für alle Führungspositionen in der Regierung werden von Gremien der KPC ausgewählt und benannt.

Die **Zentrale Militärkommission** (ZMK) wird in der Verfassung nur ganz knapp behandelt. Sie leitet die „Streitkräfte des Landes“. In ihr sind Partei- und Militärführung gleichermaßen vertreten und sie besitzt eine stark herausgehobene Stellung im politischen Machtgefüge. Denn Vorsitzender ist stets der „Erste Mann“ der KPC: anfangs Mao Zedong, später Deng Xiaoping, dann Jiang Zemin, Hu Jintao und seit 2012 Xi Jinping.

Lokale Volkskongresse und Volksregierungen aller Ebenen sind die örtlichen Organe der Staatsmacht. Sie haben auf der jeweiligen Verwaltungsebene Kompetenzen, die im Wesentlichen mit denen des NVK auf nationaler Ebene korrespondieren. Nur die Delegierten der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene werden direkt gewählt. Die lokalen Volksregierungen „sind den Organen der Staatsverwaltung der nächsthöheren Ebenen verantwortlich und rechenschaftspflichtig“. Gemäß der Verfassung kann die Zentralregierung die Annullierung „unangemessener Entscheidungen“ lokaler Organe der Staatsverwaltung anordnen.

Nach der Gründung der VRC wurden staatliche Organe lediglich als Vollzugsinstrumente der KPC begriffen. Zunehmend aber gewannen sie ein eigenes politisches Gewicht in Verwaltung und Umsetzung der Politik. Die politische Kontrolle von Staatsverwaltung und Staatsunternehmen bleibt dadurch gewahrt, dass die Personen, die staatliche Behörden und Betriebe leiten, zugleich den Parteikomitees innerhalb dieser Organisationen angehören und im Rahmen des Kadersystems der Partei ernannt und abberufen werden können. Parteikomitees und die ihnen vorstehenden Parteisekretäre genießen in allen grundsätzlichen oder strittigen Fragen Weisungsbefugnis gegenüber staatlichen Stellen.

Die vier Hauptstufen des Regierungs- und Verwaltungssystems

(unterhalb der Zentralregierung, Stand: 2015)

Provinzebene: 33 Verwaltungseinheiten

- vier „Regierungsunmittelbare Städte“: Peking, Shanghai, Tianjin und Chongqing
- 22 Provinzen (offiziell wird Taiwan als 23. Provinz der VRC geführt)
- fünf „Autonome Gebiete“: Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei, Guangxi und Ningxia
- zwei „Sonderverwaltungsregionen“: Hongkong und Macau, ehemalige Kronkolonien, die 1997 vom Vereinigten Königreich bzw. 1999 von Portugal in die Souveränität der VRC überführt wurden und einen weitreichenden administrativen Autonomiestatus genießen. Offiziell aber werden sie als Verwaltungseinheiten auf Provinzebene geführt.

Bezirksebene: 333 Bezirke sowie Städte und Stadtteile auf Bezirksebene

Kreisebene: 2854 Kreise und kreisgleiche Verwaltungseinheiten

Gemeindeebene: 40 381 Gemeinden, Kleinstädte und Stadtteile auf Gemeindeebene

Politische Opposition und Protestbewegungen

Seit den 1950er-Jahren wurden in der Volksrepublik China alle Formen organisierter politischer Opposition unterdrückt. 1957 hatten Intellektuelle und Parteikritiker während einer kurzen Phase der Liberalisierung (Hundert-Blumen-Bewegung) die Gelegenheit genutzt, grundsätzliche Kritik an der Herrschaftspraxis der KPC zu äußern. Dies wiederholte sich 1976 in einer Trauer- und Protestbewegung (Bewegung vom 5. April). Wenige Jahre später formulierte die „Demokratiemauer“-Bewegung (1978/1979) Forderungen nach Gewährung umfassender Menschen- und Bürgerrechte. In der städtischen Protestbewegung von 1989 wurden die Begriffe „Demokratie und Menschenrechte“ zu politischen Losungen, mit denen erst die Studierenden, später bis zu zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger ihre Ablehnung von politischer Willkür und zugleich ihre Sehnsucht nach größeren Freiheitsräumen zum Ausdruck brachten. Das chinesische Militär schlug unter Einsatz von Schusswaffen und Panzern in der Nacht zum 4. Juni 1989 die Protestbewegung nieder. Landesweit wurden Zehntausende, die an der Kundgebung teilgenommen hatten, verhaftet, Tausende zu Haftstrafen und Dutzende zum Tode verurteilt.

Die Unterdrückung der Protestbewegung von 1989 kennzeichnet einen Wendepunkt in der politischen Entwicklung Chinas. Nach dem Schock über die gewaltsame Niederschlagung verbreitete sich in der Gesellschaft politische Apathie. Die Regierung wiederum förderte ganz gezielt die Entpolitisierung: Alle gesellschaftlichen Energien sollten fortan in die wirtschaftliche Entwicklung fließen. Politischer Idealismus wich einer von der KPC energisch unterstützten Wachstums- und Konsumorientierung. Politische Aktivitäten „von unten“ fanden nur noch wenig Resonanz. Zwar entstanden in einigen Großstädten in den 1990er-Jahren oppositionelle Untergrundorganisationen. Diese hatten aber in der Regel nicht mehr als ein paar Dutzend Mitglieder. 1998 schlossen sich mehrere hundert Dissidenten überregional zusammen, um eine „Demokratische Partei Chinas“ zu gründen. Dieser Versuch, eine größere politische Organisation zu bilden, wurde jedoch von den Sicherheitsbehörden unterbunden.

Gleichzeitig häuften sich lokal begrenzte gesellschaftliche Proteste, bei denen Betroffene gegen die Verletzung konkreter Interessen vorgingen. Sie verlangten die Behebung örtlicher Missstände – wie z. B. die Zahlung ausstehender Löhne, Entschädigungen für Umsiedlungen oder die Eindämmung von Umweltzerstörung. Die Protestierenden forderten die Herrschaft der KPC also nicht direkt heraus, setzten aber die Regierung dennoch unter Druck. Denn die Herrschaftslegitimation der KPC ist an das Versprechen gekoppelt, gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität zu gewährleisten.

Die Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien und sozialer Medien ermöglichte es für einige Jahre auch in China, dass zuvor isoliert agierende Aktivisten oder Kritiker von gesellschaftlichen Missständen Verbindungen zu einer größeren Öffentlichkeit herstellen konnten. Anwälte unterstützten die Anliegen von Bauern oder Arbeitern; Journalisten machten per Internet die Kontrollfunktion der Medien gegenüber Korruption und Machtmissbrauch lokaler Kader geltend. Seit 2008 reagierten die Partei- und Sicherheitsbehörden auf die neuartigen gesellschaftlichen Vernetzungen jedoch mit verschärften und technisch immer ausgefeilteren Kontroll- und



Am 4. Juni 1989 schlägt Militär die studentische Protestbewegung auf dem Tiananmen-Platz in Peking blutig nieder. Das Bild ist Teil einer Filmaufnahme, die zeigt, wie sich ein einzelner Mann minutenlang den anrollenden Panzern in den Weg stellt.



Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises von 2010 bleibt der Stuhl des Preisträgers leer. Liu Xiaobo wird als Mitinitiator des Bürgerrechtsmanifests „Charta 08“ jahrelang inhaftiert, bis zum Endstadium seiner Krebskrankung, an der er 2017 stirbt.

Repressionsmaßnahmen, die nicht nur traditionelle Protestaktionen, sondern auch die Kommunikation im *Cyberspace* gezielt erfassten.

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2008 veröffentlichten rund 300 Intellektuelle im Internet ein Bürgerrechtsmanifest unter dem Titel „Charta 08“ und forderten zur Unterzeichnung durch weitere Unterstützer auf. Die „Charta 08“ war ein Angebot und Versuch, das politische System der Volksrepublik gemeinsam mit aufgeschlossenen Kräften innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas schrittweise zu demokratisieren.

Bevor die betreffende Webseite durch die Regierung geschlossen wurde, traten mehr als 8000 Personen aus ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen dem Aufruf bei. Einer der Initiatoren der Charta – der Schriftsteller und Bürgerrechtler Liu Xiaobo – wurde daraufhin in China zu elf Jahren Haft verurteilt. Als ihm 2010 das Nobel-Komitee in Oslo den Friedensnobelpreis verlieh, blieb während der Zeremonie demonstrativ ein Stuhl frei, weil weder Liu Xiaobo noch seine

Hartes Vorgehen bei Regimekritik

Rechtsanwalt Yu Wensheng brachte gerade seinen zwölfjährigen Sohn zur Schule, als die Polizisten ihn ansprachen. Vor den Augen des Kindes führten sie Yu ab – und sperrten ihn an einem unbekanntem Ort in Peking weg. Ende April folgte eine formale Anklage: Das Amt für Öffentliche Sicherheit der Stadt Xuzhou beschuldigte ihn der „Zersetzung der Staatsgewalt“ und „Behinderung der Amtsausübung von Polizeibeamten“.

Da hatte seine Familie schon seit Wochen keinen Kontakt mehr zu Yu. Seine Frau engagierte für ihn einen Anwalt, einen mutigen Kollegen Yus. Doch dieser durfte den Häftling nicht besuchen. Keiner weiß, wie es ihm geht. Ebenso ist unbekannt, wann die Gerichte über seinen Fall entscheiden werden. Vielleicht in einigen Monaten, vielleicht erst in vielen Jahren. Ihm drohen bis zu 15 Jahre Haft. Sein Verbrechen: Seine Praxis in Peking hatte auch Menschenrechtsfälle übernommen.

Das Klima in China wird rauer. So wie Yu Wensheng leiden Anwälte und Regimekritiker zunehmend unter Unterdrückung. [...] Die Partei sichert sich mit Gewalt ein Monopol auf die Wahrheit. Wer widerspricht, verschwindet. „Die harte Wahrheit lautet: China bewegt sich in der Wahrung grundlegender Rechte in erschreckender Weise rückwärts“, sagt Sophie Richardson von der Organisation *Human Rights Watch*. [...]

Anwalt Yu war bereits zweimal im Gefängnis. Während einer Phase der Freiheit hat er der FR geschildert, wie er das Etikett eines Staatsfeindes erhalten hat. Der heute 50-Jährige hatte 2014 einen jungen Sympathisanten der Hongkonger Demokratiebewegung vertreten wollen. „Die Betroffenen hatten damals fast keine Chance, einen Anwalt zu finden, deshalb bin ich in die Bresche gesprungen.“ Die Entscheidung markiert den Beginn eines Leidensweges, der bis heute anhält.

[...] Die Staatspropaganda behandelt die „Einführung des Rechtsstaats“ als abgeschlossenes Faktum; eine Moderatorin des Senders CCTV erging sich kürzlich darüber, wie harmonisch die Gesellschaft jetzt durch die Wahrung der Rechte werde. Tatsächlich ist die Justiz für die Mehrzahl der Bürger und die Mehrzahl der Fälle professioneller und effektiver geworden. Die Ausbildung der Richter ist besser, und in den meisten Zivil- und Straffällen spielt Ideologie keine Rolle mehr. [...]

Doch da, wo eigentlich der Kern des Rechtsstaats sein sollte, klafft ein dunkles Loch: Ein Vorgehen gegen Staat, Partei und Behörden ist unmöglich. Diese sichern sich den Apparat als In-

strument zum Machterhalt. Sie zeigen keinerlei Neigung, die Gerichtsbarkeit freizugeben. Es sind also die Fälle, in denen es um Meinungsäußerungen, um Kritik an der Partei und um die Anwälte selbst geht, in denen das System sein wahres Gesicht zeigt. Die Anklage lautet hier grundsätzlich: „Gefährdung der nationalen Sicherheit“. In solchen Fällen können die Behörden den Verdächtigen für sechs Monate völlig legal den Zugang zu einem Anwalt verweigern.

Der andere Vorwurf [...] ist die „Aufstachelung zum Separatismus“, auch formuliert als „Gefährdung der Einheit der Nation“. Unter diesem Vorwand hat ein Richter bereits den renommierten Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti verurteilt, der sich für eine gleichberechtigte Behandlung des Volks der Uiguren einsetzte.

Doch selbst die hartgesottenen Menschenrechtsbeobachter waren [...] erstaunt, als sie das Strafmaß für den tibetischen Kleinunternehmer Tashi Wangchuk hörten. Der heute 32-Jährige betrieb einen Online-Shop mit regionalen Waren. Im Jahr 2015 verklagte er die örtlichen Behörden: Ihm war aufgefallen, dass seine Nichten in der Schule nur Chinesisch lernten und kein Tibetisch sprechen durften. Das verstieß seiner Ansicht nach gegen den Verfassungsgrundsatz, die verschiedenen Kulturen in China zu schützen.

Ein Jahr später verhafteten ihn die Behörden. Jetzt [2017] hat ihn ein Gericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Das wichtigste Beweisstück war ein Video von einem Medieninterview, in dem Tashi Wangchuk eine bessere Sprachausbildung in Tibetisch forderte. Ein „wahnwitzig unverhältnismäßiges Strafmaß“, findet *Amnesty International*. Es sei absurd, das friedliche Eintreten des Tibeters für Sprachförderung mit „Aufstachelung zum Separatismus“ gleichzusetzen.

Doch es geht nicht um Gerechtigkeit und Angemessenheit, sondern um Abschreckung. Jeder im Land soll wissen: Öffentliche Zweifel am Regime führen in Leid und Unglück. Wer dagegen auf Parteilinie bleibt, macht sich den Erfolg leicht. Der Lerneffekt von Zuckerbrot und Peitsche bleibt über die Jahrzehnte nicht aus. Nur eine kleine Minderheit interessiert sich überhaupt noch für Politik.

Finn Mayer-Kuckuk, „Wer widerspricht, verschwindet“, in: Frankfurter Rundschau vom 24. Mai 2018 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt

Ehefrau oder ein anderer Bevollmächtigter den Preis persönlich annehmen durften. Liu starb im Juli 2017, nachdem er erst im Endstadium seiner Krebserkrankung in ein Krankenhaus überwiesen und ihm die Ausreise ins Ausland verwehrt worden waren.

Als 2011 – in Anlehnung an die vorangegangenen Systemumstürze in Nordafrika – vage Anspielungen auf eine chinesische „Jasmin-Revolution“ im Internet kursierten, nahmen Chinas Sicherheitsorgane in mehreren Städten politische Aktivisten fest oder stellten sie unter Hausarrest, obwohl hinter den chinesischen „Jasmin“-Aktivitäten weder eine Organisation noch eine feste Agenda erkennbar waren. So spiegeln die harschen Reaktionen der Behörden und die hohen Sicherheitsvorkehrungen im Umfeld politischer Großereignisse die Verunsicherung auf Seiten der chinesischen Führung wider. Die staatlichen Ausgaben für die innere Sicherheit sind seit 2008 rapide angestiegen. Die 2012 eingesetzte Parteiführung

erhöhte den Druck auf Bürgerrechtler weiter. Im Juli 2015 begann eine Razzia, in deren Verlauf laut *Amnesty International* 250 Rechtsanwälte und Bürgerrechtler verhört, verhaftet oder angeklagt wurden. Einige von ihnen wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Parteiführung lässt keinen Zweifel daran, dass sie alle Formen organisierter, überregionaler politischer Aktivität in einem möglichst frühen Stadium zu unterdrücken gedenkt.

Das harte Durchgreifen der chinesischen Staatsmacht gegenüber der Bevölkerung zeigt sich nicht zuletzt auch in der regen Anwendung der Todesstrafe. Laut Schätzungen von *Amnesty International* wurden in China 2017 die weltweit meisten Todesurteile vollstreckt; sie können dort für nicht weniger als 46 Vergehen verhängt werden. Dennoch gelingt es der Staatsführung mit Erfolg, genaue Informationen hierzu unter Verschluss zu halten, was wiederum eine kritische Analyse unmöglich macht.

Chinas politisches System – ein zukunftsfähiges Modell?

Es gibt verschiedene Herausforderungen, welche die Herrschaft der KPC gefährden könnten: ein anhaltender wirtschaftlicher Abschwung, eine Schulden- und Finanzkrise, wachsende soziale Ungleichheit und der demografische Wandel durch die Überalterung der Bevölkerung. Ausschlaggebend für die mittelfristige Entwicklung des politischen Systems wird es sein, inwieweit es der Parteiführung um Xi Jinping gelingt, die viel beklagten internen Verfallserscheinungen der KPC, insbesondere Korruption und mangelnde Disziplin in der Umsetzung von Vorgaben der Partei- und Regierungszentrale, rückgängig zu machen. Auch darf die sich in China besonders rasch vollziehende digitale Transformation und industrielle Automatisierung nicht zu einer abrupten Wachstumsverlangsamung oder massenhaften Beschäftigungsverlusten führen, die das politische System destabilisieren könnten. Hierfür benötigt die Parteiführung

nicht nur die eigene Handlungsfähigkeit, sondern auch ein günstiges internationales wirtschaftliches und politisches Umfeld, damit Schocks von außen das im Umbau befindliche China nicht mit voller Wucht treffen.

Was aber geschieht, wenn es der chinesischen Parteiführung gelingt, die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und technologische Innovationskraft Chinas wie geplant bis 2025, 2035 und 2049 in mehreren Stufen beständig zu steigern und zugleich die innenpolitische Stabilität zu sichern und die weltweite Präsenz Chinas weiter auszubauen? Dann werden sich die bislang wirtschaftlich und technologisch dominierenden marktwirtschaftlichen Demokratien voraussichtlich einem Systemwettbewerb stellen müssen: Das von wirtschaftlicher Globalisierung und digitaler Transformation angetriebene, staatlich gelenkte, autoritäre Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell Chinas könnte dann weltweit demokratische Ordnungsprinzipien in Zweifel ziehen und als Alternativmodell für das Regieren im 21. Jahrhundert womöglich wachsende Zustimmung finden.

Ergebnisse des 19. Parteitags 2017 und des Nationalen Volkskongresses 2018

Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, der im Oktober 2017 in Peking stattfand, stellte die Weichen für Chinas Zukunft neu. Vor 2300 Delegierten rief Staats- und Parteichef Xi Jinping den Beginn einer „neuen Ära des Sozialismus chinesischer Prägung“ aus. Vier Jahre vor dem 100. Geburtstag der KPC ist nach dem Willen der Parteiführung eine Stärkung zentralisierter politischer Kontrolle das Gebot der Stunde. Chinas Staatspartei will ihre Führungsrolle in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weiter ausbauen. Die Entscheidungen des auf den Parteitag folgenden Nationalen Volkskongresses im März 2018 untermauerten dieses Ziel. Verfassungsänderungen und strukturelle Umbauten von Ministerien und Behörden stärken vor allem die Kontrollmöglichkeiten der Partei und ihres Generalsekretärs.

Xi formulierte in seiner Parteitagsrede ehrgeizige Vorhaben. Dabei orientierte er sich an den Geschichtsvorstellungen der marxistischen Theorie, im Unterschied zu seinen Vorgängern, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vornehmlich auf eine rasche wirtschaftliche Entwicklung konzentriert hatten. Bis 2050 soll das chinesische Volk in einem sozial und ökologisch ausbalancierten Staat „allgemeinen Wohlstand“ genießen.

Den „Arbeitsschwerpunkt“ der KPC definierte der Parteitag erstmals seit 1979 neu: Galt bislang die rasche wirtschaftliche und technologische Entwicklung als zentrale Aufgabe, soll künftig das Bemühen um sozialen Ausgleich, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität für die Bevölkerung im Vordergrund stehen. Für Chinas Wirtschaft bedeutet das mittelfristig eine Abkehr vom Hochwachstum, das bislang in Branchen wie Immobilien und Finanzen eher unkontrolliert verlief und künftig durch die chinesische Führung besser gesteuert werden soll.

Für Chinas Gesellschaft bedeutet die zugleich betriebene Wiederbelebung marxistisch-leninistischer Werte voraussichtlich gravierende Veränderungen: Die KPC will weite Bereiche des Privatlebens der Menschen durchdringen, ihre Konsumgewohnheiten und ihr Verhalten sollen der Parteilinie entsprechen. Dabei bedient sich die Partei zunehmend moderner Informationstechnologien, die einen digitalen Überwachungsstaat ermöglichen können.

Außenpolitisch positionierte sich die KPC auf dem 19. Parteitag selbstbewusst: Xi kündigte einen politischen und wirtschaftlichen Systemwettbewerb an, den viele nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion für überwunden hielten. China will zu einer global aktiven sozialistischen Großmacht werden, die Entwicklungs- und Schwellenländern ein Alternativmodell zu den marktwirtschaftlichen Demokratien US-amerikanischer oder europäischer Ausprägung bieten soll. Diesen Kurs bekräftigte Xi auch in seiner Rede vor den 3000 Delegierten des Nationalen Volkskongresses, Chinas nicht frei gewähltem Parlament: Er wolle die „große Wiedergeburt der chinesischen Nation“ vollenden.

Vom Parteitag wurde Xi als Generalsekretär, also erster Mann der Partei, zunächst bis zum Jahre 2022 bestätigt. Sein „Gedankengut“ wurde als maßgeblicher Beitrag zur offiziellen Ideologie in die Parteiverfassung aufgenommen. Xi wurde dadurch in einen politischen Status befördert, wie er zuvor nur dem Revolutionsführer und Staatsgründer Mao Zedong sowie dem Architekten der Reform- und Öffnungspolitik Deng Xiaoping zuteil geworden war.

In das Politbüro, den engsten Führungszirkel mit 25 Mitgliedern, stiegen Führungspersonen auf, die Xi eng verbunden sind. Einen enormen Machtzugewinn für ihn bedeutete die Entscheidung des Nationalen Volkskongresses, die bisherige Begrenzung der Amtsdauer des Präsidenten auf zwei Mal fünf Jahre aufzuheben. Er kann nun theoretisch lebenslang im Amt bleiben – auch wenn er öffentlich bekundet hat, dass er dies nicht anstrebt.

In die zweite Reihe der Führungsriege, also in Partei- und Regierungssämter der Provinzen, beförderten Parteitag und Nationaler Volkskongress auch eine wachsende Zahl neuer Technokraten – Parteifunktionäre mit technisch-wissenschaftlichen Qualifikationen und Erfahrungen. Dies ist Ausdruck der überraschenden Bedeutung, welche die KP-Spitze dem technologischen Fortschritt für Chinas Position in der globalen Wirtschaft und Politik der Zukunft zumisst.

Sebastian Heilmann und Claudia Wessling

MAREIKE OHLBERG

Sonderfall Hongkong

Hongkong genießt als Sonderverwaltungsregion (SVR) der Volksrepublik China politisch, wirtschaftlich und rechtlich bis 2047 einen Sonderstatus. Dies sehen die völker- und staatsrechtlichen Regelungen – die „Gemeinsame Erklärung“ und das „Grundgesetz“ (*Basic Law*) – für die ehemalige britische Kronkolonie vor. Vor allem seit 2014 verhärten sich jedoch zunehmend die Fronten im Streit um Hongkongs Zukunft. Auf der einen Seite stehen die pro-demokratischen Kräfte sowie eine aufkeimende Unabhängigkeitsbewegung, auf der anderen Seite das Peking-Lager und die chinesische Regierung.

1842 wurde die damals nur spärlich besiedelte Insel Hongkong als Ergebnis des ersten Opiumkriegs von China an Großbritannien abgetreten. 1860 und 1898 kamen weitere Gebiete hinzu, die teilweise jedoch nur für einen Zeitraum von 99 Jahren von Großbritannien gepachtet wurden. 1984 unterschrieben China und Großbritannien die „Gemeinsame Erklärung“. Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag vereinbarten sie die Bedingungen für die Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik.

Unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ wurde Hongkong zugesichert, 50 Jahre lang, von 1997 bis 2047, sein eigenes politisches, wirtschaftliches und rechtliches System beibehalten zu dürfen. Diese Rechte sind außerdem im „Grundgesetz“ für Hongkong festgeschrieben, das 1990 vom Nationalen Volkskongress (NVK) Chinas verabschiedet wurde. Neben Hongkong gibt es noch die zweite Sonderverwaltungsregion Macau, die 1999 aus portugiesischer Hand an China zurückging und für die eine ähnliche Abmachung gilt. Im Vergleich zu Hongkong bewertet Peking Macau jedoch als politisch stabil und verlässlich.

Hongkong fungiert als wichtiges Bindeglied zwischen dem chinesischen Markt und dem Weltmarkt. In Hongkong ansässige Unternehmen genießen durch das 2003 verabschiedete *Closer Economic Partnership Arrangement* einen vereinfachten

Zeittafel: Hongkong seit der Übergabe an China 1997

- 1. Juli 1997** Übergabe Hongkongs als Sonderverwaltungsregion an die Volksrepublik China
- 2000** Die Volksrepublik gründet ein Verbindungsbüro in Hongkong. Obwohl das Büro keine offizielle Regierungsgewalt hat, gilt es bei einem Großteil der Einwohnerschaft Hongkongs als „zweite Regierung“.
- 29. Juni 2003** Die chinesische Zentralregierung und die Hongkonger Regierung unterschreiben das *Closer Economic Partnership Agreement* für engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hongkong und dem Festland.
- 1. Juli 2003** Am Jahrestag der Rückgabe Hongkongs finden weitreichende Proteste gegen ein von Peking vorgeschlagenes Anti-Subversionsgesetz statt, an denen sich ca. 500 000 Menschen beteiligen.
- 2007** Der Ständige Ausschuss des NVK legt fest, dass eine Direktwahl des *Chief Executive* durch Hongkonger Bürgerschaft frühestens 2017 stattfinden kann.
- 31. August 2014** Der ständige Ausschuss des NVK entscheidet, nur von der Zentralregierung abgeseignete Kandidaten zur Wahl zum *Chief Executive* zuzulassen.
- September–Dezember 2014** „Regenschirmrevolte“
- 18. Juni 2015** Eine vorgeschlagene begrenzte Wahlreform scheidet überraschend im Legislativrat.
- Oktober–Dezember 2015** Mehrere Hongkonger Buchhändler verschwinden unter mysteriösen Umständen und tauchen inhaftiert auf dem Festland wieder auf. Die Hongkonger Bevölkerung reagiert mit Angst und Verunsicherung.
- September–Oktober 2016** Vertreter mehrerer neuer lokaler Parteien werden in den Legislativrat gewählt. Einige werden jedoch wenig später disqualifiziert.
- 7. November 2016** Der NVK interpretiert Hongkongs Grundgesetz und entscheidet, dass Abgeordnete des Legislativrats dem Festland gegenüber Treue schwören müssen. In Hongkong wird dies von vielen als Einmischung in die Autonomie der SVR gewertet.
- 1. Juli 2017** Anlässlich des 25-jährigen Jahrestages der Übergabe Hongkongs an China besucht Partei- und Staatschef Xi Jinping erstmals Hongkong und schwört die neue *Chief Executive* Carrie Lam ein.



Die Sonderverwaltungsregion Hongkong hat bis 2047 formal einen Sonderstatus, der aber seit 2014 zunehmend von Peking und pro-chinesischen Kräften in Frage gestellt wird. Geschäftsstraße in Mongkok, Stadtteil auf der Halbinsel Kowloon, 2017

„Regenschirmrevolte“

2014 erlebte Hongkong die größten Proteste in seiner Geschichte als Sonderverwaltungsregion. Besetzungen und Demonstrationen legten von Ende September bis Mitte Dezember 2014 Teile der Finanz- und Regierungsbezirke Hongkongs lahm. Ausgelöst wurden die Proteste durch die Entscheidung der chinesischen Regierung, nur von Peking abgeseignete Kandidaten für die Wahl zum Hongkonger *Chief Executive* zuzulassen.

2007 hatte die chinesische Regierung noch indirekt ein universelles Wahlrecht für das Jahr 2017 in Aussicht gestellt. Doch am 31. August 2014 entschied der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Chinas, dass der *Chief Executive* Hongkongs 2017 zwar in allgemeinen Wahlen gewählt würde, zuvor jedoch eine Vorauswahl von zwei bis drei Kandidaten durch ein Nominierungskomitee stattfinden müsse. Außerdem hätte die chinesische Zentralregierung die Möglichkeit, die gewählte Person abzulehnen. Viele Menschen in Hongkong waren mit dieser Entscheidung unzufrieden, da sie sich für das Jahr 2017 freie Wahlen erhofft hatten.

Ende September begannen die ersten Proteste und Besetzungen im Regierungsviertel und weiteten sich in den darauffolgenden Tagen auf den Finanzdistrikt und weitere Bezirke aus. Drei Hauptgruppen spielten bei der Organisation eine führende Rolle: der Hongkonger Studentenverband, die Schüler- und Studentengruppe „*Scholarism*“ und die von Professoren und Intellektuellen angeführte Bürgerrechtsbewegung „*Occupy Central with Love and Peace*“. Die Demonstrierenden forderten vor allem Direktwahlen des *Chief Executive* sowie weitere Wahlreformen.

Im Verlauf der Aktionen kam es wiederholt zu Räumungen und Wiederbesetzungen öffentlicher Räume. Als die Hongkonger Polizei Gewalt anwendete und Tränengas gegen die Protestierenden einsetzte, befeuerte dies die Demonstrationen weiter. Um sich gegen Pfeffersprayeinsätze zu schützen, nutzten die Demonstranten unter anderem Regenschirme. Der gelbe Regenschirm wurde daraufhin zum Symbol der Proteste, die zweieinhalb Monate andauerten. Am 15. Dezember 2014 wurden die letzten besetzten öffentlichen Plätze geräumt, womit die Protestbewegung ihr offizielles Ende fand.

Die Nachwehen der Proteste sind auch Jahre später noch zu spüren. Aus der Bewegung gingen neue politische Parteien hervor, die sich für eine stärkere Autonomie Hongkongs einsetzen. Mehrere Vertreter neuer Parteien wurden bei den Legislativratswahlen 2016 ins Hongkonger Parlament gewählt, einige wurden jedoch aufgrund ungültiger Eidschwüre wieder ausgeschlossen. Einige Anführer der Bewegung, unter anderem der Student Joshua Wong, wurden für ihre Rolle bei den Protesten verurteilt. Insgesamt haben sich die Fronten zwischen Pro-Peking-Kräften und denjenigen, die mehr Autonomie für Hongkong verlangen, seit 2014 offensichtlich verhärtet. In den Festlandmedien wurden die Ereignisse unter anderem als ein vom Westen angestifteter Versuch, die Kommunistische Partei Chinas zu schwächen oder gar zu stürzen, dargestellt.

Mareike Ohlberg

Zugang zum chinesischen Markt. Auch wenn die zentrale wirtschaftliche Rolle der SVR seit dem Aufstieg der neuen Wirtschaftszentren Shanghai und Shenzhen geschwächt wurde, hat Hongkong nach wie vor eine wirtschaftliche Brückenfunktion.

Hongkongs Parlament, der Legislativrat, wird alle vier Jahre gewählt. Etwa die Hälfte der Sitze wird durch repräsentative Wahlen in den Hongkonger Distrikten vergeben. Die andere Hälfte wählt ein kleinerer Kreis von Interessengruppen, die größtenteils zum Pro-Peking Lager gehören. Der Hongkonger Regierungschef, der sogenannte *Chief Executive*, wird alle fünf Jahre von einem 1200-köpfigen Gremium ernannt, in dem Peking-freundliche Kräfte dominieren.

Im Gegensatz zum Festland hat Hongkong eine unabhängige Justiz, die zu Kolonialzeiten eingerichtet wurde und an das britische System angelehnt ist. Auch in Bezug auf Pressefreiheit und öffentliche Meinungsäußerung genießen Hongkonger mehr Rechte als Festlandchinesen. In Hongkong finden beispielsweise zum Jahrestag der Übergabe an die Volksrepublik am 1. Juli 1997 sowie zum Jahrestag der Niederschlagung der Tiananmen-Bewegung am 4. Juni 1989 regelmäßig Protestmärsche statt.

Viele Bewohnerinnen und Bewohner Hongkongs sehen sich als Verlierer der Wiedervereinigung. Verärgerung herrscht vor allem über Touristen aus dem Festland und steigende Immobilienpreise, aber auch über eine fehlende Demokratisierung des politischen Systems und Eingriffe des Festlandes in das politische und rechtliche System Hongkongs. Allerdings gibt es innerhalb der Hongkonger Gesellschaft auch einflussreiche Gruppen, die von guten Beziehungen zu Peking profitieren und Interesse an einer weiteren Integration Hongkongs haben. Die öffentliche Meinung ist somit gespalten. Gerade die jüngere Generation, die zuvor häufig als apolitisch wahrgenommen wurde, ist durch die jüngsten Konflikte politisiert worden und äußerte in der „Regenschirmrevolte“ von 2014 ihren Unmut.



© Chappatte, The New York Times



© Chappatte in Le Temps, Switzerland

DIRK SCHMIDT

Außen- und Sicherheitspolitik

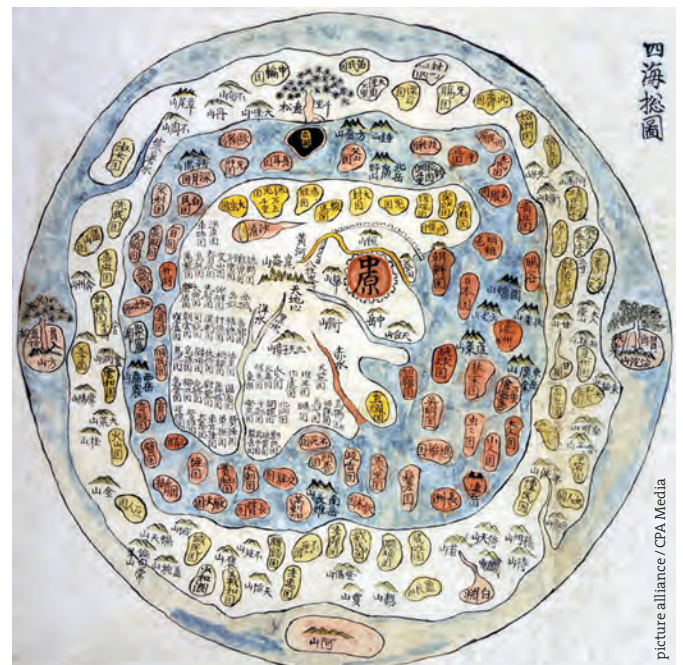
Außenpolitisch beansprucht das „Reich der Mitte“ eine weltpolitische Rolle, die es nach eigenem Selbstverständnis historisch verdient. Der Rückgriff auf die wachsende wirtschaftliche Bedeutung, der Ausbau militärischer Stärke und der Einsatz von Soft Power sind Bausteine einer Gesamtstrategie zur Durchsetzung seiner globalen Interessen.

Zeittafel zur Außenpolitik seit 1949

- 1950** Bündnisvertrag und enge Kooperation mit der Sowjetunion
- 1950–53** Koreakrieg; militärische Konfrontation mit den USA
- 1954, 1958** Erfolgreiche militärische Vorstöße gegen Taiwan
- 1964** Erster Atombombentest; die VR China wird Nuklearmacht
- 1971/72** Annäherung an die USA
- 1971** Aufnahme der VR China in die UNO als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats
- 1972** Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland
- 1975** Aufnahme offizieller Beziehungen zur EG
- seit 1979** Einleitung der Politik der außenwirtschaftlichen Öffnung
- 1979** Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA
- 1980** Mitgliedschaft in Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF)
- 1985** Abschluss eines Handelsabkommens mit der EG
- 1989** Internationale Sanktionen gegen China wegen gewaltsamer Unterdrückung der städtischen Protestbewegung
- 1991** China wird Mitglied der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC)
- März 1996** Chinesische Militärmanöver und Raketentests in der Taiwan-Straße
- Dezember 2001** Die VR China wird in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen
- Mai 2003** Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO, 2001 gegründet) errichtet ständiges Sekretariat in Beijing
- 2003–2009** Führende Rolle der VR China bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zur nuklearen Abrüstung Nordkoreas
- Oktober 2003** Erste bemannte Raumfahrt-Mission Chinas
- Seit November 2008** Einbeziehung der VR China in Gipfeltreffen der G 20
- Seit 2009** Chinesische Beteiligung an internationaler Piraten-Bekämpfung im Golf von Aden
- Februar und März 2011** China evakuiert 35 000 Staatsbürger aus dem Krisengebiet in Libyen
- September 2013** Chinas Präsident verkündet in Kasachstan die „Seidenstraßeninitiative“
- November 2014** Zentrale Arbeitskonferenz zur Außenpolitik legt außenpolitische Leitlinien fest
- Juli 2016** Schiedsgerichtshof in Den Haag verwirft chinesische Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer

Grundlagen der Außenpolitik

Aus chinesischer Sicht werden die internationalen Beziehungen im Wesentlichen durch Machtpolitik und Konkurrenz zwischen Nationalstaaten bestimmt. Für die Ausgestaltung seines Verhältnisses zur Außenwelt propagiert China seit den 1950er-Jahren den Slogan der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität (1), wechselseitiger Verzicht auf Angriffe (2), wechselseitiger Verzicht auf Einmischung in innere Angelegenheiten (3), Gleichberechtigung und wechselseitiger Nutzen (4) und friedliche Koexistenz (5). Offizielle Dokumente der chinesischen Außenpolitik und Reden führender Politiker zeichnen ein überwiegend freundliches Bild der gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Frieden, Entwicklung und wirtschaftliche Globalisierung seien positive „Trends der Zeit“. Gefahren gingen dagegen aus von Entwicklungsunter-



An die glorreichen Zeiten des „Reichs der Mitte“ möchte die chinesische Außenpolitik anknüpfen. Diese koreanische Karte aus dem 18. Jahrhundert zeigt die zeitgenössische Sicht Chinas als Mittelpunkt der Welt.

schieden zwischen armen und reichen Ländern, regionalen Konflikten und unkonventionellen Bedrohungen wie Terrorismus, Cyberkriminalität und Klimawandel. Als eine unausgesprochene Grundannahme der chinesischen Außenpolitik gilt, dass das historische „Reich der Mitte“ es verdiene, eine zentrale Position in der internationalen Ordnung einzunehmen. Im Einzelnen liegen der chinesischen Außenpolitik drei von der chinesischen Führung selbst so beschriebene „Kerninteressen“ zugrunde:

1. die Stabilität des politischen Systems, also die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei;
2. die Verteidigung nationaler Souveränität und Sicherheit sowie der territorialen Integrität und nationalen Einheit (also inklusive Taiwans, Tibets und Xinjiangs);
3. die Sicherung der Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas, vor allem des Zugangs zu Rohstoffen.

Um dies zu gewährleisten, greift Peking auf verschiedene längerfristige Strategien und folgende diplomatische Taktiken zurück: Zunächst ist die Parteiführung bestrebt, den Auf-

stieg Chinas nicht als Bedrohung für andere wirken zu lassen und versichert, den bisherigen „friedlichen Entwicklungsweg“ niemals verlassen zu wollen. Als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats mit Vetorecht verlangt China stets die Zuständigkeit der UNO, wenn es um globale Fragen geht, vor allem im Bereich der Menschenrechts- oder Sicherheitspolitik. Ausgehend vom eigenen, selbst so beschriebenen Status als „größtes Entwicklungsland der Welt“ tritt die Volksrepublik seit Jahrzehnten als Fürsprecher der Entwicklungs- und Schwellenländer auf. Mithilfe einer umfangreichen Besuchs- und Gipfeldiplomatie baut die chinesische Führung seit den 1990er-Jahren zudem die Beziehungen zu Staaten in Afrika, Lateinamerika oder Zentralasien aus, die von westlichen Staaten entweder vernachlässigt oder wegen Menschenrechtsverletzungen gemieden wurden.

Chinas Image in der Welt soll durch den bewussten Einsatz von *Soft Power* kultiviert werden. Dieser Begriff umschreibt die Fähigkeit einer Nation, den eigenen Leitvorstellungen und Interessen nicht nur durch militärische Macht oder materielle Anreize, sondern durch die ideelle Attraktivität des eigenen nationalen Gesellschafts- und Kultursystems Gel-

Beteiligung an multilateralen Gruppierungen

[...] [G]ut ein Dutzend Staats- und Regierungschefs haben sich in der ostchinesischen Hafenstadt [Qingdao 2018] zeitgleich zum G-7-Gipfel eingefunden. Russlands Präsident Wladimir Putin ist gekommen [...], Indiens Präsident Narendra Modi, sein Rivale Mamnoon Hussain aus Pakistan, genauso wie der iranische Präsident Hassan Rohani, der seine erste Auslandsreise angetreten hat, seitdem die Vereinigten Staaten den Abrüstungsdeal gekündigt haben. Dazu fünf Staatsoberhäupter aus Zentralasien, der mongolische Präsident und Europas letzter Diktator: Alexander Lukaschenko aus Weißrussland. Zusammen sind sie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Die Gegenveranstaltung zu den G 7.

Gegründet wurde die Vereinigung 2001 in Shanghai, um Terrorismus, Extremismus und Separatismus in Zentralasien zu bekämpfen. „Die drei bösen Kräfte“, nennt die Propaganda das in China. Besonders um die westchinesische Uiguren-Provinz Xinjiang geht es der Führung in Peking. Am Anfang waren es sechs Mitgliedstaaten, und gemeinsam hielten sie Militärmanöver ab. Spätestens seitdem Indien und Pakistan zu Vollmitgliedern der Organisation geworden sind, hat sich der Fokus jedoch geweitet. [...] Mit der Shanghai Organisation hat China eine Allianz geschaffen, bei deren Runden sich Staatschefs treffen, die fast die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren und bei denen Europa und die USA außen vor sind. Allein Indien und China sind für 50 Prozent des Weltwirtschaftswachstums verantwortlich.

Und die Shanghai-Gruppe ist beileibe nicht der einzige Versuch Pekings, eine Konkurrenz zu den etablierten internationalen Organisationen aufzubauen. In Europa hat man den Mechanismus „16+1“ geschaffen. Elf osteuropäische EU-Mitglieder nehmen daran teil, genauso wie fünf Balkanstaaten. Das siebzehnte Mitglied ist China. Einmal im Jahr wird ein [...] Gipfel ausgerichtet, und Peking verspricht billige Kredite für Infrastrukturprojekte.

Ein weiteres von China vorangetriebenes Format ist der Austausch der Brics-Staaten [Brasilien, Russland, Indien und China]. [...] [I]n New York trafen sich [2006] [...] die Außenminister der vier Länder. 2009 tagte [...] die [...] Staatengemeinschaft zum ersten Mal offiziell in Jekaterinenburg. Seitdem kommen die Staats- und Regierungschefs jedes Jahr zusammen. Insgesamt sind es nun fünf Teilnehmer, 2010 trat, auf Initiative Chinas, Südafrika dem Klub bei. Geht es nach China, so soll das Bündnis erweitert werden. Thailand oder Mexiko, so heißen die Wunschpartner.

Den größten Einfluss hat China zweifelsohne aber bei der Shanghai Organisation. Offiziell gibt es ein Generalsekretariat in Peking. Aktuell ist der Mann an der Spitze ein Tadschike. Wirklich viel zu sagen hat er allerdings nicht. Die Agenda bestimmen im Wesentlichen China und mit Abstrichen Russland. Die Arbeitssprachen der Organisation sind Chinesisch und Russisch. [...]

Am [...] [10.06.2018] dann unterzeichn[et]en die acht Vollmitglieder mehrere Vereinbarungen. Sie wollen den Terrorismus noch stärker bekämpfen, kleine und mittlere Unternehmen fördern und künftig gemeinsam gegen Seuchen vorgehen. Herzstück aber ist die sogenannte Qingdao-Deklaration, in der sich alle Teilnehmer zu den angesprochenen Werten von Shanghai bekennen. Ursprünglich sollte auch die Seidenstraßeninitiative von Präsident Xi in das Dokument aufgenommen werden. [...] Doch [...] [i]n mehreren Ländern formiert sich Protest gegen die Initiative, nachdem Häfen und Flugplätze dem chinesischen Staat gehören. In der Deklaration fehlt der Verweis auf die Seidenstraße, Indiens Unterhändler haben sich dagegen gestemmt. Offenbar haben doch nicht alle Mitglieder dieselben Interessen.

Christoph Giesen, „Allianz der Mehrheit“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Juni 2018



Mit kulturellen Einrichtungen zeigt China weltweit Präsenz und baut zugleich seinen Einfluss aus. Grundsteinlegung für ein Konfuzius-Institut in Maputo, Mosambik, 2018

Engagement in Afrika

[...] In kürzester Zeit ist China mit Abstand zum wichtigsten Handelspartner Afrikas geworden. Der Wert der gehandelten Güter belief sich 2015 auf 188 Milliarden US-Dollar, das ist mehr als das Dreifache des Handelsvolumens mit Indien, Afrikas zweitstärkstem Partner. Lange folgten die Beziehungen einem recht einfachen Skript: Die chinesische Regierung sucht Ressourcen und politische Partner, ihre Staatsbetriebe bauen dafür Straßen und Regierungsgebäude. Sie umarmt alle, auch die schlimmsten Autokraten, Transparenz und gute Regierungsführung sind dabei egal. Nicht wenige werfen China darum Neokolonialismus vor. [...]

Die großen Geschäfte in Afrika machen zwar immer noch der chinesische Staat und seine Betriebe. Daneben aber gibt es jetzt unzählige private Glücksritter. Die Unternehmensberatung McKinsey schätzt ihre Zahl bereits auf 10 000. Da gibt es solche, die Raubbau betreiben, illegal abholzen oder fischen. Aber auch solche, die ausbilden und Arbeitsplätze schaffen, neue Produkte anbieten und die Wirtschaft beleben. So sagten 1000 der befragten Unternehmer gegenüber McKinsey, dass 89 Prozent ihrer Angestellten Afrikaner seien. Das wären 300 000 neue Jobs. [...]

Wenn nötig, dann passen sich die Unternehmer ein in die nationalen Strategien des Staates, in dem sie operieren. Zum Beispiel in Äthiopien.

Addis Abeba. [...] Die Trambahn ist ein Prestigeprojekt, gebaut von den Chinesen. Die einzige auf dem ganzen Kontinent außerhalb Südafrikas. Addis ist als Sitz der Afrikanischen Union (AU) ein Schaufenster, so etwas wie die heimliche Hauptstadt Afrikas. Alle afrikanischen Staaten haben hier ihre Vertretung. Man kann hier zeigen, was geht – mit und durch China. In der Nähe des neuen AU-Hauptquartiers, von China gebaut, haben sich die Büros der staatseigenen chinesischen Betriebe angesiedelt. Chinesische Baufirmen sind in der ganzen Stadt zu finden. China ist nicht nur der größte Infrastrukturfinanzier auf dem Kontinent, 50 Prozent der dort international ausgeschriebenen Projekte werden auch von chinesischen Firmen gebaut.

Diplomaten im Umfeld der AU erzählen, dass nur zwei Staaten nie Termine machen müssten, sondern überall vorgelassen werden. Das seien die Äthiopier, die Hausherren. Und die Chinesen.

[...] „Afrika ist der letzte Kontinent, den es zu entwickeln gibt. *The last frontier of development*“, sagt Alexander Demissie, ein Äthiopier, der in Deutschland aufwuchs und die Beratungsfirma *The China Africa Advisory* mit aufgebaut hat.

[...] Die Telekommunikationsgiganten Huawei und ZTE haben einen Großteil der digitalen Netze in Afrika errichtet. China baut

zu verschaffen. Die USA mit ihren weltweit begehrten Marken und ihrer dominierenden Unterhaltungsindustrie gelten dafür als Paradebeispiel. Dem amerikanischen Lebensstil mit den darin zum Ausdruck kommenden Werten wie Freiheit oder individuelle Selbstverwirklichung setzt die Volksrepublik nun seit einigen Jahren bewusst eine eigene *Soft Power*-Strategie entgegen: So soll unter anderem über die Konfuzius-Institute in anderen Ländern – gestützt auf die Attraktivität der traditionellen chinesischen Kultur – für die Erfolge der chinesischen Modernisierung in den vergangenen Jahrzehnten geworben werden. Und ihre Führungsrolle in Regionalorganisationen wie der *Shanghai Cooperation Organization* (siehe S. 33) nutzt die VRC auch, um ihre Grenzen gegen islamistischen Terrorismus zu sichern und ihren Rohstoffbedarf zu decken.

in der ganzen Welt im Rahmen seiner „Neuen Seidenstraße“ Häfen, Pipelines, Eisenbahnnetze. Auch in Ostafrika: „Wenn man die chinesischen Infrastrukturprojekte betrachtet“, sagt Demissie, „sieht man, was sie vorhaben: Einfluss auf die ganze Region zu nehmen.“

Dschibuti, Äthiopiens kleiner Nachbar am Horn von Afrika, ist durch die erste chinesische Militärbasis schon zum strategischen Zentrum geworden. Nun soll es auch zum Finanz- und Logistikzentrum Ostafrikas werden – „eine Art Singapur, große chinesische Banken haben dort bereits ihre Claims abgesteckt“, so Demissie. [...] Komplementiert wird die Infrastruktur durch verschiedene Eisenbahnlinien. Die Strecke Mombasa–Nairobi wurde gerade fertiggestellt, die zwischen Dschibuti und Addis soll in Kürze eröffnet werden. Beide Strecken sollen eines Tages verbunden und erweitert werden, nach Uganda, Burundi, Ruanda, Kongo, Sudan.

Das große Fernziel: eines Tages Ost- und Westafrika zu verbinden. Habe China mit all diesen Großaufträgen erst mal seine Standards gesetzt, erklärt Demissie, würden zahlreiche weitere Aufträge folgen: Dienstleistungen, Ersatzteile. [...] Dazu gehört auch, dass chinesische Unternehmen südafrikanische Medienhäuser, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, aufkaufen, um Öffentlichkeit im Sinne der Partei zu schaffen. Demissie weiß das und sieht das chinesische Engagement trotzdem sehr positiv. Die Infrastruktur werde dringend benötigt – und kein anderes Land hätte geleistet, was China derzeit schafft. [...]

Alemayehu Geda, Wirtschaftsprofessor an der Universität von Addis Abeba, ist skeptischer. [...] Man müsse, sagt er, nicht auf die Direktinvestitionen, sondern auf die Kredite achten. „Die chinesischen Direktinvestitionen nach Äthiopien machten in den vergangenen zehn Jahren gerade mal 600 Millionen US-Dollar aus, die Kredite aber 70 Milliarden.“ [...]

Tatsächlich brauche sein Land all die Infrastruktur, sagt Geda. Was aber, wenn die Abhängigkeit eines Tages übergroß werden sollte, wenn die Äthiopier ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können? „Dann könnte die chinesische Regierung zum Beispiel darauf bestehen, dass Ethiopian Airlines statt Boeing oder Airbus chinesische Maschinen kauft.“ Geda nennt das „strategische Verletzlichkeit“, und es gibt für ihn nur einen Weg, ihr zu entkommen. [...] „Wir brauchen“, sagt Geda, „Expertise. In jeder Hinsicht. Aber vor allem am Verhandlungstisch.“

Angela Köckritz, „Fingerspitzengefühl in Afrika“, in: DIE ZEIT Nr. 2 vom 4. Januar 2018

Kontinuität und Wandel

Änderungen der ideologischen Prioritäten sowie globale Machtverschiebungen haben immer wieder zu Neuausrichtungen der chinesischen Außenpolitik geführt. So stand die Volksrepublik von 1949 bis zu Beginn der 1960er-Jahre im Bündnis mit den sozialistischen Staaten. Nach dem Bruch mit der Sowjetunion geriet China während der Kulturrevolution in eine Phase außenpolitischer Isolation. Mit der Reform- und Öffnungspolitik 1978 begann dann die nach offiziellen chinesischen Angaben bis heute andauernde „unabhängige Außenpolitik des Friedens“. Kontinuitäten zeigen sich vor allem in der fortschreitenden Integration Chinas in transnationale Handels- und Kapitalströme und in einer extremen Empfindlichkeit, sobald die eigenen Kerninteressen bedroht erscheinen.

Unter Xi Jinping weist die Außenpolitik Chinas seit 2013 markante Neuerungen auf: So hat Peking im Jahr 2017 mehrfach die Bereitschaft erklärt, einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der internationalen Ordnung – etwa in den Bereichen Klimaschutz oder Cybersicherheit – zu leisten. Die Führung preist nun auch selbstbewusst den eigenen Modernisierungsweg als Vorbild für andere Länder, ja sogar als bewusste Alternative zum Westen an. Chinas Außenpolitik ist ferner darauf ausgerichtet, durch neue Finanzierungsinstrumente und großangelegte Infrastrukturprojekte chinazentrierte Strukturen zu verwirklichen.

Ein Beispiel dafür ist die *Asian Infrastructure Investment Bank* (AIIB). Die multilaterale Entwicklungsbank wurde am 16. Januar 2016 gegründet und hat ihren Sitz in Peking. Sie um-

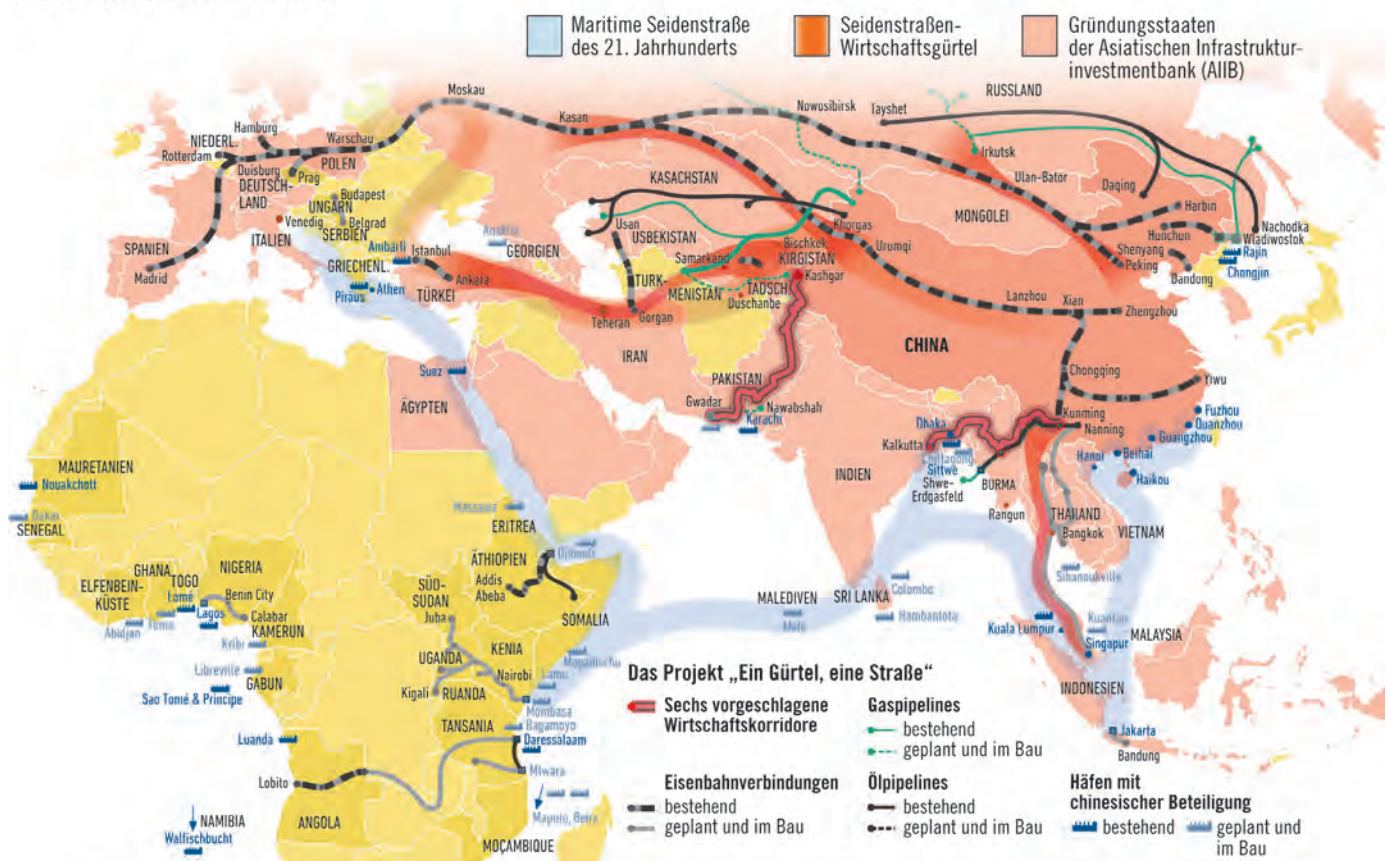
fasste bei ihrer Gründung 57 Mitglieder, mit Stand März 2018 gehörten ihr 84 zugelassene Mitglieder, darunter 16 EU-Mitgliedstaaten, an. Die AIIB soll (insbesondere grenzüberschreitende) Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen ländliche Entwicklung, Energieerzeugung, Umweltschutz, Transport und Telekommunikation, Wasserversorgung, städtische Entwicklung und Logistik in Asien finanzieren. Dazu ist sie mit einem Kapitalstock von 100 Milliarden US-Dollar ausgestattet. Die größten Anteilseigner sind China (32 %), Indien (9 %), Russland (7 %) und Deutschland (5 %).

Grundsätzlich sollen alle Projekte zusammen mit anderen multilateralen Gebern wie der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank oder der Europäischen Investitionsbank gemeinsam finanziert und durchgeführt werden.

Bis zum Frühjahr 2018 wurden 25 Entwicklungsprojekte im Umfang von insgesamt mehr als vier Milliarden US-Dollar unter anderem in Pakistan, Indien, Bangladesch und Indonesien genehmigt.

In diesem Kontext steht auch die sogenannte Seidenstraßeninitiative, die Vision eines transkontinentalen Wirtschaftsraums Eurasiens: Ethnischem Separatismus und religiösem Fundamentalismus soll durch ökonomische Entwicklung, etwa durch den Bau von Eisenbahntrassen oder Kraftwerken, der Boden entzogen werden. Mit einer ideologischen Verhärtung in den vergangenen Jahren hat sich China aber zunehmend von seiner Politik der Öffnung zum Westen abgewendet. Unverkennbar wächst bei der chinesischen Führung das Misstrauen gegenüber internationaler zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit.

Die neue Seidenstraße



Quelle und Kartengrundlage: Mercator Institute for China Studies (MERICS) / F.A.Z.-Bearbeitung Walter

Die „Neue Seidenstraße“

Die „Neue Seidenstraße“ [oder „One belt, one road“, OBOR] ist ein chinesisches Projekt aus dem Jahr 2013. Ziel ist es, wie einst mit der historischen Seidenstraße den eurasischen Handel anzukurbeln – allerdings unter chinesischer Kontrolle und Dominanz. Geplant oder im Bau sind mehrere Handelsrouten: Im Süden führen sie über den Indischen Ozean und den Suezkanal zu europäischen Häfen wie Piräus, Venedig und Marseille, auf dem Landweg via Pakistan, Iran und Türkei bis in Städte wie Duisburg oder Berlin. Peking hat bereits 40 Milliarden Dollar in das Mammutvorhaben [...] gesteckt. [...] Mit chinesisch dirigierte Krediten und Ausschreibungsverfahren entstehen derzeit Autobahnen, Eisenbahnlinien, Viadukte, Lager, Rastplätze, Containerterminals, Flughäfen und sogar Kraftwerke und Raffinerien. [...]

Die neue Seidenstraße ist das große Prestigeprojekt von Präsident Xi Jinping. Inzwischen sind 65 Länder dabei – von Südasien über Afrika bis nach Europa und Amerika. Auch die Arktis und Südamerika sollen dazugehören. Mit dem jahrtausendealten Handelsweg hat das nichts mehr zu tun: Es ist eher eine Metapher für ein von China dominiertes Handelssystem. Der Kitt, der es zusammenhält, sind chinesische Investitionen in Milliardenhöhe. [...]

Das Gebilde aus Diplomatie und Investitionen entwickelt sich jedoch nicht ganz so glatt wie erhofft. Die [...] Kritik betrifft etwa die Intransparenz, mit der Peking seine Kredite vergibt. Ein Rückschlag lässt sich in Malaysia beobachten. Dort waren im Mai [2018] Wahlen – und der 92-jährige China-Kritiker Mahathir Mohamad hat gewonnen. Das chinesische Geld hätte die Schulden des Landes in die Höhe getrieben, ohne angemessene Vorteile für die Bürger zu bringen. Beim Kassensturz für ein Pipeline-Projekt kam zutage, dass erst 13 Prozent der Arbeit erledigt, aber schon 90 Prozent des Geldes ausgegeben ist. Es ist vor allem die Führungsklasse, die von den Überweisungen aus Peking profitiert. Das Geld fließt als zinsgünstiges Darlehen,

das an bestimmte Bauvorhaben gebunden ist. Doch wo gebaut wird, fließt auch Schmiergeld.

[...] China bestraft Korruption im Ausland nicht. Also profitieren oft die Politiker, Beamte und Staatsfirmen – also genau die Leute, die darüber entscheiden, ob ihr Land die Chinesen hineinlassen soll oder nicht.

US-amerikanische und europäische Firmen können oft nicht mitbieten: Wegen der Antikorruptionsgesetze in ihren Heimatländern würden sie sich hochgradig angreifbar machen. Am Ende müssen die Steuerzahler die Rechnung begleichen – auch günstige Kredite sind einmal zurückzahlen. Das kleine Land Laos beispielsweise hat seine Schulden durch ein sechs Milliarden Euro teures Eisenbahnprojekt mit den Chinesen verdoppelt. China hat den Laoten nun angeboten, einen Teil der Schulden durch die Übertragung von Ackerland zu begleichen.

So macht China die Partnerländer abhängig, um nebenbei noch andere Ziele zu erreichen, etwa die eigene Lebensmittelversorgung oder die Besetzung von geostrategischen Schlüsselstandorten. Als Sri Lanka einen Kredit nicht zurückzahlen konnte, hat China die Kontrolle über den Hafen Hambantota im Süden der Insel übernommen. Beobachter fürchten nun, dort könne zudem eine Marinebasis entstehen.

Das alles heißt jedoch nicht, dass die Seidenstraßeninitiative kein Erfolg ist. China bewegt hier eine erstaunliche Menge an Geld und Material – und verschiebt dabei die politischen Verhältnisse. Es stößt dabei in Räume vor, die sich bisher vernachlässigt sehen – etwa die Weiten Zentralasiens, für die sich weder die EU noch die USA interessiert haben. Auch die Entwicklung Afrikas ist mit zunehmendem Interesse Chinas zumindest wieder Gegenstand internationaler Konkurrenz. [...] Chinas unkomplizierte Investitionen in Osteuropa können da etwas bewegen, wo die EU etwas schwerfällig agiert.

Finn Mayer-Kuckuk, „Erkauftes Wohlwollen“, in: Frankfurter Rundschau vom 9. Juli 2018
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt

Ausgewählte bilaterale Beziehungen

Verhältnis zu den USA

Im Zentrum der chinesischen Außenpolitik stehen die bilateralen Beziehungen zu Groß- und Regionalmächten. Der Hauptbezugspunkt sind dabei die USA. Beide Länder sind wirtschaftlich durch Handels-, Investitions- und Währungsströme miteinander verschränkt. Der Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern, die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus oder der Piraterie – all dies ist ohne effektive Abstimmung der beiden Großmächte nicht erfolgreich zu leisten. Zwar stimmen ihre allgemeinen Zielsetzungen bei diesen Themen durchaus überein, doch bei der Frage, mit welchen Mitteln diese Ziele erreicht werden sollen, gehen die Positionen der beiden Regierungen zum Teil weit auseinander. Auch politisch-normative Gegensätze, vor allem das Thema Menschenrechte, trugen bislang zu einer Vielzahl von Konflikten bei: So forderte Washington in der Vergangenheit wiederholt die chinesische Regierung auf, die politische Situation von Dissidenten, religiösen Gruppen oder ethnischen Minderheiten zu verbessern.

Im Zuge der intensivierten Austauschbeziehungen hat ferner das außenwirtschaftliche Spannungspotenzial stark zugenommen: So machen die USA unter Donald Trump Peking wesentlich für das US-Handelsbilanzdefizit und den Verlust



Beziehungen zu Groß- und Regionalmächten stehen im Zentrum chinesischer Außenpolitik. Hauptbezugspunkt sind dabei die USA. Treffen der Außenminister beider Staaten in Washington, D.C., im Mai 2018



Das Verhältnis zu Japan ist historisch belastet. Hinzu kommt die Rivalität um die Führungsrolle in Asien. Händedruck zwischen Japans Premier (li.) und Chinas Präsident anlässlich eines APEC-Gipfels 2014 in Peking



China ist Nordkoreas wichtigster Partner, auch wenn die Beziehungen nicht immer spannungsfrei sind. Begrüßung der Führer beider Staaten in Begleitung ihrer Ehefrauen im Juni 2018 in Peking

an Industriearbeitsplätzen verantwortlich und kritisieren immer wieder chinesische Urheberrechtsverletzungen und Produktpiraterie.

Des Weiteren belasten militärisch-strategische Interessenkonflikte in der asiatisch-pazifischen Region das bilaterale Verhältnis. China lehnt die dominierende sicherheitspolitische Rolle der USA, vor allem deren Allianzen mit Japan und Südkorea, strikt ab. Letztlich aber steht bei den meisten Kontroversen ein weitaus größeres Thema im Hintergrund: China ist nicht bereit, dauerhaft der Rolle eines Juniorpartners zu entsprechen, der auf US-amerikanische Führungsansprüche Rücksicht nimmt.

Beziehungen zu Japan

Chinas Beziehungen zu Japan werden in besonderer Weise durch die gemeinsame Geschichte belastet. Die Kommunistische Partei Chinas feiert den „Sieg im antijapanischen Widerstandskrieg“ (1937–45) bis heute als ein Fundament ihrer Herrschaftsberechtigung. Nach chinesischer Auffassung hat kein anderes Land China größeres Leid zugefügt als der pazifische Nachbarstaat, der sich bis zum heutigen Tag nicht angemessen für seine Kriegsverbrechen entschuldigt habe.

Im Kern wird das bilaterale Verhältnis aber geprägt durch eine offene machtpolitische Rivalität zwischen Japan und China um die Führungsrolle in Asien. Durch die jüngsten Verschiebungen von ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnissen zu Chinas Gunsten ist diese Rivalität in eine neue Phase eingetreten. Verschärfend kommt seit 2010 noch der Konflikt um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer hinzu. Zum einen geht es in diesem symbolisch aufgeladenen Streit mittels historisch-völkerrechtlicher Kontroversen um Ansprüche auf die Ausbeutung umfangreicher Ressourcen. Zum anderen hat das Seegebiet eine wichtige strategische Bedeutung für Handels- oder Kriegsschiffe auf dem Weg in den Pazifik. Aufgrund dessen ist die Inselgruppe immer wieder zum Schauplatz des direkten Aufeinandertreffens von Schiffen oder Flugzeugen beider Seiten geworden.

China und Korea

Chinas Verwicklung in die Geschehnisse auf der koreanischen Halbinsel reicht zurück bis in den Koreakrieg (1950–53). Nordkorea ist das einzige Land, mit dem Peking formell in einem Bündnisverhältnis steht. Für das international isolierte Regime

in Pjöngjang ist China der wichtigste Handelspartner und die Hauptquelle für Nahrungsmittel- und Energielieferungen. Angesichts der Spannungen, die nordkoreanische Nuklear- und Raketentests in den vergangenen Jahren auslösten, ist Peking jedoch schrittweise von seinem Partner abgerückt. Selbst UN-Sanktionen gegen Nordkorea hat die chinesische Regierung zuletzt mitgetragen und nicht durch ihr Veto verhindert.

Wie viel Einfluss China auf Nordkorea hat, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die wechselseitigen Kontakte verlaufen in erster Linie über die beiden kommunistischen Parteien und das Militär. Chinas Hauptinteresse besteht in der Aufrechterhaltung des Status quo auf der koreanischen Halbinsel, denn Nordkorea dient als Pufferzone zwischen China und Südkorea, das rund 30 000 US-amerikanische Truppen beherbergt. Für den Fall eines Regimekollapses in Nordkorea könnten sich große Flüchtlingsströme in die angrenzenden chinesischen Gebiete ergießen. Daher entzieht sich Peking bislang allen Aufforderungen der USA, mehr Druck auf Nordkorea auszuüben. Ein aufsehenerregendes Treffen des nordkoreanischen Diktators Kim Jong Un mit US-Präsident Donald Trump im Frühjahr 2018 war begleitet von chinesisch-nordkoreanischen Konsultationen, die das beiderseitige Interesse unterstrichen, China bei dieser Annäherung ehemaliger Kontrahenten nicht außen vor zu lassen.

Verhältnis zur EU und zu Deutschland

Im Unterschied zu den Beziehungen Chinas mit den USA oder Japan spielen sicherheitspolitische Konflikte für die Beziehungen zwischen China und der EU bislang kaum eine Rolle. Beide Seiten verbindet – in bewusster Abgrenzung zu den USA unter Präsident Trump – das Interesse, die globalen Regelwerke in der Handels- und Klimapolitik weiterzuentwickeln.

Die VRC und die EU sind durch Handel und Investitionen eng verflochten, das Spannungspotenzial in diesen Politikfeldern hat jedoch zuletzt deutlich zugenommen. So beklagen die Europäische Kommission oder einzelne EU-Mitgliedstaaten immer wieder Hürden beim Marktzugang in China, einen unzureichenden Schutz geistigen Eigentums oder unfaire Handelspraktiken wie etwa das Preisdumping bei chinesischem Stahl.

Dem Verhältnis zu **Deutschland** kommt für China dabei besondere Bedeutung zu. Dies liegt zum einen am wirtschaftlichen Status der Bundesrepublik als größter Volkswirtschaft in der EU und zum anderen an der Tatsache, dass Berlin innerhalb



China und die EU sind beide an der Weiterentwicklung globaler Regelwerke in der Handels- und Klimapolitik interessiert. Besuch des chinesischen Außenministers beim EU-Kommissionspräsidenten in Brüssel, Juni 2018



Im Juli 2018 empfängt die Bundeskanzlerin den chinesischen Ministerpräsidenten in Berlin. Die „Umfassende strategische Partnerschaft“ beider Staaten beinhaltet vielfältige Kontakte auf allen Ebenen.

der EU Chinas wichtigster Handelspartner ist. Besonders nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 gewann der wirtschaftliche Austausch an neuer Dynamik: Deutsche mittelständische Unternehmen, aber auch die großen Konzerne in den Sektoren Automobil-/Fahrzeugbau, Maschinenbau oder Spezialchemie lieferten genau den Mix an Produkten, die von der chinesischen Wirtschaft besonders dringend gebraucht wurden.

Darüber hinaus gibt es im Rahmen der offiziell so bezeichneten „Umfassenden strategischen Partnerschaft“ beider Seiten vielfältige Kontakte auf allen Ebenen wie etwa die seit 2011 regelmäßig stattfindenden Regierungskonsultationen. Das Auswärtige Amt in Berlin zählt insgesamt mehr als 80 Dialogmechanismen in den Bereichen Wirtschaft/Finanzen, Rechtsstaatsfragen, Umwelt/Klima/Energie, Entwicklungszusammenarbeit, Wissenschaft/Technologie bis hin zu Kultur und Bildung. Dieses breite Fundament an institutionalisierten Kontakten und auch die persönlich guten Beziehungen zwischen der chinesischen und der deutschen Regierungsspitze stützen das beiderseitige Verhältnis. Andererseits haben seit etwa dem Jahr 2016 die Konflikte zugenommen, China wird in Politik, Wirtschaft und Verwaltung heute nicht mehr nur als Partner Deutschlands betrachtet sondern zunehmend auch als Wettbewerber und Gegner. Gründe und Anlässe dafür bieten unter anderem

- die deutliche Zunahme chinesischer Direktinvestitionen in Deutschland, die die Sorge vor einem Abfluss deutschen Know-hows nach China befeuert;
- die chinesische staatlich gelenkte Industriepolitik, die gerade in die bisher von Deutschen dominierten Hightechsektoren eindringen will;
- Chinas Weigerung, sich im Falle des Südchinesischen Meeres internationalem Recht zu unterwerfen (siehe auch unten S. 40 f.);
- zunehmende Beschränkungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in China, die auch deutsche Stiftungen treffen sowie
- die wachsende offene Kritik der Volksrepublik am westlichen liberalen Politik- bzw. Gesellschaftsmodell.

Militär- und Sicherheitspolitik

Die Volksbefreiungsarmee (VBA) ist keine politisch neutrale Armee im Sinne demokratischer Verfassungsstaaten. Sie wurde vielmehr 1927 als bewaffneter Arm der KPC gegründet. Ihre Loyalität gilt bis heute ausschließlich der Partei, deren „absoluter Führung“ sie untersteht. Demgemäß ist die Aufrechterhaltung des Herrschaftsmonopols der KPC ihre Hauptaufgabe. Unter dem Eindruck neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen haben die Streitkräfte ein umfassendes Modernisierungsprogramm begonnen.

Die bisher vorwiegend zur Landesverteidigung bestimmte Armee soll nun neue Einsatzfelder abdecken können: die Kriegführung im Welt- und Cyberraum, die Sicherung chinesischer Handelswege zur See, den Schutz chinesischer Firmen und Staatsbürger im Ausland in Krisenfällen. Zu diesem Zweck sind der Aufbau der VBA, ihre Ausrüstung und Militärdoktrinen den neuen Erfordernissen angepasst worden.

Die wachsende Beteiligung an internationalen Friedensmissionen, der Aufbau eines ersten Übersee-Versorgungsstützpunkts in Dschibuti oder Evakuierungsmissionen chinesischer

Reorganisation der Volksbefreiungsarmee (VBA) seit 2016

Ziele bis 2020

1. Verbesserung der militärischen Schlagkraft, vor allem der Fähigkeiten zu integrierten, mobilen und komplexen Operationen aller Teilstreitkräfte auch jenseits des eigenen Territoriums;
2. Stärkung der zentralen Parteiaufsicht bzw. -kontrolle über die VBA zum Zwecke der Bekämpfung von Korruption, der Stärkung der ideologischen Zuverlässigkeit und Einhaltung von Disziplin.

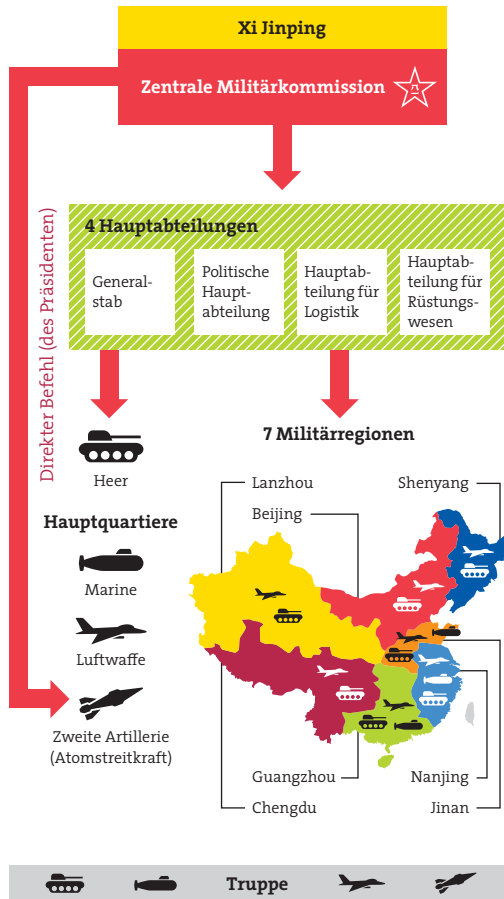
Maßnahmen

1. Reduzierung des Gesamtstreitkräfteumfangs um 300 000 Mann auf zwei Millionen vor allem durch Abschaffung veralteter, schwerfälliger Großverbände;
2. territoriale Neugliederung der VBA durch Einrichtung von fünf neuen regionalen „Operationsgebieten“ und Restrukturierung des obersten Führungsgremiums, der Zentralen Militärkommission;
3. Gleichstellung des Heeres mit den übrigen Teilstreitkräften von Marine und Luftwaffe; Aufwertung der Raketenstreitkräfte; Schaffung der „Strategischen Unterstützungskräfte“ zur Bündelung von elektronischen Fähigkeiten im Welt- und Cyberraum;
4. Propagandakampagne zur Sicherstellung der „absoluten Führung der Partei über die Armee“;
5. Säuberung der Armee bis in höchste Führungsgremien durch eine Anti-Korruptionskampagne;
6. Stärkung der Finanzaufsicht und Disziplinarontrolle in der VBA.

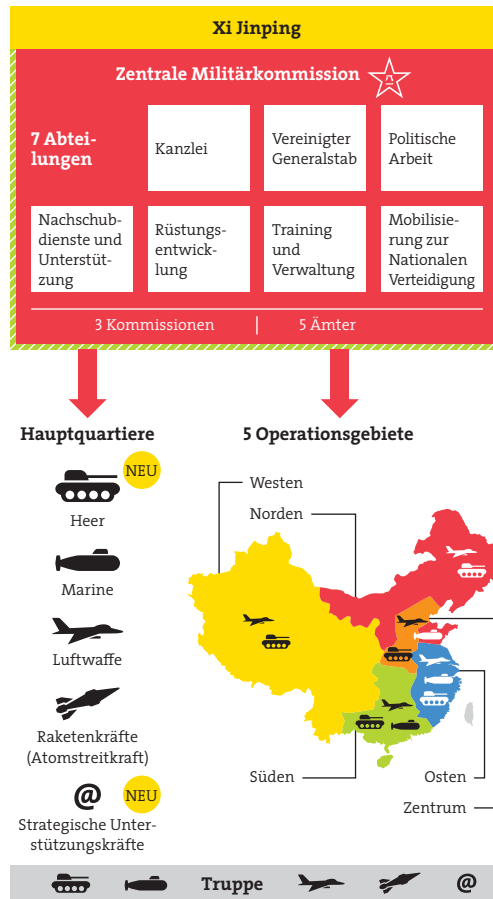
Xi Jinping betreibt Totalumbau der Armee (2015–2020)

Die Volksbefreiungsarmee soll nicht nur neueste Waffensysteme besitzen, sondern auch moderne Kriegsführung beherrschen. Die Teilstreitkräfte müssen künftig gemeinsam operieren.

Vorher



Nachher



Die wichtigsten Reformen

Verbundene Kriegsführung („jointness“)
Vorher: Nur als theoretisches Konzept vorhanden.
Nachher: Umsetzung durch den Vereinigten Generalstab und die Operationsgebiete.

Gleichstellung der Teilstreitkräfte
Vorher: Die vier Hauptabteilungen dienten gleichzeitig als Hauptquartier des Heeres.
Nachher: Das Heer hat ein separates Hauptquartier auf Augenhöhe mit den anderen Teilstreitkräften.

Informatisierung der Truppe
Vorher: In der Verantwortung der Generalstabsabteilung.
Nachher: Eigene Teilstreitkraft: Strategische Unterstützungskräfte.

© MERICS

Staatsbürger, wie 2011 aus Libyen, dokumentieren die größere globale Präsenz der VBA. Zwar hat diese in ihren Modernisierungsbemühungen, insbesondere in Nischenbereichen wie der Cyber-Kriegsführung, erhebliche Fortschritte gemacht, insgesamt bleiben die militärischen Fähigkeiten Chinas im Vergleich zu denen der USA jedoch vorerst weiterhin begrenzt.

Die Taiwan-Frage

Brisanz erfährt die Modernisierung des chinesischen Militärs vor dem Hintergrund mehrerer Konflikte Chinas mit seinen Nachbarstaaten. Die gilt zunächst für die Taiwan-Frage, die womöglich sogar eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen China und den USA auslösen könnte und ein aus dem chinesischen Bürgerkrieg (1927 bis 1949) entstandenes zentrales Symbol des chinesischen Nationalismus ist. Die Rückgewinnung und Reintegration der Insel in das „Mutterland“ sieht die Volksrepublik als Voraussetzung dafür, das „Jahrhundert der Erniedrigungen“ von 1842–1949 als historische Episode zu beenden und den Wiederaufstieg Chinas in den Rang einer Weltmacht zum krönenden Abschluss zu bringen.

Der Kern der Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten besteht dabei im gegenwärtigen politischen bzw. völkerrecht-

lichen Status Taiwans und der zukünftigen Lösung des Konflikts. Für Peking ist Taiwan ein Bestandteil der Volksrepublik, während Taiwan unter dem Namen „Republik China“ unverändert an seinem Status als alternative Staatsordnung festhält. Mit der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ gibt Peking weiterhin die seiner Meinung nach einzig mögliche Lösung der Taiwan-Frage vor und stellt Taiwan im Falle eines Anschlusses noch weitergehende Autonomierechte als Hongkong in Aussicht.

Die taiwanische Bevölkerung sieht dieses Angebot, Taiwan den Status einer Sonderverwaltungszone unter kommunistischer Herrschaft zuzugestehen, aber als eine Unterwerfungstrategie an und lehnt sie kategorisch ab. Um die Wiedervereinigung zu erreichen und Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan einzudämmen, verstärkt Peking die ökonomische Abhängigkeit der Insel vom Festland, grenzt Taiwan diplomatisch ein und schafft eine militärische Drohkulisse. Da beide Seiten in den Kernfragen der nationalen Einheit weiterhin unüberbrückbare Differenzen aufweisen, kann der Taiwankonflikt trotz einer gewissen Entspannung in den vergangenen Jahren jederzeit aufs Neue eskalieren.

„Ein Land, zwei Systeme?“

[...] Seit dem Sieg 1949 über die Nationalchinesen Chiang Kai-sheks, die sich nach Taiwan zurückziehen mussten, bezeichnet die Volksrepublik die Insel als eine „abtrünnige Provinz“ und rechtmäßigen Teil ihres Territoriums, obwohl sie hier nie auch nur einen Tag lang regierte.

An die Taiwaner gerichtet sagte [Ministerpräsident] Li Keqiang [auf dem Nationalen Volkskongress in Peking im März 2018]: „Wenn wir uns nicht gegen den Strom der Geschichte stellen, können wir gemeinsam eine wunderschöne Zukunft der nationalen Wiedererstarkung erschaffen.“ Zugleich drohte er, China werde niemals „Separatismus“ dulden.

Das alles sind in Taiwan längst bekannte Töne, die sich vor allem an Chinas Öffentlichkeit richten und mit der Stimmung auf der demokratisch regierten Insel wenig zu tun haben. Mehr als die Hälfte der 23 Millionen Taiwaner definiert sich nach einer jüngsten Umfrage selbst nicht einmal mehr ansatzweise als „chinesisch“. Und weniger als 15 Prozent wünschen sich jetzt oder irgendwann eine „Wiedervereinigung“ mit dem Festland, die angesichts der ungleichen Machtverhältnisse eher ein Anschluss wäre. Seit Jahren liefert Chinas Sonderverwaltungszone Hongkong mit den schrittweisen Einschränkungen ihrer ursprünglich zugesicherten Autonomie ein abschreckendes Anschauungsbeispiel. [...]

Die USA sind Taiwans inoffizielle Schutzmacht. Der US-Senat verabschiedete [...] [am 28. Februar 2018] einstimmig den „*Taiwan Travel Act*“. Dieses Gesetz [...] soll zu mehr direkten Treffen zwischen hochrangigen amerikanischen und taiwanischen Regierungsmitgliedern führen. Bislang scheute Washington davor meist zurück. Pekings Behörde für Taiwan-Angelegenheiten reagierte wie zu erwarten harsch: „Wir warnen Taiwan, sich nicht auf die Unterstützung durch Ausländer zu verlassen. Es wird nur Feuer auf sich ziehen.“

Chinas kaum noch verhohlenes Vormachtstreben führt auch bei anderen Ländern der Region dazu, sich unterhalb der Regierungsebene Taiwan anzunähern. Abgeordnete aus Japan, Südkorea und den Philippinen trafen sich [am 3./4. März 2018] mit Kollegen in Taipeh. Auf der Tagesordnung standen bessere Zusammenarbeit und mehr Informationsaustausch, um Chinas wachsenden Einfluss zu kontern. [...]

Dass Xi Jinping sich vom Nationalen Volkskongress per Verfassungsänderung die Präsidentschaft auf Lebenszeit ermöglichen lässt, sieht Taiwan mit Sorgen. Zwar hat Xi bislang keinen klaren Zeitrahmen genannt. Seine Worte und Taten lassen aber erkennen, dass es zu seinem Versprechen vom „Chinesischen Traum“ gehört, Taiwan unter Kontrolle zu bringen.

Vergangene Woche verkündete Peking „31 Anreize“ für taiwanische Kulturschaffende und Geschäftsleute. Sie sollen in vielen Bereichen in den Genuss der gleichen Vorteile kommen wie chinesische Bürger. Dazu gehören Steuererleichterungen, Joint Ventures mit staatseigenen Betrieben, Bürgschaften durch Regierung und Fördermaßnahmen.

Indem China all dies einseitig verkündet, umgeht es ein seit Jahren auf Eis liegendes Freihandelsabkommen mit Taiwan. Das Ziel ist offenbar, Geld und Talente aus Taiwan abzuwerben. [...] Taiwans Regierung warnt ihre Landsleute davor, allzu optimistisch auf solche Angebote einzugehen, und wittert das Motto „Teile und herrsche“. Taiwans Premierminister William Lai mahnte im Parlament: „Egal, welche Taiwanpolitik Peking betreibt, das Ziel bleibt immer, Taiwan zu annektieren.“

Klaus Bardenhagen, „China umgarnt und bedroht Taiwan“, in: Deutsche Welle vom 7. März 2018
www.dw.com/de/china-umgarnt-und-bedroht-taiwan/a-42868494,
 zuletzt abgerufen: 18.7.2018

Territorialkonflikte mit den Nachbarstaaten

Territoriale Konflikte Chinas mit seinen Nachbarn, vor allem mit Russland und Indien, um Landesgrenzen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich entspannt. Zwar sind die sich gegenseitig ausschließenden Besitzansprüche keineswegs ausgeräumt. Die umstrittenen Gebiete wurden aber wenigstens mittels Demarkationslinien klar identifiziert und vertrauensbildende Maßnahmen, zum Beispiel in Gestalt beiderseitiger Truppenreduzierungen in Grenznähe, wurden umgesetzt. Vorfälle wie zwischen China und Indien auf dem Doklam-Plateau im Himalaya 2017 bleiben daher die Ausnahme. Ein chinesisches Straßenbauprojekt auf dem Plateau, das von China beansprucht wird, aber zum Königreich Bhutan gehört, hatte Indien zur Verteidigung der Interessen Bhutans auf den Plan gerufen. Nach wechselseitigen Machtdemonstrationen einigten sich die Parteien auf die Rückkehr zum Status quo.

Ganz anders stellt sich Chinas Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer dar. Dieser besteht in einer Kontroverse zwischen den Anrainerstaaten um die Verfügungsrechte über Ressourcen und in der strategischen Bedeutung freier Schifffahrtswege in der Region. Vor allem aber sind Souveränität und Hoheitsrechte über die Inseln zu einer symbolischen Frage der nationalen Ehre auf allen Seiten geworden.

Ein Hauptproblem bei der Bearbeitung des Konflikts liegt in dessen schwieriger Verrechtlichung: So herrscht bereits Verwirrung über Zahl und Bezeichnungen der Archipele, die

teilweise bei Flut unter Wasser liegen. Die UNO-Seerechtskonvention von 1982 bestimmt zwar den rechtlichen Status der Landerhebungen im Meer, die sich daraus ergebenden Details, wie beispielsweise Rechte in der Ausschließlichen Wirtschaftszone, bleiben aber strittig. Ein Urteil des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag im Juli 2016 verwarf Chinas Ansprüche auf fast das gesamte Südchinesische Meer, die Peking mit Verweis auf seine Geschichte stellt, als unvereinbar mit dem Völkerrecht. Der rechtlich bindende Beschluss ist aber nicht durchsetzbar, da Peking das Urteil nicht akzeptiert und auf seinen Positionen beharrt.

Die Maßnahmen Chinas zur Durchsetzung seiner Ansprüche lassen sich als „kontrollierte Aggression“ charakterisieren: Die Volksrepublik zielt darauf ab, schrittweise den Status quo zu ihren Gunsten zu verändern, das heißt, vollendete Tatsachen zu schaffen. So lässt sie seit Ende 2013 vor allem künstliche Inseln aufschütten, um darauf Landebahnen, Hafen- und Radaranlagen zu errichten. Zwar haben auch andere Staaten ähnliche Schritte unternommen. Intensität, Ausmaß und Geschwindigkeit der Militarisierung durch China sind aber einzigartig.

Historisch belastete Nachbarschaften

[...] Wer [...] die Ursprünge von Chinas gegenwärtiger Platzsuche in der Weltgemeinschaft verstehen will, tut gut daran, sich der geografischen Peripherie des Landes beziehungsweise seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu widmen. Oft vergessen geht nämlich, dass Chinas Grenzräume ursprünglich in ihrer Mehrzahl nicht von Han-Chinesen, sondern von Minderheitenvölkern besiedelt waren, eine denkbare Erleichterung einerseits, eine zusätzliche Belastung andererseits. Überdies grenzt China an vierzehn souveräne Staaten – mehr als jedes andere Land, abgesehen von Russland. Chinas rund 22 000 Kilometer lange Landgrenze ist die längste der Welt, dazu kommen noch einmal 15 000 Kilometer Küstenlinie und weitere zu Pekings Ansprüchen nicht immer Ja und Amen sagende Anrainerstaaten.

Seit einigen Jahren ist es bekanntlich der Rest der Welt, der Pekings Aufstieg mit Argusaugen beobachtet, allen voran Chinas Nachbarländer. Während große Teile der Bevölkerung in Russlands fernem Osten immer einmal wieder Ängste vor territorialen Aspirationen des südlichen Nachbarn heraufbeschwören, ist die Stimmung in der Mongolei nicht viel anders: Auch viele Mongolen sind aus historischen Gründen nicht gut auf China zu sprechen. Zwar anerkannte Peking 1949 die mongolische Unabhängigkeit. Doch es ist nicht vergessen, dass die Kommunistische Partei Chinas bis zum Beginn der achtziger Jahre versuchte, Ulaanbaatar dem Einflussbereich der ehemaligen Sowjetunion zu entziehen. [...]

Zwar beteuern die meisten Staatschefs von Chinas Nachbarländern in offiziellen Worten ihr freundschaftliches Verhältnis zu Peking. Doch braucht es wenig, um zu registrieren, dass die Beziehungen Chinas zu Vietnam oder Burma, um zwei andere Staaten zu nennen, nicht so sind wie beispielsweise diejenigen zwischen Deutschland und Frankreich. Während man in Europa versucht, Hypothesen der Geschichte mittels Vergangenheitsaufarbeitung wenigstens in Raten abzuzahlen, schlummern in Asien die Geister der Vergangenheit weiter vor sich hin. Mal mehr, mal weniger friedlich. Zwischen China und Indien gibt es alle paar Jahre Grenzkonflikte, und die Lage im Südchinesischen Meer dürfte sich in den kommenden Jahren eher verschärfen als entspannen.

[...] Heute proklamiert China eine Politik der Zusammenarbeit mit seinen Nachbarstaaten und anderen Ländern, die die Basis für gegenseitiges Vertrauen, gemeinsamen Nutzen und weltweiten Frieden bilden soll. [...] Der „chinesische Traum“ kommt nach dem Wunsch der Führung in Peking nicht nur der eigenen Bevölkerung zugute, sondern soll die ganze Welt mit den daraus entstehenden Früchten von Harmonie, Wohlstand und ewigem Frieden beglücken. [...]

Steigende Handelsströme, schnellere Verbindungswege oder kontinuierliches Wachstum hin oder her: Zahlen sind das eine, Befindlichkeiten das andere. Bei Reisen in Chinas Grenzregionen wird einem bewusst, dass das Konzept der „Euregio“ bei-

spielsweise oder generell offene Grenzen, wie wir es hier im Westen kennen, in jenen Gegenden noch für Jahrzehnte lang ein Traum bleiben werden. Trotz Chinas enormen Investitionen in die Zukunft der Weltpolitik werden historische Ereignisse als Echo widerhallen und diese asiatische Region weiter wie einen langen Schatten verfolgen. Ob man es nun will oder nicht: Das Unbehagen vor einer unbestimmten Zukunft keimt auf dem Boden einer Vergangenheit, die sich tatsächlich ereignet hat.

Matthias Messmer ist Publizist mit Spezialgebiet Asien, insbesondere China. Im Frühjahr 2019 erscheint sein Buch (zusammen mit Hsin-Mei Chuang) „China an seinen Grenzen. Erkundungen am Rand eines Weltreichs“. Es ist die deutsche Übersetzung des Text-Bild-Bandes „China at its Limits. An Empire's Rise Beyond its Borders“.

Matthias Messmer, „Schlaflos die Welt, wenn China träumt“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. Juni 2018

Inselstreitigkeiten im Südchinesischen Meer

Das Südchinesische Meer und seine Bedeutung: Das Südchinesische Meer umfasst eine Meeresoberfläche von mehr als 3,5 Millionen Quadratkilometern. Zu ihm gehören vier Inselgruppen, die Paracel-, Pratas- und Spratly-Inseln sowie das Scarborough-Riff. Es ist eine der wichtigsten globalen Schifffahrtsstraßen, durch die etwa ein Drittel der weltweit gehandelten Güter transportiert wird und über die die ostasiatischen Staaten China, Japan und Korea mit Energie und Rohstoffen versorgt werden. Das Seegebiet verfügt außerdem über wichtige Fischbestände und gilt als reich an Öl- und Gasvorkommen. Die Kontrolle darüber hat also eine enorme strategische und ökonomische Bedeutung.

Die Konfliktparteien: Die Ansprüche Chinas und Taiwans gehen zurück bis in die 1940er-Jahre. Sie sind identisch und beziehen sich auf alle Teile des Südchinesischen Meeres. China kontrolliert zurzeit die Paracel-Inseln, die auch von Vietnam beansprucht werden, sowie das Scarborough-Riff, das die Philippinen für sich reklamieren. Taiwan besitzt die Pratas-Inseln und die größte natürliche Insel der Spratlys, Itu Aba. Die zu der Spratly-Inselgruppe gehörenden Riffe, Felsen und Atolle werden ansonsten von Vietnam, den Philippinen und Malaysia besetzt, Brunei stellt zwar Gebietsansprüche, ist aber physisch nicht vor Ort präsent. Zwar verwarf der Schiedsgerichtshof in Den Haag im Juli 2016 chinesische Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer, doch China akzeptiert weder die Zuständigkeit des Gerichtshofes noch diesen Schiedsspruch.

Die Positionen des Westens: Die USA und Europa mahnen alle Seiten zu friedlicher Konfliktlösung, zu Dialog und Zusammenarbeit und befürworten eine maritime Ordnung auf Grundlage des Seevölkerrechts.

Dirk Schmidt

traditioneller Sicherheitsbedrohungen und in UNO-Friedensmissionen. Andererseits nehmen die Konflikte der VRC mit dem Westen und einigen Nachbarstaaten aber zu. China vertritt seine Interessen in den Territorialkonflikten immer un-nachgiebiger und wendet sich mit seiner ideologischen Rückbesinnung offensiv gegen westliche Werte.

Fazit: Außenpolitische Rolle mit zweierlei Gesicht

Die chinesische Außenpolitik hat in den vergangenen Jahren entgegengesetzte Signale ausgesendet. Einerseits tritt die VRC als Partnerin in der Weiterentwicklung multilateraler Vertragswerke in den Bereichen Handel oder Umweltschutz auf. Auch leistet sie gemeinsame Beiträge zur Bekämpfung nicht

KRISTIN SHI-KUPFER

Gesellschaft im Umbruch

Privilegierte städtische Eliten und Wanderarbeiter, eine anspruchsvolle Jugend und unbezahlbarer Wohnraum in den Städten, weniger Armut, aber mangelhafte Sicherungssysteme, unterdrückte Minderheiten und Protestbewegungen: Die Gesellschaft Chinas lässt sich aus vielen Perspektiven beschreiben. Derweil scheint ein ausgefeiltes Sozialkreditsystem Individualität immer weiter einzuschränken.

Zwischen Freiräumen und staatlicher Kontrolle

Nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 hatte die kommunistische Führung unter Mao Zedong mit der Gleichschaltung der Gesellschaft begonnen und insbesondere seit Ende der 1950er-Jahre Menschen als „Klassenfeinde“ oder „Konterrevolutionäre“ isolieren, verfolgen und töten lassen.

Nach der Kulturrevolution Ende der 1970er-Jahre ließ die politische Kontrolle der in Machtkämpfe verstrickten chinesischen Führung nach. Auf dem Land und in den Städten eroberten sich die Menschen schrittweise Freiräume im Privat- und Gesellschaftsleben: Unterschiede in der Klassenzugehörigkeit – sei es zur Arbeiterschaft, zur Großgrundbesitzerschicht oder zur Gruppe der Intellektuellen – waren kein politischer Hinderungsgrund mehr für eine Heirat. Die kollektiven Volkskommunen auf dem Land wurden aufgelöst und Familien genossen wieder eine vertraute Privatsphäre rund um ihre eigene kleine Landparzelle. Die strenge Einheitskleidung im Mao-Stil wich bunterer Kleidung, das Warenangebot wurde reichhalti-



In den vergangenen Jahren hat sich besonders in Chinas Städten eine selbstbewusste Mittelschicht herausgebildet, die sich schrittweise Freiräume im Privat- und Gesellschaftsleben erobert hat. Straßenszene in Shenzhen 2015

ger, es entwickelten sich unterschiedliche Lebensformen und Wertvorstellungen.

Ethnische Minderheiten, die aktuell rund acht Prozent der Bevölkerung ausmachen, erhielten gewisse sozio-ökonomische Sonderrechte wie Ausnahmeregelungen von der Ein-Kind-Politik und Extrapunkte bei der Hochschulaufnahmeprüfung. Diese Sonderrechte wurden allerdings nicht auf politische Rechte ausgedehnt und verstärkten teilweise noch die Diskriminierung (siehe auch S. 54).

Mehr und mehr städtische Gebiete und größere Metropolen entwickelten sich: Jugendliche und Intellektuelle, die während der Kulturrevolution aufs Land geschickt worden waren, kehrten in die Städte zurück, Beschränkungen für private Märkte und Dienstleistungen wurden schrittweise aufgehoben und die Universitäten öffneten erneut ihre Pforten.

Aufrufe zu mehr demokratischer Mitbestimmung im Winter 1978 unterdrückte die Führung in Peking jedoch und zeigte ihre „rote Linie“ auf: Duldung privater Freiräume bei deutlicher Absage an selbstorganisierte politische Beteiligung. Diese Linie ist bis heute gültig.

Gegenwärtig bieten neue Technologien und soziale Medien Möglichkeiten, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen (siehe auch S. 60), auch jenseits der parteistaatlichen Medien gibt es Kanäle, mit denen sich Informationen prüfen und verbreiten lassen. Allerdings hat die kommunistische Führung unter dem amtierenden Partei- und Staatschef Xi Jinping die Räume für pluralistische Debatten zu aktuellen Themen zunehmend eingeschränkt. Sie nutzt die neue Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) auch zur Überwachung im Internet und an öffentlichen Plätzen und mischt sich wieder stärker in Fragen der öffentlichen Moral ein. 2017 verbot eine zunehmend länger werdende Tabu-Liste unter anderem Darstellungen von Homosexualität, Reinkarnation oder Luxus in TV-Serien und Online-Videos.

Zu den Mechanismen gesellschaftlicher Kontrolle zählen:

- das gesellschaftliche Bonitätssystem, mit dem Peking Unternehmen wie Einzelpersonen gezielt zu ökonomisch konstruktivem und politisch loyalen Verhalten im Sinne der Partei erziehen will; dieses System aus Bewertung, Belohnung und Bestrafung soll bis 2020 etabliert sein.
- Das Wohnsitzregistrierungssystem. Es besteht seit 1958, wobei Bedingungen für den Erwerb eines städtischen Wohnsitzes seit den 1990er-Jahren graduell gelockert wurden: Menschen mit städtischem Wohnsitz gewährt es bevorzugten Zugang zu staatlichen Ressourcen, darunter Bildungsinstitutionen und Gesundheitsversorgung; Menschen mit ländlichem Wohnsitz gewährt es den Anspruch, für 70 Jahre ein Stück Land pachten zu können.
- Die Selbstverwaltung auf Dorfebene und Stadtebene. Sie existiert auf dem Papier, tatsächlich aber sind diese Organe eng in die offizielle Parteihierarchie eingebunden.
- Die „Sicherheitsfreiwilligen“: informelle Informanten des Parteistaats;
- finanzielle Anreize für Meldungen über „Unruhestifter“ und „ausländische Spione“ via Webseiten oder Hotlines.

Das Ringen zwischen Gesellschaft und Parteistaat um Freiräume und Einflussnahme hält an. Zu dieser Grundspannung kommt der latente Widerspruch zwischen dem umfassenden Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei einerseits und einer pluralistischen Gesellschaft andererseits. Einen der radikalsten staatlichen Kontrollmechanismen hat die chinesische Regierung allerdings 2015 aufgegeben: die Ein-Kind-Politik.

Pluspunkte für Wohlverhalten – die digitale Sozialkontrolle

Die Testläufe für das chinesische „Sozialkreditsystem“ kommen gut voran. Ab 2020 sollen alle Bürger, Firmen und Behörden der Volksrepublik ein digital und zentral erfasstes Punktekonto haben, das ihre finanzielle, moralische, politische, mit einem Wort: gesellschaftliche Vertrauenswürdigkeit ausweist. Welche Bereiche des Lebens genau den Punktestand beeinflussen sollen, wird zurzeit noch erprobt; klar ist nur, dass alle rechtlich relevanten Informationen eine Rolle spielen werden, von Steuerhinterziehung über die Vernachlässigung der alten Eltern bis zum Überqueren der Kreuzung bei Rot. Durch gute Taten soll man seinen Punktestand verbessern können, sei es durch eine besondere berufliche Leistung oder ein als wertvoll, also „stabilitätsfördernd“ eingestuftes soziales Engagement.

Experimentiert wird auch mit den im System vorgesehenen Belohnungen und Bestrafungen; in jedem Fall wird die Regel gelten: Je höher der Punktestand, desto größer soll aufgrund entsprechend günstiger Kredite und Marktkonditionen die Bewegungsfreiheit sein. Umgekehrt wird der Radius sogar ganz physisch bei niedrigem Punktestand immer kleiner. Im April [2018] landeten 10 360 000 Bürger wegen mangelnder Zahlungsmoral oder weil sie Geldbußen nicht entrichtet hatten, auf einer von Gerichten veröffentlichten Schwarzen Liste von Leuten, die nicht mehr ohne Weiteres Tickets für Flugreisen oder für Fahrten mit Hochgeschwindigkeitszügen kaufen dürfen. Erprobt werden des Weiteren Einschränkungen bei Immobilienkäufen, der Schulanmeldung und der Nutzung von Autobahnen (erst ab einer Punktzahl von 550).

Der springende Punkt bei der 2014 begonnenen Testphase ist die Einbettung der Milliarden von Informationen, die eine fortgeschrittene künstliche Intelligenz zu erheben und auszuwerten in der Lage ist, in ein umfassendes sozialtechnologisches Konzept. [...] Das System wird um so vollständiger sein, je mehr Konsum, Finanzverkehr und Kommunikation ins Netz verlegt werden und je perfekter gleichzeitig die Möglichkeiten der digitalen Apparate werden, auch die noch analogen Reste des Lebens zu erfassen. [...]

Die Verkehrspolizei der Metropole Shenzhen nutzt die Gesichtserkennungssoftware [des Start-ups Yitu Technology] [...] bei ihren Überwachungskameras an Straßenkreuzungen. Bislang wurden Regelverletzer dort dadurch bloßgestellt, dass ihre gestochenen scharfen Schnappschuss-Porträts zusammen mit ihrem Familiennamen und einem Teil ihrer Personalausweisnummer auf großen LED-Leinwänden an den Kreuzungen gezeigt wurden; künftig ließe sich das eleganter lösen, indem jede regelwidrige Straßenüberquerung automatisch zu einem Kreditpunkteabzug führt. [...]

Großes Potential könnte auch die immer präziser funktionierende Technologie zum Gedankenlesen haben, die von vielen chinesischen Firmen bereits auf ihre Eignung zur Produktivitätssteigerung hin erprobt wird. Wie die „South China Morning Post“ gerade berichtete, stattet „Neuro Cap“, ein von der Regierung finanziertes Gehirnüberwachungsprojekt an der Universität von Ningbo, Fließbandarbeiter in mehr als zwölf Fabriken mit kleinen Helmen aus, deren Sensoren effektivitätshemmende Zustände wie Depression, Angst oder Wut frühzeitig aufspü-



Mit spezieller Software sollen Menschen identifizierbar sein, um ihr Verhalten zu überwachen. Im Büro einer Firma in Beijing, die entsprechende Software entwickelt, wird die Zukunft demonstriert.

ren und weitermelden können. „Das verursachte am Anfang etwas Unbehagen und Widerstand“, wird eine Forscherin zitiert; aber allmählich hätten sich die Arbeiter an die Apparate gewöhnt. [...]

[...] [D]as kommerzielle Punktesystem „zhima Xinyong [Sesame Credit]“, das der Internetkonzern Alibaba betreibt, [...] kann auf das gesamte Konsum- und Kommunikationsverhalten der dreihundert Millionen Kunden des Internetkaufhauses zurückgreifen; bewertet werden nach einem unbekanntem Algorithmus das Zahlungsverhalten, das Persönlichkeitsprofil, wie es sich in Kaufpräferenzen zu erkennen gibt (viele Computerspiele? Leichtsinnig! Babykleidung? Verantwortlich!), und sogar die sozialen Kontakte: Wer sich mit Leuten mit einem niedrigen Punktestand abgibt, senkt automatisch auch die eigene Kreditwürdigkeit; Freundschaften mit Hochpunkt-Menschen dagegen erhöhen das Vertrauen, das einem selbst entgegengebracht wird. [...]

Der Konzern bestreitet, Daten an den Staat weiterzugeben oder die Inhalte auszuwerten, die Nutzer in sozialen Netzwerken verbreiten. Technisch wäre aber natürlich beides kein Problem, wenn die Regierung sich einmal dazu entschließen sollte, das kommerzielle Scoring künftig in ihr eigenes System einzubinden. [...]

Das Verblüffende ist, dass in China selbst, bei den Objekten des vermessenen Anspruchs, das Projekt bisher kaum Aufregung verursacht hat. [...]

Der Schlüssel könnte darin liegen, dass das Punktesystem in eine umfassendere Strategie eingebettet ist, die die Herrschaft der Kommunistischen Partei nicht mehr als Eingriff von außen erscheinen lässt, sondern als quasi-automatische Selbstorganisation der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme. Das könnte dem Autoritarismus mittelfristig eine neue Gestalt geben und damit für die liberalen Rechtsstaaten des Westens zu einer noch ungeahnten Herausforderung werden. [...]

Mark Siemons, „Die totale Kontrolle“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 6. Mai 2018, aktualisiert am 11. Mai 2018 (FAZ.net)
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.
Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Die Ein-Kind-Regelung ist aufgrund der Folgen für die Sozialversicherungssysteme gelockert worden. Geburtsstation im ostchinesischen Dexing, Provinz Jiangxi, 2018

Zwei-Kind-Politik gegen eine alternde Gesellschaft

Die Ende der 1970er-Jahre eingeführte und auch in China umstrittene Politik strenger Geburtenkontrolle wurde schrittweise gelockert: Die politische Führung erkannte, dass die zunehmende Alterung der Gesellschaft die Sozialkassen belastet. Gleichzeitig sah sie, dass das anhaltende Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern die soziale Stabilität bedroht: In manchen Jahren wurden auf 100 Mädchen bis zu 118 Jungen geboren – mit der Folge, dass junge Männer aus ärmeren Verhältnissen inzwischen nur schwer eine Frau finden.

2015 hob die Zentralregierung die Ein-Kind-Politik ganz auf und erlaubt seitdem jedem Paar, ein zweites (allerdings kein drittes) Kind zu bekommen.

Bislang erzielte diese Entscheidung jedoch noch nicht die von der Regierung erhoffte Wirkung: Die Behörden rechneten mit rund drei Millionen Neugeborenen im Jahr 2016, tatsächlich kamen jedoch nur 1,31 Millionen Babys zur Welt. Laut Umfragen der staatlichen Kommission für Familienplanung zögern rund 75 Prozent der befragten Familien mit der Entscheidung für ein zweites Kind. Als Gründe nennen sie zum einen die hohen Bildungskosten, zum anderen verweisen sie auf unzureichende Betreuungsmöglichkeiten.

Wie viele westliche Länder steht auch die chinesische Gesellschaft vor der Aufgabe, die Folgen der Überalterung durch neue Versorgungssysteme in den Bereichen Pflege und Altersversorgung zu meistern. Die Altersgruppe 60+ ist in den 2010er-Jahren vier Mal so schnell gewachsen wie die Durchschnittsbevölkerung. Bis 2050 werden Schätzungen zufolge rund 30 Prozent der Bevölkerung in diesem Alter sein.

Grundlegend, doch nicht wirklich gesichert

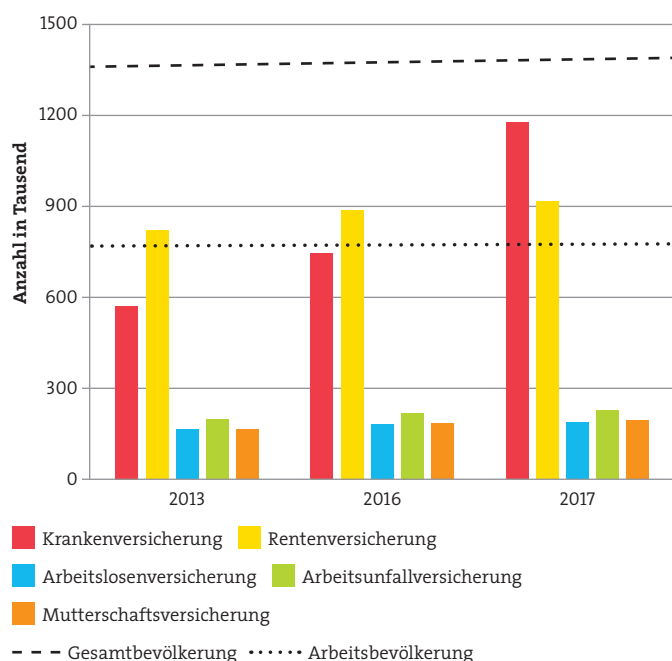
Ein Großteil der chinesischen Bevölkerung ist Anfang des 21. Jahrhunderts ansatzweise über staatliche Sozialversicherungsprogramme abgesichert, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Altersversorgung. Chinas Beschäftigte können sich jedoch bei einem Unfall oder einem plötzlichen Jobverlust

nicht vollständig auf staatliche Unterstützung verlassen: Nur ein geringer Teil der rund 776 Millionen Erwerbstätigen ist gegen solche Risiken versichert.

Das soziale Sicherungssystem steht vor drei zentralen Herausforderungen:

- nachhaltige Finanzierung: Aufgrund der demografischen Entwicklung und einer geringeren Menge an Einzahlenden sind die Kassen in manchen Regionen leer. Besonders betroffen sind Provinzen, die einen hohen Anteil an Wanderarbeitern haben – meist Erwerbstätige aus ländlichen Regionen, die in den aufstrebenden Wirtschaftszentren den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien verdienen. Aufgrund der insgesamt angespannten Haushaltslage in vielen Provinzen neigen zuständige Beamte dazu, die zweckgebundenen Gelder in teils sehr riskante Investitionsprojekte umzuleiten.
- Nationale Übertragbarkeit: Laut Gesetz gehören die Beiträge zu personenbezogenen, aber eben lokal angelegten Versichertenkonten. Im Falle eines Umzugs sollten diese Beiträge an die zuständigen Behörden des neuen Wohnorts übermittelt werden. Bei einem Wohnortwechsel in eine andere Provinz erweist sich das in der Praxis jedoch als nahezu unmöglich: Die regionalen Regierungen haben kein Interesse daran, entsprechende Informationen zu teilen, da sie die gesammelten Sozialbeiträge in ihren ohnehin oft klammen Kassen nicht verlieren wollen.
- Nicht versicherte Sozialbereiche: Kranke müssen ihre Behandlungskosten oftmals zuerst selbst in bar bezahlen und dann bei der Versicherung einreichen. Zudem deckt die staatliche Krankenversicherung nicht für alle Angestellten kostspieligere Behandlungen wie größere Untersuchungen mit teuren Geräten oder Operationen ab. Insbesondere ärmere Familien sehen sich oftmals gezwungen, sich die entsprechenden Gelder in der Verwandtschaft zu leihen. Zunehmend werden auch soziale Medien für private Spendenkampagnen genutzt.

Wie sind Chinesen versichert?



www.mohrss.gov.cn/SYrlzyhshbzb/zwgk/szrs/tjgb/201805/W020180521567611022649.pdf
 www.mohrss.gov.cn/SYrlzyhshbzb/zwgk/szrs/tjgb/
 www.statista.com/statistics/263765/total-population-of-china/
 www.ceicdata.com/en/indicator/china/employed-persons

Weniger arm, aber auch weniger gleich

Dank hoher Wirtschaftswachstumsraten konnte die chinesische Regierung nicht nur einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme finanzieren, sondern auch mittels gezielter Programme den Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung reduzieren. Unterstützt wurde sie dabei zum Teil durch internationale Organisationen. Betrug ihre Zahl nach Aussagen der Weltbank im Jahr 1978 noch rund 770 Millionen Menschen, waren es 2017 laut Angaben Pekings nur noch 30,46 Millionen, wobei sich letztere Angaben auf Menschen in ländlichen Regionen mit nachholender Entwicklung beziehen. Die chine-

sische Regierung will diese Zahl bis 2020 auf Null reduzieren. Wie hoch „neue“ Armut in den Städten ist – zum Beispiel durch hohe Kosten für medizinische Behandlungen – lässt sich derzeit nicht ermitteln.

Chinas Armutsbekämpfung gilt international – auch im Vergleich mit seinem unmittelbaren Nachbarn Indien – als ein beachtlicher humanitärer Erfolg. Allerdings bleibt eine Schattenseite – die wachsende soziale Ungleichheit. „Früher waren wir zwar alle arm, aber wenigstens gleich“, ist eine weitverbreitete Aussage gerade unter ehemaligen Arbeitskräften von Staatsbetrieben.

Die ungleiche Verteilung der Wohlstandsgewinne liegt zum Teil daran, dass Partei- und Staatskader sowie Direktoren von

Luxusgut Wohnraum

Nie Yunfei [...] [e]in schmaler Junge mit Brille hockt in seinem Wohnzimmer. 28 Jahre ist der Softwareentwickler. Angestellt bei der Suchmaschine Baidu, Chinas Gegenstück zu Google, wohnt er in Schanghai, einer der teuersten Städte der Welt. [...]

Yunfeis Hochhaus steht im Neubauviertel Pudong. Schanghai glamouröse Uferpromenade Bund ist eine halbe Stunde Fahrt entfernt, weit weg also. [...]

Doch der Eindruck, zwischen Yunfeis Knittercouch und Chinas teuersten Diskotheken lägen Welten, er täuscht. Bei dem 28-Jährigen handelt es sich um einen Millionär. Zumindest auf dem Papier. Der Mann hat Betongold. Zwei Dekaden nach der Öffnung der Wohnungsmärkte ist es nicht das Vermögen auf der Bank, das Chinas Gesellschaft teilt. Es sind Immobilien. Es gibt Chinesen, die eine Wohnung besitzen. Und alle anderen.

Der junge Yunfei kann gleich zwei Apartments sein Eigen nennen. Auf dem chinesischen Immobilienmarkt gleicht das einer Lizenz zum Gelddrucken. Seitdem er vor zwei Monaten im Internet seinen Vermögenswert nachgeschaut hat, ist Yunfei bereits um 50 000 Euro reicher geworden. Der Sohn einer Lehrerin und eines kleinen Beamten vom Land verdient brutto umgerechnet 47 000 Euro im Jahr. Seine Immobilien aber sind anderthalb Millionen Euro wert. Tendenz schnell steigend.

Yunfei ist ein Symbol für den Wahnsinn, der sich auf Chinas Häusermarkt abspielt. Seine Geschichte ist aber auch Warnung: vor einer gefährlichen Blase. Denn sollten die Preise schlagartig sinken, könnte das in China zu Verwerfungen führen [...].

Bis Ende der neunziger Jahre gab es im Reich der Mitte keine Wohnungsbesitzer. Jedes Haus gehörte dem Staat. Wer in der Fabrik arbeitete oder in der Verwaltung, bekam eine Unterkunft gestellt für eine niedrige Miete oder wohnte kostenlos. Ein Immobilienmarkt, der in anderen Ländern die Wirtschaft auf Trab hielt, existierte in der Volksrepublik nicht. Sozialistisch ist das moderne China aber nur noch in der Theorie. Die Führung bot dem Volk an, die staatlichen Wohnungen für ein paar Zehntausende Euro zu kaufen. Das sollte nicht zuletzt die Funktionäre sagenhaft reich machen. Chinas Wohnungspreise stiegen laut dem Washingtoner Peterson Institute for International Economics im Zeitraum 2005 bis 2010 um 80 Prozent. Wie sich die Hauspreise langfristig genau entwickelt haben, ist in China schwierig zu bestimmen. Die renommierte Tsinghua-Universität aus Peking kommt auf einen Anstieg von 255 Prozent in den Jahren 2006 bis 2016. [...]

Wohl dem also, der gekauft hat. Seine erste Schanghai Wohnung erwarb Yunfei 2012 für umgerechnet 190 000 Euro. Damals war sein Gehalt zwei Drittel niedriger. Mit den Ersparnis-

sen der Mutter zahlte der Sohn die Hälfte der Summe an. Dann stieg der Wert des Apartments unaufhörlich. Bis heute um 160 Prozent. Der Wert der zweiten Wohnung, gekauft 2015, wuchs noch schneller: in gut einem Jahr um das Doppelte.

China ist im Rausch des Betongolds. Ein-Zimmer-Löcher in verfallenen Betonburgen für 13000 Euro den Quadratmeter gelten in Schanghai als Schnäppchen. In München liegen die Preise um rund die Hälfte niedriger. [...] Das Problem: Wohnen wird zum Luxus, denn die Mieten sind in vergleichbarem Tempo wie die Kaufpreise gestiegen.

Längst beherrscht die quälende Wohnungsfrage den Alltag der Chinesen. „Was habe ich falsch gemacht?“, lautet der Titel eines Essays, den ein IT-Ingenieur aus Shenzhen [...] im Internet veröffentlicht hat. Millionenfach haben ihn Chinas Internetnutzer geteilt. Im Jahr 2010 kaufte der Autor für 1,2 Millionen Yuan (165 000 Euro) ein Apartment, die monatlichen Raten für den Kredit betragen 6000 Yuan. Dann kam das Baby. Vergangenes Jahr kam ein zweites Kind, weshalb die Ehefrau nicht mehr arbeiten konnte. Der erste Sohn musste bald zur Schule. Halbwegs gute Schulen in den chinesischen Großstädten an der Ostküste nehmen aber nur Schüler auf, deren Eltern in der unmittelbaren Umgebung wohnen. Darum musste eine neue Wohnung in der Nähe der Wunschschule her. Weil die Apartmentpreise dort im Vorjahr um 40 Prozent gestiegen waren, bekamen es die Eltern mit der Angst zu tun. „Wenn du dieses Jahr nicht kaufst, kannst du dein Gehalt auch aus dem Fenster werfen“, lautet eine Redewendung in Chinas Mittelschicht. In Shenzhen kauften die jungen Eltern deshalb eine zweite Wohnung. Zur Finanzierung nahmen sie eine Hypothek auf die erste auf. Am Ende überstieg die Zinsbelastung das Gehalt des Vaters. Sein Arbeitgeber wollte ihn ins Ausland schicken, doch der Mann wollte die Frau nicht alleinlassen. Daraufhin wurde er entlassen. In Chinas verrücktem Immobilienmarkt gebe es keine Sicherheiten, folgerten die Leser aus der Geschichte. Angesichts der rasanten Steigerungsraten lauere allerorten das Unglück.

Ende vergangenen Jahres begann die Regierung gegensteuernd. In rund zwanzig Städten wie Peking und Schanghai können die Menschen nun nicht mehr so einfach in Betongold investieren wie zuvor. [...]

Jungspekulant Yunfei beeindruckt das kaum. „Kauf lieber gleich“, rät er [...]. „Bevor es zu spät ist.“

Hendrik Ankenbrand, „Im Rausch des Betongolds“, in: Frankfurter Allgemeine Woche Nr. 10 vom 3. März 2017
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.
Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Staatsunternehmen sogenannte graue Einkommen beziehen konnten, indem sie sich etwa bei der Vergabe von Lizenzen, Zertifikaten oder Dokumenten bestechen ließen.

Gleichzeitig wurde die ländliche Bevölkerung gezielt benachteiligt: Die Menschen in den Städten erhielten aufgrund ihrer strategischen Bedeutung für das chinesische Wachstumsmodell und auch aufgrund ihres größeren Unruhepotenzials privilegierten Zugang zu Wohnraum, Nahrungsmitteln sowie Bildung und Gesundheit. Deshalb sind städtische Durchschnittseinkommen in der Regel drei- bis viermal so hoch wie auf dem Land.

Seit 2006 ist die Schere zwischen Stadt und Land jedoch nicht mehr größer geworden. Mögliche Erklärungen dafür liegen in positiven Auswirkungen einer unter Xi Jinpings Vorgänger Hu Jintao vorangetriebenen Entwicklung der ländlichen Regionen. Auch stiegen in manchen Branchen und Bereichen die Löhne ländlicher Wanderarbeitskräfte, weil dem Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung Rechnung getragen werden musste.

Mit ihrem Verdienst stützen diese Wanderarbeitskräfte oft ihre auf dem Land oder in kleineren Städten verbliebenen Familien. Gleichzeitig wären das rapide Wirtschaftswachstum und die Wohlstandsgewinne der städtischen Eliten ohne diese besondere Gruppe nicht möglich gewesen, die meist zu Niedriglöhnen auf den großstädtischen Baustellen, an den Fließbändern der Industriebetriebe, im Gastgewerbe oder als Betreuung für die Kinder wohlhabender Städter arbeiten.

2018 bezifferte das chinesische *National Bureau of Statistics* (NBS) ihre Zahl auf 286,52 Millionen, davon hatten 64,9 Prozent keinen offiziellen Arbeitsvertrag. Laut NBS waren sie typischerweise im Bausektor, in der Logistik (Kurierdienste, Lageristik) sowie im Bereich der Haushaltsdienstleistungen tätig und verfügten über ein durchschnittliches Monatseinkommen von 3485 Renminbi (RMB) oder umgerechnet ca. 450 Euro. Dafür arbeiteten sie durchschnittlich 25,2 Tage im Monat bzw. 8,7 Stunden pro Tag.

In der Mitte der chinesischen Gesellschaft finden sich Menschen aus sehr unterschiedlichen Berufsgruppen. Sie arbeiten im Management staatlicher Betriebe, in Architektur- oder Anwaltsbüros sowie in IT-Unternehmen, sind alle relativ gut gebildet, haben ein stabiles Einkommen und können finanzielle Rücklagen bilden. Auf Basis eines Jahreseinkommens zwischen 10 000 und 100 000 US-Dollar gehören rund 300 Millionen Menschen zu dieser „Mittelschicht“.



Ein Stützpfiler des chinesischen Wirtschaftswachstums sind Wanderarbeiter aus ländlichen Regionen, die zum Arbeiten in die Städte ziehen. Sie leben meist in prekären Wohnverhältnissen und sind oftmals behördlichen Zwangsrumrungen ausgesetzt, so wie dieses Paar 2017 in Peking.

Chinas Superreiche werden seit 2012 von einer Mediengruppe in Shanghai in einer Rangliste erfasst und veröffentlicht. Zu Beginn des Jahres 2018 enthielt diese sogenannte Hurun-Liste 819 Dollar-Milliardäre, mehr als die 571 Personen, die in den USA in diese Kategorie fallen. Auf diese Superreichen schauen viele mit zwiespältigen Gefühlen: Einerseits ist Reichtum in China das einzige gesamtgesellschaftlich akzeptierte Symbol für Erfolg. Andererseits mehrten sich Stimmen innerhalb der chinesischen Gesellschaft, die von den Wohlhabenden fordern, der Gemeinschaft in Form von Spenden oder gemeinnützigem Engagement etwas zurückzugeben. Offene Feindseligkeiten gegen Millionäre hat es jedenfalls bislang kaum gegeben, wozu die generellen Zugangsbeschränkungen für ländliche, also ärmere Menschen ebenso beitragen wie die zunehmend exklusiveren und gut gesicherten Wohnanlagen der Reichen.

Jährliches Einkommen und Konsum in ausgewählten Regionen

(Ende 2016)

Region		Netto-Jahreseinkommen pro Kopf (in RMB, gerundet)	Anzahl der Geräte pro 100 Haushalte			
			Computer	Waschmaschinen	Mobiltelefone	Klimaanlagen
Shanghai	Stadt	57 691,7	140,5	94,8	230,2	205,2
	Land	25 520,4	51,4	81,3	208,3	128,6
Henan	Stadt	27 232,9	74,6	100,2	234,4	155,1
	Land	11 696,7	31,1	95,1	242,1	70,4
Guizhou	Stadt	26 742,6	62,7	98,4	248,4	31,1
	Land	8 090,3	13,0	89,8	274,3	4,3
Tibet	Stadt	27 802,4	59,9	92,1	223,2	9,4
	Land	9 093,8	0,3	61,3	187,2	k. A.

Quelle: China Statistical Yearbook 2017: 6–28 Main Durable Goods Owned Per 100 Urban Households at Year-end by Region (2016), 6–34 Main Durable Goods Owned Per 100 Rural Households at Year-end by Region (2016), 6–23 Per Capita Disposable Income of Urban Households by Region (2016), 6–29 Per Capita Disposable Income of Rural Households by Region (2016); www.xiaze.org/2017/indexch.htm

Kein Platz für Wanderarbeiter?

Sie wühlen sich durch den Schutt, auf der Suche nach Sachen, die sie noch brauchen können. „Hier“, sagt Yang Hongwei und stützt sich auf seine Schaufel, „stand das Haus, wo wir gewohnt haben.“ [...]

Peking hat innerhalb von nur anderthalb Monaten die Stadtviertel abgerissen, in denen der ärmere Teil der Bevölkerung wohnte. Chinas Hauptstadt wolle „eine lebenswerte, moderne Weltmetropole werden“, hat die Stadtverwaltung vorgegeben. „Einwohner niedrigster Klasse“ störten da nur, so die Beamten. [...] Jetzt wühlen sich diese Menschen durch die Reste ihrer Heimstätten. Ohne Übergangsfristen, ohne Sozialplan, ohne Nachzudenken hat die Stadt die Abrissbagger geschickt.

Nicht nur ihre Behausungen, das ganze Leben der Wanderarbeiter liegt in Trümmern. „Wir hatten vor, uns in Peking etwas aufzubauen, haben davon geträumt, dass unser Sohn als Pekinger aufwächst“, sagt Yang. „Es war hier ja nicht alles perfekt. Aber wir [haben] das auf uns genommen. Wir haben sogar geglaubt, hier gebraucht zu werden.“ Schließlich funktioniert der gigantische Billiglohnssektor, auf dem sich Pekings „höherklassige“ Elite ausruht, nur dank der Arbeitskraft von Leuten wie Yang und seiner Frau. Sie arbeitet als Kellnerin in einem Imbiss. Er arbeitet in einer Wohnanlage als Handlanger der Hausverwaltung. Das Ehepaar will nun samt Kind noch bis zum Frühlingsfest Mitte Februar bleiben und schauen, ob sie eine neue Bleibe finden. Sonst müssen sie Peking verlassen.

Die Aussicht darauf, dass das eigene Kind einmal als Pekinger aufwächst – das war für viele der Ansporn, in die große Stadt zu ziehen. Offiziell war der Zuzug nicht erlaubt, aber es wurde geduldet. Die Bevölkerung der chinesischen Hauptstadt schwoll so von sechs Millionen Menschen Mitte der 80er Jahre auf heute [im Januar 2018] 22 Millionen an.

Die Wanderarbeiter haben den schnellen Umbau der grauen sozialistischen Hauptstadt zur modernen Metropole erst möglich gemacht. Doch ihr Zustrom, getrieben von der Hoffnung auf sozialen Aufstieg, wurde auch zum Problem. Denn Peking hat nicht genug Wasser, Straßen und Wohnraum für alle. Und

den begehrten Status als offizieller gemeldeter Hauptstädter gibt es nur für eine hochqualifizierte Minderheit.

Yang und seine Frau kommen beide aus der Provinz Shaanxi, aus einem Dorf, das eigentlich nur aus einer Straße besteht, an der sich links und rechts schwarz verölte Autowerkstätten, Tofumacher oder Eisenwarenhandlungen reihen. „So etwas Schönes oder Helles wie hier in Peking gibt es da nicht“, sagt Yang und deutet in Richtung des großen Einkaufszentrums an der nahen U-Bahn-Station Xihongmen [...]. „Und bei uns im Dorf endet die Schule nach der neunten Klasse.“ Noch nie sei jemand aus ihrem Dorf in der Großstadt auf die Uni gegangen. [...]

Viele Wanderarbeiter lassen ihr Kind bei den Großeltern zurück, doch das wollte Yangs Frau ausdrücklich nicht. „Dort wäre er ja als dummer Gurkenbauer herangewachsen.“ Die Leute in Peking sollten den Sohn zu etwas Besserem machen. Die Kinder von Wanderarbeitern aber dürfen nicht einmal normal zur Schule gehen. Auch Yang und seine Familie sind offiziell noch in Shaanxi gemeldet, und so wartet dort ein Schulplatz auf ihren Sohn.

Jetzt ist der Neunjährige zumindest zum Teil ein Großstädter, gewöhnt an U-Bahn, Einkaufszentren und die gigantischen Großbildschirme, auf denen überall Werbung flimmert, doch im Frühjahr muss er wohl nach Shaanxi umziehen. Ein fremdes Land für den Jungen, dessen Eltern sich seine Umwandlung in einen „Menschen höherer Qualität“ gewünscht hatten. So sprechen die Leute im sozialistischen China wirklich. [...]

Was werden Yang Hongwei und seine Frau nun machen? „Wir wissen es nicht.“ Nach sieben Jahren in Peking gehören sie nicht mehr aufs Land, aber die Stadt will sie nun ebenfalls nicht mehr. Vielleicht gehen sie in eine Provinzhauptstadt, in der das Wachstum hoch und Leute wie er noch willkommen sind. „Wir Chinesen sind gut darin, bittere Erlebnisse zu schlucken. Es geht schon irgendwo weiter.“

Finn Mayer-Kuckuk, „Wanderung nach Irgendwo“, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Januar 2018
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.



Unterschiedliche Lebenswelten: kaufinteressierte Städter vor einem Modell mit Wohngebäuden im nordchinesischen Dandong, Provinz Liaoning, 2018 (li.), Dorfbewohner in der Provinz Hebei, 2018



Trio Images / Getty Images

Kinder und Jugendliche sind der Mittelpunkt ihrer Familien, auf ihnen lastet aber auch ein enormer Erwartungsdruck. Wie viele ihrer Altersgenossen weltweit sind sie vom Internet und von Smartphones fasziniert und lieben Selfies.

Anspruchsvoll und ambivalent – Chinas Jugend

Das Internet und insbesondere das Smartphone haben auch in China das Leben der jungen Generation – in der Volksrepublik ebenfalls als *Millennials* oder Post-80er/90er bezeichnet – radikal verändert. Diese Bevölkerungsgruppe, die rund 300 bis 400 Millionen der chinesischen Bevölkerung umfasst, konsumiert, unterhält und informiert sich größtenteils online. Ihre Vertreter sind in Chinas Boom-Jahren aufgewachsen und haben als Einzelkinder die volle Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung ihrer Familie genossen. Sie stehen dadurch aber auch unter einem riesigen Erwartungsdruck. Sie sollen erfolgreich sein, heiraten, Enkelkinder zeugen und sich aufopfernd um ihre Eltern kümmern.

Laut einer Studie der Peking Universität von 2015 beschreiben sich Chinas „Post-1990er“ selbst mit folgenden fünf Attributen: 1. Stubenhocker (*zhai 宅*, 30,5 Prozent), 2. unabhängig (25,6 %), 3. auf der Suche nach Lebenssinn (24,2 %), fleißig (19 %) und flexibel (18,7 %). (Quelle: <http://uk.businessinsider.com/credit-suisse-report-on-chinas-one-child-policy-generation-smart-phone-use-2015-10?IR=T>)

Anspruchsvolle Konsumenten

Dass junge Leute in China – außer wenn sie reisen – nur selten ihre Wohnung verlassen, hat verschiedene Gründe: In vielen Städten ist die Luft schlecht, öffentliche Verkehrsmittel und Straßen sind überfüllt, die Parks werden meist von Älteren und Familien aufgesucht, kostenlos zugängliche öffentliche Plätze gibt es wenige. Zudem kann aus Sicht von Chinas Jugend nahezu jeder Lebensbereich online versorgt werden.

Essen – und vor allem gut essen – ist für junge Chinesen mindestens genauso wichtig wie für ihre Eltern – und wesentlich wichtiger als für viele Gleichaltrige in anderen Ländern. Die Ansprüche haben sich allerdings geändert: Chinas *Millennials* bestellen sich ihr Essen am liebsten direkt aus einem Restaurant nach Hause. Laut der chinesischen Firma *Daxue Consulting* sind rund 70 Prozent derjenigen, die Online-Essenslieferdienste nutzen, unter 30 Jahre alt. Drei große Firmen, *Baidu Delivery*, *Ele.me* („Bist du hungrig?“; gehört zum Unternehmen

Alibaba) oder *Meituan Delivery*, beherrschen mittlerweile den Markt. Neben Preis und ansprechenden Rabattaktionen schauen die jungen Konsumentinnen und Konsumenten vermehrt auf den Service: Das Essen soll auf die Minute pünktlich sein und ansprechend aussehen.

Zwischen Weltoffenheit und Nationalstolz

Beim Essen ist Chinas junge Generation meist heimatverbunden oder zumindest in Asien verwurzelt – allerdings gehören Kaffee und auch Wein zunehmend zum modernen *Lifestyle*. Neben der koreanischen und japanischen Jugendkultur wachsen chinesische Jugendliche vielfach mit US-amerikanischen Serien und Filmen auf – auch wenn diese wegen einer Quotenbeschränkung meist nicht in den staatlichen Fernsehsendern und in Kinos laufen, sondern über Videoplattformen online gestreamt werden.

Ein (Teil-)Studium in den USA ist für viele ein Traum. Die jungen Leute erhoffen sich davon bessere Karrierechancen. Darüber hinaus begeistern sich viele junge Chinesinnen und Chinesen für die in der US-amerikanischen Unterhaltungskultur vermittelten Werte. Einerseits schätzen sie demokratische Institutionen und die Verlässlichkeit eines Rechtsstaats, andererseits verwahren sie sich gegen die Vorstellung, ein liberales demokratisches System 1:1 auf die Volksrepublik zu übertragen.

In dieser Hinsicht sind viele von ihnen empfänglich für die unter dem jetzigen Partei- und Staatschef Xi Jinping forcierte „patriotische Erziehung“. Besonders wenn sie ins Ausland reist, wünscht sich Chinas junge Generation, mit Respekt behandelt zu werden. Kritik an der chinesischen Regierung nehmen die jungen Leute oft persönlich, weil sie dahinter eine westliche Überheblichkeit vermuten. Sie möchten stolz sein dürfen auf die Leistungen ihres Landes und ihr Verständnis der chinesischen Tradition. Allerdings endet ihr Patriotismus dort, wo die chinesische Führung diesen zu einer bedingungslosen Loyalität gegenüber der Kommunistischen Partei ummünzen will. „Das Land lieben, heißt nicht die Partei lieben“ ist ein weit verbreiteter Slogan im chinesischen Internet. Solange Chinas politische Elite die junge Generation nicht zu irgendeiner Form von konformen, kollektiven Loyalitätsbekundungen zwingt und damit ihre freie *Lifestyle*-Gestaltung einschränkt, hat Peking vermutlich wenig politische Opposition zu befürchten.

Die Jugend im Profil

- Rund ein Drittel, „über 90 Millionen von 318 Millionen*“, haben einen Universitätsabschluss;
- über 90 % besitzen ein Smartphone;
- sie stellen 50 % der chinesischen Auslandsreisenden;
- 66 % bevorzugen westliche Luxusmarken vor asiatischen**
- 74 % meinen mit ihrer globalen Altersgruppe mehr gemeinsam zu haben als mit älteren Chinesen;
- 59 % sehen die USA positiv;
- 88 % sind stolz auf nationale Traditionen und Kultur;
- 90 % halten Familientradition für wichtig*.

* Bezugsgruppe ist zwischen 15–29 Jahre alt.

** 18–29 Jahre

Quelle: China Skinny 2016 (<http://www.chinaskinny.com/blog/china-millennials-infographic>)

MATTHIAS STEPAN

Bildung: Hoffnung auf sozialen Aufstieg und internationaler Austausch

Der Konkurrenzkampf um Studienplätze und Arbeitsstellen im gegenwärtigen China ist hart. Mehr denn je gilt daher die alte Weisheit, dass Bildung der Schlüssel für ein besseres Leben ist. Ein Hochschulabschluss hat sich im städtischen China als eine Grundvoraussetzung etabliert, um eine gut bezahlte und gesellschaftlich angesehene Arbeitsstelle zu finden. Dies hat zu einem Ansturm auf Bildungseinrichtungen geführt: 2003 machten erstmalig mehr als zwei Millionen Studierende einen Abschluss an einer chinesischen Hochschule. Seither hat sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen beinahe vervierfacht. 2017 waren es bereits 7,95 Millionen. Auch der private Bildungsmarkt profitiert von dieser Entwicklung. Landesweit gab es 2015 mehr als 110 000 registrierte private Bildungsanbieter.

Für all diejenigen, die es bis ganz nach oben schaffen wollen, reicht die erfolgreiche Beendigung des Studiums als solches jedoch nicht aus. Für eine Spitzenposition in der Wirtschaft oder Verwaltung müssen die Kandidierenden den Abschluss von einer der renommiertesten Universitäten des Landes oder von einer internationalen Top-Universität vorweisen.

Für die meisten chinesischen Jugendlichen ist somit die Hochschulzulassungsprüfung (*Gaokao*) der Dreh- und Angelpunkt im Leben. Wer sehr gut abschneidet, hat gute Chancen, an einer führenden Universität angenommen zu werden. Wem dies nicht gelingt, der findet sich möglicherweise bald an einer unbekannteren Hochschule in einem Studienfach wieder, das nicht den eigenen Neigungen entspricht.

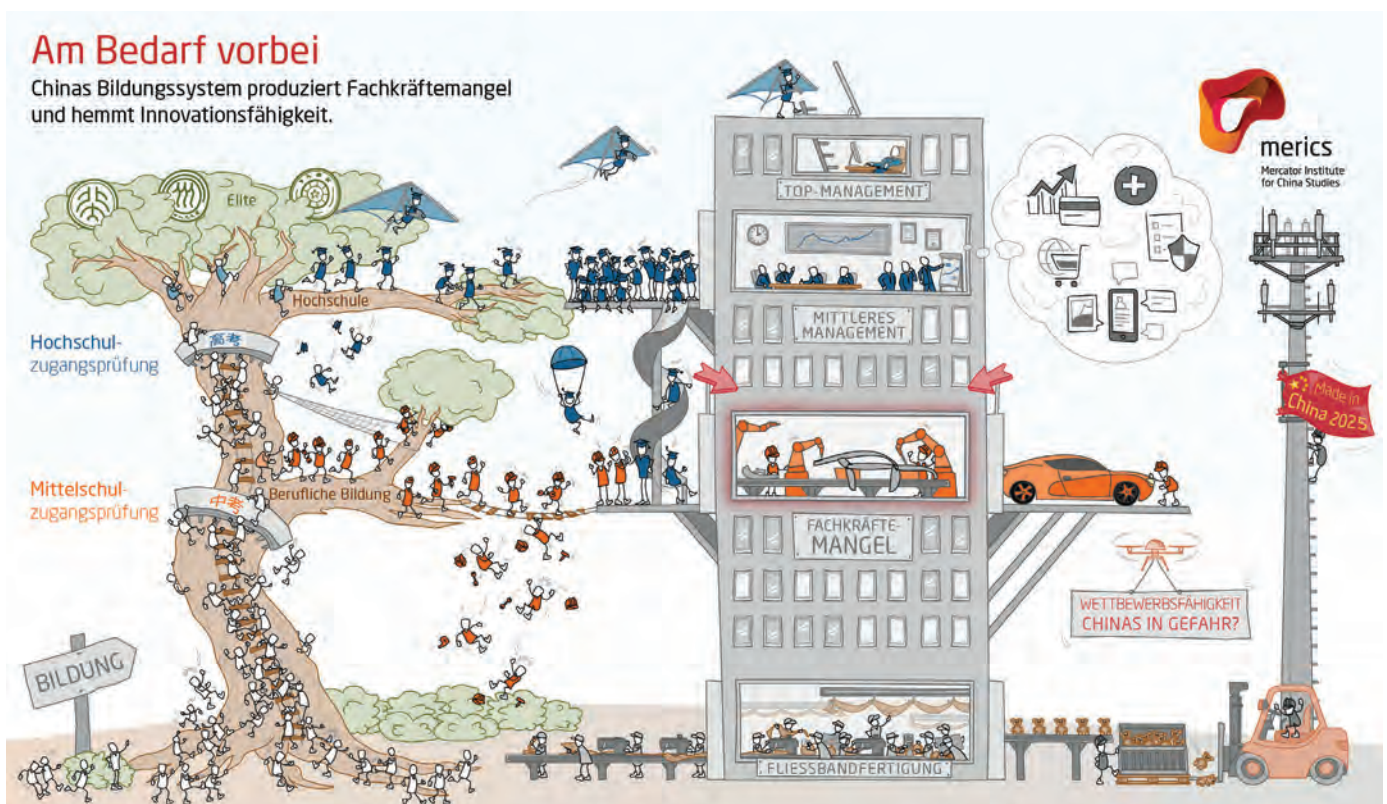
Eine praktische Ausbildung in technischen und handwerklichen Berufen gilt in der chinesischen Gesellschaft wegen des niedrigen Sozialprestiges als wenig erstrebenswert, obwohl die beruflichen und gehaltsbezogenen Entwicklungschancen für gelernte Facharbeitskräfte sehr gut sind.

Der harte Weg zur Gaokao

Seit ihrer Wiedereinführung 1977 entscheidet das Ergebnis der Hochschulzugangsprüfung über Erfolg und Misserfolg im Wettbewerb um die begehrten Studienplätze. 2017 nahmen 9,4 Millionen Schülerinnen und Schüler an der *Gaokao* teil. Sie stellt den Höhepunkt einer Schulausbildung dar, die sich auf harte Leistungsanforderungen und Auswendiglernen stützt. Der Drill hat seinen Preis, denn oft wird von Lehrkräften die Förderung von eigenverantwortlichem Arbeiten vernachlässigt. In Chinas Schulsystem sind Serien von standardisierten Tests als Hürden eingebaut, um alle Schülerinnen und Schüler nach Leistungsstärke in Klassen- und Schul-„Rankings“ eingruppiert zu können.

Voraussetzung für die Teilnahme an der *Gaokao* ist das erfolgreiche Bestehen der Mittelschulzugangsprüfung, die nach der neunjährigen Schulpflicht ansetzt. Für rund ein Drittel der Kinder in China endet die schulische Ausbildung spätestens an dieser Stelle. Für alle anderen beginnt nun die Vorbereitung für die Prüfung aller Prüfungen. Häufig büffeln die Kinder bereits Jahre im Voraus bis spät in die Nacht, um bei diesem Examen besser als ihre Klassenkameradinnen und -kameraden abzuschneiden.

Der Wettbewerbs- und Erwartungsdruck, der auf den Schülerinnen und Schülern lastet, ist enorm und ist nicht nur der staatlichen Bildungspolitik, sondern auch der beinhalten alltäglichen Konkurrenz innerhalb der chinesischen Gesellschaft und zwischen Familien geschuldet. Aufgrund der staatlichen



© MERICS



Die Hochschulzugangsprüfung Gaokao entscheidet darüber, ob und an welcher Universität studiert werden kann und damit auch über den weiteren beruflichen Erfolg. Prüflinge auf dem Weg zur Gaokao in Hefei, Provinz Anhui – draußen vor der Tür Eltern in angespannter Erwartung, hier in Shenyang, Provinz Liaoning



Familienpolitik, die bis 2014 eine Ein-Kind-Familienplanung verordnete, konzentrierte Eltern, Großeltern und weitere Verwandte ihre ganze Aufmerksamkeit und auch ihr Geld auf einzelne Kinder. Neun von zehn Mittelklasse-Familien bezahlen für außerschulische Aktivitäten. Diese reichen von anspruchsvollen Mathematikkursen bis hin zu spätabendlichem Einzelunterricht in Fremdsprachen.

Bildung ist zu einem der größten Ausgabeposten städtischer Familien geworden. Berichte in chinesischen Medien über Privathaushalte, die sich für die Finanzierung teurer außerschulischer Aktivitäten verschulden, sind keine Seltenheit. Die öffentliche Zurschaustellung von Spitzenleistungen befeuert den Wettbewerb: Notenlisten werden in den Gängen jeder Schule öffentlich ausgehängt. Die Eltern können auf diese Weise die Leistung ihrer Kinder vergleichen, und verständlicherweise möchten sie den Namen ihres Kindes oben auf der Liste stehen sehen. Fälle, in denen der enorme Druck, der auf den Schülerinnen und Schülern lastet, zu psychologischen Problemen führt, werden dahingegen eher selten publik gemacht.

Chinesische Schulkinder schneiden insbesondere in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in internationalen Vergleichsstudien sehr gut ab. Industrie und Forschung werden dadurch mit einer Fülle qualifizierter Kräfte versorgt. Gleichzeitig wünschen sich aber viele Eltern für ihre Kinder eine weniger von Prüfungsstress dominierte Jugendzeit mit mehr Freiräumen für persönliche Kreativität und Entwicklung. Die größte Sorge aber gilt den Chancen des Kindes auf dem Arbeitsmarkt und im beruflichen Aufstieg. Die *Gaokao* wird deshalb als notwendiges Übel betrachtet.

Eltern und auch Lehrkräfte fordern nicht die Abschaffung, sondern Anpassungen der Prüfungsinhalte und Zugangsregeln zu Universitäten. Die Regierung hat Reformen eingeleitet, durch die größere Wahlmöglichkeiten in der Kombination von Prüfungsfächern eingeräumt werden. Solange die chinesische Politik und Wirtschaft keinen Handlungsbedarf sehen, Kreativität als Ausgangspunkt von Innovationen bereits im Schulsystem mehr Raum zu eröffnen, wird sich allerdings nur wenig an den Hauptpfeilern des Schulsystems ändern. Hierzu gehört die absolute Autorität der Lehrkraft, die das kritische Hinterfragen von Informationen – auf das beispielsweise im deutschen Schulsystem großer Wert gelegt wird – quasi unmöglich macht.

Für Kinder aus ärmeren Familien bietet das landesweite Prüfungs- und Zulassungssystem Chancen für einen sozialen Aufstieg. Doch insbesondere Schülerinnen und Schüler in ländlichen Gebieten, aus Wanderarbeiterfamilien oder sozial schwachen Familien in Städten sind strukturell benachteiligt. Denn die Unterschiede in der Qualität der Bildungsangebote zwischen Stadt und Land sind erheblich. Während Mittelklassefamilien in Großstädten ihren Kindern bereits mit privater Vorschulbildung oder sogenannten Windel-Lehrplänen einen Vorteil gegenüber ihren zukünftigen Mitschülern und Konkurrenten um Studienplätze verschaffen, finden sich im ländlichen Raum nur wenige hochqualifizierte Lehrkräfte. *E-Learning* könnte künftig Abhilfe schaffen. Allerdings können sich viele ärmere ländliche Familien, deren Kinder so früh wie möglich Beiträge zum Familieneinkommen leisten müssen, nicht die Schulgebühren für drei weitere Jahre an öffentlichen Schulen nach dem Mittelschulabschluss bis zur *Gaokao* leisten, geschweige denn Nachhilfe oder Zusatzangebote, die in der städtischen Gesellschaft gang und gäbe sind.

Auslandsstudium: Prüfungsflucht, Wahlfreiheit oder Alleinstellungsmerkmal

Die Entscheidung chinesischer Eltern und Jugendlicher für ein Auslandsstudium kann verschiedene Gründe haben: Flucht aus der heimischen „Prüfungshölle“, eigenständige Wahlmöglichkeit von Studienfächern oder das Prestige ausländischer Universitäten. Für all diejenigen, die dem chinesischen Bildungssystem nicht bereits vor der *Gaokao* den Rücken kehren, ist die Wahl des Studienfaches die Hauptmotivation, im Ausland nach Alternativen zu suchen. Durch den großen Ansturm auf chinesische Eliteuniversitäten, wie die Peking Universität, die Tsinghua Universität oder die Fudan Universität, müssen diejenigen, die ein Studium aufnehmen wollen, meist pragmatisch sein und nicht selten einen Studiengang beginnen, der nichts oder wenig mit ihren eigentlichen Interessen oder beruflichen Zielen gemein hat. Insbesondere, wer in der *Gaokao* nicht gut abgeschnitten hat, muss Kompromisse machen. Ein Auslandsaufenthalt oder gar ein ausländischer Studienabschluss bieten Prestige. Wie hoch dieses ausfällt, ist auch hier in erster Linie vom Namen der Hochschule und nicht von den Studieninhalten abhängig.



Auf der China Education Expo (CEE), die seit 2000 jährlich stattfindet, informieren sich junge Leute über Studienoptionen im Ausland. Stand des DAAD 2017

Die chinesische Regierung fördert ebenfalls den Gang ins Ausland. Verknüpft mit der Anforderung, neue Erkenntnisse von dort zurückzubringen, verteilt sie Stipendien an Studierende und Absolventen von Masterstudiengängen. Für die meisten der mehr als 500 000 Studierenden, die im Ausland eingeschrieben sind, führt der Weg früher oder später zurück nach China. Für Rückkehrwillige gibt es vielfältige Talentprogramme und materielle Anreize, um deren internationale Expertise für chinesische Unternehmen und Forschungsinstitute zu nutzen.

Stiefkind berufliche Bildung

Chinas System der berufspraktischen Bildung ist bislang nicht leistungsfähig genug, um den rasch wachsenden Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften in technischen, handwerklichen und fachspezifischen Berufen zu decken. In Chinas Gesellschaft gelten nicht-akademische Ausbildungszweige als Auffangbecken für diejenigen, die in Prüfungen versagt haben, und als Bildungswege zweiter Klasse. Politisch und finanziell wurde die berufliche Bildung jahrelang zugunsten des Ausbaus der Universitäten vernachlässigt.

Solange China sich als „Werkbank der Welt“ und Billiglohn-Standort behaupten konnte, waren unqualifizierte Arbeitskräfte für viele Tätigkeiten in den Fabriken ausreichend. Da Chinas Industrie sich nun aber in höherwertige Produktionsfelder mit hohen technischen Anforderungen und zunehmender Automatisierung und Robotisierung hineinbewegt, muss das Bildungssystem höhere technisch-praktische Qualifikationen anstreben als bisher. Die chinesische Regierung betreibt deshalb einen gezielten Um- und Ausbau der beruflichen Bildung.

Landesweit waren 2014 rund 29 Millionen Schülerinnen und Schüler in Berufs- und Technikerschulen verschiedenen Typs eingeschrieben. Bis 2020 soll diese Zahl auf 38 Millionen steigen. Gut ausgebildete Techniker und Facharbeiter werden von Chinas Industrieunternehmen umworben, während Universitätsabsolventen oft keine ihren Qualifikationen oder Erwartungen angemessene Stelle mehr finden.

Um das System der beruflichen Bildung zu modernisieren, steht die chinesische Regierung im Austausch mit internationalen Partnern. Deutschlands System der „dualen Ausbildung“ (kombinierte Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen) wird als wichtiges Orientierungsmodell herangezogen. Deut-

Fremdsprache als Teil des Lebensgefühls

Laut einer MERICS-Umfrage von 2015 unter 570 Sprachschülern und Studierenden sahen 58 Prozent der Befragten das Erlernen von Fremdsprachen nicht nur als Mittel zum Zweck, sondern auch als Leidenschaft und Teil ihres Lebensgefühls. Koreanische oder englischsprachige Pop-Songs, Fernsehserien aus den USA, Japan und Korea oder gar einige wenige deutsche Formate haben große Fangemeinden unter den Jugendlichen. 45 Prozent aller Befragten erwarteten sich demgegenüber konkrete Vorteile auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf, 43 Prozent gaben als Motivation an, besser mit Personen aus dem Ausland kommunizieren zu können. Nur 20 Prozent lernten Sprachen, weil sie sich schulische Vorteile erhofften. Eltern mussten ihre Kinder nach dieser Studie offensichtlich nicht zum Sprachenlernen ermutigen: Nur sechs Prozent gaben an, von ihren Eltern motiviert worden zu sein.

Simon Lang, Abenteurer Auslandsstudium, MERICS-Studie (siehe S. 82)

sche Firmen, Außenhandelskammern und Stiftungen sind in China seit Jahrzehnten in der beruflichen Ausbildung tätig und werden von der chinesischen Regierung und Industrie als wertvolle Partner geschätzt.

Dennoch bleiben Mängel in der beruflichen Bildung bestehen. Die meisten Berufsschulen legen den Unterrichtsschwerpunkt einseitig auf Theorie. Da es in Chinas Ausbildungssystem bisher nur selten eine funktionierende Verbindung zwischen Berufsschulen und betrieblicher Ausbildung gibt, sammeln die Schülerinnen und Schüler häufig erst am Ende ihrer Berufsschulzeit praktische Erfahrungen. In vier- bis sechsmonatigen Unternehmenspraktika führen sie oft nur die Aufgaben einer ungelerten Arbeitskraft aus und bekommen wenig Unterstützung und Anleitung seitens schulischer und betrieblicher Ausbilder. Um die Attraktivität berufspraktischer Ausbildungswege zu steigern, versuchen Regierungsstellen seit 2014, in Abstimmung mit Berufsschulen und Betrieben Pilotprojekte und Finanzierungsprogramme zu entwickeln, um Praxisbezug und Qualität der beruflichen Ausbildung zu verbessern.

KRISTIN SHI-KUPFER

Engagement oder Ausstieg?

Mit wachsendem Wohlstand ist innerhalb der Bevölkerung die Bereitschaft gestiegen, gemeinnützige Projekte zu initiieren oder zu unterstützen. Seit 2004 durften laut Gesetz auch Privatpersonen und Unternehmen Stiftungen gründen, deren Zahl sich seither fast verzehnfacht hat. Für das Jahr 2016 listete das *China Foundation Center* 5775 gemeinnützige Stiftungen auf. Seit 2016 dürfen als gemeinnützige Organisationen registrierte Initiativen auch öffentlich Spenden sammeln. Dies hatte die chinesische Regierung bis dahin verboten, um eine direkte Konkurrenz zu den staatlichen Stiftungen zu vermeiden und zu verhindern, dass das Geld der Unterstützung von Arbeiterrechtlern oder anderen vermeintlich politisch motivierten Zielen zugutekommt.

Der rasante Anstieg der Privatstiftungen ist auch darauf zurückzuführen, dass staatliche Wohlfahrtsinstitutionen zusehends an Glaubwürdigkeit verlieren. Anlass hierzu gaben Vorfälle wie ein Skandal um das chinesische Rote Kreuz 2011:

Damals hatte die bekannte Schauspielerin Guo Meimei auf der Twitter-ähnlichen Mikrobloggerplattform *Weibo* Bilder ihres luxuriösen Lebensstils gepostet und sich als „Botschafterin“ des chinesischen Roten Kreuzes ausgegeben. Im Zuge öffentlicher Empörung förderten chinesische *Netizens* Beweise zutage, die den Missbrauch von Spenden an das chinesische Rote Kreuz im Zuge des schweren Erdbebens im Jahr 2008 belegten.

Spiritualität und religiöse Sinnsuche

Eine wachsende Zahl von Chinesen verbindet ihr gemeinnütziges Engagement mit einem religiösen Glaubensbekenntnis. Die Regierung toleriert die Unterstützung staatlich registrierter, religiöser Gemeinschaften für Aids-Kranke, Behinderte oder Waisen. Sobald Gläubige jedoch auf eigene Faust Suppenküchen oder Kleiderkammern für Wanderarbeiterinnen und -arbeiter organisieren, geht die Führung dagegen vor.

Der Wunsch, „mit sich selbst im Reinen zu sein“, treibt Chinesinnen und Chinesen aller Altersklassen zu spirituellen Meistern. Diese präsentieren ihre „Atearbeit“ (wörtliche Übersetzung von *Qigong*, einer chinesischen Meditations-, Konzentrations- und Bewegungslehre, die Körper und Geist positiv beeinflussen will) dabei oft als traditionelle Kultur. Daoistische Tempel und einzelne Meister bieten für Chinas wohlhabende Mittel- und Oberschicht zunehmend Rückzugsorte und Entspannungsworkshops an.

Anhänger des Buddhismus wenden sich in steigender Zahl tibetischen Schulen zu, da ihnen Mönche aus der eigenen Volksgruppe der Han, der Mehrheitsbevölkerung Chinas, als zu korrupt und damit nicht rein genug erscheinen. Der Skandal um den Vorsteher des bekannten buddhistischen Shaolin-Klosters Shi Yongxin 2015 hat dieses Bild verstärkt, obwohl er 2017 nach einer Untersuchung des Staatlichen Religionsbüros und der Lokalregierung der Provinz Henan von allen Vorwürfen freigesprochen wurde. Unternehmer und auch Parteikader spenden großzügig an tibetische Klöster. Die Äbte fragen dabei nicht genau nach, woher dieses Geld stammt.

Neben übernatürlichem Beistand in konkreten Lebenssituationen ist die Sehnsucht nach ehrlicher Gemeinschaft ohne Vorbedingungen ein weiteres Motiv spiritueller-religiöser Sinnsuche. Während mehrheitlich ältere Leute die staatlich registrierten (und damit finanziell gestützten, liturgisch konservativeren und legal sicheren) christlichen Gemeinden besuchen, zieht es

die jüngere und gut gebildete Bevölkerung in lebendige, nicht registrierte Gemeinden, die meist in Hotels oder Büroräumen zusammenkommen. Gemeinschaft, auch in kleineren Hauskreisen oder durch Gebetsunterstützung per Handy, ist für viele Chinesen der größte Anziehungspunkt des Christentums.

Im öffentlichen Raum existieren die unterschiedlichen Religionen meist friedlich nebeneinander. Die Regierung in Beijing betont allerdings zunehmend den Unterschied zwischen „einheimischen“ (Daoismus, Buddhismus) und „ausländischen“ (Christentum und Islam) Religionen. Christentum und Islam sollen sich „sinisieren“, also sich der chinesischen Kultur anpassen, ihnen werden zunehmend administrative Hürden in den Weg gestellt und ihnen wird immer öfter der Austausch mit internationalen Vertretungen und Organisationen ihres Glaubens verboten. Auch stigmatisiert Beijing insbesondere Anhänger der muslimischen Minderheit der Uiguren häufig als potenzielle Terroristen. In Reaktion darauf sind vorwiegend jüngere Angehörige dieser Minderheit empfänglicher für radikalere Schulen des Islam geworden (siehe auch S. 56).

Religiöse Gruppen in der Volksrepublik

1949–2014

	1949	1978	2010	2014
Buddhismus	–	–	150–200 Mio.	216 Mio.
Daoismus	–	–	50–100 Mio.	12 Mio.
Protestantismus				
Registrierte Gemeinden	1–7 Mio.	mind. 3 Mio.	23 Mio.	30 Mio.
Nicht registrierte Gemeinden (Schätzung)	–	–	45–60 Mio.	28–53 Mio.
Katholizismus				
Registrierte Gemeinden	ca. 3 Mio.	2–3 Mio.	6 Mio.	5 Mio.
Nicht registrierte Gemeinden (Schätzung)	–	–	5 Mio.	5 Mio.
Islam	–	–	22 Mio.	6 Mio.

Quellen: China-Family-Panel-Studies 2014, Nationales Büro für religiöse Angelegenheiten 2014, China Zentrum St. Augustin

Buddhistische und daoistische Rückzugsorte

Ostasiatische Esoterik hat in Europa und Nordamerika Hochkonjunktur. Hunderte von Organisationen und Vereinen bieten für ein westliches Publikum Kurse in ostasiatischen Meditationstechniken an, aber auch in zumeist mit dem Daoismus assoziierten Atemübungen (*Qigong*), in Schattenboxen (*Taiji quan*) oder in Kampfkünsten (*wushu*), die sowohl im Daoismus als auch im chinesischen Buddhismus verankert sind. Seit den beiden Religionen während der letzten drei Jahrzehnte in China in zunehmendem Maße wirtschaftliche Freiheiten zugestanden wurden, haben Klöster, in denen traditionell solche Techniken gepflegt wurden, begonnen, sich auf dieses Betätigungsfeld zu spezialisieren. Sie laden Interessierte in Rückzugsorte ein, in denen sie dem beruflichen Alltag entfliehen und als Schüler die Künste in noch authentischerer Form lernen können als in westlichen Ländern. So sind im Speckgürtel des Shaolin

Klosters, das dem *Chan-* (japanisch: *Zen-*)Buddhismus verpflichtet ist und vor allem aufgrund von Kampfkunstfilmen der Hongkonger Filmindustrie einen weltweit bekannten Namen hat, zahlreiche Kampfkunstschulen entstanden. Shaolin-Meister touren durch Europa und Amerika und machen Reklame für ihre Kursangebote. Am *Wudang-Berg* finden sich ähnliche Schulen, die mit dem Daoismus assoziiert sind. Es gibt noch zahlreiche andere vornehmlich daoistische Rückzugsorte in China mit Ablegern in Europa, welche sich zunehmender Beliebtheit erfreuen. Allerdings sollten sich westliche Adepten darauf einstellen, dass sie in China nicht zwangsläufig unter denselben Bedingungen trainieren wie die Mönche selbst bzw. dass sie ein anderes Trainingsprogramm erhalten als die Einheimischen.

Hans van Ess



In vielen Klöstern können Interessierte dem beruflichen Alltag entfliehen und traditionelle Techniken der Entspannung sowie Kampfkünste lernen. Vorführung im berühmten Shaolin-Kloster auf dem Berg Song in der Provinz Henan 2018

SHAWN SHIEH

aus dem Englischen übersetzt von Peter Beyer, Bonn

Erscheinungsformen der Zivilgesellschaft

In einer soziologischen Definition wird Zivilgesellschaft als verbindender Zwischenraum zwischen dem Staat und anderen konstitutiven Bestandteilen der Gesellschaft, beispielsweise Individuen, Familien und Unternehmen, verstanden. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen sind in diesem Konzept vom Staat getrennt, genießen ein gewisses Maß an Autonomie und werden auf freiwilliger Basis von Mitgliedern der Gesellschaft gebildet, die damit ihre Interessen oder Werte wahren beziehungsweise erweitern wollen.

Diese Definition der Zivilgesellschaft auf China anzuwenden, stellt eine Herausforderung dar. Manche vertreten die Auffassung, in der Volksrepublik unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei gebe es gar keine richtige Zivilgesellschaft. Historische Untersuchungen zeigen jedoch, dass es schon lange vor der Revolution von 1949 einen gemeinnützigen und verbindenden Zwischenraum in China gab.

Diejenigen, die die Existenz einer Zivilgesellschaft in China in Frage stellen, weisen darauf hin, dass die Staatspartei während der Phase des Maoismus (1949–1976) ein Monopol auf die Gesellschaft ausübte und damit das Aufkommen autonomer Ausdrucksformen von Zivilgesellschaft verhinderte. In der Reformperiode nach Maos Tod 1976 wuchs dann eine Zivilgesellschaft heran, die 1989 in Massenprotesten in Peking und anderen Provinzen gipfelte. Diese Demonstrationen, die gemeinhin als die Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens – dem Tiananmen-Platz – bezeichnet werden, wurden in der Nacht zum 4. Juni 1989 von Militär und Polizei gewaltsam niedergeschlagen.

Nach den Protesten von 1989 versuchte die kommunistische Partei Chinas (KPC) rigoros, das Aufkommen gesellschaftlicher Kräfte mit abweichenden Meinungen zu verhindern. In den 1990er-Jahren wurden Organisatoren einer unabhängigen Demokratischen Partei verhaftet, und es begann ein lang anhaltender Feldzug zur Unterdrückung der religiösen Falun Gong-Bewegung. 2008 unterzeichneten Hunderte von Chinesinnen und Chinesen die Charta 08, ein Manifest, das die KPC

zu demokratischen Reformen aufrief. Diese ließ daraufhin Liu Xiaobo festnehmen, einen der Hauptverfasser der Charta. Er wurde zu elf Jahren Haft verurteilt. 2011, noch immer im Gefängnis, wurde Liu mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Am 13. Juli 2017 starb er an den Folgen von Leberkrebs.

Um die Vereinigungs- und die Versammlungsfreiheit, die in der chinesischen Verfassung garantiert sind, drastisch einzuschränken, setzt Beijing zudem subtilere Mittel ein. Zahlreiche Verbände in China, darunter viele, die sich selbst als nicht staatliche Organisationen (NGOs) bezeichnen, sind in Wirklichkeit staatlich organisierte NGOs bzw. GONGOS (*Government-operated non-governmental organizations*, etwa: staatliche Nichtregierungsorganisationen), die von der Regierung gegründet oder unterstützt werden. Dazu gehören von der Partei kontrollierte Massenorganisationen wie der chinesische Frauenverband, der Allchinesische Gewerkschaftsbund sowie der kommunistische Jugendverband. Die Versammlungsfreiheit unterliegt sogar noch stärkeren Einschränkungen; Proteste, Treffen von Aktivisten und sogar Veranstaltungen wie beispielsweise *Independent Film-Festivals* werden von der Polizei streng überwacht und behindert, insbesondere in den großen Städten und während sensibler Zeiträume wie dem Jahrestag des Blutbads vom 4. Juni.

Diejenigen, die die Existenz einer chinesischen Zivilgesellschaft in Frage stellen, weisen daher zu Recht auf die vielen Hindernisse hin, die sich dem Aufbau einer unabhängigen Zivilgesellschaft entgegenstellen. Doch dass Hindernisse vorhanden sind, heißt nicht, dass es keine Zivilgesellschaft gäbe. Tatsächlich gibt es seit etwa einem Jahrzehnt nach den Demonstrationen von 1989 Anzeichen für eine deutliche und nachhaltige Entwicklung einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Angekurbelt wird sie durch Chinas zunehmende globale Integration, ein steigendes Bewusstsein für Menschenrechte sowie die begeisterte Nutzung von Internet und Sozialen Medien seitens der chinesischen Bürgerinnen und Bürger.

Diese Entwicklung zeigt sich in vielen Bereichen, etwa an den Tausenden an der Basis arbeitenden NGOs, an Gruppen, Bloggern und Netzwerken (sowohl real als auch virtuell), die sich für gesellschaftliche und soziale Fragen einsetzen, zudem an weit verbreiteten Arbeitsausständen, Umweltprotesten, Demonstrationen von Bauern für Landrechte, tausenden inoffiziellen Kirchen sowie an der raschen Zunahme privater Stiftungen, die seit 2004 gegründet wurden.



Die in Shanghai beheimatete NGO World of Art Brut Culture (WABC) unterstützt psychisch erkrankte und geistig eingeschränkte Menschen durch Kunstprojekte, wie hier 2017 in Chengdu, Provinz Sichuan.

Minderheiten in China

In vielen Ländern der Welt unterscheidet man Menschen anhand ihrer Familiennamen voneinander. [...] Nicht so in China: Menschen chinesischer Herkunft heißen schlicht „die alten hundert Familiennamen“ (*lao baixing*). [...] Millionen von Menschen tragen daher den Namen Wang, beinahe ebenso viele die Namen, Li, Liu oder Xu. Wie sind diese [...] nun auseinanderzuhalten? Mit Hilfe der Vornamen selbstverständlich. Bei der Erfindung von Vornamen sind die *baixing* äußerst kreativ [...] Vornamen lassen den Menschen zum Individuum werden. [...]

Die *lao baixing*, „die alten hundert Familiennamen“, [...] stehen für das zahlreichste Volk der Welt, die Han. [...] [D]ie Han sind, ethnologisch betrachtet, alles andere als eine homogene Gruppe und sprechen Hunderte von unterschiedlichen Lokal- und Regionalsprachen, auch Dialekte genannt. [...] Kaum ein Dialektsprecher [...] [ist] in der Lage, sich in seiner Heimatsprache mit einem jeweils anderen zu verständigen, selbst wenn dieser nur 100 Kilometer von ihm entfernt wohnte. Doch dank der [...] chinesischen Sprach- und Schriftreformen seit dem ersten Kaiser Qin Shihuang gibt es Lösungen für das Problem: Über 2000 Jahre alt ist die Geschichte jener Leuchtschrift, die lange Zeit von den Wolkenkratzern in Shanghais Pudong nach Puxi herüberstrahlt: „Sprecht Hochsprache, seid zivilisiert.“ Wenn man nicht zivilisiert genug ist, dann helfen ja noch die Schriftzeichen. [...]

Verbreitung von Schrift und Hochsprache sowie eine gezielte Siedlungspolitik haben dazu geführt, dass die anerkannten 56 Minderheiten des Landes sich zumindest teilweise chinesisch fühlen. [...]

Minderheiten führen im geographisch vielgestaltigen China ein sehr unterschiedliches Leben. Im Nordwesten Chinas [...] wird traditionell noch immer Viehzucht betrieben. Nomaden und Halbnomaden leben wie vor vielen Jahrhunderten neben der stark wachsenden Gruppe von Sesshaften. [...] Ähnliches gilt für den äußersten Norden und Nordosten, die Innere Mongolei und den Südwesten, der traditionell von Tibetern besiedelt wird. Die subtropischen und tropischen Regionen im Süden und Südosten des Landes eignen sich für intensiven Nassreis-anbau. [...] Das Leben der südchinesischen Verwandten der Thai, Laoten oder Vietnamesen verändert sich durch Tourismusgeschäfte und Großstadtalltag.

Trotz einer deutlich zu verspürenden Verflüchtigung traditioneller Lebensformen und einer starken Anpassung an das Alltagsleben der Han-Mehrheit existieren Spannungen zwischen der Bevölkerungsmehrheit und der jeweiligen Minderheit. Der erste Grund für diese Spannungen ist die Bedeutung von Religion für Alltagsleben und Selbstverständnis: Chinesische *baixing* [Han-Chinesen] sind traditionell kaum religiös gebunden, auch wenn mehr als 60 Millionen Christen, 100 Millionen Muslime, die dann als *Hui* bezeichnet werden, ethnisch aber Han sind, und mehr als 120 Millionen Buddhisten unter ihnen sind. [...]

Den stärksten Widerstand gegen die politisch-ökonomische Bevormundung durch die ungläubigen Han-Chinesen leisten die Volksgruppen des äußersten Nordwestens, die in der Autonomen Region Xinjiang leben. Die größte Gruppe unter ihnen sind die Uiguren, Verwandte der Türken [...]. Sie sind oft strenggläubige Muslime. Kashgar, ganz im Westen des chinesischen „Reiches“, ähnelt von der Atmosphäre viel eher dem nahen Samarkand oder Peshawar als Peking oder Shanghai. [...]

Was für Xinjiang gilt, gilt mit Einschränkungen auch für Tibet: Das Selbstverständnis dort – wie Xinjiang eine Autonome Region der Volksrepublik China – gründet sich ebenfalls wesentlich auf Religion und die daraus entstandenen Lebensformen, die noch immer den Alltag vieler nomadisierender und sesshafter Tibeter bestimmen. An zahlreichen Orten existiert ein symbiotisches Verhältnis zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und den Klöstern. Die Bevölkerung versorgt die Lamas in den Klöstern mit Nahrungsmitteln der Region, während sie dafür die geistige Nahrung erhält, die ihnen der tibetische Buddhismus bietet. Das ist ein festgefügtes Wechselspiel, das sich außerordentlich vom säkularen Leben der Han-Chinesen unterscheidet. [...]

Im Unterschied zu Uiguren und Tibetern haben sich andere Minderheiten im jahrhundertelangen Neben- und Miteinander mit den Han gut assimiliert. Das trifft zum Beispiel auf die Mongolen zu, deren Autonome Region innerhalb der chinesischen Staatsgrenzen ungefähr genauso groß ist wie der nördlich angrenzende Staat Mongolei. Mongolen gelang es schließlich als einziger Minderheit gemeinsam mit ihren Verwandten, den Mandschus im Osten, zweimal, China zu regieren. Dabei gründeten sie Dynastien, die ganz China kontrollierten. Auch im Südwesten des Landes, der Provinz Yunnan, wo 29 der 55 anerkannten nationalen Minderheiten leben, kam es früh zu Assimilationsprozessen. Han-chinesische Siedler erschlossen sich neue Lebensräume, trieben Handel und vernetzten sich auf diese Weise erfolgreich mit den Minderheiten der Region. [...]

Marcus Hernig, China. Ein Länderporträt, 4., aktualisierte Auflage, Christoph Links Verlag, Berlin 2016, S. 40 ff.

Verbreitung und Bevölkerungszahl

2010

Name	Verbreitungsgebiet	Bevölkerung (Mio.)	Anteil an Gesamtbevölkerung (in Prozent)
Zhuang	Guangxi, Yunnan, Guangdong	16,9	1,3
Mandschu	Sechs nord- und nordöstliche Provinzen	10,4	0,8
Hui	Ningxia und 18 weitere Provinzen	10,6	0,8
Miao	Sieben südwest-/ zentralchinesische Provinzen	9,4	0,7
Uiguren	Xinjiang	10,1	0,8
Tujia	Hunan, Hubei, Guizhou, Chongqing	8,4	0,6
Yi	Yunnan, Sichuan, Guizhou	8,7	0,7
Mongolen	Innere Mongolei und fünf nördliche Provinzen	6,0	0,5
Tibeter	Tibet, Sichuan, Qinghai, Gansu, Yunnan	6,3	0,5

Kursiv hervorgehoben sind „Autonome Regionen“ der entsprechenden Minderheit

Quellen: NBS 2010; Das Politische System der Volksrepublik China, 2016 (Hg. Sebastian Heilmann)



Mehr als 50 national anerkannte Minderheiten gibt es in China. Zu ihnen gehören die Zhuang – mit 18 Millionen die größte ethnische Minderheitengruppe, die vorwiegend im Süden, in Guangxi leben (li. o.), die Tibeter – Dorfbewohnerinnen beten für eine gute Ernte nahe Nyingchi im Autonomen Gebiet Tibet 2017 (re. o.), die Miao – das Miao Drachenboot-Festival in Taijiang, in der südwestlichen Provinz Guizhou (li. u.) sowie die Mongolen – Pferderennen in Sumite, Innere Mongolei 2018 (re. u.)

KRISTIN SHI-KUPFER

Gesellschaftliches Protestpotenzial

Derzeit ist keine nationale Protestbewegung in Sicht, die ähnlich wie die buddhistisch-inspirierte Falun Gong-Bewegung (wörtlich „Gesetzesrad-Praktik“) 1999, die Herrschaft der KPC bedrohen könnte. Die Anhänger dieser Bewegung kamen aus fast allen Bevölkerungsschichten, auch KPC-Kader gehörten dazu. Viele praktizierten primär die Meditationsübungen, die der Gründer der Bewegung, Li Hongzhi, lehrte. Manche beschäftigten sich darüber hinaus intensiver mit dessen Lehre, welche die moralische Kultivierung des Individuums angesichts einer zunehmend verfallenden und dem Untergang geweihten Gesellschaft propagierte.

Als in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre Medien über negative Auswirkungen auf die Gesundheit einzelner Praktizierender berichteten, protestierten Anhänger der Bewegung öffentlich vor den Medienhäusern, aber auch in unmittelbarer Nähe des Regierungsviertels. Die kommunistische Führung untersuchte die Bewegung und stellte eine bis in ihre eigenen höchsten Reihen und auch ins Ausland reichende Organisationsstruktur fest. Daraufhin verbot sie Falun Gong und stellte ihr Praktizieren unter Strafe.

Abgesehen von nationalen Protesten besitzen Arbeitskonflikte das größte Potenzial an Organisations- und Mobilisierungskraft. Immer wieder sind von einzelnen Arbeitervertretern Ansätze für die Bildung autonomer Vertretungen – jenseits des von staatlicher Seite organisierten Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes – ausgegangen und sie haben die überregionale Koordinierung von Protestaktionen vorangetrieben. So wurde beispielsweise eine Serie von Streiks in Walmart-Läden im Juni 2016 über den chinesischen Chat-Dienst WeChat koordiniert. Peking konnte bislang mit einer Mischung aus politischen Zugeständnissen und dem entschiedenen Einsatz seines sehr effizienten Sicherheitsapparates aller Proteste Herr werden.

Aufgrund ihrer Unberechenbarkeit und der zunehmenden Gewaltbereitschaft stellen die Protestaktionen von muslimischen Figuren ein weiteres großes Gefahrenpotenzial für die Herrschaft der KPC dar. Pekings Lösungsversuche beschränken sich seit Jahren auf eine Mischung aus Wirtschaftsförderung für die Region und rigoroser Beschränkung von uigurischen Freiheitsrechten. Insbesondere die Lage in der südwestlichen Region Xinjiang steckt in einem Kreislauf von offenen ethnischen Ressentiments seitens der lokalen Behörden und der han-chinesischen Bevölkerung gegen die einheimische Minderheit, welche diese mit wiederkehrenden, gewaltsamen Attacken beantwortet.

Eine Minderheit wird umerzogen?

Wo noch im vergangenen Jahr die Händler ihre Waren ausgerufen haben, wo Damen mit Kopftuch wählerisch von Stand zu Stand gezogen sind, um sich Seidenschals oder Mäntel aus Yakwolle auszusuchen, und wo die Wirte von Garküchen ihre Lammspieße auf dem offenen Grill gebraten haben, herrscht heute Grabesstille. Stattdessen patrouillieren Gruppen von Uniformierten durch die Altstadt von Kaschgar. „Sicherheitstruppe“ steht auf den Armbinden der zumeist jungen Männer; ihre Abzeichen weisen sie als Mitglieder der Volkspolizei aus.

Ihre Bewaffnung wäre einem Krieg angemessen: Sie tragen Sturmgewehre und Maschinenpistolen. Fast alle von ihnen sind ethnische Chinesen, nur wenige sehen aus wie Uiguren. Die Polizisten haben es auf alle abgesehen, die auch nur vage muslimisch wirken. Vor allem Männer mit Bärten müssen alle paar Meter ihren Ausweis vorzeigen. Die Polizisten durchwühlen ihre Taschen und tasten sie ab: In der ganzen Region gelten Sondervollmachten. [...] Nicht nur Kaschgar, auch die anderen Städte der Region sind von massiver Polizeipräsenz heimgesucht. [...]

Ausländische Journalisten sind in der Provinz Xinjiang nicht willkommen. [...]

Die Behörden geben Journalisten zu verstehen, sie mögen verschwinden. Eine halbe Stunde nach dem Check-in in einem Hotel erscheinen Beamte der Staatssicherheit und fragen, was man hier zu suchen habe. Nicht einmal ein Gang zum Supermarkt ist möglich. Kaum hat man das Hotel verlassen: Ausweiskontrolle. Der Ausweis wurde aber im Hotel einbehalten – auf Anordnung der Behörden. [...]

Die Region ist von der Fläche her dreimal so groß wie Deutschland, zählt aber gerade mal rund 20 Millionen Einwohner – für chinesische Verhältnisse ist das wenig.

Xinjiang war lange Zeit mehrheitlich von Uiguren bewohnt, einem turksprachigen Volk muslimischen Glaubens in Zentralasien. Doch inzwischen bilden Han-Chinesen die Mehrheit in der Provinz, zugezogene Chinesen aus dem Kernland der Volksrepublik. Und das ist auch Kern des Konflikts: Die Han-Chinesen werden von den Uiguren als Besatzer wahrgenommen, die die Uiguren zur Minderheit auf eigenem Boden machen.

Die in Xinjiang lebenden Han-Chinesen wiederum sehen in den Uiguren eine von Separatisten durchgesetzte Minderheit, die

rückständig ist und sich jeglicher Entwicklung verweigert. [...] Xinjiang müsse wirtschaftlich entwickelt werden, lautete in den letzten Jahren das Rezept der Zentralregierung in Peking, um die „Unruheprovinz zu befrieden“. In Chinas Plänen einer „Wiederbelebung der Seidenstraße“ soll Xinjiang eine zentrale Rolle spielen. Von hier aus soll in den nächsten Jahren ganz Zentralasien für chinesische Unternehmer erschlossen werden.

Viele Uiguren haben sich radikalisiert. Tatsächlich gab es Anschläge wie den von 2014 etwa, als uigurische Angreifer in der Stadt Kunming 31 Menschen erstachen. [...] Die chinesische Führung will eine Verbindung zwischen den uigurischen Separatisten und dem globalen Dschihad ausgemacht haben. [...] Umso rabiater geht die KP-Führung gegen so ziemlich alle Uiguren vor.

[...] Gründe für Verhaftungen können religiöse Ansichten sein, Unkenntnis der chinesischen Nationalhymne oder Fragen nach dem Verbleib vermisster Angehöriger. [...] Im Januar meldete der US-Sender Radio Free Asia, allein in der Stadt Kaschgar seien 120 000 Menschen in Umerziehungslagern eingesperrt. Auf die gesamte Provinz hochgerechnet geht die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch von 800 000 in Xinjiang Inhaftierten aus. Timothy Grose, Professor an der Rose-Hulman-Universität im US-Bundesstaat Indiana, schätzt, dass jeder dritte männliche Uigure in jungen und mittleren Jahren inhaftiert ist.

Offiziell bestreitet die chinesische Führung in Peking das. Nach den Lagern befragt, antwortete das chinesische Außenministerium, man habe davon nichts gehört. Bekannt ist jedoch, dass der chinesische Generalstaatsanwalt Zhang Jun die Verwaltung von Xinjiang aufgefordert hatte, den von der Regierung so genannten Wandel durch Erziehung auszuweiten, um den Extremismus zu bekämpfen.

Umerziehungslager unterliegen nicht dem geltenden Recht. Richterliche Urteile sind für eine Inhaftierung nicht notwendig, die Festnahmen gehen ganz allein auf Befehle der KP-Funktionäre zurück. China hatte sie 2015 offiziell für abgeschafft erklärt. In Xinjiang heißt es nun aber: Ideologische Veränderungen seien nötig, um gegen Separatismus und islamischen Extremismus vorgehen zu können.

Felix Lee, „Die Provinz der unsichtbaren Lager“, in: General-Anzeiger Bonn vom 23. Juli 2018



Im Nordwesten Chinas, im Autonomen Gebiet Xinjiang, leben die Uiguren, eine muslimische Minderheit, die von der Regierung mit Misstrauen beäugt und überwacht wird. Kontrolle eines Einheimischen in der Provinzhauptstadt Kashgar

Gesellschaftliche Proteste in der Volksrepublik

Gründe für Protest	Typische Ursachen	Akteure	Überregionale politische Auswirkungen
Arbeitskonflikte	Lohnrückstände; Lohnverhandlungen; Arbeitsbedingungen; Versicherungsbeiträge	Arbeiter in Industriebetrieben	Mittel bis hoch (bislang lokal, aber dauerhaft; überregionales Vernetzungspotenzial)
Umweltschäden	Furcht vor Gesundheitsschäden; Umweltskandale (Wasserverschmutzung); Bau von Chemiefabriken, Müllverbrennungsanlagen etc.	Betroffene ländliche und städtische Einwohner	Mittel (bislang lokal und kurzlebig; überregionales Solidarisierungspotenzial)
Behördliche Verbote und Anordnungen	Misstrauen gegen Behörden; Nichtklärung von Willkür bei Entscheidungen; Korruption	Gesamte städtische und ländliche Bevölkerung	Gering bis mittel (meist nur lokales Solidarisierungspotenzial)
Immobilienprojekte	Zwangse enteignung	Betroffene ländliche und städtische Einwohner	Gering (begrenzter Betroffenenkreis; kurzlebiges Potenzial)
Ethnische Autonomie/ Unabhängigkeit	Beschränkung religiöser Aktivitäten; Reisebeschränkungen; Diskriminierung im Alltag	Uiguren, Tibeter, Mongolen	Mittel bis hoch (Potenzial für Gewalt gegen Han-Bevölkerung)
Proteste bzgl. religiöser Bauten und Praktiken	Abriss von Kreuzen oder Kirchengebäuden sowie Tempeln	Gläubige und deren Familien	Gering (nur wenige Personen direkt betroffen)

Quelle: Das Politische System der Volksrepublik China, 2016 (Hg. Sebastian Heilmann)

Ausblick: China auf dem Weg in eine offene Gesellschaft?

Die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen innerhalb der chinesischen Gesellschaft machen deren Dynamik aus, erschweren es aber nach Ansicht zahlreicher Betroffener, eine verbindende und verbindliche Basis für ein Mit- und nicht nur Nebeneinander zu schaffen. Die chinesische Regierung will diesen Zusammenhalt fördern – allerdings von oben gesteuert, mit einer bevormundenden Ideologie und, falls aus Sicht Pekings nötig, mit einem hart zuschlagenden Sicherheitsapparat.

Wie sich die chinesische Gesellschaft – auch in ihrem Verhältnis zu ihrer Regierung – entwickeln wird, hängt von drei Dynamiken ab:

- Umgang mit den Möglichkeiten digitaler Technik
China ist eine digitale Pioniergesellschaft: kaum ein Bereich, der nicht durchdrungen ist von Online-Diensten und entsprechenden Apps. Die Menschen nutzen dabei vor allem die heimischen digitalen Ökosysteme, was einen gewissen Abkapselungseffekt von anderen Meinungen im eigenen Land und von internationalen Informationsquellen befördern kann. Sie geben so auch große Mengen individueller Daten preis, welche sowohl die politische Führung als auch private Unternehmen für eigene Zwecke nutzen können. Werden sich substanzielle Teile der Bevölkerung weiterhin darauf einlassen, oder werden sich Gruppen der Gesellschaft Pekings Bemühungen entziehen und beispielsweise den stärkeren Schutz von Privatdaten verfolgen?
- Dynamik des Konsumismus
Die von Deng Xiaoping in den 1980er-Jahren ausgegebene Leitlinie „Einige sollen zuerst reich werden“ hat gewaltige Wohlstandsgewinne ermöglicht, aber zugleich die soziale Ungleichheit verstärkt sowie eine rasante und extreme Kommerzialisierung der Gesellschaft in Gang gesetzt. Konsumismus ist in China zur vorherrschenden gesellschaftlichen Werteorientierung geworden. Es bleibt abzuwarten, inwiefern spirituell-religiöse Werte, neu entdeckte Traditionen und das gemeinnützige Engagement in der Gesellschaft moralische Maßstäbe jenseits des eigenen materiellen Wohlergehens stiften können. Zudem bleibt zu beobachten, ab wann die Zensureingriffe der Regierung in den Unterhaltungsbereich größere Proteste auslösen.

- Die Konstitution der chinesischen Gesellschaft: Reflektiertes Gemeinwesen oder irrationale Masse?
Wachsendes Bürgerengagement, öffentliche Debatten, virtuelle Kampagnen und gut überlegte Protestorganisationen zeigen das Bemühen vieler Menschen in China, ihre Interessen und daraus entstehende Konflikte gemeinschaftsorientiert und auf friedlichem Wege zu verfolgen. Daneben kommt es jedoch immer wieder zu Ausbrüchen, die häufig einem tief wurzelnden Misstrauen entspringen: Dazu gehören etwa gewalttätige Angriffe auf Ärzte durch Patienten, die glauben, ihre Angehörigen seien nur gestorben, weil sie den behandelnden Medizinem nicht genug Geld zugesteckt hätten. Ein weiteres Phänomen ist der regelmäßige Massenkaufrausch anlässlich des durch E-Commerce-Anbieter beworbenen *Single's Day* am 11. November (vergleichbar mit dem *Black Friday* in den USA). Und ungeachtet der Begeisterung für populärkulturelle Produkte dieser Länder kommt es gelegentlich zu fremdenfeindlichen Attacken gegen Japaner, Koreaner und auch US-Amerikaner, die sich auch aus der schwierigen gemeinsamen Geschichte ergeben.

Wichtig bleibt zu beobachten, inwieweit insbesondere die Jugend anfällig ist für eine von der chinesischen Regierung immer wieder latent geschürte anti-westliche Stimmung oder gar einen radikalen Nationalismus.

Felix Turbanisch sei für die Mitarbeit am Kapitel „Gesellschaft im Umbruch“ herzlich gedankt.



Ein relativ neues Phänomen ist der *Single's Day* am 11. November eines Jahres, an dem viele Chinesen sich dem Kaufrausch hingeben. In Shanghai werden die Umsätze der Alibaba Gruppe, der größten IT-Firmengruppe Chinas, gezeigt.



picture alliance / AP / Ng Han Guan

Das Angebot an Zeitungen und Zeitschriften ist vielfältig, aber seit 2012 ist es deutlich schwieriger geworden, über regierungskritische Themen zu berichten.

RUTH KIRCHNER

Situation von Medien und Internet

Chinas Medienangebot ist reichhaltig, unterliegt aber einer strengen staatlichen Zensur, die auch auf die Arbeit internationaler Medienvertreter Einfluss zu nehmen versucht. Die Verbreitung des Internets hat eine kritische Öffentlichkeit ermöglicht, aber gleichzeitig nutzen staatliche Stellen den technologischen Fortschritt zunehmend, um die Bevölkerung lückenlos zu überwachen.

Allgemeine Entwicklung seit den 1970er-Jahren

Die Medienlandschaft in China hat sich seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er-Jahre tiefgreifend verändert. Dienten Zeitungen, Radio und Fernsehen in den ersten Jahrzehnten nach Gründung der Volksrepublik vor allem der Propaganda, sind sie seit den 1980er-Jahren moderner und kommerzieller geworden. Wer sich heute an Kiosken umschaut, findet unterschiedlichste Zeitungen, Zeitschriften und bunte Magazine. Seit der Jahrtausendwende haben sich außerdem viele Publikationen ins Internet verlagert.

So vielfältig das Medienangebot auf den ersten Blick sein mag – bis heute werden die Medien in China vom Staat und der Kommunistischen Partei kontrolliert und zensiert (siehe S. 61f.). Sie werden aber nicht mehr subventioniert, sondern als gewinnbringende Unternehmen geführt. Seit den 1990er-Jahren finanzieren sich die meisten Medien über Werbeeinnahmen. Ausnahmen sind parteieigene Publikationen wie die „Volkszeitung“ (人民日报).

In den vergangenen Jahren haben sich immer wieder einzelne Publikationen durch kritischen Qualitätsjournalismus profiliert. Dazu gehörten eine Zeitlang die Wochenzeitung „Southern Weekly“ (南方周末) im südchinesischen Guangzhou und Wirtschaftsmagazine wie „Caijing“ (财经) und „Caixin“ (财经), die Missstände wie Börsenmanipulationen oder Korruption in Unternehmen aufdeckten.

Spätestens seit dem Amtsantritt von Staats- und Parteichef Xi Jinping im Jahr 2012 ist es aber deutlich schwieriger geworden, regierungskritische Berichte und Recherchen zu veröffentlichen. Unter anderem forderte Xi die Medien 2016 auf, sich gegenüber der Kommunistischen Partei absolut loyal zu verhalten. Das gilt sowohl für Printmedien wie auch für Online-Publikationen, Radio und Fernsehen.

Das Fernsehen wird vom nationalen Staatssender CCTV dominiert, der über rund 20 Kanäle verfügt. Er finanziert sich ebenfalls größtenteils durch Werbeeinnahmen. Im Frühjahr 2018 wurden CCTV, *China National Radio* (CNR) und *China Radio International* (CRI) zur *China Media Group* (中央广播电视总台) fusioniert. Die Rundfunkanstalt, die im Ausland auch als „*Voice of China*“ auftritt, hat den Rang eines Ministeriums. Formal untersteht sie dem Staatsrat, dem chinesischen Kabinett, jedoch ist die Zentrale Propagandaabteilung der KPC für die ideologische, inhaltliche und administrative Kontrolle zuständig.

Neben CCTV gibt es eine Vielzahl kleinerer Sender auf Provinzebene, die ebenfalls größtenteils staatlich sind und sich über Werbung finanzieren. Inhaltlich dominieren Unterhaltungssendungen und Shows. Bis heute müssen aber alle Sender die abendlichen Hauptnachrichten von CCTV übertragen.

Die wichtigsten Medien

Zu den größten **chinesischen Tageszeitungen** gehören

- die **Volkszeitung** (*Renmin Ribao*, 人民日报), das offizielle Sprachrohr der Kommunistischen Partei Chinas. Besonders Leitartikel stehen oft im Fokus des öffentlichen Interesses, denn sie kündigen häufig aktuelle Entwicklungen innerhalb der Partei an oder enthalten Appelle der Partei an das gesamte Land. Neben der chinesisch-sprachigen Ausgabe der Volkszeitung gibt es Ausgaben in Fremd- und Minderheitensprachen sowie ein umfangreiches Internetangebot. Auflage: ca. 2,5 Millionen. www.people.com.cn/;
- die **Referenz-Nachrichten** (*Cankai Xiaoxi*, 参考消息). Sie enthalten Übersetzungen von ausgewählten ausländischen Medienberichten und Nachrichtenagenturen und werden von der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* herausgegeben. Kritische Stimmen findet man hier dennoch nur selten. Ursprünglich war die Zeitung Parteikadern und ihren Familien vorbehalten und stellte ihre einzige Informationsquelle über Entwicklungen im Ausland dar. Seit 1985 wird die Zeitung frei verkauft. Auflage: ca. drei Millionen. www.cankaoxiaoxi.com/;
- die **Southern Daily** (*Nanfang Ribao*, 南方日报). Sie gehört zur einflussreichen staatlichen *Nanfang Media Group*, die im südchinesischen Guangzhou auch die Schwesterzeitung *Southern Metropolis Daily* (南方都市报) herausgibt sowie die Wochenzeitung *Southern Weekly* (*Nanfang Zhoumo*, 南方周末). Die Zeitungen haben sich mit investigativem Journalismus und relativ liberalen Positionen über das Perlfloss-Delta hinaus einen Namen gemacht. Ein seltener öffentlicher Streit über Zensur zum Jahreswechsel 2012/13 führte zu Streiks bei *Southern Weekly* und machte auch international Schlagzeilen. Tägliche Auflage: 960 000 Exemplare. www.southcn.com/;
- Andere große Tageszeitungen sind die *Beijing News* (*Xin Jing Bao*, 新京报), Pekinger Abendnachrichten (*Beijing Wanbao* 北京晚报), *Oriental Morning Post* (*Dongfang Zaobao*, 東方早報), *Guangming Daily* (*Guangming Ribao*, 光明日报), *Huanqiu Shibao* (*Global Times*, 环球时报).

Als **englischsprachige Tageszeitungen** erscheinen

- **China Daily** (*Zhongguo Ribao*, 中國日報). Gegründet 1981, ist sie die erste und größte englischsprachige Tageszeitung Chinas und befindet sich in staatlicher Hand. Für die USA und Europa werden eigene Ausgaben produziert. Die tägliche Auflage beträgt nach eigenen Angaben 900 000, davon gehen zwei Drittel ins Ausland. Die Zeitung gilt als etwas liberaler als die meisten chinesisch-sprachigen Zeitungen.

- Die *Global Times* (*Huanqiu Shibao*, 环球时报) wird von der Volkszeitung herausgegeben. Die chinesisch-sprachige Ausgabe gibt es seit 1993, die englische Ausgabe seit 2009. Sie veröffentlicht häufig nationalistische und anti-westliche Kommentare, die aber nicht unbedingt die Linie der Kommunistischen Partei widerspiegeln. Die tägliche Auflage liegt nach Angaben des Blattes bei 260 000. www.global-times.cn/;
- die **South China Morning Post**. Das traditionsreiche Blatt wurde 1903 gegründet, ist die größte englischsprachige Zeitung Hongkongs und gilt als „Fenster zu China“. Sie unterliegt nicht der in Festland-China geltenden Zensur und berichtet teils sehr kritisch über die Volksrepublik. Der politische Einfluss aus Peking hat aber seit 1997, nach der Rückgabe der britischen Kronkolonie an China, zugenommen. Tägliche Auflage: 120 000 Exemplare. Sie wurde 2015 vom chinesischen IT-Konzern Alibaba übernommen.

Zu den wichtigen **Wirtschaftspublikationen** zählen

- der **21st Century Business Herald** (21世纪经济报道), der täglich erscheint und zur *Nanfang Media Group* in Guangzhou gehört. Er galt als Chinas einflussreichste Wirtschaftszeitung, bis ihm 2014 wegen Erpressungsvorwürfen vorübergehend die Lizenz entzogen wurde. Danach konnte die Zeitung ihren alten Einfluss nicht zurückgewinnen. www.21jingji.com/;
- **Caijing** (财经), die alle zwei Wochen in einer Auflage von rund 200 000 Exemplaren erscheint. 1998 gegründet von der Investigativ-Journalistin Hu Shuli und einflussreichen Finanzfachleuten, hat sich die Zeitschrift durch unabhängige und investigative Wirtschafts- und Finanzberichterstattung einen Namen gemacht. www.caijing.com.cn/;
- **Caixin** (财新) und **Caixin Global**, ebenfalls auf Finanz- und Wirtschaftsberichterstattung spezialisierte Internetportale. Sie gehören zum 2009 von Hu Shuli gegründeten Medienunternehmen *Caixin Media Group*, das auch Wirtschaftszeitschriften wie *Caixin Weekly* und *China Reform* herausgibt. www.caixin.com/ und www.caixinglobal.com/;
- der **Economic Observer** (经济观察报), eine unabhängige Wochenzeitung mit Schwerpunkt auf Hintergrundberichten zu Wirtschaftsthemen. Sie existiert seit 2001, ihr Vorbild war die britische *Financial Times*. www.eeo.com.cn/.

Unter den reichweitenstärksten **Radio- und Fernseh-Sendern** finden sich

- die **China Central Television** (CCTV, 中国中央电视台), ein staatliches Fernsehen mit 15 Kanälen auf Chinesisch und sechs fremdsprachigen Kanälen in fünf Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch und Russisch). Im Frühjahr 2018 fusionierte der Sender mit *China National Radio* (CNR) und *China Radio International* (CRI) zur *China Media Group*;
- *China National Radio* (CNR, 中央人民广播电台), ein staatlicher Radiosender mit 13 Kanälen auf Mandarin-Chinesisch und vier Kanälen auf Kantonesisch, Tibetisch, Uigurisch und Kasachisch. Mit CCTV und CRI Teil der *China Media Group* (siehe oben);
- **Phoenix Satellite Television** (凤凰卫视) sendet auf sechs Kanälen für chinesisch-sprachige Gemeinschaften in der ganzen Welt. Es handelt sich um einen der wenigen privaten Fernsehsender in China, der dort aber offiziell nur in besseren Hotels zu empfangen ist. Der Nachrichtenkanal von Phoenix ist seit 2001 auf Sendung. Das börsennotierte Unternehmen hat seine Zentrale in Hongkong und Büros in Shenzhen, Peking und Shanghai.

Als größte **Online-Nachrichtenportale** gelten

- **qq.com** (腾讯网) www.qq.com/, Chinas meist-besuchtes Internetportal. Es existiert seit 2003 und gehört zu Tencent, Chinas größtem Internet-Konzern, der auch *WeChat*, den wichtigsten *Chat*-Dienst in China unterhält.
- **sohu.com** (搜狐) www.sohu.com/, gegründet 1996 von Zhang Chaoyang, der bis heute Chef des börsennotierten Unternehmens mit Sitz in Peking ist.
- **sina.com.cn** (新浪网) www.sina.com.cn/, gegründet 1999, mit über 100 Millionen registrierten Nutzern weltweit. Zum Mutterunternehmen *Sina Corporation* gehört auch *Sina Weibo*, ein populärer, *Twitter*-ähnlicher Mikroblogger-Dienst.

Siegeszug des Internets

Seit der Jahrtausendwende hat das Internet die Medienlandschaft in China zusätzlich grundlegend verändert. Heute sind in der Volksrepublik rund 750 Millionen Menschen im Netz unterwegs, seit 2008 ist China das Land mit den weltweit meisten Internetnutzern. Allerdings ist die Internetdurchdringung immer noch geringer als in vielen Industrieländern. So haben in China nach offiziellen Angaben rund 55 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet, in der Ländern der Europäischen Union liegt der Anteil bei durchschnittlich 85 Prozent.

Dominiert werden die Angebote von chinesischen Unternehmen wie Tencent, Baidu und Alibaba. Diese Firmen konnten sich zu großen, marktbeherrschenden Online-Konzernen entwickeln, weil dieser Markt für die internationale Konkurrenz nicht zugänglich ist. Beliebt sind vor allem Unterhaltung, Online-Spiele, Shopping, Videos und Musik. Dazu kommt die Kommunikation über soziale Medien.

Trotz der staatlichen Kontrolle und der starken Kommerzialisierung hat das Internet dazu beigetragen, dass sich in China in den vergangenen 15 Jahren erstmals so etwas wie eine kritische Öffentlichkeit entwickelt hat. Der 2017 verstorbene Friedensnobelpreisträger und Bürgerrechtler Liu Xiaobo nannte das Internet „Gottes Geschenk an die Chinesen“. Der schnelle Informationsfluss und die hohe Beteiligung der Nutzer führten im Internet immer wieder zur Offenlegung von Missständen und zu früher undenkbar Debatten.

Eine politische Liberalisierung und Demokratisierung durch das Internet blieb jedoch aus. Im Gegenteil: Seit 2012 hat die chinesische Regierung enorme Anstrengungen unternommen, um die Kontrollen zu verschärfen. Mit massiven Investitionen und einer umfassenden *Cyber*-Strategie gelingt es Partei und Staat heute nicht nur, unliebsame Inhalte zu zensieren,



Rund 55 Prozent der Bevölkerung nutzen das Internet. Trotz staatlicher Überwachung hat sich eine kritische Öffentlichkeit entwickelt, die Missstände offenlegt.

Vom Mikroblogger zur Überwachungs-App – soziale Medien in China

In China sind soziale Medien wie die Kommunikationsplattform *WeChat* (Weixin/微信) des IT-Riesen Tencent nicht mehr wegzudenken. Über *WeChat* organisieren viele Chinesen einen Großteil ihres Alltags: Nachrichten verschicken, telefonieren, Taxis rufen, Bahntickets oder Flüge buchen, Termine vereinbaren oder die Rechnung im Restaurant begleichen. Manche Eltern zahlen ihren Kindern sogar das Taschengeld über *WeChat*. Datenschutz spielt eine geringe Rolle, was aber mittlerweile durchaus für Kritik sorgt.

Begonnen hat der rasante Aufstieg der sozialen Medien in China mit Mikroblogger (auf Chinesisch *Weibo*/微博), die zunächst nach dem Vorbild des US-Kurznachrichtendienstes *Twitter* aufgebaut waren und von großen Internetkonzernen wie *Sina Corporation* angeboten wurden. *Sina Weibo* entwickelte sich nach dem Start im Sommer 2009 zum beliebtesten Kurznachrichtendienst. Innerhalb weniger Jahre waren über 300 Millionen *Weibo*-Konten bei verschiedenen Anbietern registriert. Manche Mikroblogger hatten mehrere Millionen Follower und konnten Debatten beeinflussen, Missstände öffentlich machen und Kritik an der Kommunistischen Partei üben, was allerdings umgehend die Zensoren auf den Plan rief (siehe auch S. 61f.). Ab 2011/2012 gingen die Behörden gezielt gegen populäre Mikroblogger vor oder schlossen Konten wie das des Künstlers und Regierungskritikers Ai Weiwei. Die Popularität der Dienste nahm in der Folge deutlich ab, sie spielen aber bis heute eine wichtige Rolle.

Die Mikroblogger-Dienste gerieten aber auch durch den Aufstieg der *WeChat*-App unter Druck, die sich zunächst am US-Dienst *WhatsApp* orientierte. Statt für alle sichtbar zu bloggen, vernetzten sich auf *WeChat* zunächst nur Freundeskreise. Heute ist *WeChat* aufgrund der vielen Zusatzfunktionen eine *Lifestyle*-App und kein reines Kommunikationsmedium mehr. Bis 2017 hatten nach Angaben von Tencent weltweit rund 900 Millionen Menschen, fast ausschließlich Chinesen, *WeChat*-Dienste auf ihren Smartphones installiert. Tencent ist zum größten Internetkonzern Chinas aufgestiegen.

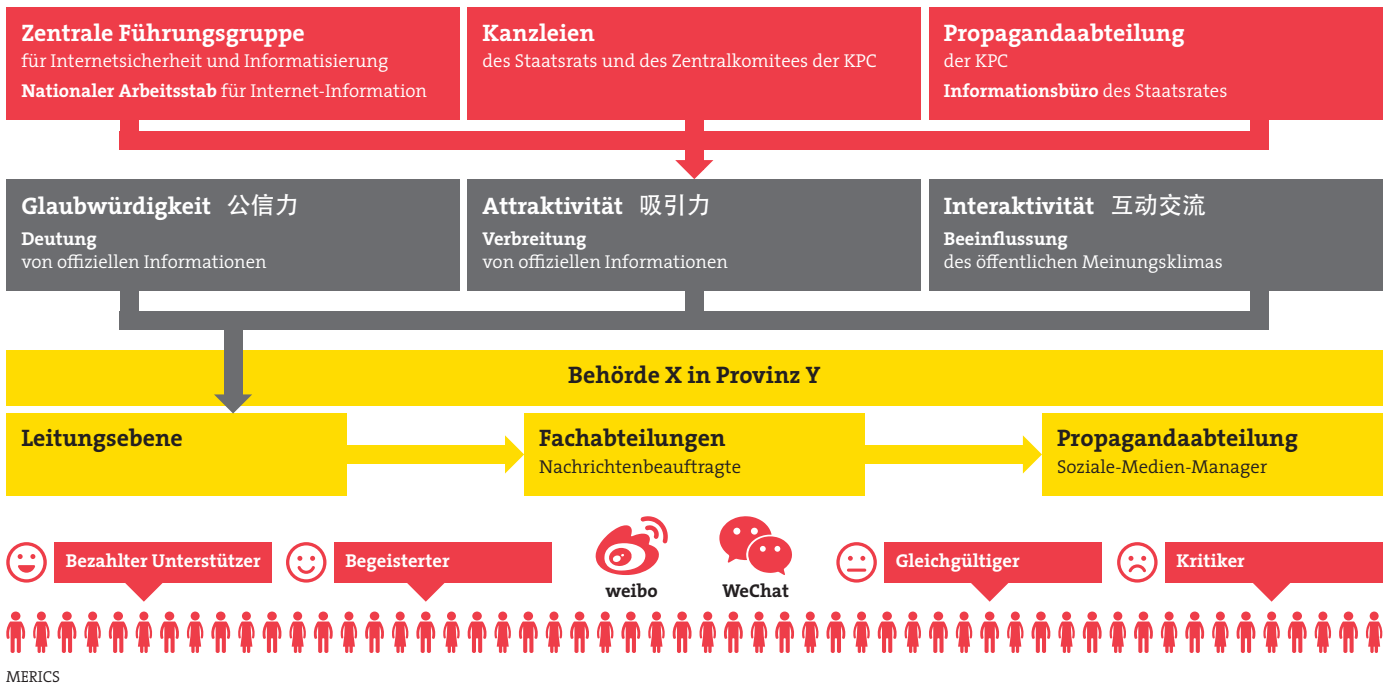
Umstritten ist *WeChats* Umgang mit Kundendaten und die enge Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung. Im Januar 2018 wies Tencent Vorwürfe zurück, *WeChat* überwache und speichere alle Nachrichten und *Chats*. Tatsächlich sehen die Nutzungsbedingungen jedoch vor, dass Daten aufbewahrt und auf Anfrage von Behörden herausgegeben werden können.

Die gewaltigen Datenmengen, die Tencent und andere Internet-Unternehmen mit ihren Online-Diensten sammeln, werden auch zum Aufbau von Bewertungssystemen genutzt, bei denen Nutzerinnen und Nutzer für Wohlergehen, ihre Zahlungsmoral und ihr Konsumverhalten Bewertungen erhalten. Die chinesische Regierung plant bis zum Jahr 2020 den Aufbau eines eigenen landesweiten Bewertungssystems, für das sie auf das *Know-how* der IT-Konzerne angewiesen ist. Kritische Stimmen sprechen von lückenloser Überwachung mit Hilfe großer IT-Konzerne und *Big Data*.

Ruth Kirchner

Neue Medien in alten Parteimühlen

Wie sich die chinesische Führung soziale Netzwerke zu Diensten macht



sondern auch die öffentliche Meinung in den Medien und im Internet gezielt zu lenken und zu steuern. Von einer pluralistischen Medienlandschaft ist China daher trotz der Vielzahl der Angebote immer noch weit entfernt.

Wer zensiert in China?

Chinas Medien werden von einem gewaltigen bürokratischen Apparat unter Leitung der Zentralen Propagandaabteilung der KPC überwacht. Dazu gehört auch die zentrale Internet-Behörde CAC (*Cyberspace Administration of China*).

Die Kontrolle der Medien erfolgt auf unterschiedlichen Ebenen: Über Lizenzen und Genehmigungen können Staat und Partei Medienunternehmen direkt steuern. Medieninhalte werden darüber hinaus über konkrete Anweisungen, Vorgaben und kurzfristige Eingriffe kontrolliert. So gibt es täglich Anweisungen, über welche Themen wie zu berichten ist. Oft wird den Medienhäusern vorgeschrieben, nur Berichte der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zu verwenden und keine eigenen Reporter zum Ort eines Geschehens zu schicken. In den Redaktionsleitungen gehen auch Anrufe und mündliche Anweisungen ein, wie bestimmte Themen zu platzieren und welche Themen tabu sind.

Chefredakteure sowie einzelne Journalistinnen und Journalisten werden häufig persönlich unter Druck gesetzt, was eine starke Selbstzensur zur Folge hat. Die meisten Mitarbeitenden in chinesischen Medienunternehmen wissen, welche inhaltlichen Grenzen sie nicht überschreiten dürfen. Die Selbstzensur ist auch auf Pressekonferenzen zu spüren, auf denen chinesische Journalisten allzu kritische Fragen eher vermeiden.

Bei der Online-Zensur werden größtenteils Webseiten von ausländischen Medien oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) blockiert. Oft werden bei aufflammenden Debatten auch

einzelne Worte oder Such-Begriffe gesperrt. Dahinter steht ein hoher technischer wie auch personeller Aufwand. So können die Zensurmaßnahmen schnell und kurzfristig greifen.

Online-Anbieter sind zudem verpflichtet, ihre Plattformen „sauber“ zu halten, und beschäftigen eigene Zensoren. Bei großen Internetkonzernen kann es sich dabei um hunderte oder tausende Angestellte handeln, die dafür sorgen, dass regierungskritische Einträge gelöscht werden. Die Vorgaben der Behörden sind oft vage und enthalten zunehmend auch Anweisungen, Material zu löschen, das nicht den Moralvorstellungen der Kommunistischen Partei entspricht.

Die Zensur trifft aber nicht nur Internet-Firmen, Journalisten und Redaktionen, sondern auch Einzelpersonen. So ist es seit 2013 verboten, im Internet „Gerüchte“ zu verbreiten. Demnach kann man verklagt werden, sofern die entsprechenden Posts von 5000 Personen gesehen oder 500 Mal online geteilt wurden. Im Falle einer Verurteilung drohen Haftstrafen bis zu drei Jahren.

Seit Herbst 2017 unterliegen zudem private Chat-Gruppen schärferen Kontrollen. So sind private Administratoren von Chat-Gruppen für die dort geposteten Inhalte verantwortlich. Sie können auch strafrechtlich belangt werden. Die Folge: Nutzerinnen und Nutzer kontrollieren und zensieren sich gegenseitig.

Viele ausländische Plattformen wie *Twitter*, *Facebook* und *YouTube* sind in China seit Jahren gesperrt. Darüber hinaus versuchen die Behörden es den Internetnutzern zunehmend schwerer zu machen, Blockaden zu umgehen. Seit April 2018 beispielsweise ist in China nur noch staatlich lizenzierte VPN-Software zugelassen. Ein VPN (*Virtual Private Network*) erlaubt es, auf dem Computer oder *Smartphone* eine Tunnelverbindung zu Servern außerhalb Chinas herzustellen, um dann frei im Netz zu surfen. Trotz der Einschränkungen ist laut Medienberichten aber weiterhin auch die Software nicht lizenzierter VPN-Anbieter im Gebrauch.



Bei der Explosion eines Chemielagers in Tianjin 2015 starben zahlreiche Menschen und zahllose Gebäude wurden zerstört.

Das tödliche Inferno von Tianjin: Wettrennen zwischen Zensur und Wahrheit

Die gewaltigen Explosionen und der Großbrand in einem Chemielager in der ostchinesischen Hafenstadt Tianjin am 12. August 2015 gehörten zu den schwersten Industrieunfällen in der Volksrepublik in den vergangenen Jahrzehnten. Über 110 Menschen kamen ums Leben, darunter dutzende Feuerwehrleute. Rund 700 Menschen wurden verletzt. Unmittelbar nach der ersten Explosion kurz vor Mitternacht wurden erste Bilder über soziale Medien verbreitet, aber auch die Zensurmaschinerie lief sofort an. Am Tag danach, am 13. August, gab es Anweisungen an die Medien, nur Berichte der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua und anderer „autoritativer“ Stellen zu verwenden. Webseiten war es verboten, „privat“ Informationen zu sammeln; eigenständige „Interpretationen“ der Ereignisse durften ohne Genehmigung nicht veröffentlicht werden. „Keine Live-Übertragungen“, hieß es in den Direktiven, die der „China Digital Times“ zugespielt wurden, einem unabhängigen Webportal im kalifornischen Berkeley, das Zensur in China analysiert.

Dennoch gelang es staatlichen und privaten Medien zunächst noch, selbst Fakten und Hintergründe zusammenzutragen, wie das in Hongkong ansässige „China Media Project“ dokumentiert hat. Redaktionen nutzten die unübersichtliche Lage in den ersten Stunden nach dem Unglück und ignorierten Anweisungen der Behörden. Es war ein „Wettrennen zwischen Zensur und Wahrheit“, so ein chinesischer Journalist.

Dass die Zensur nicht sofort überall griff, lag auch an dem Ausmaß des Unfalls. Die Detonationen waren noch im 100 Ki-

lometer entfernten Peking zu spüren; die Flammen erhellten stundenlang den Nachthimmel über der 12-Millionen-Stadt Tianjin; Menschen in ganz China verfolgten auf Kurznachrichtendiensten wie *Sina Weibo* Fotos und Videos über die Katastrophe.

Privatpersonen und Medien stellten Fragen: Warum war das Chemielager so nah an einer Hochhaussiedlung errichtet worden? Welche Chemikalien lagerten dort? Welche Verbindungen hatte die Betreiberfirma zur politischen Führung?

Ministerpräsident Li Keqiang sicherte zwei Tage nach der Katastrophe zu, die Öffentlichkeit „offen und transparent“ zu informieren. Doch Live-Übertragungen von Pressekonferenzen aus Tianjin wurden abrupt abgebrochen, nachdem die Nation zunächst zusehen konnte, wie Parteifunktionäre unwillig oder unfähig waren, Fragen zu beantworten. Die Online-Zensur lief auf Hochtouren: Bei *Weibo* wurden nach Analysen der Universität von Hongkong zehnmals mehr Kommentare gelöscht als sonst. In der „Global Times“ hieß es, jetzt sei nicht die richtige Zeit, um viele Fragen zu stellen.

Die Medien wurden angewiesen, nicht „rückwärtsgewandt reflektierend“ zu berichten. Gemeint waren Fragen nach Versäumnissen und politischen Verantwortlichkeiten. An diesem „Maulkorb“ scheiterte letztlich die gründliche Aufklärung des Infernos: Nach den ersten kritischen Berichten sind die Medien kurz darauf wieder weitgehend verstummt.

Ruth Kirchner

Derweil geraten internationale Konzerne immer wieder in die Kritik, weil sie von sich aus Forderungen der chinesischen Zensurbehörden erfüllen, um den Zugang zum lukrativen chinesischen Markt nicht zu verlieren. Der in Berlin ansässige Wissenschaftsverlag Springer Nature etwa sperrt einen Teil seines Online-Angebots in China, beispielsweise Untersuchungen zur Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 in Peking, um es sich mit den chinesischen Behörden nicht zu verderben. Auch der US-Konzern Apple hat sich im Herbst 2017 dem Druck der chinesischen Regierung gebeugt und neben

VPN auch den Internet-Telefondienst *Skype* aus seinem chinesischen App Store entfernt. *Skype* bot weitgehend Schutz vor telefonischer Überwachung.

Wegen der massiven Zensur und den umfangreichen Kontrollen auf allen Ebenen landet China in internationalen Ranglisten zur Pressefreiheit seit Jahren auf den hinteren Plätzen. Bei der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ lag die Volksrepublik 2017 auf Platz 176 von insgesamt 180 Ländern. Nach Angaben der NGO saßen über 50 Journalisten und Blogger wegen ihrer Arbeit in Haft.

THOMAS REICHART

Die Arbeit deutscher Medien in China

Die meisten großen deutschen Medien sind in China mit Büros oder Studios vertreten. Zum Teil wurden diese in den letzten Jahren personell aufgestockt. Das zeigt die deutlich gewachsene Bedeutung der Volksrepublik in der Welt sowie das erhebliche Interesse, das der aufstrebenden Großmacht in Deutschland entgegengebracht wird. Die Deutschen scheinen sich bei den Nachrichten insbesondere dafür zu interessieren, wie wirtschaftlich stark und einflussreich China ist und sein wird sowie dafür, welche Rolle es nicht nur beim Klima- und Umweltschutz spielen will, sondern auch als vorherrschende Macht in der Region. Es geht außerdem um Fragen der politischen Öffnung, um Menschen- und Bürgerrechte. In Features und Dokumentationen beschäftigen die deutschen TV-Medien sich mehr mit gesellschaftlichen Themen wie Chinas Ein-Kind-Politik oder Landeskundlichem wie der Seidenstraße, der Großen Mauer oder dem sogenannten *Street-Food*.

Zumindest auf dem Papier hat sich China in den letzten Jahren der Berichterstattung durch internationale Medien geöffnet. Seit den Olympischen Sommerspielen in Peking 2008 dürfen sich ausländische Reporterinnen und Reporter im Prinzip im Land frei bewegen und können Interviews führen mit wem sie wollen, soweit die angesprochene Person damit einverstanden ist. Dabei gibt es allerdings Ausnahmen insbesondere für Tibet, das ausländische Journalisten nicht alleine besuchen dürfen. Dennoch sind diese Regelungen insgesamt ein erheblicher Fortschritt gegenüber der früheren Praxis, nach der Journalisten für Reisen und Interviews Genehmigungen bei staatlichen Stellen einholen mussten und häufig bei ihrer Arbeit von staatlichen Aufpassern begleitet wurden.

In der Praxis allerdings zeigt sich, dass diese Regelungen insbesondere bei kontroversen Themen oft nicht umgesetzt werden und versucht wird, Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Dem liegt insbesondere auf lokaler oder regionaler Staats- und Parteiebene die Sichtweise zu Grunde, dass ausländische Medien in gleicher Weise wie chinesische zuallererst die Aufgabe hätten, ihrer Leser- bzw. Zuschauerschaft die Erfolge der Kommunistischen Partei zu vermitteln. Dass internationale Medien auch in China ihre Rolle eher als die eines kritischen Wächters sehen, wird dort häufig nicht verstanden oder akzeptiert.

Ein typischer Vorfall bei Dreharbeiten des ZDF in der Kohlereion Heilongjian im Nordosten Chinas mag das illustrieren: Tausende Minenarbeiter hatten dort Anfang 2016 dagegen protestiert, dass ihnen der staatliche Kohlekonzern wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten gar keinen oder nur einen Bruchteil ihres Lohns zahlte. Während in einer Arbeitersiedlung Interviews geführt wurden, stürmte eine Art Schlägertrupp des Konzerns in die Wohnung, unterband die Dreharbeiten und zwang das Dreh-Team auf ruppige Weise mitzukommen. Es wurde über mehrere Stunden erst am Sitz des Staatsbetriebes, später beim Büro des Parteisekretärs festgehalten, ehe es auf Intervention des Außenministeriums in Peking den Ort verlassen konnte.

In anderen Fällen wurde versucht, das Drehmaterial zu löschen oder das Dreh-Team wurde körperlich bedroht. Besorgniserregend ist etwa aus Sicht des „*Foreign Correspondents' Club of China*“, dass solche Vorfälle sich nicht nur häufen, sondern die Übergriffe auch immer gravierender werden. Auch ein Verweis auf die gültigen Regelungen für ausländische Journa-



Erschwerte Bedingungen für ausländische Medien: Zwei Mitarbeiterinnen des Sicherheitsdienstes behindern Videoaufnahmen eines Auslandskorrespondenten über den Prozess gegen einen chinesischen Menschenrechtsanwalt in Tianjin 2016.

listen oder ein Anruf beim Außenministerium in Peking führen nicht in jedem Fall zur Deeskalation, weil Sicherheitskräfte und Parteigrößen auf Kreis- oder Provinzebene immer wieder Ausnahmeregelungen für ihre jeweilige Region reklamieren. Besonders häufig ist das in politisch sensiblen Gebieten der Fall wie an der chinesisch-nordkoreanischen Grenze oder in der Uiguren-Provinz Xinjiang.

Während die Beiträge ohne Einschränkungen oder Zensur nach Deutschland zur Veröffentlichung geschickt werden können, gibt es dennoch eine Art nachgelagerten Versuch der Einflussnahme. Die China-Berichterstattung deutscher Medien wird in der chinesischen Botschaft in Berlin ausgewertet. Wenn hier der Eindruck entsteht, dass ein Medium angeblich zu kritisch berichtet, bestellen Außenministerium oder das Ministerium für Staatssicherheit die Journalisten zum Gespräch ein. Das geschieht häufig im Zusammenhang mit der Verlängerung des Visums, also der Arbeitserlaubnis in China. Dass es sich hier um keine leeren Drohungen handelt, zeigten Fälle in der Vergangenheit bei denen ausländischen Journalisten die Visaverlängerung verweigert wurde.

Korrespondenten müssen in China davon ausgehen, dass Telefon, E-Mails und Textnachrichten überwacht werden. Gravierender aber ist noch, dass Polizei und Sicherheitsbehörden häufig schon im Vorfeld Druck auf Interviewpartner ausüben, indem sie von ihnen verlangen, gar nicht erst mit ausländischen Medien zu sprechen oder für den Fall mit Repressionen drohen. Auch das zeigt, dass China noch einen weiten Weg vor sich hat, die Versprechungen, die es in seinen Medienregeln für ausländische Journalisten formuliert, auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen.

MAX J. ZENGLEIN UND JOST WÜBBEKE

Von der „Werkbank der Welt“ zur Innovationswirtschaft

Chinas Wirtschaft basiert im Vergleich zu den 1990er-Jahren heute viel stärker auf Innovationen, während die Bedeutung arbeitsintensiver Industrien zurückgeht. Ein massiver Ausbau der Infrastruktur hat den Wirtschaftsstandort gestärkt, der Umweltschutz ist im Zuge der rasanten Industrialisierung jedoch zu kurz gekommen.

MAX J. ZENGLEIN

Folgen der marktwirtschaftlichen Öffnung

Die chinesische Wirtschaft hat sich seit Anfang der 1990er-Jahre rasant entwickelt. Ausgangspunkt war die Politik der „Reform und Öffnung“, die unter dem Reformstrategen Deng Xiaoping in den 1980er-Jahren eingeleitet worden war: In der bisher von Staatsbetrieben dominierten Wirtschaft wurden private und ausländische Unternehmen sowie Markt-, Preis- und Qualitätswettbewerb zugelassen. Das rigide planwirtschaftliche und von Agrarwirtschaft geprägte System wandelte sich schrittweise zu einer Wettbewerbswirtschaft mit rasch wachsendem privatem Sektor und reduzierter staatlicher Lenkung. Zielvorgaben des Staates in der Produktion und die Zuteilung von Ressourcen verloren in einigen Bereichen, insbesondere bei Konsumgütern, an Bedeutung, Marktanreize gewannen dagegen an Boden. Die Einflussnahme des Staates blieb aber

trotz der Stärkung von Marktmechanismen weiterhin stark. Das Ergebnis war ein Wachstumsmodell, das auch in anderen ostasiatischen Volkswirtschaften wie Japan, Südkorea oder Taiwan einen schnellen Wirtschaftswandel ausgelöst hatte.

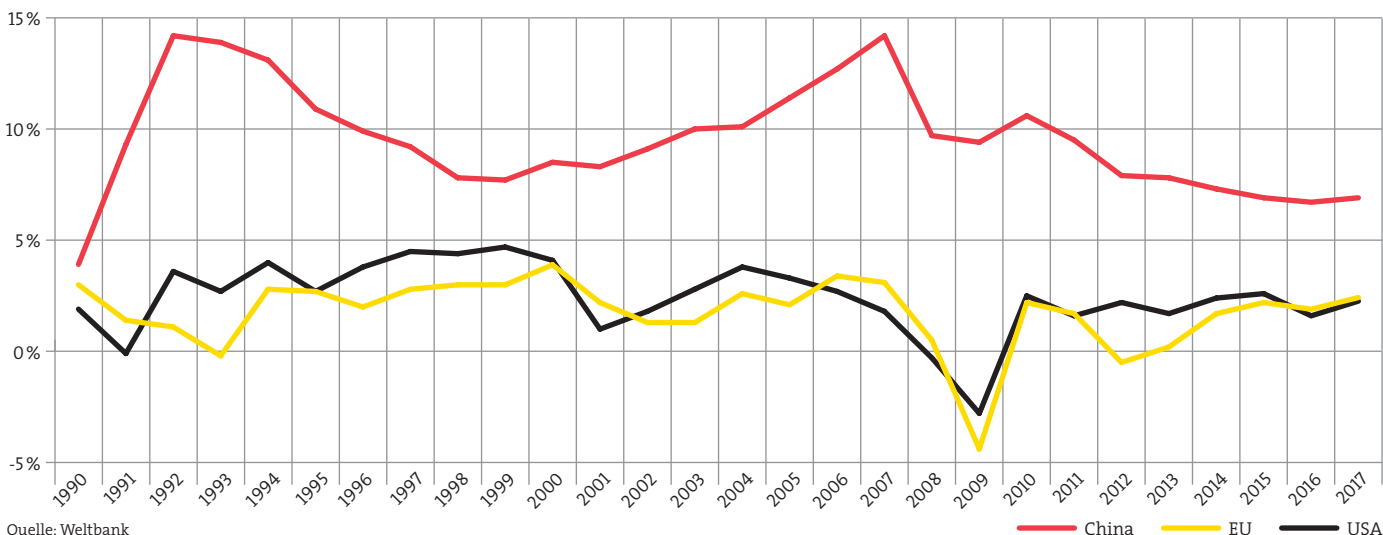
In China wurde das Wirtschaftswachstum durch einen rasant steigenden Export von Konsumgütern – von Haushaltsgeräten bis hin zu *Smartphones* – und durch sehr hohe Investitionen in Industrie, Infrastruktur und Immobilienwirtschaft



Einer der Motoren des Wirtschaftswachstums war bislang der Export von Konsumgütern. Barbie-Produktion in Shantou, Provinz Guangdong, im November 2007

BIP-Wachstum

China, EU und USA im Vergleich



angetrieben. Ein Kernelement des Wachstumsmodells bestand darin, den Überschuss an jungen, meist gering qualifizierten Arbeitskräften aus den ländlichen Gebieten produktiver in Fabriken einzusetzen („Demografische Dividende“). Eine besondere Rolle spielte dabei die Öffnung für ausländische Direktinvestitionen, die zu einer Vielzahl der neuen Fabriken beitrug. Die Schattenseiten des schnellen Wirtschaftswachstums waren (und sind) unter anderem schwache Arbeitnehmerrechte sowie ein rücksichtsloser Umgang mit der Umwelt.

Die chinesische Volkswirtschaft durchlief ab 1992 eine Phase des Hochwachstums. Zwischen 1990 und 2010 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Gesamtwirtschaftsleistung des Landes, jährlich um rund zehn Prozent. War Chinas BIP vor dem Wachstumsschub der 1990er-Jahre noch niedriger als das Deutschlands gewesen, trug die Volksrepublik 2017 etwa 15 Prozent zur globalen Wirtschaftsleistung und mehr als ein Drittel zum globalen Wachstum bei. Neben den USA und der EU bildet China den dritten großen Wirtschaftsraum und Wachstumspol im globalen Austausch.

Dank dieser historisch außergewöhnlich raschen wirtschaftlichen Entwicklung entkamen in den vergangenen vier Jahrzehnten hunderte Millionen Chinesinnen und Chinesen der zuvor herrschenden Armut eines Entwicklungslandes und gelangten auf das Wohlstandsniveau eines Schwellenlandes. Das durchschnittliche chinesische Pro-Kopf-Einkommen lag 2016 bei ungefähr 9000 US-Dollar und ist damit von dem Niveau wohlhabender Industrieländer noch weit entfernt (Deutschland: 40 000 US-Dollar; EU-Durchschnitt: 32 000 US-Dollar).

Abflauen des Hochwachstums

In den 2010er-Jahren geriet das chinesische Wachstumsmodell der 1990er-Jahre unter Druck. Die bisherigen Wachstumstreiber – Exporte und Investitionen – hatten ihre Grenzen erreicht.

In arbeitsintensiven Exportbranchen hat China mittlerweile an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber südostasiatischen Ländern verloren. Schuhe, Textilien oder Spielzeuge werden zunehmend in Vietnam, Bangladesch oder Indonesien hergestellt. Dies ist mit dem rapiden Lohnwachstum in

China erklärbar, das die schnelle wirtschaftliche Entwicklung begleitet hat. Zwar ist die Volksrepublik weiterhin eine der führenden Exportnationen und dominiert nach wie vor ganze Bereiche wie etwa die Elektronikindustrie. Gesamtwirtschaftlich gesehen aber hat die Bedeutung der arbeitsintensiven Exportwirtschaft als Antriebskraft für das BIP-Wachstum nachgelassen.

Durch massive Investitionen in die Infrastruktur des Landes hat China über die letzten Jahre hinweg den Ausbau von Straßen, Eisenbahnnetzwerken, Flughäfen oder Kraftwerken vorangetrieben. Daneben gewann auch der Immobiliensektor an Bedeutung. Der stetig ansteigende Urbanisierungsgrad, also der wachsende Anteil der Bevölkerung, der in Städten wohnt, fachte die Nachfrage nach städtischem Wohnraum an. In einigen Städten wie etwa Peking oder Shanghai explodierten die Immobilienpreise, weil die Nachfrage das Angebot deutlich überstieg. In anderen Teilen des Landes dagegen gibt es mittlerweile massive Leerstände.

Auch in der industriellen Fertigung hat China in den Ausbau von Kapazitäten investiert. Der auf ungebremstes Wachstum gerichtete Aufbau der Industrie führte teils zu erheblichen Überkapazitäten. Gleichzeitig bewirkten die anhaltend hohen Investitionen einen rapiden Anstieg der Verschuldung. Schätzungen zufolge belief sich die Gesamtverschuldung des Staates, der Unternehmen und der Haushalte Mitte 2017 auf rund 300 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung. Dass dieses im internationalen Vergleich hohe Niveau speziell innerhalb der letzten fünf Jahre erreicht wurde, bereitete Sorge um die Stabilität des chinesischen Finanzsystems.

„Neue Normalität“

Diese Entwicklung verdeutlicht strukturelle Probleme und die Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen. Chinas Regierung hat dies erkannt und propagiert seit 2014 eine „Neue Normalität“: eine Übergangsphase mit nur noch mittelhohem BIP-Wachstum in Höhe von sechs bis sieben Prozent. Gemessen an der wirtschaftlichen Größe ist das immer noch beachtlich. Einen abrupten Wachstumsabfall möchte die auf Stabilität bedachte Regierung jedoch vermeiden, um soziale Spannungen zu verhindern.



In den vergangenen Jahren hat China massiv in die Infrastruktur investiert. Arbeiter beim Bau der weltweit längsten Doppelstock-Hängebrücke über den Chang Jiang (Jangtsekiang) in Wuhan im Juni 2018

Der chinesischen Führung ist bewusst, dass ihr Land trotz aller Erfolge noch einen weiten Weg zurücklegen muss, bis es zu den wohlhabenden Industrienationen aufschließen kann. Es gilt ein Problem zu vermeiden das viele Schwellenländer bereits erfahren haben: Sie erreichten nach einer Phase beschleunigten Wachstums zwar ein steigendes Lohn- und Versorgungsniveau, doch damit stagnierte oder sank regelmäßig ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Billiglohnländern. Gleichzeitig erreichten ihre technologischen und organisatorischen Innovationskräfte nicht das Niveau und die Produktivität hochentwickelter Industrie- und Dienstleistungsökonomien, um mit diesen bei höherwertigen Produkten in Konkurrenz treten zu können. In der Wirtschaftswissenschaft wird dieses Phänomen als „Falle der mittleren Einkommen“ (*middle income trap*) bezeichnet.

Wie aber kann China die Umstellung von der Niedriglohnproduktion („Werkbank der Welt“) hin zu einer von Hochtechnologie und Produktivitätssteigerungen angetriebenen Wirtschaft gelingen? Wo sind die künftigen Wachstumstreiber zu finden? Während der Sekundärsektor (produzierende Industrie und Bauwesen) seit 2005 in China an Bedeutung verloren hat, konnte sich der Dienstleistungssektor, unter anderem Banken, Handel und *E-Commerce*, als Wachstumsmotor etablieren: 2015 trug er erstmals mehr als 50 Prozent zum BIP bei. Einzelhandel, Logistik, Finanzdienstleistungen, Transportwesen und die Internetwirtschaft florieren. Deshalb kommt dem Dienstleistungssektor bei der Umstellung auf ein neues Wirtschaftsmodell eine tragende Rolle zu.

Als besondere Herausforderung für die Regierung gilt, dass sie den Strukturwandel umsetzen und dabei das BIP-Wachstum stabil halten muss, um soziale Unruhen zu vermeiden. Im Zentrum der Reformen stehen – wie bereits Jahrzehnte zuvor – die Staatsbetriebe. Trotz des wachsenden Privatsektors dominieren sie weiterhin Chinas Wirtschaftssystem. Ganze Industriebereiche, etwa die Schwerindustrie, das Bankensystem und das Transportwesen, werden durch staatliche Großbetriebe und staatliche Eingriffe kontrolliert. Staatseigene Betriebe verantworten Schätzungen zufolge etwa 30 Prozent



Beim Übergang von der Niedriglohnproduktion zur Hochtechnologie müssen auch Überkapazitäten in der Stahlbranche abgebaut werden. Produktion von Metallregalen in Shanghai 2017

der chinesischen Wirtschaftsleistung. Viele der von staatlichen Betrieben dominierten Branchen haben Überkapazitäten aufgebaut und arbeiten unwirtschaftlich, also weder sparsam im Ressourcen- und Kapitaleinsatz noch bedarfsgerecht.

Bereits Anfang 2016 hatte die Regierung angekündigt, in der Kohle- und Stahlbranche über die nächsten zwei bis drei Jahre Überkapazitäten abzubauen zu wollen. Dabei rechnet die Regierung mit dem Verlust von 1,8 Millionen Arbeitsplätzen. Die Umsetzung von Strukturformen wird also voraussichtlich mit schmerzhaften Einschnitten verbunden sein. Entwickeln sich andere Wirtschaftsbereiche, wie etwa im Dienstleistungssektor, nicht stark genug, wird sich der Staat möglicherweise gezwungen sehen, das angestrebte BIP-Wachstumsziel durch andere wachstumsstimulierende Maßnahmen, etwa durch erhöhte Staatsausgaben, zu erreichen.

Börsen in China

In China gibt es seit 1990 zwei Börsen: in Shanghai und in Shenzhen. Beide zählen zu den zehn größten Handelsplätzen weltweit. Im Verhältnis zum BIP ist die Marktkapitalisierung, also der Gesamtwert aller an den Börsen notierten Unternehmen, mit ca. 40 Prozent allerdings noch relativ gering. Aufgrund der weiterhin bestehenden Kapitalverkehrskontrollen ist eine ausländische Beteiligung am Handel nur eingeschränkt möglich.

Zunehmend gehen auch private Unternehmen an die Börsen, noch aber dominieren dort staatseigene Betriebe. Dies gilt besonders für die Börse in Shanghai, während in Shenzhen eher private Hightechunternehmen eine Rolle spielen. Wichtige Indizes sind der CSI 300 Index (Shanghai und Shenzhen), der *SSE Composite* (Shanghai) sowie der *ChiNext* (Shenzhen).

Im Vergleich zu anderen Aktienmärkten beherrschen in China anteilmäßig die rund 80 Millionen Kleinanleger das Geschehen, da sie außer dem Erwerb von Immobilien über fast keine lukrativen Anlagemöglichkeiten verfügen. Während der globalen Finanzkrise von 2008/09 mussten sie er-

hebliche Kursverluste verkraften. Der nächste Crash erfolgte 2015 und auch Anfang 2016 kam es zu massiven Kursturbulenzen.

Eine Besonderheit der chinesischen Börsen ergibt sich aus der Rolle Hongkongs, dem als Sonderverwaltungszone eine weitgehende ökonomische Autonomie zugestanden wird. Im Vergleich zu Festland-China ist Hongkong voll in die internationalen Finanzmärkte integriert. Einige Aktientitel chinesischer Unternehmen werden an der Börse in Shanghai oder Shenzhen und zeitgleich in Hongkong gehandelt. Dabei werden die in Festland-China gehandelten Werte als sogenannte *A-Shares* bezeichnet, während sie an der Hongkonger Börse *H-Shares* heißen. Als Teil einer behutsamen Öffnung des chinesischen Kapitalmarkts gibt es inzwischen Verbindungen zwischen den Börsenplätzen („*Stock Connect*“ via Shanghai-Hongkong bzw. Shenzhen-Hongkong). Unter Einhaltung festgelegter Quoten können ausländische Investoren in China investieren. Gleichzeitig haben chinesische Investoren die Möglichkeit, in Hongkong Kapital anzulegen.

Verschuldung

In den vergangenen Jahren kam es in der Volksrepublik China zu einem steilen Anstieg der Verschuldung. Betrug sie 2005 noch etwa 160 Prozent, wird sie 2017 bereits auf über 300 Prozent geschätzt. 2016 wuchs die Vergabe neuer Kredite um mehr als 13 Prozent und übertraf damit die Wachstumsrate der Wirtschaft um nahezu das Doppelte.

Unternehmen, insbesondere Staatsunternehmen, tragen den größten Anteil an der Verschuldung. Grund hierfür sind die Überschneidungen von wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen. Die chinesischen Banken stellen den staatlichen Betrieben günstige Kredite zur Verfügung, welche diese dann zum Beispiel in den Ausbau von Produktionsanlagen investieren. Das schafft zwar kurzfristig Wachstum und Jobs, es ist aber fraglich, ob diese Form des „Wachstums auf Pump“ dauerhaft tragfähig sein kann.

Auch die Verschuldung privater Haushalte etwa für den Immobilienkauf hat in den 2010er-Jahren rasch zugenommen. Angesichts der Höhe der gesamten Schulden wächst die Sorge, ob die großzügig vergebenen Kredite jemals zurückgezahlt werden können. Wenn nicht, werden sie zu uneinbringlichen „faulen“ Krediten, die von den Banken abgeschrieben werden müssen. Kommt dies bei vielen Unternehmen vor, so bedroht dies die Stabilität des Finanzmarkts.

Seit Ende 2016 versucht die Regierung in Peking, durch restriktive Vorgaben die ausufernde Vergabe neuer Kredite zu drosseln. Dies geschieht etwa durch höhere Zinsen oder durch striktere Regelungen bei der Vergabe von Krediten. Dadurch sollen Schulden abgebaut und die Stabilität der Wirtschaft erhöht werden. Dies ist jedoch eine Gratwanderung, denn eine allzu restriktive Kreditvergabe könnte das Wachstumsziel, den Beschäftigungsstand sowie die soziale und politische Stabilität insgesamt gefährden.

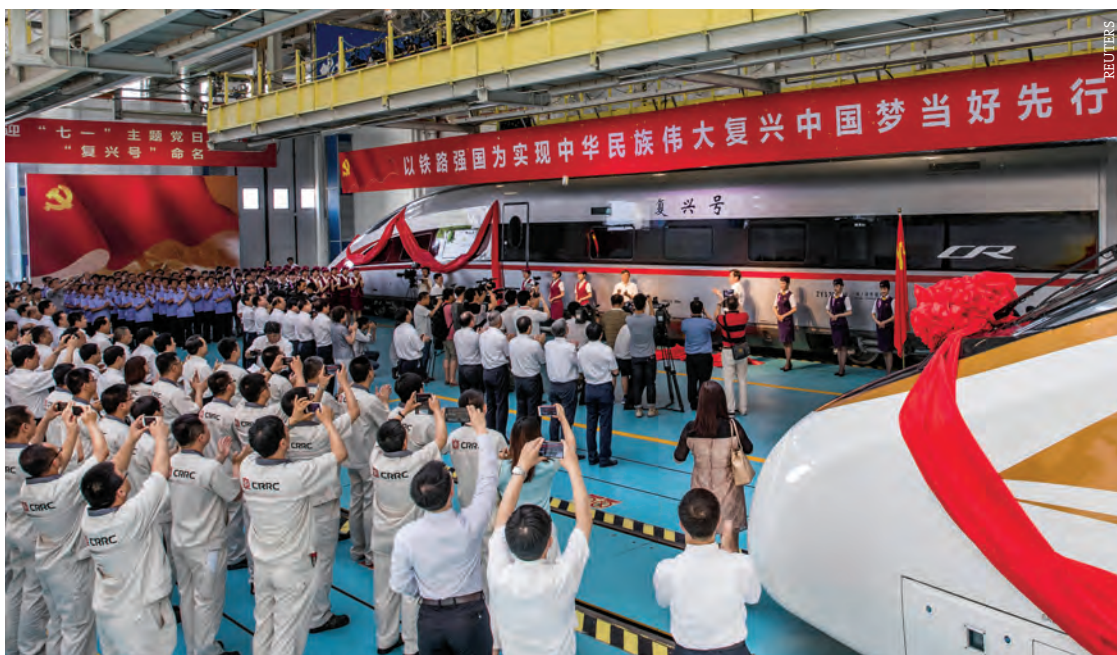
JOST WÜBBEKE

Übergang zum innovationsgetriebenen Wirtschaftsmodell

China war lange als „Werkbank der Welt“ bekannt. Viele einfache Massengüter wie Spielzeuge, Stahlprodukte und USB-Sticks wurden und werden noch immer dort hergestellt und in die ganze Welt exportiert. Da die Wachstumsimpulse durch die arbeitsintensive Industrie und den Infrastrukturausbau jedoch inzwischen abnehmen, muss Chinas Wirtschaft den Übergang von der „Werkbank der Welt“ hin zu einem von technologischem Fortschritt getriebenen Wirtschaftsmodell bewältigen. Peking arbeitet daran, die Technologielücke gegenüber fortschrittlichen Ländern zu verkürzen und Hochtechnologieprodukte wie Automobile, Flugzeuge und Halbleiter selbst zu entwickeln und herzustellen.

In einzelnen Industrien ist es der Volksrepublik bereits gelungen, international den Anschluss zu finden und sich als Taktgeber für Innovationen zu etablieren. In der Telekommunikationsindustrie gehören die Konzerne Huawei und ZTE beispielsweise bereits zu den Weltmarktführern. Auch in anderen Bereichen sind Erfolge zu verzeichnen, wie etwa in der Energietechnologie, insbesondere bei Solarenergie und Windkraft, sowie in der Eisenbahntechnologie, vor allem bei Hochgeschwindigkeitszügen. Ganz vorne mit dabei sind chinesische Unternehmen und Forschungsinstitute auch in Industrien, die erst im Entstehen begriffen sind, so bei der Elektromobilität, Biotechnologie, Nanotechnologie, *Big Data* oder künstlicher Intelligenz.

Die steigende Bedeutung von Forschung und Entwicklung in China zeigt sich an den riesigen Investitionen, die vom Staat und einzelnen Unternehmen in diesen Bereichen geschultert werden und deutlich schneller angestiegen sind als die Wirtschaftsleistung. Während China im Jahr 2000 lediglich 0,9 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufwendete, so stieg dieser Wert bis 2015 auf 2,1 Prozent. Damit



In einzelnen Industriebereichen, wie beispielsweise der Eisenbahntechnologie, hat China den Anschluss an die Weltspitze geschafft. In Peking wird 2017 ein neues Modell des Hochgeschwindigkeitszuges „Fuxing“ getauft.



Mit dem von der Regierung propagierten Programm „Made in China 2025“ soll China globaler Technologieführer werden, so im Bereich „künstliche Intelligenz“. Ein Roboter assistiert dem Standpersonal auf der „Auto China“ in Peking 2018.

nähert sich China Deutschland (2,4 %) und den USA (2,6 %) an und investiert bereits mehr als im europäischen Durchschnitt.

Der Staat als Antriebskraft

Während in Deutschland Innovationen zumeist von Unternehmen veranlasst werden, gehen in China die Impulse vom Staat aus. Chinas Regierung hat sich mit der „Made in China 2025“-Strategie das Ziel gesetzt, die Volksrepublik bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zu einem globalen Technologieführer zu machen. In umfassenden und langfristig angelegten Plänen definiert die Regierung die Prioritäten für Forschung, Entwicklung und Kommerzialisierung neuer Technologien.

Im Fokus der politischen Strategie stehen allen voran die Zukunftstechnologien, in denen die chinesische Regierung künftig das höchste Wachstumspotenzial erwartet. Hierzu gehören unter anderem die Elektromobilität, die Luft- und Raumfahrt, fortschrittliche Informationstechnologien wie künstliche Intelligenz und Halbleiter sowie erneuerbare Energien und Biotechnologie. Chinas Führung begreift es als Chance, diese Industrien in Zukunft mit chinesischen Unternehmen zu besetzen. Auf Grundlage der offiziellen Technologie-Fahrpläne verteilen die Zentralregierung, Provinzen und Städte großzügig Fördergelder an Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die Kanalisierung dieser Mittel, die deutlich über die wissenschaftliche Förderung hinausgehen, dient dem Zweck, wettbewerbsfähige Industrien und Unternehmen aufzubauen. Chinas Regierung will sogenannte nationale Champions hochziehen, große Unternehmen, die den heimischen Markt dominieren und im internationalen Wettbewerb neben den etablierten ausländischen Konzernen bestehen können.

In einzelnen Wirtschaftsbranchen haben sich jedoch auch Unternehmen zu wichtigen Innovationstreibern entwickelt.

Große Internetfirmen wie der E-Commerce-Riese Alibaba, die Suchmaschine Baidu und der Spiele- und Social Media-Konzern Tencent konnten in den vergangenen Jahren aus eigenem Antrieb wegweisende Geschäftsmodelle und Dienstleistungen hervorbringen, etwa für Suchmaschinen, Messenger Apps und Mobile Payment-Modelle für Smartphones. In der Internetwirtschaft und in der Informationstechnologie haben sich mehrere Innovationscluster gebildet, also regionale Zentren der Forschung und Entwicklung, vor allem in Peking, Shanghai und Shenzhen. Sie bieten einen wichtigen Nährboden für Jungunternehmer und Start-ups mit neuen Geschäftsideen. So ist es für Start-ups leicht, an eine umfassende Finanzierung zu gelangen und innerhalb kürzester Zeit zu wachsen. Eine rasante Entwicklung hat beispielsweise der Technologiekonzern Xiaomi erlebt, der erst 2010 gegründet wurde und anfangs Smartphones und Marketingstrategien von Apple kopierte. Heute ist Xiaomi einer der größten Smartphone-Konzerne der Welt.

Für und Wider der staatszentrierten Innovation

Über die Effektivität des chinesischen Innovationssystems herrscht Uneinigkeit. Viele Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass das staatszentrierte Innovationssystem bahnbrechende Neuerungen behindere und China mit marktbestimmten Prozessen heute schon viel weiter wäre. Andere Fachleute betonen dagegen den großen Beitrag, den das jetzige System für Chinas Aufholprozess geleistet hat. Beide Seiten erkennen Schwächen im chinesischen Innovationssystem. Dazu zählt die ineffiziente Verteilung von Fördergeldern, die häufig nach politischen Prioritäten und nicht nach Unternehmensbedürfnissen erfolgt. Kritisiert wird auch die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft und die Tendenz des Bildungssystems, am Bedarf der Industrie vorbei auszubilden.

Das Potenzial künstlicher Intelligenz

Das Computerprogramm von Megvii trifft eine erste Entscheidung: „Männlich, kurze Haare, grünes Hemd und schwarze Hose“. So klassifiziert das Programm einen Passanten, der in einer Kameraübertragung aus der Vogelperspektive gerade im Bild auftaucht. Gleich danach erkennt es ein Auto als „Personenfahrzeug“.

Zwei Versuche, beide richtig. Die Software der Firma Megvii gilt als eines der weltweit führenden Systeme für die automatische Erkennung von Personen und Gegenständen.

Gesichter erscheinen auf den Bildschirmen in Kästchen eingefasst. Über einigen steht das Geschlecht und ein geschätztes Alter, bei anderen schwebt der Name über dem Kopf. Die sind schon im System gespeichert. Und das Programm erfasst auch Körperhaltungen. Diese werden mit gelben und blauen Strichen nachgezeichnet und gespeichert, um eine Person später an ihrem Bewegungsmuster zu erkennen. [...]

Megvii ist eines von mehreren chinesischen Unternehmen, die auf dem Gebiet der Gesichtserkennung weltweit Respekt genießen. Das Unternehmen spielt damit eine wichtige Rolle im weltweiten Wettlauf um die Entwicklung von künstlicher Intelligenz.

Gesichter zu erkennen ist eine komplexe Aufgabe: Eine Vielzahl von Merkmalen im Gesicht werden erfasst, und sie müssen dabei aus verschiedenen Winkeln und aus der Bewegung heraus erkannt werden. Dann werden sie mit den Informationen in riesigen Datenbanken abgeglichen, in denen bereits bekannte Gesichter gespeichert sind und in die unbekannte Gesichter automatisch hinzugefügt werden. Die Software führt nicht nur laufend solche Abgleiche durch, sondern sie trainiert nebenbei auch, um ihre Erkennungsraten zu verbessern. Sie lernt tatsächlich dazu.

Deshalb ist die Gesichtserkennung ein Aushängeschild für die Entwicklung künstlicher Intelligenz. China sei kein Land mehr, das Technologietrends hinterherhechelt, jubelte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua im vergangenen Dezember. Man setze jetzt selber solche Trends. [...]

In der Firmenzentrale von Jingdong, einem der größten Online-Händler Chinas, steht eine Menschentraube vor einem kleinen Supermarkt. Eine Besuchergruppe aus dem Ausland lässt sich erklären, wie ein Ladengeschäft ganz ohne Angestellte funktioniert. Die Kunden – in diesem Fall die Teilnehmer einer angeordneten Delegation – verschaffen sich per Gesichtserkennung Zutritt. Wer hinein will, muss nur die App von Jingdong installiert haben und als Kunde registriert sein.

Weder Telefon noch Kreditkarte und erst recht kein Bargeld sind nötig, um den Laden zu nutzen. Die Kunden legen einfach die elektronisch markierten Waren in den Einkaufskorb. Am Ausgang werden die Waren von einem Sensor erfasst und eine Kamera scannt das Gesicht. Die Rechnung wird automatisch abgebucht. „Das fühlt sich wahnsinnig fortschrittlich an“, schwärmt eine Besucherin. Dass der Konzern damit auch sämtliche Einkäufe speichert, beunruhigt hier kaum jemanden. „Für diese Annehmlichkeit ist es nun mal notwendig, dass meine Daten gespeichert werden“, sagt einer. „Ich denke, das ist akzeptabel.“

China ist ein Land ohne Technik-Skepsis. Fitnessstudios scannen die Gesichter ihrer Kunden und kontrollieren so den Einlass. Professoren versuchen, mithilfe von Gesichtserkennung die Aufmerksamkeitskurven ihrer Studenten zu verfolgen. Schulen testen automatische Aufsatzkorrekturprogramme, die die

Bewertung von Stil und Inhalt "objektiver" machen sollen. Und mehrere Städte haben inzwischen Lizenzen ausgegeben, mit denen autonom fahrende Autos am regulären Straßenverkehr teilnehmen dürfen. „Unser Vorteil in China ist: Wir setzen Technologie schnell in der Realität ein“, sagt Emily Jian, die Sprecherin von Megvii.

Chinesischen Start-ups stehen inzwischen auch eine Reihe risikofreudiger Geldgeber zur Seite. Megvii erhielt große Teile seiner Anschubfinanzierung von Alibaba, Chinas größtem E-Commerce-Anbieter, der die Software testet, um Zahlungen zu autorisieren. Auch der chinesische Staat hat über mehrere Fonds in Megvii investiert. Chinas Regierung hat das Potenzial der Gesichtserkennung früh erkannt. Inzwischen beliefert Megvii rund 30 Städte, die mit der Software die Bilder öffentlicher Überwachungskameras analysieren. [...]

Für Megvii zahlt sich das aus. Die Firma wurde erst vor fünf Jahren von drei Studenten gegründet. Noch 2014 hatte sie gerade 30 Mitarbeiter. Heute sind es mehr als 1300.

Solche Erfolgsgeschichten kannte die Welt bisher vor allem aus dem Silicon Valley. Deshalb wird Chinas Boom in der künstlichen Intelligenz in den USA auch aufmerksam beobachtet.

[...] In Dokument Nummer 35, einem Strategiepapier zur Entwicklung künstlicher Intelligenz, herausgegeben von Chinas Zentralregierung, heißt es: Erst bis 2030 solle China „bei Technologie und Anwendung von künstlicher Intelligenz weltweit führend“ sein. „China wird dann das wichtigste Innovationszentrum für künstliche Intelligenz sein.“

Es ist nicht das erste Mal, dass China große Pläne und große Summen mobilisiert, um die Technologieführerschaft in einer Branche zu erreichen. Seit den siebziger Jahren versucht die chinesische Regierung, eine international konkurrenzfähige Automobilindustrie heranzuziehen. Staatskonzerne bekamen Kredite, um Werke aufzubauen. Ausländische Hersteller wurden in Joint Ventures mit diesen Konzernen gezwungen, die so die Technologie erlernen sollten. Aber bis heute dominieren ebendiese Joint Ventures mit ausländischer Technologie den chinesischen Markt, während keine einzige chinesische Marke den Sprung auf den Weltmarkt geschafft hat. [...]

Ein Grund, sich zurückzulehnen, sei das für die westliche Wirtschaftselite keineswegs, sagt Christer Ljungwall, ein Schwede, der mit seiner Firma ENC ausländische Investoren im chinesischen Tech-Sektor berät. „Künstliche Intelligenz ist anders als traditionelle Technologien“, glaubt er. „Man muss nicht den gesamten technologischen Lernprozess nachholen, man braucht nur ein paar smarte Leute und kann beginnen, etwas Großes auf die Beine zu stellen.“ [...]

Und doch gibt es einen großen Unterschied zum Westen. Megvii und ein Dutzend andere Firmen, die sich auf künstliche Intelligenz spezialisiert haben, konnten vor allem deshalb so schnell wachsen, weil sie mit Chinas Sicherheitsbehörden einen Kunden mit gigantischen Budgets und einer unersättlichen Kontrollwut haben. Und Chinas Bürokraten haben trotz ihrer Abneigung gegen „chaotische Märkte“ verstanden, dass sie die Kreativität und Initiative der Start-up-Unternehmer brauchen. Ob Medizintechnik, fliegende Taxis oder Blockchain-Anwendungen: Förderungswürdig ist, was Fortschritt verspricht. Solange die Partei darin keine Bedrohung ihrer Macht sieht.

Matthias Bölinger „Erfinder nach Plan“, in: Die Zeit Nr. 26 vom 21. Juni 2018

Zu den Stärken des chinesischen Innovationssystems und damit der politischen Steuerung der Wirtschaft gehört dagegen die langfristige politische Planungsperspektive, die zum Teil über mehrere Jahrzehnte reicht. Diese erlaubt es den staatlichen Behörden, wichtige Trends gedanklich vorwegzunehmen und die technologische und wirtschaftliche Entwicklung über lange Zeit vorzuplanen. Außerdem ermöglichen es die umfassenden staatlichen Mittel, die Verbreitung neuer Technologien innerhalb kurzer Zeit zu beschleunigen und selbst kostspielige Großprojekte schnell umzusetzen. Auch die Förderung staatlicher Großkonzerne kann Vorteile bieten, denn durch die staatliche Unterstützung sind diese in der Lage, auf dem Weltmarkt sehr niedrige Preise anzubieten und somit viele internationale Wettbewerber zurückzudrängen, wie etwa bei Solarzellen. Hinzu kommt, dass sich viele neue Internettechnologien in China schneller verbreiten als in Deutschland, weil viele Menschen in China technischen Neuerungen aufgeschlossener begegnen.

Geistige Eigentumsrechte und Technologietransfer

Die ausländische Wirtschaft stellt Chinas Aktivitäten vor vielfältige Herausforderungen.

Peking schirmt den einheimischen Markt gezielt vor ausländischer Konkurrenz ab und leistet umfassende Subventionen an die eigene Wirtschaft. Teilweise müssen sich ausländische Unternehmen den Marktzugang durch einen Transfer von Kerntechnologie an die chinesische Konkurrenz „erkaufen“. Außerdem ist der Schutz geistigen Eigentums, also von Patenten und Markenrechten, nach wie vor unzureichend. Immer wieder kommt es vor, dass chinesische Unternehmen Markenrechte verletzen, indem sie ausländische Produkte eins zu eins kopieren und unter eigenem Namen vermarkten.

Insgesamt hat sich der Schutz des geistigen Eigentums jedoch verbessert. Auch chinesische Unternehmen mit wachsenden technologischen Fähigkeiten sind daran interessiert, ihr Wissen besser zu schützen. Als Folge ist es zu einem deutlichen Anstieg von Patent- und Markenrechtsstreitigkeiten gekommen. (vgl. Grafik)

China steht derzeit an einer Wegscheide: Das Land muss sich zu einem globalen Technologieführer entwickeln, wenn

Patentweltmeister China

Die Zahl der Patentanmeldungen gilt als wichtiger Indikator für die Innovationstätigkeit eines Landes. Je mehr Patente ein Land anmeldet, desto aktiver forscht es an wichtigen technologischen Neuerungen. Außerdem garantieren Patente dem Eigentümer für eine begrenzte Zeitspanne ein exklusives Anrecht auf die Vermarktung der Erfindung.

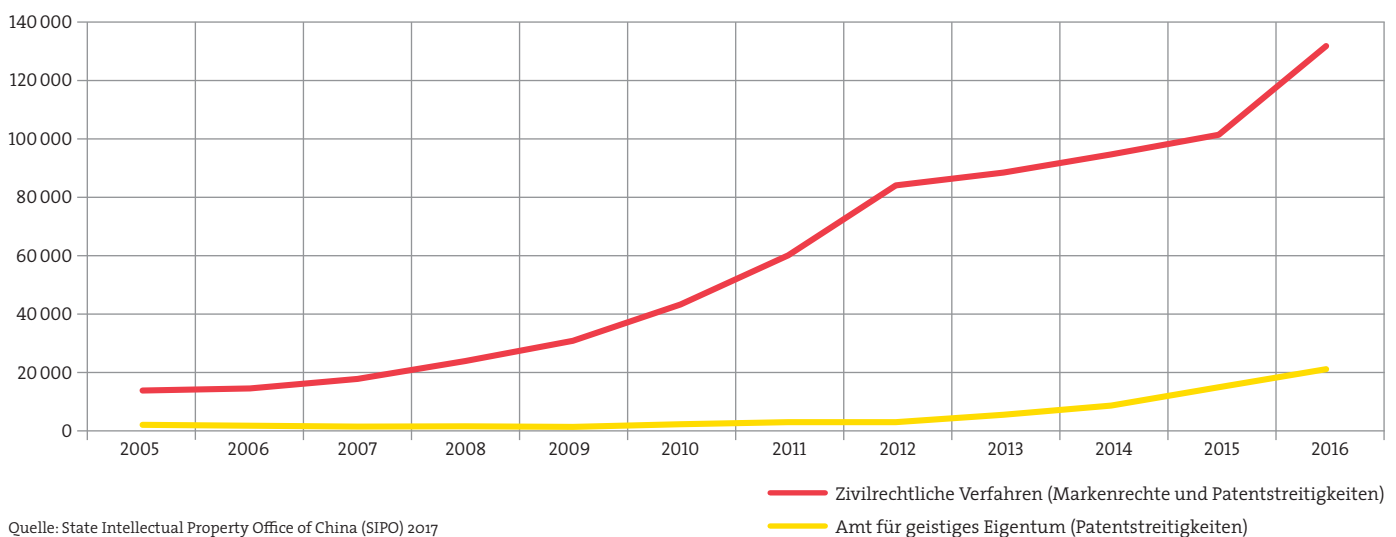
Auf dieser Grundlage fördert Chinas Regierung vehement die Anmeldung von Patenten und setzt großzügige Anreize für Unternehmen. Das hat zu einem massiven Anstieg der Patentanmeldungen in China geführt. Noch 2005 hatten Chinesen lediglich rund 20 000 Patente weltweit angemeldet, 2015 waren es bereits fast 280 000. Damit liegt China weltweit auf Platz eins.

So beeindruckend diese Zahlen sind, gilt doch eine wichtige Einschränkung: Viele chinesische Patente sind von vergleichsweise niedriger Qualität und geben nur begrenzt Aufschluss über die Innovationsaktivitäten. Denn viele Unternehmen melden möglichst zahlreiche Patente an, um so mehr staatliche Fördergelder zu bekommen. Dahinter stehen aber eher selten bahnbrechende Erfindungen. Es ist daher oft von einer „Patentschwemme“ aus China ohne grundlegende Innovationsaktivitäten die Rede. Inzwischen steuert die chinesische Regierung um und will vor allem Patentanmeldungen hoher Qualität bei internationalen Patentbehörden fördern. Mit dieser neuen Strategie der „Klasse statt Masse“ möchte man im weltweiten Wettbewerb um die besten Erfindungen den Durchbruch schaffen.

es langfristig ein hohes Wirtschaftswachstum aufrechterhalten will. Dazu ist es jedoch wichtig, die wirtschaftliche Liberalisierung weiter voranzutreiben. Gelingt der Volksrepublik der Übergang zu einer innovationsgetriebenen Wirtschaft, dann wird sie bis Mitte des Jahrhunderts zu den führenden Industrienationen gehören. Hochwertige Hightechprodukte aus China werden dann ganz selbstverständlich sein.

Steigende Verhandlungen von Patent- und Markenverletzungen an Chinas Gerichten

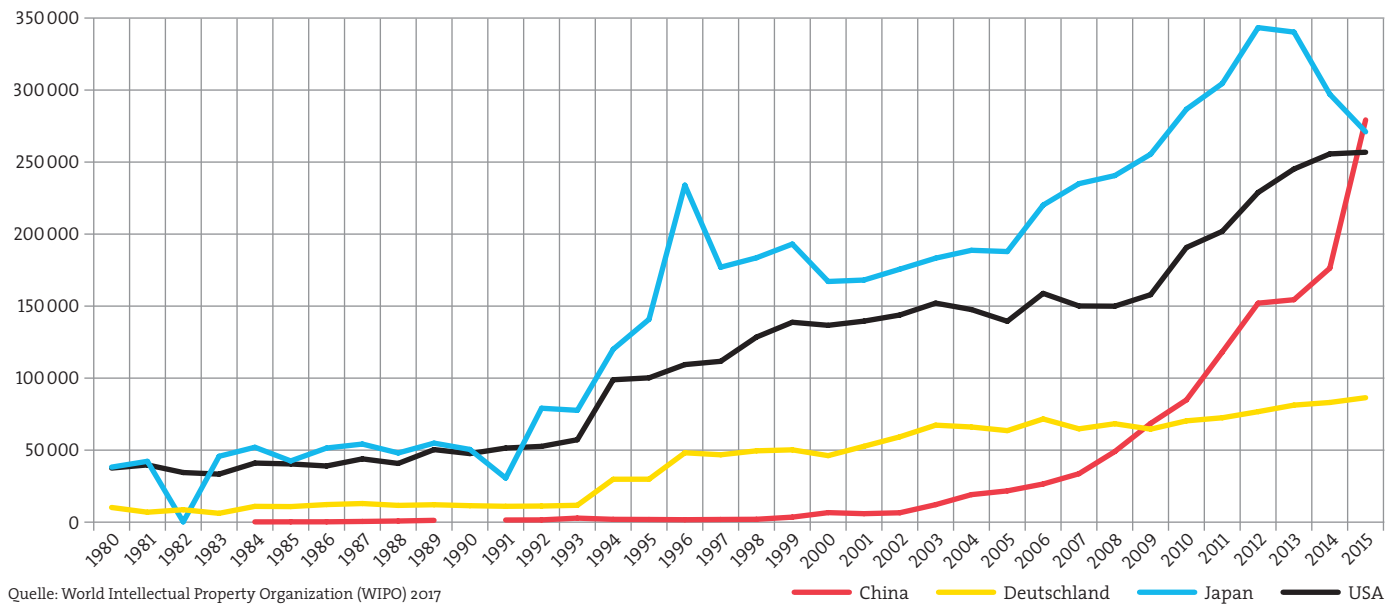
2005 bis 2016



Quelle: State Intellectual Property Office of China (SIPO) 2017

Patentanmeldungen

nach Herkunft des Patenteigentümers, Zahlen aller Patentbüros weltweit



BJÖRN CONRAD

Wie steht es um Chinas Umwelt?

Jahrzehnte des hohen Wirtschaftswachstums, angetrieben von rasanter Industrialisierung und billiger Kohlekraft, haben in China große ökologische Opfer gefordert. Die Metropolen des Landes liegen unter dichtem Smog, der Großteil der Flussläufe ist hochbelastet, Teile der Böden sind verseucht. Umweltverschmutzung und Raubbau an natürlichen Ressourcen war in der Volksrepublik lange der akzeptierte Preis für ungehemmte wirtschaftliche Entwicklung.

Mit Beginn des Jahrtausends begann die chinesische Regierung jedoch, ihre Umweltpolitik grundlegend zu verändern. Die politische Führung beschwört seither die Vision eines

sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftsmodells. Vor allem zwei Aspekte haben den Umweltschutz zu einer politischen Priorität der Regierung gemacht. Zum einen wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Umweltbelastung und den Verlust an Lebensqualität. Die Menschen fordern Lösungen von der chinesischen Regierung und machen Umweltschutz damit zu einem Gradmesser für die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der politischen Führung.

Zum anderen hat die chinesische Regierung die wirtschaftlichen Chancen erkannt, die sich aus einer aktiven Umweltpolitik ergeben. Das Ziel einer grundlegenden Reform des chinesischen Wirtschaftsmodells, basierend auf höherer Wertschöpfung durch technologische Innovation, führt ökonomische und ökologische Interessen zusammen. Umweltschutz



Gesunder Geist in gesundem Körper? Besonders in den Städten leiden die Menschen unter den Folgen der Smog-Belastung. Morgenübung in Fuyang, Provinz Anhui, 2013

Smog

Was ist Smog und was ist daran so gefährlich? Smog ist eine Mischung aus Ruß, Feinstaubpartikeln und Nebel. Feinstaubpartikel (*Particulate Matter*, PM) mit einem Durchmesser von weniger als zehn Mikrometern (PM₁₀) sind besonders gefährlich für die menschliche Gesundheit. Partikel mit weniger als 2,5 Mikrometern (PM_{2,5}) können aufgrund ihrer geringen Größe bis tief in den Atemtrakt und sogar in die Lungenbläschen gelangen.

Ist ganz China vom Smog betroffen? In allen Teilen des Landes sind Städte vom Smog betroffen. Allerdings sind drei Regionen besonders intensiv beeinträchtigt: die nordostchinesische Region Peking-Tianjin-Hebei, das Yangtse-Delta und das Perlfuß-Delta. Am stärksten leidet die Region Peking-Tianjin-Hebei. Peking wird an bis zu 60 Prozent des Jahres von Smog umhüllt, Shanghai, das geographisch günstiger gelegen ist, hingegen nur zu 30 bis 50 Prozent. In der Region Peking-Tianjin-Hebei ist die Schwerindustrie besonders stark vertreten und geografische Faktoren kommen erschwerend hinzu.

Welche Ursachen sind für den Smog verantwortlich? Es besteht weitgehende Übereinstimmung, dass Kohleverbrennung, Industrieproduktion und Autoabgase die hauptsächlichen Ursachen des Smogs in China sind. Uneinigkeit besteht allerdings darüber, wie hoch der jeweilige Anteil der unterschiedlichen Quellen an der Smogbildung ist. Wissenschaftler der Universität Minnesota weisen Kohlekraftwerken und Autos 70 Prozent der Verantwortung zu. Ein Bericht der Chinesischen Akademie für Wissenschaften sieht hingegen die zentralen Quellen für den Smog bei Rußgasen und der Industrieproduktion (50 Prozent). Das steht im deutlichen Gegensatz zu Ergebnissen des Pekinger Umweltbüros. Dieses misst Autos 22 Prozent, Kohle aber nur 17 Prozent zu. Die fortbestehende Unklarheit über die relative Bedeutung der einzelnen Verursacher führt zu großer Verunsicherung über die tatsächliche Effektivität der zu ergreifenden Gegenmaßnahmen.

Welche Ziele setzt sich China in der Smogbekämpfung? Das Umweltministerium beschloss Ende 2012 erste moderate Ziele für die leichte Reduzierung der PM_{2,5}-Konzentration um fünf Prozent bis 2015. Die anhaltende Unzufriedenheit der Bevölkerung bewegte den Staatsrat jedoch dazu, zusätzlich einen deutlich ambitionierteren Zehn-Punkte-Aktionsplan mit ehrgeizigen Zielen gegen den Smog zu verabschieden. Viele der Ziele wurden seither erreicht. So lag die durchschnittliche Konzentration von PM₅ im Jahr 2017 in 74 chinesischen Großstädten bei 48 µg/m³, was einem Rückgang von über 30 Prozent im Vergleich zu den Werten von 2013 entspricht. Auch bei den PM_{2,5} Werten geht der Aktionsplan des Staatsrates für einige Regionen deutlich weiter als der Plan des Umweltministeriums. In den drei Kernregionen Peking-Tianjin-Hebei, Yangtse-Delta und Perlfuß-Delta sollte demzufolge die PM_{2,5}-Konzentration um jeweils 25, 20 und 15 Prozent sinken. Die Stadt Peking erfüllte ihre Zielvorgaben im vergangenen Jahr: Die durchschnittliche PM_{2,5}-Konzentration lag 2017 bei 58 µg/m³, was einer Reduktion von über 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Versprechen die Maßnahmen baldige Besserung? Selbst bei voller Einhaltung der gesteckten Ziele wird Smog mittelfristig ein großes Problem in chinesischen Städten bleiben. Das Umweltministerium hat 2012 erstmals verbindliche Luftqualitätsstandards (35 µg/m³) für die Feinstaub-Konzentration festgelegt. Selbst wenn Peking jedes Jahr seine Feinstaub-Konzentration um 25 Prozent senken würde, könnten diese nationalen Standards erst im Jahr 2031 erreicht werden. Kurzfristig sind also aller Voraussicht nach lediglich leichte Verbesserungen zu erwarten. Der Smog wird noch für viele Jahre ein großes Problem für Chinas Städte bleiben, den Zorn der Einwohnerschaft erregen und damit auch weiterhin Druck auf die politische Stabilität des Landes ausüben.

Jost Wübbeke und Elena Klorer, Smog-Spezial, MERICS Web-Spezial, 2014

Umweltproteste

Grund des Protests	Aktuelle Beispiele
Industrieanlagen, insbesondere Anlagen der chemischen Industrie	Protest gegen Bau einer Fabrik zur Herstellung von Paraxylene (PX) Maoming, Provinz Guangdong, April 2014
Kraftwerke, insbesondere Kohle- und Nuklearkraftwerke	Proteste gegen Erweiterung eines Kohlekraftwerks Heyuan, Provinz Guangdong, April 2015
	Proteste gegen Atommüllaufbereitungsanlage Lianyungang, Provinz Jiangsu, August 2016
Luftverschmutzung	Protestierende ziehen Statuen Atemschutzmasken an Chengdu, Provinz Sichuan, Dezember 2016
Müllverbrennungsanlagen	Protest gegen Bau einer Müllverbrennungsanlage aus Sorge vor verseuchten Abwässern Lubu, Provinz Guangdong, Juli 2017

eröffnet Möglichkeiten zur Förderung neuer Technologien auf globalen Wachstumsmärkten. China hat bereits einige Märkte für Umwelttechnologien für sich erobert, von Solarmodulen bis zur Batteriefertigung für Elektrofahrzeuge.

Der Startschuss für den Wandel in Chinas Umweltpolitik fiel mit dem 10. Fünfjahr-Plan (2001–2005) der Regierung, der

Umweltgesetzgebung

Gesetz	Verabschiedet	In Kraft seit
Umweltschutzsteuergesetz	25.12.2016	01.01.2018
Meeresumweltschutzgesetz (überarbeitet)	28.12.2013 07.11.2016	k. A. 07.11.2016
Gesetz zur Verhütung und Kontrolle von Umweltverschmutzung durch feste Abfallstoffe (überarbeitet)	29.12.2004 29.06.2013 07.11.2016	01.04.2005 k. A. k. A.
Gesetz zu Umweltfolgenabschätzung (ergänzt)	28.10.2002 02.07.2016	01.09.2003
Gesetz zur Verhütung und Kontrolle von atmosphärischer Verschmutzung (überarbeitet)	29.04.2000 29.08.2015	01.09.2000 01.01.2016
Gesetz zur Verhütung und Kontrolle von Wasserverschmutzung (überarbeitet)	28.02.2008 30.08.2015	01.06.2008 01.01.2016
Umweltschutzgesetz (überarbeitet)	24.04.2014	01.01.2015
Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft	29.08.2008	01.01.2009
Energiespargesetz	28.10.2007	01.04.2008
Gesetz zur Verhütung und Kontrolle von radioaktiver Verschmutzung	28.06.2003	01.10.2003
Gesetz zur Förderung von sauberer Produktion (ergänzt)	29.06.2002	01.01.2003
Gesetz zur Verhütung von Desertifikation	31.08.2001	01.01.2002



Die Regierung unternimmt weitreichende Anstrengungen, die Umweltsituation zu verbessern. Dazu gehört der Ausbau der Solarenergie. In Jinan, Provinz Shandong, testen Autos die weltweit erste Solarautobahn.

umfassende Zielvorgaben für die Luft- und Wasserqualität festschrieb. Die folgenden Fünfsjahr-Pläne führten diese Entwicklung fort, begleitet von neuer Umweltgesetzgebung. Die Befugnisse des chinesischen Umweltschutzministeriums wurden schrittweise ausgeweitet, die Kapazitäten zur Überwachung und Durchsetzung von Umweltvorgaben kontinuierlich gestärkt. Ein Meilenstein war das umfassend revidierte Umweltschutzgesetz, das 2015 in Kraft trat. Das im Vorfeld umkämpfte Gesetz weitet die Kompetenzen der Umweltbehörden

weiter aus und erlaubt nun hohe Strafen gegen Umweltsünder. Auch in der internationalen Umwelt- und Klimapolitik übernimmt China zunehmend Verantwortung. Die nationalen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2014 wird China voraussichtlich bereits vorzeitig erfüllen können.

Die chinesische Regierung unternimmt weitreichende Anstrengungen, um die schwierige Umweltsituation in den Griff zu bekommen. Doch die Wurzeln der chinesischen Umwelt-

Energieverbrauch verschiedener Energieträger

2000–2016

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Öl	228,8	234,0	252,8	281,7	329,0	334,9	359,9	377,7	385,5	400,0	455,2	472,1	494,9	516,8	538,1	573,5	587,2	608,4
Erdgas	21,2	23,8	25,3	29,4	34,4	40,4	49,7	61,1	70,4	77,6	93,6	116,2	129,7	147,8	162,0	167,4	180,1	206,7
Kohle	706,1	742,5	814,1	970,2	1131,2	1324,6	1454,7	1584,2	1609,3	1685,8	1748,9	1903,9	1927,8	1969,1	1954,5	1914,0	1889,1	1892,6
Kernenergie	3,8	4,0	5,7	9,8	11,4	12,0	12,4	14,1	15,5	15,9	16,7	19,5	22,0	25,3	30,0	38,6	48,3	56,2
Wasserkraft	50,3	62,8	65,2	64,2	80,0	89,8	98,6	109,8	144,1	139,3	161,0	155,7	195,2	205,8	237,8	252,2	261,0	261,5
Solarenergie			^	^	^	^	^	^	^	0,1	0,2	0,6	0,8	1,9	5,3	9,9	14,0	24,5
Windenergie	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,8	1,2	3,0	6,2	10,1	15,9	21,7	31,9	35,3	42,0	53,6	64,7
Geothermie, Biomasse und andere	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	1,2	1,6	2,2	3,4	4,7	5,6	6,3	6,9	8,4	10,5	12,2	14,1	17,5

Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2018

probleme sitzen zu tief, als dass kurzfristige Lösungen greifen könnten. Bisherige Maßnahmen wirken daher teilweise wie der Tropfen auf den heißen Stein. Besonders deutlich wird dies in Bezug auf die Abhängigkeit des Landes von der Kohlekraft. Seit Jahren investiert die Volksrepublik massiv in den Ausbau alternativer Energiequellen, insbesondere in die Windenergie: 2006 hatte China gerade einmal 2,6 Gigawatt installierte Windkraftkapazität, etwa ein Achtel der installierten Kapazität im damals führenden Deutschland. Ende 2015 lag

die installierte Kapazität in China bei 145,1 Gigawatt, mehr als in der gesamten Europäischen Union (141,6 GW).

Doch trotz dieses beispiellosen Ausbaus erneuerbarer Energien macht Kohlekraft weiterhin fast zwei Drittel des chinesischen Energiemixes aus. Fundamentale Wandlungsprozesse wie die Veränderung von Industriestruktur und Energiemix brauchen Zeit. Auf lange Sicht gibt es durchaus Grund zum Optimismus. Kurzfristig jedoch dürfte der Smog auch weiterhin in Peking und andernorts für Beunruhigung in der Bevölkerung sorgen.

Elektrobusse im Kampf gegen den Smog

Eine Bushaltestelle in Peking, direkt an der Chang'an-Magistrale, die Chinas Hauptstadt von West nach Ost durchschneidet: Im Minutentakt halten die großen, kastenförmigen Gelenkbusse, die man aus allen Weltstädten kennt, gefüllt bis auf den letzten Sitzplatz. Es ist laut, es stinkt, wer in der Warteschlange steht, tritt unwillkürlich einen Schritt zurück.

Dann kommt ein Bus der Linie 1, die seit 1950 hier entlangführt, fast genauso lange, wie die Volksrepublik China besteht. Dieser Bus sieht anders aus: Rot-weiß lackiert, vorn und hinten windschnittig abgerundet, wie ein Delfin auf Rädern. Ein lautloser Delfin.

Denn die neuen Busse der Linie 1 werden nicht mehr mit Diesel oder Erdgas angetrieben, sondern mit Strom aus Lithium-Titan-Batterien. Mehr als ein leises Surren ist nicht zu hören, wenn sie anfahren.

Im Herbst 2017 gingen die ersten der neuen Busse auf Linie 1 in Betrieb. Im Jahr 2020 sollen 10 000 von ihnen unterwegs sein, rund ein Drittel des Fuhrparks der 20-Millionen-Stadt wäre dann elektrisch. Gut möglich, dass es schneller geht. Mehr als 4000 Elektro- und Hybridbusse sind schon jetzt unterwegs.

Es ist die schiere Not, die China ins Zeitalter der E-Busse treibt – und auf dem lukrativen Zukunftsmarkt in die Führungsposition manövriert hat. Die städtische Bevölkerung erträgt die Luftverschmutzung nicht mehr, die Regierung will den Smog weg haben. Ein probates Mittel dafür ist die Elektrifizierung der öffentlichen Busse, die bisher bis zu 30-mal mehr Sprit verbrauchen als ein durchschnittlicher Pkw.

Nach Angaben des Branchendienstes Bloomberg New Energy Finance (BNEF) sind weltweit inzwischen rund 385 000 E-Busse unterwegs, gut 99 Prozent davon in China. Fast jeder fünfte Bus in der Volksrepublik fährt heute ohne Verbrennungsmotor. Tendenz: stark steigend.

Die Volksrepublik nimmt damit eine Entwicklung vorweg, die in westlichen Großstädten erst allmählich beginnt.

[...] Shenzhen, Chinas Hightech-Metropole im Süden, hat vor einem halben Jahr Vollzug gemeldet: Dort sind bereits alle Busse auf reinen Elektrobetrieb umgestellt, 16 359 Fahrzeuge insgesamt. 2,85 Millionen Kilometer legen sie täglich zurück.

Der Hersteller BYD verschickt in regelmäßigen Abständen Presseemails, in welche Städte rund um den Globus er gerade wieder E-Busse verkauft. Im Dezember gingen 23 Modelle in die italienischen Städte Novara und Turin. Im Januar schickte BYD zwei E-Busse nach Norwegen.

Schon vor sieben Jahren hatte BYD auf einer Branchenkonferenz in Belgien das Modell eines E-Busses vorgestellt. Damals hielten viele Kritiker dies noch für einen Witz. „Alle lachten uns aus, weil sie dachten, wir hätten ein Spielzeug gebaut“, sagte Isbrand Ho, die Europachefin von BYD [...]. Heute habe fast jeder Hersteller einen solchen Bus im Sortiment.

Die chinesischen Firmen haben es deutlich leichter, das große Rad zu drehen, als ihre europäischen Kollegen. Immerhin werden sie von der Regierung massiv subventioniert. In Shenzhen zum Beispiel soll der Staat rund die Hälfte der anfallenden Kosten zur Umstellung der Busflotte übernommen haben.

Die chinesische Großoffensive hat allerdings noch einen weiteren positiven Effekt. Dank sicherer Absatzmärkte lohnt sich der Einstieg in die Massenproduktion. Und das wiederum senkt die Herstellungskosten. [...]

Gleichzeitig zementieren die Chinesen ihre Marktmacht. 2017 wurden rund 90 000 Busse verkauft, fast alle davon wurden von chinesischen Produzenten hergestellt. [...]

Stefan Schultz / Bernhard Zand, „Ohne Volldampf in die Verkehrsrevolution“, in: Spiegel online vom 25. Juni 2018

Wirtschaftsdaten kompakt

Basisdaten

Einwohner (Millionen)	2017: 1.390,1
Bevölkerungswachstum (%)	2017: 0,5
Fertilitätsrate (Geburten pro Frau)	2017: 1,24
Altersstruktur	2017: 0-14 Jahre: 17,2%; 15-24 Jahre: 12,8%; 25-54 Jahre: 48,5%; 55-64 Jahre: 10,8%; 65 Jahre und älter: 10,8%*
Analphabetenquote (%)	2015: 3,6*

Wirtschaftslage

	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt (BIP, nom.) – Mrd. US-Dollar	12 015	14 093*	15 544*
BIP/Kopf (nominal) – US-Dollar	8 643	10 088*	11 076*
Inflationsrate (%)	1,6	2,5*	2,6*
Arbeitslosenquote (%)	3,9	4,0*	4,0*
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)	1,4	1,2*	1,2*
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% des BIP)	2,1	–	–
Staatsverschuldung (% des BIP, brutto)	47,8	51,2*	54,4*

	2015	2016	2017
Durchschnittslohn (RMB, brutto, Jahreslohn Beschäftigte in Städten)	62 029	67 569	82 502

Anteil an der Weltwirtschaft

Wert	1990	2000	2015	2016
Bevölkerung	21,5 %	20,7 %	18,7 %	18,8 %
BIP (nach Kaufkraftparität)	4,11 %	7,42 %	17,11 %	17,71 %
Exporte	1,8 %	3,8 %	13,8 %	13,15 %
ADI ¹ Zuflüsse	1,82 %	2,9 %	11,5 %	7,65 %
ADI Abflüsse	0,3 %	0,3 %	10,3 %	12,6 %
ADI Bestände im Inland	0,9 %	2,6 %	4,9 %	5 %
ADI Bestände im Ausland	0,2 %	0,3 %	4 %	4,89 %

¹ Ausländische Direktinvestitionen
Quelle: Weltbank, WTO, IWF, UNCTAD

Außenhandel

Waren (Mrd. US-Dollar)

	2015	%	2016	%	2017	%
Einfuhr	1679,6	-14,3	1587,9	-5,5	1841,0	+15,9
Ausfuhr	2273,5	-2,9	2097,6	-7,7	2263,5	+7,9
Saldo	593,9		509,7		422,5	

Abweichungen durch Rundungen; Prozentangabe betrifft Veränderungen zum Vorjahr

	2014	2015	2016
Außenhandelsquote (Ex- + Importe/BIP in %)	40,8	35,2	32,8
Exportquote (Exporte/BIP in %)	22,2	20,3	18,8

Einfuhrgüter nach SITC** (% der Gesamteinfuhr)	2017	Ausfuhr Güter nach SITC** (% der Gesamtausfuhr)	2017
Elektronik	22,2	Elektronik	26,1
Rohstoffe	14,1	Textilien/Bekleidung	11,7
Chemische Erzeugnisse	10,5	Elektrotechnik	8,6
Erdöl	8,9	Maschinen	8,5
Maschinen	7,0	Chemische Erzeugnisse	6,2
Elektrotechnik	4,9	Metallwaren	3,8
Kraftfahrzeuge	4,3	Sonstige	35,1
Sonstige	28,1		

Beziehung Deutschlands zur VR China

Außenhandel (Mrd. Euro)	2015	%	2016	%	2017	%
Deutsche Einfuhr	91,9	15,2	94,2	2,4	100,5	6,7
Deutsche Ausfuhr	71,3	-4,1	76,0	6,7	86,2	13,4
Saldo	-20,6		-18,1		-14,3	

Abweichungen durch Rundungen; Prozentangabe betrifft Veränderungen zum Vorjahr

Deutsche Einfuhrgüter nach SITC** (% der Gesamteinfuhr)	2017*	Deutsche Ausfuhr Güter nach SITC** (% der Gesamtausfuhr)	2017*
Elektronik	33,1	Kfz und -Teile	24,5
Elektrotechnik	11,7	Maschinen	22,3
Textilien/Bekleidung	10,5	Elektrotechnik	11,1
Maschinen	7,4	Mess-/Regeltechnik	6,9
Metallwaren	4,2	Sonstige Fahrzeuge	5,9
Sonstige	33,1	Elektronik	4,2
		Sonstige	25,1

Rangstelle bei deutschen Einfuhren 2017: 1 von 239 Handelspartnern*
Rangstelle bei deutschen Ausfuhren 2017: 3 von 239 Handelspartnern*

* Schätzung bzw. Prognose ** Standard International Trade Classification, internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel

Quellen: Germany Trade & Invest bemüht sich, in allen Datenblättern einheitliche Quellen zu nutzen, sodass die Daten für unterschiedliche Länder möglichst vergleichbar sind. Die kursiv gedruckten Daten stammen aus nationalen Quellen oder sind für das jeweilige Land in unserer Standardquelle nicht verfügbar. Dies ist bei einem Vergleich dieser Daten mit den Angaben in Datenblättern zu anderen Ländern zu berücksichtigen. Auf Anfrage nennt GTAI Ihnen gerne die für den jeweiligen Indikator verwendete Quelle.

Wirtschaftsdaten kompakt. VR China. Mai 2018 © Germany Trade & Invest 2018 – Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. (Ausgenommen letzte Tabelle unten links).

MIKKO HUOTARI

China in der Weltwirtschaft

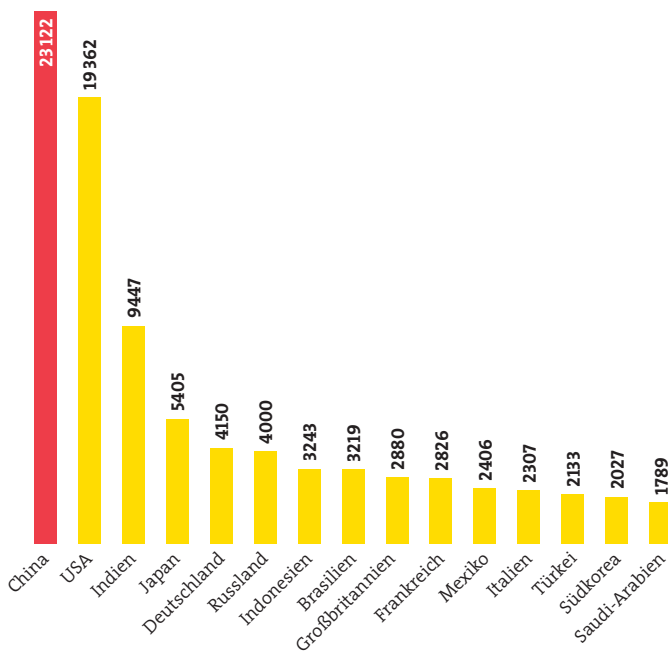
Bereits seit 2009 ist die VR China „Exportweltmeister“, ausländische Unternehmen sind trotz bestehender Beschränkungen aufs Engste mit ihr verflochten. Während sich Pekings Führung zur internationalen Wirtschaftsintegration bekennt, behält sie sich binnenwirtschaftlich weitreichende Eingriffsmöglichkeiten vor. Ist diese Doppelstrategie in einer globalisierten Welt auf Dauer durchzuhalten?

Das Gewicht der chinesischen Volkswirtschaft in der Welt hat seit Beginn des 21. Jahrhunderts rasant zugenommen. Für viele Staaten – auch für Deutschland seit 2016 – ist China mittlerweile der wichtigste Handelspartner. Die Art der globalen Verflechtungen und die Abhängigkeiten vom chinesischen Markt ändern sich dabei teils dramatisch. Aufschwung und Krisen in China wirken sich heute direkt auf weltweite Marktbewegungen und Wirtschaftsaussichten aus. Pekings Wirtschaftspolitik wird zur zentralen Triebkraft globaler Entwicklungen. Gleichzeitig ist die chinesische Führung mit immer größeren Herausforderungen konfrontiert, Marktentwicklungen mit politischen Steuerungsansprüchen und staatlicher Kontrolle in Einklang zu bringen.

Die größten Volkswirtschaften

ihre Wirtschaftsleistungen im realen Vergleich (2017)

BIP in Milliarden internationalen Dollars, kaufkraftbereinigt



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 625 117; Quelle: Weltbank

Erfolge in der Aufholjagd 1978 bis 2001

In den knapp 40 Jahren seit Beginn der sogenannten Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 ist Chinas Volkswirtschaft von der Peripherie ins Zentrum der Weltwirtschaft gerückt. Statt weniger als zwei Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP, kaufkraftbereinigt) und einer randständigen Rolle im globalen Handel im Jahre 1980 entfallen heute auf die Volksrepublik mehr als 18 Prozent des globalen BIPs. China ist nach diesem Maß die weltgrößte Volkswirtschaft, obwohl es voraussichtlich noch jahrzehntelang im Entwicklungsstand hinter führenden Industriestaaten zurückbleiben wird. Im Handel ist das Land bereits seit 2009 „Exportweltmeister“ und heute auch zweitgrößter Importeur. Sein Handelsbilanzüberschuss, also der Wert der Exporte gegenüber dem Wert der Importe, betrug 2016 über 500 Milliarden US-Dollar. (2017 lt. Statista 421,44 Milliarden)

Wichtige Faktoren für die forcierte nachholende Entwicklung Chinas, wie etwa die schrittweise Zulassung von Marktkräften (d.h. Angebot und Nachfrage als maßgebliche Triebkräfte von Marktentwicklungen, Freigabe von Preisen) sowie Wettbewerb, die Mobilisierung von ländlichen Arbeitskräften für die industrielle Produktion oder staatlich gesteuerte Investitionen, sind eher im „Inneren“ Chinas zu verorten. Ohne eine strategisch-kontrollierte Öffnung hin zur globalen Wirtschaft hätten diese Faktoren jedoch ihre Wirkung nicht entfalten können.

Vor allem eine rapide Ausweitung der Exportwirtschaft und ausländische Direktinvestitionen seit den 1990er-Jahren verwandelten China in den heutigen Handelsstaat, der in weltweite Produktionsnetzwerke und – seit Anbruch der 2000er-Jahre – zunehmend auch in globale Finanzströme eingebunden ist. Sonderwirtschaftszonen sowie Investitionen, Technologie und Managementexpertise aus dem Ausland ermöglichten erst die beschleunigte Industrialisierung, die zunächst vor allem die Küstenregionen erfasste. Insbesondere seit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 2001 verfolgt die Außenwirtschaftspolitik des Landes





China hat seine schnelle Industrialisierung auch ausländischem Know-how zu verdanken: Arbeiter in einer Fabrik des Autoherstellers Ford in Chongqing

einen schrittweisen Abbau von Handelsschranken und anderen Barrieren, um den wirtschaftlichen Austausch mit internationalen Akteuren zu erleichtern.

Von einer Übereinstimmung mit „liberalen“ Vorstellungen eines offenen, von wirtschaftspolitischer Steuerung weitgehend unabhängigen Marktes kann jedoch keine Rede sein. Trotz des zunehmenden Gewichts der Privatwirtschaft und

obwohl viele Branchen der chinesischen Wirtschaft heute durch einen intensiven Marktwettbewerb angetrieben werden und eng mit der Weltwirtschaft verflochten sind, bleibt Chinas Wirtschaftsprozess geprägt durch eine starke Präsenz und vielfältige Eingriffsmöglichkeiten staatlicher Stellen.

Phasen der Öffnungspolitik 1978 bis 2001

1978–1986/87 *Importsubstitution und Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (SWZ)*

- Gezielte Verteuerung und Verknappung ausländischer Produkte und Erhöhung der Zahl der zum Außenhandel zugelassenen Produkte
- Ansiedlung ausländischer Investoren in privilegierten Sonderwirtschaftszonen in Südchina und anderen Küstenstädten
- Öffnung für ausländische Kredite, u. a. der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds

1987–1992 *Vertiefte Exportorientierung, Nutzung von Wettbewerbsvorteilen in der arbeitsintensiven Produktion*

- Zielvereinbarungen mit zusätzlichen Anreizen für Unternehmen im Außenhandel
- Transformation der gesamten Küstenregion zu einer auswärts-orientierten Wirtschaftsregion (Hainan als fünfte Sonderwirtschaftszone, Förderung der Exportwirtschaft und wachsende ausländische Direktinvestitionen v. a. aus Hongkong und Taiwan)
- Schrittweise Abwertung der Währung verbilligt chinesische Waren im Ausland

1992–2001 *Ausdehnung der Öffnungspolitik vor WTO-Beitritt*

- Ergänzung der Exportorientierung durch Importsubstitutionspolitik für ausgewählte Branchen, um Wettbewerbschocks der Öffnung für heimische Industrien abzufedern.
- Gezielte Förderung und Schutz ausgewählter Industrien durch Ausländische Direktinvestitionen und hohe Importzölle
- Branchenleitlinien zur Steuerung der sprunghaft ansteigenden ausländischen Direktinvestitionen und weitere Ausdehnung der Außenhandelsrechte

Wegmarken seit 2001

Der Fokus und die Art der staatlichen Eingriffe, mit denen Chinas außenwirtschaftliche Integration gesteuert werden, haben sich seit dem Ende der wirtschaftlichen Abschottung 1978/79 ständig verschoben. Die drei prägnantesten Wegmarken für den Rollenwandel Chinas in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts sind die Auswirkungen des WTO-Beitritts 2001, der Umgang mit der globalen Finanzkrise 2008 und die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik unter Xi Jinping seit 2013.

Beitritt zur WTO

Der WTO-Beitritt am 11. Dezember 2001 hatte tiefgreifende Auswirkungen auf Chinas Wirtschaftsentwicklung und auf die Rahmenbedingungen wirtschaftspolitischer Steuerung für die Führung in Peking. Die notwendigen Anpassungen der Binnenwirtschaft gingen weit über einen Abbau von Zollschranken für die Einfuhr ausländischer Waren hinaus, der größtenteils bereits im Vorfeld des Beitritts erfolgt war.

Zwischen 2001 und 2007 waren durch den WTO-Beitritt weitere Liberalisierungsschritte im Außenhandel und die Öffnung weiterer Branchen für ausländische Investitionen, vor allem im Dienstleistungssektor, vertraglich festgeschrieben. Trotz aller weiterbestehenden Einschränkungen wurde das WTO-Mitglied China zu einer der offensten Volkswirtschaften: Im Zeitraum von 2004 bis 2008 betrug die Außenhandelsquote – der Anteil der Ex- und Importe am BIP – mehr als 60 Prozent, aktuell immer noch über 30 Prozent. Die Reformschritte in dieser Phase gingen allerdings weit über den Handel hinaus. Sie umfassten außerdem internationale Börsengänge staatlicher Unternehmen, eine Lockerung des Kapitalverkehrs durch eine begrenzte Öffnung des Banken- und Anleihenmarkts (für ausländische Unternehmen), die Anpassung des Wechselkurs-Regimes (von einem „festen“, also durch staatliche Interventionen abgesicherten zu einem zunehmend flexiblen Wechselkurs) sowie eine ehrgeizige Förderung von Investitionen chinesischer Unternehmen im Ausland.



Der Außenhandel boomt: Container im Tiefwasserhafen Yangshan, circa 90 Kilometer südlich von Shanghai, im April 2018



China verfolgt trotz Rückschlägen langfristig die Internationalisierung des Renminbi, um eine weltweite Nutzung seiner Währung zu ermöglichen.

Chinas Rolle in der WTO

Der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 2001 beschleunigte Chinas Integration in die Weltwirtschaft sowie die Förderung von Wettbewerb und Deregulierung in der chinesischen Binnenwirtschaft. Neben notwendigen Liberalisierungsschritten ist der Beitritt zur WTO auch mit der Verpflichtung verbunden, bei Handelsstreitigkeiten die Autorität der Institution anzuerkennen. Im Falle Chinas betreffen Streitigkeiten typischerweise Vorwürfe des Preisdumpings und der Subventionierung chinesischer Exporteure sowie der Diskriminierung ausländischer Wettbewerber. Chinas weitgehende Anpassung an WTO-Regularien wird allgemein anerkannt. Zwar zählt die Volksrepublik weiterhin zu den am häufigsten Beklagten in WTO-Verfahren, nutzt das Instrumentarium der WTO aber verstärkt auch selbst.

Mit Ablauf einer 15-Jahresfrist sind zum 12. Dezember 2016 die letzten Übergangsregelungen aus dem WTO-Beitrittsprotokoll Chinas ausgelaufen. Peking erwartete, dass die Volksrepublik damit endgültig international als „Marktwirtschaft“ anerkannt werden müsse – was zur Konsequenz hätte, dass chinesische Unternehmen nicht mehr so leicht in Anti-Dumping-Verfahren beklagt werden könnten. Im Sommer 2017 hatten jedoch mehrere große Industriestaaten diesen Schritt noch nicht vollzogen, obwohl Peking in der Zwischenzeit diesbezüglich ein Klageverfahren bei der WTO angestrengt hatte.

Reaktionen auf die globale Finanzkrise 2007/2008

Die globale Finanzkrise 2007/2008 schlug in China nicht unmittelbar auf dem Wege des Banken- und Wertpapiersektors durch, denn das chinesische Finanzsystem war durch strikte Kapitalverkehrskontrollen vor den heftigsten Turbulenzen auf globalen Finanzmärkten geschützt. Stattdessen wirkte sich die Krise auf die realwirtschaftlichen Handelskanäle aus: Der Rückgang der internationalen Nachfrage sorgte für einen Einbruch der chinesischen Export- und Wachstumsszahlen.

Die Zentralregierung verkündete ein Konjunkturprogramm bestehend vor allem aus Krediten für Infrastrukturprojekte – im Umfang von rund 13 Prozent des BIP – um ihre Wachstums-

ziele zu erreichen und Massenentlassungen in der Exportindustrie zu verhindern. Außenwirtschaftlich wurde die chinesische Währung für zwei Jahre wieder enger an den US-Dollar gekoppelt, um für Stabilität zu sorgen. Exportfirmen wurden außerdem durch Steuererleichterungen und Kredite unterstützt und die heimische Industrie wurde bei staatlichen Ausschreibungen bevorzugt.

Die Krise 2008 hat aus Perspektive der chinesischen Führung die Schwächen „neoliberaler“ Öffnungspolitik gezeigt. Peking zufolge gilt es, die gesamtwirtschaftlichen Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten nicht aus der Hand zu geben. Hierzu gehören eine staatliche Unternehmens- sowie Investitionspolitik und außenwirtschaftliche Stellschrauben wie Wechselkurs- und Kapitalverkehrskontrollen. Liberalisierungsschritte müssen ausgesetzt werden können oder gar umkehrbar bleiben.

Chinas staatlicher Investitionsboom zur Krisenbewältigung seit 2008 und seine aktive, weit gefächerte Industriepolitik haben zwar die internationale Nachfrage angekurbelt und zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen. Doch die Maßnahmen, die zur Krisenbekämpfung gewählt wurden, haben die Verschuldung verschärft und die geplanten Strukturreformen verschleppt. Diese Nachwirkungen bilden bis heute den Hintergrund für stockende Reformbemühungen und zögerliche Bestrebungen zur vertieften weltwirtschaftlichen Integration.

Balanceakt zwischen Öffnung und Kontrolle

Die Beschlüsse des dritten ZK-Plenums vom November 2013 zum Umbau des chinesischen Wirtschaftsmodells im Inneren haben weitreichende Konsequenzen für die außenwirtschaftliche Integration des Landes. So hat die seit 2015 verstärkt vorangetriebene Konsolidierung von Staatsunternehmen in strategisch wichtigen Industrien das Ziel, wettbewerbsfähige nationale Champions zu schaffen, die international expandieren sollen.

Seit 2013 sind konkrete, wenn auch zögerliche Schritte zur Vertiefung der „Öffnungspolitik“ im Handel unternommen worden und in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen ist eine vorsichtige Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen sowie der Wechselkurspolitik zu verzeichnen. Im Rahmen neuer Experimente mit „Freihandelszonen“ (FTZ) – zunächst in Shanghai, dann erweitert auf insgesamt elf FTZs in 2017 – sind schrittweise einige Investitionsbeschränkungen aufgehoben und Verwaltungsprozesse vereinfacht worden. Die Gesetzgebung zu auslän-

dischen Investitionen wurde verlässlicher und mit der Einrichtung einer landesweiten „Negativliste“ (d.h. Beschränkungen nur durch explizite Auflistung) im Juli 2018 weiter vereinfacht.

Trotz dieser punktuellen Maßnahmen verläuft die Marktöffnung nur schleichend. Sie beschränkte sich bislang vornehmlich auf eher unattraktive Wirtschaftsbereiche bzw. solche, in denen chinesische Unternehmen durch jahrelange Abschottung bereits marktbeherrschend sind. Eine umfassende Öffnung des Dienstleistungssektors ist dagegen bislang ausgeblieben. Aus Sicht der ausländischen Wirtschaftsakteure bleibt China damit hinter seinen Reformversprechen von 2013 zurück.

Im Gegenteil hat Peking an vielen Stellen – insbesondere für Hochtechnologie-Unternehmen – die Stellschrauben angezogen, frühere Privilegien für ausländische Unternehmen zurückgezogen und ihnen den Marktzugang in der Praxis erschwert. Weiterhin bestimmen informelle und formelle diskriminierende Maßnahmen das wirtschaftliche Handeln internationaler Unternehmen in China.

Unter den Vorzeichen einer Abschwächung des chinesischen Wachstums vor allem seit 2015 versucht die Führung in Peking einen schwierigen Balanceakt zwischen einer verstärkten Öffnung für den internationalen Kapitalverkehr, der Wahrung eines relativ stabilen Wechselkurses und binnenwirtschaftlicher Steuerungsfähigkeit. Auch um neue Finanzierungsquellen für heimische Unternehmen anzuziehen, experimentierte Peking mit weiteren Reformschritten im Finanzbereich unter anderem in der Shanghaier Freihandelszone, aber vor allem durch eine weitere kontrollierte Öffnung der Wertpapiermärkte für internationale Investoren („Stock-Connect“ 2014 und „Bond-Connect“ 2017 mit Hongkong, siehe auch S. 66).

Akute Krisen haben dabei immer wieder zur Umkehrung früherer Reformschritte geführt. Zwischen 2005 und 2014 war die chinesische Währung Renminbi (RMB) gegenüber dem US-Dollar noch um real knapp 40 Prozent aufgewertet. Nach

einem drastischen Absturz der chinesischen Börsen im Sommer 2015 und massiven, häufig versteckten Abflüssen von Kapital ins Ausland wurde der Renminbi jedoch deutlich abgewertet. Auch die Einführung eines flexibleren Wechselkursregimes im Winter 2015 konnte den Abwärtsdruck nicht mildern. Die Zentralbank musste sich durch den geballten Einsatz der Währungsreserven gegen andauernde Kapitalabflüsse und eine Abwertung des RMB stemmen.

Strategische Weichenstellungen für die Zukunft

Im Vorfeld des 19. Parteitags im Herbst 2017 gelang es der Führung, den Wechselkurs und das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren, indem sie die Kreditvergabe deutlich ausweitete, teilweise erneut Kapitalverkehrskontrollen einführt sowie Wirtschaftsakteure auf informellem Weg anwies, Kapitalabflüsse einzudämmen. Für diese Interventionen bezahlt Peking jedoch einen Preis in Gestalt eines schwindenden internationalen Vertrauens in seinen wirtschaftlichen Reformwillen.

Chinas Wirtschaft bewegt sich in eine neue Entwicklungsphase mit dauerhaft niedrigeren Wachstumsraten hinein. Dies hat – auch wenn der Abschwung nicht krisenhaft verläuft – weitreichende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Im Inneren wird Chinas Führung auf Jahre mit der Entfesselung neuer Triebkräfte chinesischen Wirtschaftswachstums und Krisenbewältigung beschäftigt sein. Im Außenverhältnis sind wichtige Wendepunkte für Chinas zukünftige Ausrichtung in der Weltwirtschaft bereits erreicht oder erkennbar. Danach wird sich das Land wohl nicht völlig von seinem früheren Modell außenwirtschaftlicher Integration abwenden. Vielmehr ist ein spannungsgeladener, dynamischer Übergang zu er-



In Chinas Freihandelszonen, wie dieser zuerst eröffneten in Shanghai, locken viele Vorteile: Investitionsbeschränkungen werden hier schrittweise aufgehoben und Verwaltungsprozesse vereinfacht. Luftaufnahme vom 21. September 2016



Auf dem Vormarsch in Sachen Elektromobilität: ein Taxi an einer Elektro-Tankstelle in Taiyuan, Provinz Shanxi, der ersten Stadt ohne Benzin-Taxis, im Jahr 2016

warten, in dem die bekannten Formen wirtschaftspolitischer Steuerungseingriffe und ihre Auswirkungen auf das weltwirtschaftliche Profil Chinas ergänzt bzw. mit neuen Mustern überlagert werden.

Von der „Werkbank der Welt“ zum Hightechwettbewerber

Angesichts der Bevölkerungs- und Lohnentwicklung kann und will die Volksrepublik nicht dauerhaft auf eine billige, auf den Export ausgerichtete Produktion von Konsum- und Elektronikgütern am unteren Ende der Wertschöpfungskette setzen. Mittels gezielter industriepolitischer Steuerung sollen vielmehr Exporterfolge mit eigenen kapitalintensiven und hochwertigeren „Produkten“ erzielt werden. Gedacht wird dabei etwa an Hochgeschwindigkeitszüge, Nuklearreaktoren, Flugzeuge und (Elektro-)Autos.

Durch „eigenständige Innovation“ und den Versuch, ganze Wertschöpfungsketten zu kontrollieren („Technologie-Nationalismus“), will China eine industrielle und technologische Führungsposition in Zukunftsindustrien erreichen. In der Digitalwirtschaft und in Industriezweigen, wie sie durch die „Made in China 2025“-Strategie (siehe S. 68) gefördert werden, ist beabsichtigt, ausländische durch chinesische Technologie zu ersetzen. Hierfür wird auch international investiert, um kritische Technologien und Know-how aufzukaufen. Obwohl dies ausländischen Unternehmen kurzfristig neue Chancen bieten mag, bleibt fraglich, ob und wie sie auf Dauer von Chinas Industriepolitik profitieren können. Möglicherweise wird die Volksrepublik damit für viele Industriestaaten zum schwierigen, teilweise unfairen Konkurrenten.

Von der Nachfrage nach Rohstoffen zum Export von Überkapazitäten

In den ersten 15 Jahren des 21. Jahrhunderts war Chinas Bedarf an Energie und Rohstoffen für den Ausbau seiner Infrastruktur und Produktionsstätten zum zentralen Preisfaktor und Wachstumstreiber für Lieferstaaten weltweit geworden. Als sich seit 2013 das Wachstum und die Investitionstätigkeit in China abschwächten und die dortige Nachfrage sank, hatte dies international heftige Einbrüche zur Folge. Massive Überkapazitäten in der chinesischen Schwerindustrie, vor allem im Stahlsektor, wurden jedoch nicht nur zu einer globalen He-

erausforderung, sondern treiben auch Chinas neue außenwirtschaftliche Strategie an.

Das Problem der Überkapazitäten ist zum großen Teil „hausgemacht“: Es ist eine direkte Folge von Steuerungseingriffen auf allen Ebenen des Staates und dem Fehlen effektiver Marktanreize. Es betrifft auch längst nicht nur die „alten Industrien“, sondern sorgt weltweit für Marktverzerrungen, beispielsweise in der Solarindustrie: Der „Kampagnen-Modus“ für Wirtschaftssteuerung in strategischen Industrien (z.B. Robotik) durch staatliche Subventionen und andere Anreize wird auch in Zukunft zu ähnlichen Problemen mit weitreichenden internationalen Folgewirkungen führen.

Vom Investitionsstandort zum globalen Investor

Die Öffnung für ausländische Direktinvestitionen war ein zentrales Element von Chinas Reformpolitik insbesondere seit Ende der 1980er-Jahre: Für den Zugang zu Hochtechnologie, den industriellen Strukturwandel und die Ausweitung des Außenhandels spielten ausländische Unternehmen und chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen eine wichtige Rolle. Die chinesische Regierung versucht bis heute, durch verbindliche Investitionskataloge und andere Instrumente die Entwicklung bestimmter Branchen und Regionen zu steuern.

Die aktive Förderung und Erleichterung chinesischer Auslandsinvestitionen ist ein deutlich jüngeres Phänomen, mit globalen Auswirkungen insbesondere seit 2011. China ist mittlerweile zu einer der drei größten Quellen für weltweite Direktinvestitionen geworden. Diese haben sich von Ressourcen und dem Energiesektor hin zu moderner Fertigung, Informations- und Kommunikationstechnik und Hochtechnologie verlagert, also in Bereiche, wie sie vor allem in Industriestaaten wie den USA oder der Europäischen Union anzutreffen sind. Die Mehrzahl der Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen wird getätigt, um den eigenen Gewinn zu maximieren. Sie profitieren dabei zum Teil allerdings von einer staatlich betriebenen, expansiven Industriepolitik, die gezielt auf Technologie-Akquise setzt, um im internationalen Wettbewerb weiter aufzuholen.

Von finanzieller Abschottung zur Integration in die internationale Finanzwirtschaft

Im Gegensatz zur tiefgreifenden Handelsintegration und zu gesteuerten Direktinvestitionen war China bis Mitte der 2000er-Jahre von der internationalen Finanzwirtschaft abgeschottet. Auch der Wechselkurs wird von Peking bis heute stark kontrolliert und bleibt grundsätzlich an den US-Dollar angelehnt. Die weltweite Nutzung der chinesischen Währung



Chinesische Übernahmen und ihre Folgen

[...] Chinesische Investoren sind seit Jahren auf internationaler Shopping-Tour. Eines ihrer beliebtesten Ziele: Deutschland. 4,5 Milliarden Euro legte der südchinesische Kühlschränkehersteller Midea für den Augsburger Industrieroboterhersteller Kuka hin. [...] Der chinesische Mischkonzern HNA kaufte sich bei der Deutschen Bank ein, Chinesen kauften den Betonpumpenhersteller Putzmeister, den Gabelstaplerspezialisten Kion, die traditionsreiche Frankfurter Privatbank Hauck & Aufhäuser. Zuletzt wurde bekannt, dass Li Shufu, Chef und Eigentümer des größten chinesischen Autobauers Geely, fast zehn Prozent der Daimler-Aktien gekauft hat. [...]

In Essen [...] residiert der [...] Energie- und Immobiliendienstleister Ista, eine Firma, die Menschen vor allem kennen, weil sie ihre Leute einmal im Jahr in die Wohnungen der Republik schickt, um etwa Heizungsähler abzulesen. Als der britische Finanzinvestor CVC Capital das Unternehmen im vergangenen Sommer an den Investor CKI des Hongkonger Milliardärs Li Ka-Shing verkaufte, sollen zwischen vier und fünf Milliarden Euro geflossen sein. [...]

Ein Wärmemesskonzern, der in Millionen Wohnungen den Heizungsverbrauch erfasst, war nun chinesisch [...]. [...]

Im Flur der Firmenzentrale des Autozulieferers Preh in Bad Neustadt an der Saale hängt noch ein altes Familienbild. Es zeigt den Firmenerben Jakob Preh, der das Unternehmen vor fast 100 Jahren in einem alten Wirtshaus mit Kegelbahn gründete [...], das seit sieben Jahren zu einer neuen Familie gehört: Der Joyson-Gruppe aus Ningbo.

[...] Wie aber gerät man als Hersteller von Fahrerbediensystemen aus der nordbayerischen Provinz ins Visier von Joyson?

[...] Preh gehörte bis 2011 dem Finanzinvestor Deutsche Beteiligungs AG. Als verkauft wurde, fanden die Preh-Leute einen chinesischen Eigentümer interessant. Die Befürchtungen: Ein deutscher Investor, zumal, wenn er aus der gleichen Branche kommt, streicht meistens Stellen und legt Büros zusammen. Ein reiner Finanzinvestor will Zahlen sehen und interessiert sich nicht für Autoelektronik, und ein US-Investor filetiert und verkauft. Und außerdem wollten die Franken auf den chinesischen Markt. „Um in China Geschäfte zu machen – auch mit deutschen Autoherstellern wie Volkswagen – muss man lokal präsent sein“, sagt Preh-Chef Christoph Hummel. Der chinesische Eigentümer als Türöffner für den größten Automarkt der Welt, so etwas hilft. 2010 noch machte Preh einen Umsatz von 352 Millionen Euro. Heute sind es 1,3 Milliarden. 2011 hatte das Unternehmen 2800 Mitarbeiter weltweit. Heute 6500. „Wir sind froh, dass wir diesen Eigentümer haben“, sagt Hummel. [...]

In der Politik sieht man die Dinge einiges kritischer als in der Wirtschaft [...]. In der Wirtschaft [...] ist man zurückhaltend. Es gehöre zwar zu einem „freien Welthandel dazu, sich gegenseitig zu öffnen“, sagt Preh-Chef Hummel. „Aber mit der Brechstange sollte man das nicht versuchen. Geben wir den Chinesen noch etwas Zeit.“ [...]

Thomas Fromm „China-Land“, in: Süddeutsche Zeitung vom 28./29. April 2018

Renminbi (RMB) war bis 2008 minimal. An allen drei Stellschrauben hat die chinesische Führung in den letzten Jahren deutlich gedreht: Das Wechselkursregime wird, wenn es nicht krisenartig zu radikalen Änderungen kommt, auf mittelfristige Sicht deutlich größere Schwankungen zulassen. China verfolgt trotz Rückschlägen langfristig eine Internationalisierung des RMB und seine Nutzung für globale Handelstransaktionen, für Finanzprodukte und als Reservewährung. Chinas Finanzmärkte werden schließlich, von Peking vorangetrieben, zunehmend international vernetzt und damit auch zu einer Quelle neuer Schwankungen und Risiken.

Zwei Entwicklungen stehen symbolisch für diese neuen Verflechtungen: Im Oktober 2016 wurde der RMB als fünfte Währung in den sogenannten Währungskorb des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgenommen. Der IWF erkannte damit bereits erfolgte Öffnungsschritte an und beförderte gleichzeitig die vertiefte Integration Chinas in die globale Finanzwirtschaft. Und im Juni 2017 wurden chinesische Aktien in einen weltweit gefragten Aktienindex (MSCI) aufgenommen. Internationale Investoren erhalten hierdurch neuen Zugang zum chinesischen Aktienmarkt.

Von passiver Abwehr zu aktiver Umgestaltung internationaler Rahmenbedingungen

Peking unternimmt vermehrt Aktivitäten, um die Bedingungen der Integration Chinas in die Weltwirtschaft selbst zu gestalten. Mit Initiativen zur regionalen Handels- und Finanzintegration, neuen Institutionen wie der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) und Vorstößen wie der sogenannten *Belt and Road Initiative* (siehe S. 35f.) versucht die Zentralregierung, strategisch eigene Erfahrungen sowie finan-

zielle und unternehmerische Kapazitäten beispielsweise beim Ausbau von Infrastruktur international zum Einsatz zu bringen. Von chinesischen Unternehmen erschlossene Transportkorridore sollen neue Märkte eröffnen und wirtschaftliche Integration in der erweiterten Nachbarschaft stärker auf die Volksrepublik ausrichten. In neuen Märkten, oder dort, wo China bereits heute eine wettbewerbsfähige Marktstellung hat (z. B. *E-Commerce*), wird Peking die Gestaltung von internationalen Regelwerken im eigenen Interesse vorantreiben.



Hoch hinaus: Präsentation chinesischer Satellitentechnologie im Rahmen einer Ausstellung in Peking im Oktober 2017, auf der die neuesten Errungenschaften des Landes gezeigt werden.

Literaturhinweise

21st Century Education Development Research Institute: Annual Report on China's education 2017, Peking 2018

Baron, Stefan / Yin-Baron, Guanyan: Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht, Berlin 2018, 448 S.

Bauer, Wolfgang: Geschichte der chinesischen Philosophie, hg. von Hans van Ess, 3. Aufl., München 2018, 339 S.

Bertelsmann Stiftung: China 2030. Szenarien und Strategien für Deutschland. Gütersloh, 2016, 87 S., PDF: www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_DA_China_2030_Szenarien_und_Strategien_fuer_Deutschland.pdf

Brokate, Jana / Günther, Susanne: DAAD Bildungssystemanalyse China: Daten & Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort 2017, Bonn 2017, 47 S. PDF unter: www.daad.de/medien/der-daad/analysen-studien/bildungssystemanalyse/china_daad_bsa.pdf

Center for China and Globalization: Annual Report on the development of Chinese students studying abroad 2017, Peking 2018

Dabringhaus, Sabine: Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert, München 2009, 293 S.

Dikötter, Frank: Mao und seine verlorenen Kinder. Chinas Kulturrevolution, Darmstadt 2017, 446 S.

Ders.: Maos Großer Hunger. Massenmord und Menschenexperiment in China (1958–1962), Stuttgart 2014, 526 S.

Endriss, Jörg / Maass, Sonja: Chinas Kinder: moderne Rebellen in einer alten Welt, Neuss 2017, 432 S. (Roman: Kapitel: „Der Held der Schriftzeichen“, „Der Schüler“, „Der Student“)

Fischer, Doris / Müller-Hofstede, Christoph: Länderbericht China (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1501), Bonn 2014, Neudruck mit durchgesehenem Kartenteil 2017, 1017 S. plus 12 Karten

Gu, Xuewu: Die Große Mauer in den Köpfen. China, der Westen und die Suche nach Verständigung, Hamburg 2014, 214 S.

Hansen, Sven / Bauer, Barbara (Hg.): Chinas Aufstieg: Mit Kapital, Kontrolle und Konfuzius (Edition Le Monde diplomatique, Band 23), Berlin 17. April 2018, 112 S.

Heilmann, Sebastian (Hg.): Das politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden 2016, 504 S.

Hernig, Marcus: China. Ein Länderporträt, 4., aktual. Aufl., Berlin 2016, 213 S.

Hirn, Wolfgang: Chinas Bosse. Unsere unbekanntenen Konkurrenten, Frankfurt a. Main 2018, 284 S.

Holbig, Heike: „Making China Great Again – Xi Jinpings Abschied von der Reformära“, GIGA Focus Asien Nr. 2, April 2018, PDF unter: <https://www.giga-hamburg.de/en/publication/making-china-great-again-xi-jinping-bids-farewell-to-the-reform-era>

Kerwer, Jürgen / Röming, Angelika (Hg.): Die Volksrepublik China – Partner und Rivale (Forum hlz), Wiesbaden März 2018, 198 S., PDF unter: http://www.hlz.hessen.de/uploads/tx_userhlzpub/X396-China.pdf

Klorer, Elena / Stepan, Matthias: Ausbildung am Bedarf vorbei: Fachkräftemangel bedroht Chinas Aufstieg zur Industrie-Supermacht. MERICS China Monitor 24, Berlin 2015, 9 S. PDF unter: www.merics.org/sites/default/files/2017-09/China_Monitor_24_Ausbildung_DE.pdf

Kohlenberg, Paul J. / Godehardt, Nadine: Chinas globale Konnektivitätspolitik. Zum selbstbewussten Umgang mit chinesischen Initiativen (SWP-Aktuell 18), Berlin März 2018, 4 S., PDF unter www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A18_khb_gdh.pdf

Lang, Simon: Abenteuer Auslandsstudium: Wege vom Reich der Mitte nach Deutschland und in die Welt. MERICS Studie, Berlin 2015, PDF unter: www.yumpu.com/de/document/view/54492138/abenteuer-auslandsstudium-wege-vom-reich-der-mitte-nach-deutschland-und-in-die-welt

Lang, Simon / Mok, Ka-ho Mok / Stepan, Matthias / Klorer, Elena: Internationalisierung des chinesischen Bildungssystems: Mehr Vielfalt, aber auch mehr Ungleichheit. MERICS Webspezial, 2015, PDF unter: www.researchgate.net/publication/326369079_Internationalisierung_des_chinesischen_Bildungssystems_Mehr_Vielfalt_aber_auch_mehr_Ungleichheit

Noesselt, Nele: Ideologie: Konstruierte Pfadabhängigkeit und symbolische Herrschaftslegitimierung, in: Governance-Formen in China: Theorie und Praxis des chinesischen Modells, Wiesbaden 2012, S. 175–208

Ohlberg, Mareike u. a.: Zentrale Planung, lokale Experimente. Die komplexe Umsetzung von Chinas gesellschaftlichem Bonitätssystem. China Monitor, 4.4.2018, PDF unter: www.merics.org/de/microsite/china-monitor/

Pantsov, Alexander V. / Levine, Steven I.: Mao. Die Biographie, Frankfurt am Main 2014, 992 S.

Vogelsang, Kai: Geschichte Chinas, 5., aktual. und erw. Aufl., Ditzingen 2013, 654 S.

Schmidt, Dirk / Heilmann, Sebastian: Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China, Wiesbaden 2012, 204 S.

Siemons, Mark: Die chinesische Verunsicherung: Stichworte zu einem nervösem System, München 2017, 192 S.

Stepan, Matthias u. a.: China kennen, China können. Ausgangspunkt für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland, MERICS China Monitor, Berlin: 7.5.2018, 109 S. PDF: www.merics.org/sites/default/files/2018-05/MERICS_China_Monitor_45_China_kennen_China_koennen.pdf

Strittmatter, Kai: Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert, München 2018 (im Erscheinen), 288 S.

Yu, Hua: China in zehn Wörtern. Eine Einführung, Frankfurt/Main 2012, 336 S.

Internetadressen

www.aiib.org/en/index.html

Asian Infrastructure Investment Bank

www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54590/china-tibet

www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54592/china-xinjiang

www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38775/china

<http://en.moe.gov.cn/>

Bildungsministerium der Volksrepublik China

www.21cedu.org/?bson/id/312.html

Think Tank zu Bildung in China – 21st Century Education Development Research Institute

www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/asien/
Giga-Institut, Hamburg

www.merics.org/de

MERICS – Mercator Institute for China Studies

<https://amti.csis.org/category/south-china-sea/>

Südchinesisches Meer (Karten, Luftbilder, Analysen) Asia Maritime Transparency Initiative

<http://uk.businessinsider.com/credit-suisse-report-on-chinas-one-child-policy-generation-smart-phone-use-2015-10?IR=T>
Studie zur Selbstbeschreibung chinesischer Jugendlicher

www.swp-berlin.org/forschungsgruppen/asien/
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Sebastian Heilmann hat den Lehrstuhl für Regierungslehre: Politik und Wirtschaft Chinas an der Universität Trier inne. Von September 2013 bis August 2018 fungierte Heilmann als Gründungsdirektor des *Mercator Institute for China Studies* (MERICS) in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Politisches System und Wirtschaftsreformen in der VR China, insbes. Industrie- und Technologiepolitik Chinas; staatliche Entwicklungsplanung im internationalen Vergleich und in historischer Perspektive; *Policy experimentation* (Politikinnovation durch Experimental- und Pilotprogramme) im internationalen Vergleich sowie Wirtschaftspolitik/-regulierung.

Kerstin Lohse-Friedrich leitet die Kommunikationsabteilung am MERICS. Zuvor arbeitete die Sinologin und Hörfunkjournalistin lange für die ARD, u. a. als Radiokorrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio sowie im ARD-Studio Shanghai.

Gemeinsam mit Sebastian Heilmann hat Kerstin Lohse-Friedrich die Koordination des Heftes übernommen.

Björn Conrad ist Geschäftsführer und Mitbegründer der Beratungsagentur *Sinolytics* in Berlin. Von 2014 bis Anfang 2018 leitete er den Forschungsbereich Wirtschaft, Innovation und Umwelt am MERICS und war stellvertretender Direktor Forschung. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Chinas technologische und digitale Transformation sowie Chinas Umwelt- und Energiepolitik.

Prof. Dr. Hans van Ess ist Professor für Sinologie an der LMU München. Arbeitsgebiete sind die Geschichte des Konfuzianismus von seinen Anfängen bis in die Gegenwart, chinesische Geschichtsschreibung und klassische chinesische Literatur sowie die Zentralasienskunde mit einem besonderen Schwerpunkt in der Mongolistik.

Mikko Huotari ist stellvertretender Direktor des MERICS und leitet das Programm Internationale Beziehungen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Chinas Außenpolitik, chinesisch-europäische Beziehungen sowie die regionale Ordnung in Asien. Er hat zahlreiche Beiträge zu Chinas globaler Investitionsstrategie und Chinas Wirtschaftsbeziehungen mit Europa veröffentlicht.

Ruth Kirchner ist freiberufliche Redakteurin und Radio-Journalistin. Sie berichtete von 2005 bis 2015 für deutsch- und englischsprachige Medien aus China, die letzten fünf Jahre als Korrespondentin und Leiterin des ARD-Hörfunkstudios Peking. Seit ihrer Rückkehr nach Deutschland arbeitet sie als Redakteurin beim Inforadio des rbb und als freie Autorin.

Prof. Dr. Daniel Leese ist Professor für Sinologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der neueren Geschichte und Politik Chinas.

Dr. Mareike Ohlberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am MERICS. Ihre Forschungsschwerpunkte sind chinesische Ideologie- und Medienpolitik, Chinas digitale Transformation sowie Entwicklungen in Hongkong und Taiwan.

Thomas Reichart ist seit 2014 Leiter des ZDF-Studios Ostasien in Peking. Von dort berichtet er über China, Japan, die Philippinen, Nord- und Südkorea, Taiwan, Mikronesien und die Mongolei.

Apl. Professor Dr. Dirk Schmidt hat eine Professur für Regierungslehre: Politik und Wirtschaft Chinas im Fachbereich III Politikwissenschaft der Universität Trier inne. Seine Arbeitsschwerpunkte sind chinesische Außenpolitik und Außenwirtschaft sowie China-Taiwan-Beziehungen.

Prof. Dr. Shawn Shieh ist stellvertretender Direktor des *China Labour Bulletin*, einer Nichtregierungsorganisation für Arbeiterrechte in Hongkong. Zuvor arbeitete er von 2007 bis 2014 in Peking, wo er die englischsprachige Redaktion des von ihm gegründeten *China Development Brief*, einer zweisprachigen Medien- und Forschungsplattform zu Chinas Zivilgesellschaft, leitete. Seine Arbeit konzentriert sich auf die Stärkung eines unabhängigen NGO-Sektors in China.

Dr. Kristin Shi-Kupfer leitet den Forschungsbereich Politik, Gesellschaft und Medien des MERICS. Sie ist Experte für digitale Transformationsprozesse, Zivilgesellschaft und Religionspolitik in China.

Matthias Stepan leitet am MERICS das Programm Chinas Innenpolitik. Die Schwerpunkte seiner Forschung sind das Regieren in Mehrebenensystemen, die Rollenverteilung von Staat, Partei und Gesellschaft bei der Politikgestaltung in China sowie der Wandel von Systemen der sozialen Sicherheit.

Claudia Wessling leitet den Bereich Publikationen am MERICS. Die Sinologin und Wissenschaftsjournalistin beschäftigt sich neben Themen um China und Asien vor allem mit den Bereichen Digitalisierung, Computertechnik und Mathematik.

Jost Wübbecke ist Senior Analyst bei der Beratungsagentur *Sinolytics* in Berlin. Von 2014 bis 2018 war er am MERICS für den Bereich Innovation und Umwelt zuständig. Zu seinen Schwerpunkten zählen Chinas technologische und digitale Transformation sowie Chinas Umwelt- und Energiepolitik.

Max J. Zenglein leitet den Programmbereich Wirtschaft am MERICS. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die sektorspezifische und makroökonomische Wirtschaftsentwicklung in China, die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen sowie Arbeitsmarkt und Beschäftigung in China.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Dr. André Hein (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:

Robin Bein, Passau; Lisa Stein, Dresden

Gutachten:

Univ. Prof. Dr. Christian Göbel, M.A., Professur für Sinologie mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von iStock (da-boost, George Clerk) picture alliance (AP Photo, dpa, dpa-Fotoreport, GTW, Huang Jinguo, imageBROKER, Photoshot, Wang Gang, Xaume Olleros, Yuan Kejia)

Kartographie:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 450 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

August 2018

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Die Länderberichte der bpb-Schriftenreihe:



und im kommenden Jahr „Großbritannien“
www.bpb.de/laenderberichte